EX MUNIFICENTIA
FERDINANDI III. M.E.D.
DIE 9. IUNII 1791.

XXX

Recker (Carlo Federigo) Istruzione di Dir. Germanico. Marburgo 1741.

Digitized by Google

9·3·352

Digitized by Google

Carl Friedrich Lüders/

J· P. P. auf der hohen Schule zu Genf,

Kurtzer

aus denen eigentlichen rechten Quellen

hergeleiteter

Unterricht

in dem

Staats-Recht

des H. R. R.

Teutſcher Nation.

Nebſt

D. Johann Ulrich Cramers,

Königl. Schwed. Hochfürſtl. Heß. Hof-Raths und Prof. Jur. Ord.

Vorrede.

MARBURG/

bey Philipp Caſimir Mül

1741.

Dem

Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn/

HERRN

Friederich/

Landgrafen zu Heſſen/ Fürſten zu Herſchfeld/ Grafen zu Catzenelnbogen/ Dietz/ Ziegenhain/ Nidda/ Schaumburg und Hanau/ 2c. 2c. 2c.

Meinem Gnädigſten Fürſten und Herrn.

Digitized by Google

Durchlauchtigſter Fürſt
und Herr,
Gnädiger Herr.

Nachdem Ew. Durchlauchtigkeit mir die gnädige Erlaubnis gegeben Dero Hochfürſtlichen Namen einer Arbeit vorzuſezen / welche zu Dero Gebrauch

brauch von mir aufgeſetzet worden/
als Dieſelben vor wenig Jahren
die Stadt Genff mit Dero hohen
Auffenthalt beehret/ und dadurch
mir das Glück zugewachſen Ew.
Durchlaucht die Staats-Rechte
des H. R. Reichs zu erklären und
die wahre Geſtalt dieſes mächtigen
Cörpers abzubilden/ ſo darf ich mir
verſprechen/ daß Dieſelben auch
geruhen werden dieſes geringe
Werck als ein Opffer eines zu Dero
Dienſten ſtets gewiedmeten Her-
tzens mit gnädigem Wohlgefallen
aufzunehmen. Ew. Durchlauch-
tigkeit werden Ihnen auch bey
deſſen Anblick wieder zu Gemühte
führen/ wie ich zu der Zeit mich be-
fliſſen/ Denenſelben in Dero

 glor-

glorreichen Vor-Eltern ein Muſter ſolcher Fürſten vor Augen zu legen / welche bis auf unſere Zeiten vor des Reichs geiſt- und weltliche Freyheiten mit unſterblichem Ruhme geſtritten / und Sich Ihrer Regierungs-Rechte / ſowohl in Anſehung des gantzen Reichs / als Ihrer eigenen Länder / mit Gerechtigkeit / mit Klugheit und mit einer unerſchrockenen Standhaftigkeit gebrauchet. Da nun Ew. Durchlaucht Ihnen feſte vorgeſetzet haben denen Fußſtapffen dieſer berühmten Helden zu folgen / und mit allen dazu nöhtigen Gaben von der holden Natur verſehen worden / ſo ſind diejenigen / welche das Glück haben ſie zu kennen / völlig verſichert / daß Dieſelben nicht allein den

Flohr

ſlohr der Heßiſchen Länder der-
inſt vermehren/ ſondern auch dem
gantzen Reiche höchſt erſprießlich
dienen werden. Und wer ſiehet
nicht/ daß Ew. Durchlaucht
jüngſte Vermählung mit einer
Königlichen Groß-Brittan-
niſchen Princeßin, welche mit
denen vollkommenſten Tugenden
ausgerüſtet iſt/ ein glückſeliges
Zeichen ſey/ daß der Himmel/
welcher ſolche Ehe geſtiftet/ auch
beſchloſſen habe Ew. Durch-
laucht dadurch eine reiche Quelle
des Segens zu eröfnen/ und den
alten Glantz Dero Hochfürſt-
lichen Hauſes mit neuen Strah-
len zu vermehren. Die völlige
Erfüllung dieſer wohlgegründeten
Hofnung wünſchet mit allen ge-

treuen Unterthanen der Heßiſchen Länder / ja mit allen / welche des Reichs und des Evangeliſchen Weſens Wohlſtand lieben /

Durchlauchtigſter Fürſt
und Herr,
Ew. Durchlaucht

gehorſamſter und tief verbundenſter Diener

Carl Friedrich Necker.

Vorrede.

Meine gegenwärtige geringe Arbeit würde das öffentliche Licht nicht geſehen haben, wenn nicht der Herr Hof=Raht und Profeſſor Cramer zu Marburg, dem eine Abſchrift davon in die Hände gefallen, dieſelbe mit

ſo gütigen Augen angeſehen hätte, daß er von mir begehret dieſelbe zum Druck zu geben. Wie ich nun dieſem in der gelehrten Welt hochberühmten Manne die Vertheydigung ſeines mir geneigten Urtheils überlaſſe, denen aber, welche meinen Abriß der Staats-Rechts-Lehre des H. R. Reichs nicht mit gleicher Gefälligkeit betrachten werden, die Freyheit gönne denſelben zu tadeln: Alſo will es mir gebühren dem geneigten Leſer mit wenig Worten anzuzeigen, worin mein gegenwärtiger Verſuch von denen bisher bekanten Einleitungen abweiche, und was zu ſolcher Neuerung mich bewogen habe. Das Erſte, worin meine Arbeit von der gemeinen Methode abgehet, beſtehet darin, daß ich dieſelbe mit einem kurzen Entwurf des allgemeinen Staats-Rechts angefangen, welches ich nicht allein um deswillen gethan, weil die Erkäntnüß deſſelben zur Erläuterung des beſonderen

Staats-

Staats=Rechts unumgänglich nöhtig iſt, ſondern vorneinlich in der Abſicht, daß meine Meinung von der höchſten Gewalt und Souveraineté, welche ich denen Ständen des Reichs in ihren Ländern beylege, beſſer könne verſtanden, und von denen Einwürffen gerettet werden, welche man dawider einzuwenden, und von denen hohen Vorrechten des Kayſers in der Haupt=Regierung des Reichs herzuholen pfleget. Ich habe 2.) über den danckelen Sinn einiger Reichs=Grund=Geſeze und über einige im Reiche noch waltende Streitigkeiten meine Meinung freyer als gewöhnlich eröfnet. Weil ich aber eines theils die ſchuldige Beſcheidenheit dabey nicht vergeſſen, und andern theils die Gedancken eines Lehrers keines Herren Gerechtſame kräncken können, ſo hoffe ich, daß meine unpartheyiſche Freymühtigkeit niemand beleidigen werde. Ich bin ſo weit entfernet jemand vorſätzlich zu nahe zu

 treten

treten und wider den tieffen Reſpect zu handeln, welchen alle Privat-Perſonen, und inſonderheit Teutſche Landes-Kinder, dem geheiligten Ober-Haupte des Reichs und deſſen hohen Gliedern ſchuldig ſind, daß vielmehr hin und wieder und inſonderheit aus dem Beſchluß meines Entwurfs erhellen wird, daß meine Lehre auf die Erhaltung und Befeſtigung einer guten Einigkeit und Harmonie zwiſchen Sr. Kayſerlichen Majeſtät und zwiſchen denen Churfürſten, Fürſten und Ständen des H. R. Reichs gerichtet ſey. In dieſer Betrachtung wird mir hoffentlich niemand übel deuten, daß ich 3.) an einigen Orten die Gebrechen der Reichs-Verfaſſung und der höchſten Reichs-Gerichte nicht verſchwiegen, weil ich ſolches nicht zur Verkleinerung der Ehre des Reichs, ſondern zu dem Ende gethan, daß meine Zuhörer lernen möchten die Wahrheit der

Dinge

Dinge von dem äuſerlichen Scheine zu unterſcheiden, und dadurch ſich geſchickter machen, einige ihren eigenen Nuzen zu beobachten, andere denen mächtigen Reichs-Fürſten erſprieсliche Dienſte zu leiſten. Denn da ich alhier das Glück beſize, theils junge Fürſten und Herren, die zur Regierung eigener Länder beruffen ſind, theils junge Standes-Perſonen, welche zu öffentlichen Staats-Bedienungen ſich bereiten wollen, in der Teutſchen Staats-Rechts-Lehre anzuführen, ſo iſt es meine Schuldigkeit dieſelben nicht mit ſolchen Dingen aufzuhalten, die in unnüzen Speculationen beſtehen, und zu einer eitelen Gelahrſamkeit dienen, ſondern die wahre Geſtalt der Reichs-Sachen ihnen abzubilden, und dabey zu zeigen, wie mit der Gerechtigkeit die Klugheit zu verknüpffen ſey. Bey der Unterſuchung des allgemeinen Staats-Rechts,

welches allein aus der Natur der Bürgerlichen Geſellſchaft herzuleiten iſt, habe ich mich begnüget, jedes Orts den Grund und die wahre Eigenſchaft eines jeglichen aus der höchſten Gewalt herflieſſenden Staats-Rechts anzuzeigen, und dabey kein Bedencken getragen, die Meinung der berühmteſten Staats-Rechts-Lehrer bisweilen zu verlaſſen, und meinen eigenen Gedancken zu folgen. Aber in der Vorſtellung des beſonderen Staats-Rechts habe ich nichts auf die Bahn gebracht, was nicht durch geſchriebene oder ungeſchriebene Reichs-Grund-Geſeze erwieſen, oder wo dieſelben ſchweigen, aus dem allgemeinen Staats-Rechte hergeleitet und mit dem Beyfall der bewehrteſten Publiciſten unterſtüzet worden. Wie weit ich dieſen Zweck erreichet oder verfehlet habe, überlaſſe ich dem Urtheil eines jeden unpartheyiſchen

Le-

ſers, und zweiffele nicht, es werden
ejenigen, welche bey ihrer Unterrich-
ng den aufrichtigen Vorſaz haben,
re Zuhörer zum Dienſte des Reichs
ſchickt zu machen, bald erſehen, daß
) mit ihnen eine gantz gleiche Abſicht
hre, und deswegen deſto geneigter
yn die Mängel meiner Arbeit, wo
cht mit Liebe zu bedecken, doch mit
lcher Beſcheidenheit und Freund-
hkeit anzuzeigen, daß es mir Gele-
nheit geben köune meine Irrthümer
zulegen, und dadurch dieſes geringe
Berck, wenn es eine neue Auflage ver-
enen ſolte, in einen beſſeren Stand
ſezen. Es haben ſich alle überhaupt
ne Nachſicht zu verſprechen, welche
cht um eiteler Ehre willen in der
elehrten Welt erſcheinen, noch mehr
er diejenigen, welche ihre Dunckel-
it auf das Zureden ſolcher Perſonen
rlaſſen, in derer Raht ſie keinen Ver-

dacht ſezen können, weil ſie ſehr erleuchtet ſind, und keine Urſache haben eine unnüze Arbeit ihres Beyfalls zu würdigen. Ich hätte nur wünſchen mögen, daß man mir die Zeit gelaſſen hätte, dieſes geringe Werck bedächtig nachzuleſen, und einigen Stellen eine beſſere Geſtalt zu geben. Die etwaige wenige Druck-Fehler wird der geneigte Leſer nicht auf meine Rechnung ſchreiben, weil ich wegen meiner weiten Entfernung nichts nachſehen können, und die Reinigkeit und Richtigkeit des Drucks dem Herrn Verleger überlaſſen müſſen, welcher, wie ich hoffe, ſeinen Fleis dabey nicht wird geſparet haben.

Vor-

D. Joh. Ulr. Cramers Vorrede.

ES ſind noch heut zu tage viele der irrigen Meinung, welche der Autor Anonymus des gründlichen Bedenckens / ob es im Römiſchen Reich nützlich ye Bündnüſſe aufzurichten / geheget, ls wenn man nemlich auf Univerſitäten m eine Theoriam Juris publici ſich zu bekümmern gar nicht nöthig hätte, ſondern eſſer wäre, wenn man ſogleich an die rech- Schmide, nemlich die Experience, ſich endete, und daraus das Jus publicum ernete. Sie nennen die Profeſſores auf niverſitäten nur Præceptores umbraticos, ie mithin nichts als umbratica und zu Pla-

toniſchen ideen führende Staats-Rechts-Lehren gewähren könten, welche den Kopf vielmehr verwirrten, als zu Staats-Affairen geſchickt machten. Um welcher Urſach willen auſſer andern auch An. 1657. auf dem zu Franckfurt am Mayn gehaltenen Deputations-Convent ein gewiſſer Kayſerlicher Geheimder Raht proponiret, ob man nicht denen Doctoribus Juris publici die Abhandlung deſſelben gar verbieten ſolte? So oft ich hieran gedencke, fält mir dasjenige zugleich ein, was der Herr Geheimde Raht Wolff von der Erfahrung in ſeinen **vernünftigen Gedancken von GOtt** (§. 326. 327.) ungemein wohl erinnert, und dergleichen Eingelencken auf einmal ihre abhelfliche Maas geben kan. Es gehöret nemlich keine geringe Tieſſinnigkeit dazu, daß alle Umſtände, wodurch ein Fall determiniret wird, angemercket und von denen ſich einmiſchenden vielen fremden unterſchieden werden. Wer keine Theorie im Kopf hat, überſiehet gar leicht einen Umſtand, auf den doch vieles ankommt, oder er ſiehet auf einen fremden und vermeinet die raiſon von dem, was ſich zugetragen, darinnen zu finden, da

doch

ich derſelbe nicht das geringſte beygetra-
n. Es iſt demnach nicht ſo leicht, wie
an ſich einbildet, die Aehnlichkeit der
älle zu beſtimmen, da, wie jetztbelobter
err Geheimde Raht (in *Phil. Pr. Univ.*
. *II.* §. 209.) des mehrern gezeiget, er-
ieſen werden muß, daß die Umſtände,
odurch vorkommende Fälle determiniret
erden, einerley ſind. Und doch geſchiehet
, wie er (§. 331. oballegirter vernünfti-
n Gedancken ꝛc.) anführet, daß diejenige,
elche blos auf Erfahrung ſehen, und ſich
arnach achten, auf ähnliche Fälle warten,
nd die **Erwartung ähnlicher Fälle** der
Grund aller ihrer Handlungen iſt. Man
arf auch nur die einige Lehre von der Erb-
olge der weiter geſipten Agnaten vor de-
en näher geſipten Weibs-Perſonen, wo-
on ich ohnlängſt eine beſondere Abhand-
ung ans Licht gebracht, in vernünftigen
Betracht ziehen, ſo wird man deſſen bald
berführet ſeyn. Wenn man einen ſolchen
orgedachten Empiricum, dergleichen zum
ftern bloſe Hiſtorici ſind, davon reden hö-
et, ſo beruft er ſich, wenn er vor das weibli-
he Geſchlecht portirt iſt, auf unzählig viel
Caſus, alwo Weibs-Perſonen in Fürſten-

)(2 thü-

thümern, Graf- und Herrſchaften ſuccediret, und hält dieſelbe gleich vor ähnlich demjenigen, der ihm zur Entſcheidung vorlieget: Da doch in jenen entweder der Manns-Stamm gäntzlich erloſchen geweſen, oder die Agnaten gutwillig durch einen Tranſact ſich excludiren laſſen, oder ihnen die nähere Weibs-Perſonen via facti öfters vermittelſt entlehnter groſen Macht ſind vorgezogen worden, in dieſem aber vom Recht und davon die Rede iſt, wozu die weiter geſipte Agnaten, ſo lang ihrer noch vorhanden und der Manns-Stamm nicht erloſchen, gehalten ſind. Gewiß es fält Leuten ſchwer, die Unähnlichkeit ſolcher Fälle einzuſehen, welche doch in der Theorie vollkommen zu ſeyn ſich einbilden, wie Ich ſolches in der Leining-Hartenburgiſchen Deduction gegen den Weſterburgiſchen Sachwalter (p. 20.) ſatſam dargethan. Geſchweige alſo, daß ſich bloſe Empirici ſo leicht darin finden könten. Und wie ſchwer fält es nicht ſolchen Leuten, das vitium ſubreptionis zu vermeiden oder, wie obbelobter Herr Geheimde Raht Wolf ſaget, ſich inacht zu nehmen, daß ſie nicht ihre Einbildungen und vorgefaſte Meinungen mit der Erfahrung vermen.

nengen, und ſolchergeſtalt einige Gründe er Erkäntnis, ſo in denen Dingen nicht gegründet ſind, zu erſchleichen ſuchen. Sie ichten ſich bey ihrer Erfahrung blos nach hrer natürlichen Vernunft, die ſie doch um öftern ſehr trüget: Denn ſo ſtehen ſie . E. insgemein in denen Gedancken, als venn die Töchtere des letzten vom Manns-Stam̃ ihm näher ſeyen, als eine alte Baaſe on ihm, und erachten deswegen vor billig, aß jene nach erloſchenem Manns-Stamm ielmehr als dieſe ſuccediren müſſe. Wenn hnen denn Fälle vorkommen, wo Töchtere es Letztverſtorbenen ſuccediret haben, ſo alten ſie ihr Vorurtheil ſogleich vor eine Erfahrung, da doch entweder nicht erwieſen verden kan, daß in ſothanen Fällen eine veiter entfernte Baaſe geweſen, die ſich zur ucceſſion legitimiren können, oder dieſelbe äntzlich der ſucceſſion ſich begeben, oder ütwillig in einem Tranſact ihr Erb-Recht emittiret. Gewiß es fält auch hierbey wieer ſolchen Leuten ſchwer das Unterſchieene nicht zu confundiren, und ſeine vorhin efaſte Meinungen von Erfahrungen zu nterſcheiden, die doch keine bloſe Empirici ind, wie ich es gegen Herrn Senckenbergen

in verſchiedenen Schriften bey Gelegenheit der Hanauiſchen Erb-Folge klar zu Tage geleget. Der Herr Geheimde Raht Wolff diſtinguiret (§. 208. *Phil. Pr. Univ. P. II.*) gar wohl inter empiricos & imitatores rationales. Daß aber eine imitatio rationalis in Publicis eine Theoriam Juris publici præſupponire, wird wohl niemand um deswillen in Zweifel ziehen können, weil ohne ſie die rationes negotiorum publicorum zu penetriren nicht wohl möglich. Wie lang ſolte es auch nicht einem fallen, bis ihm ſo viel Fälle vorkämen, daß er das gantze Jus publicum daraus erlernen könte! Warum ſol alſo nicht dasjenige, was auf Univerſitäten per pauca geſchehen kan, vorgezogen werden? Man bedencke nur, wie viel Zeit erfordert würde, bis einer durch die Erfahrung nur die einige Lehre des Juris publici vom Primogenitur-Recht begreifen lernte; da ſie einem doch auf Univerſitäten in kurtzer Zeit gründlich und ſo, wie ſie mit der Erfahrung übereinſtimmet, beygebracht werden kan. Ich ſehe auch nicht, warum Profeſſores auf Univerſitäten blos Platoniſche Ideen im Jure publico gewähren ſolten können, da ihnen die Reichs-

Geſetze vor Augen liegen, und ſie viel leichter als bloſe Empirici, vermittels der Hiſtoriſch- und Politiſchen Hülfs-Mittel, auch der Civil- und Canoniſchen Rechte, dieſelbe in allgemeine Sätze bringen, und dieſe wieder dergeſtalt zuſammen hängen können, daß man ſie auf das leichteſte aus einander begreiffen, auch daraus gantz natürlich die conciliationes derjenigen Geſetze herleiten kan, ſo bloſen Empiricis manchmalen gar ſehr wider einander zu laufen ſcheinen. Die Acta publica vermögen ſie ja nunmehro auch einzuſehen, und darab als a ſingularibus viel leichter algemeine Staats-Rechts-Lehren zu abſtrahiren, als es ein bloſer Empiricus im ſtande iſt. Ich bleibe dannenhero dabey, daß es ſo unmöglich iſt durch die bloſe Experience das Jus publicum zu erlernen, als es unmöglich fält dadurch das Jus civile zu erlernen. Hingegen aber gebe ich auch gern zu, daß man bey einem Doctore eine geſundere Theorie erlernen kan als beym andern. Dann es iſt freylich nicht ohne, daß viele ſich erſt allerhand hypotheſes formiren, und ſodenn unſer Reich darnach einrichten

ten wollen, da andere weit beſſer blos die Verfaſſung deſſelben, wie ſie aus denen Reichs-Geſetzen und der Obſervantz zu erſehen, begreiflich machen. Gleichwie aber jene nur eine Art der Doctorum Juris publici ausmachen, als hat man ſich an ſie nicht zu kehren, ſondern vielmehr zu dieſen ſich zu wenden. Worunter ich Herrn Profeſſor Necker mit allem Recht zu zehlen kein Bedencken trage. Welches mich all eben bewogen, ſeine Einleitung zum Gebrauch meiner Academiſchen Lectionen zum Druck zu befördern. Ausführlicher habe ich die Beſchaffenheit derſelben in einem beſondern Programmate von Erlangung einer Immunität durch Verjährung vorgeſtellet, und bin in meiner Meinung davon noch mehr beſtärcket worden, nachdem bereits ein Collegium mit Vergnügen meiner Herrn Auditorum darüber abſolviret. Ich wünſche nun nichts mehr, als daß der Geneigte Leſer mit mir den Nutzen dieſes ſchönen Wercks und meine gute Intention bey Editung deſſelben erkennen möge.

Inhalt
des erſten Theils.

Eingang zur Erklärung des allgemeinen Staats-Rechts und des beſonderen Staats-Rechts des Teutſchen Reichs. pag. 1.
Cap. I. Von dem Urſprung und denen Arten der Herrſchaft über andere Menſchen. p. 11.
II. Von dem Stande der Natur, oder der natürlichen Freyheit. pag. 14.
III. Von der Natur der Bürgerlichen Geſellſchaft, ingleichem von dem Urſprung und Endzweck derſelben. pag. 18.
IV. Von denen verſchiedenen Regierungs-Formen eines Staats. pag. 23.
V. Von der höchſten Gewalt im Staat. p. 32.
VI. Von dem Recht Geſeze zu geben. p. 40.
VII. Von dem Recht zu ſtraffen. pag. 46.
VIII. Von dem Recht Gerichte und Obrigkeiten zu beſtellen. pag. 51.
IX. Von dem Recht Steuren und Anlagen zu verordnen. pag. 56.
X. Von dem Rechte über Handelung, Münze und Poſten. pag. 59.
XI. Von einigen geringeren Regalien. p. 64.
XII. Vom Recht des Landes-Herren in Anſehung des Gottes-Dienſtes. pag. 66.
XIII. Vom Recht Bündnüſſe zu ſchlieſen. pag. 71.
XIV. Vom Recht Geſanten zu ſchicken und von derſelben Unterſcheid und Rechten. pag. 77.
XV. Von dem Recht des Krieges. pag. 90.

Cap. XVI. Von dem Rechte Frieden zu ſchlieſſen. pag. 99.
XVII. Von denen Unterthanen und Bürgern eines Staats und derſelben vornehmſten Rechten in Anſehung des Staats p. 103

Inhalt
des zweyten Theils.
Von dem beſonderen Staats-Rechte des Heil. R. R. Teutſcher Nation.
I. Buch.
Von denen Reichs-Grund-Geſezen als eigentlichen Quellen des Teutſchen Staats-Rechts.

Cap. I. Von denen Reichs-Grund- oder Staats-Geſezen überhaupt. pag. 3.
II. Von der Guldenen Bulle. pag. 6.
III. Von denen Reichs-Abſchieden. pag. 9.
IV. Von dem Profan- oder Land-Frieden. pag. 12.
V. Von dem Religions-Frieden. pag. 16.
VI. Von dem Weſtphäliſchen Frieden. p. 20.
VII. Von der Wahl-Capitulation. p. 28.

II. Buch.
Vom Urſprung des H. R. Reichs / deſſen Begrif / Ständen und Regierungs-Form.

Cap. I. Vom Urſprung des H. R. Reichs und deſſen Benennung. pag. 35.
II. Von des H. R. Reichs Teutſcher Nation Haupt-Territorio. pag. 45.
III. Von des H. R. R. Neben-Territ. p. 61.
IV. Von denen wichtigſten alten und neuen Abtheilungen des Haupt-Territorii des Haupt Heil. Reichs, inſonderheit von denen Reichs-Creyſen pag. 68.

Cap.

Cap. V. Von der alten und heutigen Regierungs-Form des H. R. Reichs. pag. 77.
VI. Von denen Reichs-Ständen alter Zeiten und derſelben ehemaligen Amte und Unterſcheid. pag. 80.
VII. Von denen Reichs-Erz-Aemtern p. 90.
VIII. Von denen heutigen Reichs-Ständen, derſelben Urſprung und Unterſcheid. p. 96.

III. Buch.

Von dem Kayſer, als des H. R. Reichs Oberhaupte / von dem Röm. Könige / und von denen Reichs-Vicarien.

Cap. I. Von dem Amt / Titul und Anſehen des Oberhaupts des Heil. Reichs. pag. 111.
II. Von der Wahl und Crönung des Kayſers. p. 118.
III. Von der Kayſerin. pag. 141.
IV. Von dem Römiſchen König. pag. 146.
V. Von der Endſchaft der Kayſerl. Würde. p. 153.
VI. Von denen Reichs-Verweſern oder Vicarien. p. 158.

IV. Buch.

Von der höchſten Gewalt der Reichs-Stände in ihren Landen und Herrſchaften.

Cap. I. Von der Natur der höchſten Gewalt der Stände des Reichs und derſelben Mäſigung überhaupt durch die Reichs-Verfaſſung oder Grund-Geſeze. pag. 171.
II. Von der Natur derer Reichs-Länder. pag. 177.
III. Wie die Rechte der höchſten Gewalt / ſo auf die innerliche Ruhe des Staats gerichtet ſind / von denen Reichs-Ständen nach der Reichs-Verfaſſung und deſſelben Grund-Geſezen müſſen verwaltet werden. pag. 183.
IV. Wie die Rechte der höchſten Gewalt / ſo auf die äuſerliche Ruhe des Staats ihre Abſicht haben / von denen Reichs-Ständen nach der Reichs-Verfaſſung und deſſelben Grund-Geſezen müſſen verwaltet werden. pag. 199.

V. Buch.

Von des Kayſers und der Stände gemeinſamen Regierung des ganzen Reichs.

Cap. I. Von denen Reichs-täglichen Berahtſchlagungen. pag. 212.
II. Von denen Sachen ſo auf Reichs-Tägen abgehandelt werden. pag. 226.
III. Von Reichs-Deputations-Tägen. pag. 237.
IV. Von der Creyß-Verfaſſung und denen Creyß-Tägen. pag 244
V. Von beſonderen Zuſammenkünften der Stände und inſonderheit des Corporis Evangelici. pag. 253.

VI. Buch.

Von der Verwaltung der Juſtiz im H. R. Reich in Anſehung der Reichs-Stände.

Cap. I. Von der Verwaltung der Juſtiz im Reiche vor der Zeit des Cammer-Gerichts. pag. 263.
II. Von dem Kayſerl. Reichs-Cammer Gericht. p. 268.
III. Von dem Kayſerl. Reichs-Hof-Rath. pag. 276.
IV. Von der erſten Inſtanz der Stände und von der Vollſtreckung der bey denen höchſten Reichs-Gerichten ergangenen Urtheile. pag. 286.
V. Von Sachen in welchen die Reichs-Stände der höchſten Reichs-Gerichte Authorität nicht erkennen. pag. 290.

VII. Buch.

Von denen Kayſerlichen und Churfürſtlichen Vorrechten.

Cap. I. Von denen Rechten/ ſo dem Kayſer allein zukommen in Anſehung des ganzen Reichs und der Stände deſſelben. pag. 296.
II. Von denen Rechten/ welche der Kayſer in der Stände Territorio und in Anſehung ihrer Unterthanen ausüben kan. pag. 302
III. Von denen Churfürſtlichen Vorrechten. p. 307.
Beſchluß. Von der zwiſchen dem Kayſer und denen Ständen zur Wohlfart des Reichs nöhtigen Harmonie pag. 311.

Eingang
zur
Erklärung des allgemeinen Staats-Rechts und des beſondern Staats-Rechts des Teutſchen Reichs.

§. I.

DAs Wort **Recht** wird zuweilen genommen vor eine vernünftige Freyheit etwas zu thun; Zuweilen auch vor eine Richtſchnur und Regel unſerer Thaten; in welchem lezteren Verſtande es mit dem Worte Geſez einerley Bedeutung hat.

§. II.

Das Wort **Staats-Recht** hat auf gleiche Weiſe einen doppelten Verſtand, und bedeutet entweder das, was ein jeder freyer Staat zu

thun eine wohlgegründete Gewalt hat, z. E. das Recht Geſeze zu geben, Krieg zu führen, u. d. g. oder die Geſeze, nach welchen der Regente eines jeden Staats in ſeiner Regierung ſich zu richten hat, daher ſie gemeiniglich **Grund-Geſeze des Staats** genant werden.

§. III.

In beyderley Verſtande wird das **Staats-Recht** abgetheilet in ein **allgemeines** und in ein **beſonderes**; jenes dienet allen Staaten zu einer gegründeten Gewalt und Vorſchrift; dieſes hat allein ſolche Kraft in Anſehung des einen oder des anderen beſonderen Staats. Jenes wird hergeleitet aus der Natur und aus dem Endzwecke einer Bürgerlichen Geſellſchaft, und iſt daher ein Stück des Rechts der Natur; dieſes erlernet man aus denen beſonderen Verträgen, welche ein Volck mit ſeinem Regenten aufgerichtet und abgeredet hat.

§. IV.

Ob nun wohl auf ſolche Weiſe ein jeder Staat wo nicht beſondere doch allgemeine Staats-Geſeze hat: ſo äuſſert ſich doch ein groſſer **Unterſcheid zwiſchen denen Staaten / in welchen der Regente eine unumſchränckte Gewalt beſizet / und denen / wo zur Ausübung der vornehmſten Staats-Rechte der Land-Stände Beyſtimmung erfordert wird.** In jenen werden die Staats-Rechte oft aus den Augen geſezet, oder doch von dem Regenten nach deſſen Gefallen geändert und erkläret; In dieſen wer-

werden ſie nicht ohne Gefahr des Staats gebrochen und verachtet. In jenen darf es niemand ſo leicht wagen, die Staats-Rechte zu unterſuchen; in dieſen wird ſehr ofte mit groſſer Freyheit davon geſprochen, inſonderheit zu ſolcher Zeit, da zwiſchen dem Regenten und denen Ständen ein Zwieſpalt ausgebrochen iſt.

§. V.

Das beſondere Staats-Recht wird noch mit gröſſerer Freyheit **geprüfet und verfochten**, wenn es nicht auf die Regierung eines einfachen Staats, ſondern eines vereinigten Staats-Cörpers a) ſich beziehet; Weil in dem lezteren Fall nicht ein Volck gegen ſeinen Regenten, dem es ohngeachtet aller Vorrechte wahrhaftig unterworffen iſt, ſondern ein freyer Staat gegen dem andern ſeine zur Regierung des ganzen Cörpers ihm gehörigen Rechte und Beſügniſſe vertheidiget.

a) S. 1. Th. 4. Cap. 8. §. u. f.

§. VI.

Aus dieſer Betrachtung iſt zu ſehen, **warum in Teutſchland**, welches (wie an ſeinem Orte ſoll gezeiget werden) die weſentlichen Stücke eines vereinigten Staats-Cörpers an ſich hat, **das Staats-Recht auf hohen Schulen öffentlich gelehret**, und jederman, welcher in der Staats-Verfaſſung dieſes Reichs und in denen dahin gehörigen Geſezen einiges Licht hat, zugelaſſen wird, ſeine Gedancken darüber ſchriftlich

oder mündlich an den Tag zu legen; Wann er nur mit gehöriger Beſcheidenheit dabey verfähret, und ſich nicht unternimt, ſolche Geſeze zu tadeln, oder muhtwillig zu verdrehen, oder gar ihre Gültigkeit anzufechten, und dadurch Mißverſtändniß und Spaltung zwiſchen dem Oberhaupte des Reichs und deſſen Gliedern anzurichten; welches die Reichs-Grund-Geſeze ausdrücklich verbieten und verpönen.

I. P. O. Art. V. §. 50. W. C. art. 2.

§. VII.

Je mehr einer Seits verſchiedene Kayſer ſich bemühet dem Teutſchen Reiche wiederum ſeine alte Monarchiſche Geſtalt zu geben, und die Stände des Reichs ander Seits ihnen angelegen ſeyn laſſen, ihre Landes-herrliche Gewalt und Mit-Regierungs-Rechte zu erhalten, wo nicht zu vermehren, je mehr **Irrungen** haben daraus zwiſchen beyden Theilen erwachſen müſſen, welche zu Streitigkeiten über die Regierung des Reichs zwiſchen dem Kayſer und denen Ständen und zwiſchen dieſen ſelbſt Gelegenheit gegeben.

§. VIII.

Die **Verträge/ Friedens-Schlüſſe** und **Reichs-Sazungen/** wodurch man ſolche **Irrungen abzuthun/** und eines jeden Theils Befugniſſe in Richtigkeit zu bringen ſich befliſſen, haben mit der Vermehrung der Staats-Geſeze des Teutſchen Reichs auch **neue Streitigkeiten** auf denen Reichs-Conventen und bey denen Reichs-Gerichten **angezündet.**

§. IX.

§. IX.

Bey ſolcher Beſchaffenheit war es allerdings nöthig, daß diejenigen, welche an ſolchen Orten des Kayſers oder derer Reichs-Stände Perſon vertreten, zur **Erlernung beſagter Staats-Rechte** in Zeiten angewieſen würden, damit ſie im Stande wären, ihrer hohen Principalen Rechte und Befugniſſe zu vertheidigen, und wieder allen Anſpruch zu bewahren a).

a) Es erhellet hieraus der Nuzen der Wiſſenſchaft der Staats-Rechts-Lehre des Teutſchen Reichs.

§. X.

Weil demnach unter dem Staas-Rechte, des Teutſchen Reichs diejenigen Verträge, Friedens-Schlüſſe und Saẓungen verſtanden werden, welche vom Kayſer und denen Ständen des Reichs zu dem Ende aufgerichtet worden, daß nach denenſelben die Reichs-Regierung verwaltet werde; Alſo iſt **die teutſche Staats-Rechts-Gelahrtheit eine Wiſſenſchaft beſagte Staats-Rechte wohl auszulegen (*) und nach denenſelben über des Kayſers und der Stände / wegen der Regierung des Reichs/ vorfallende Irrungen ein vernünftiges Urtheil zu fällen.**

(*) S. hiebevor den 6. §. und unten im I. Th. das 6. Cap. §. 11.

§. XI.

Aus dieſer Beſchreibung der Staats-Rechts-Gelahrtheit erhellet der **Unterſcheid** derſelben, theils **von der Staats-Wiſſenſchaft**, theils **von der Staats-Klugheit.**

Jene iſt eine bloſe Erkäntniß der Einrichtung eines Staats, ohne Wiſſenſchaft der Staats-Geſeze, worauf dieſelbe gegründet iſt, und nach welchen die darüber vorfallende Irrungen zu entſcheiden ſind. Eine ſolche **Staats-Wiſſenſchaft** iſt vor Auswärtige zulänglich, inſonderheit wenn die Streitigkeiten über die Staats-Rechte ihnen weder Vortheile noch Schaden bringen.

§. XII.

Die **Staats-Klugheit** iſt eine Erkäntniß der Mittel, wodurch die Wohlfart eines Staats geſchicklich erreichet und erhalten wird. Sie erfordert zwar eine Wiſſenſchaft der Einrichtung eines Staats, und eine Haupt-Erkäntniß der dahin zielenden Geſeze, ſie **gehet** aber darin **von der Staats-Rechts-Lehre ab**, daß ſie nicht ſo ſehr ſiehet auf das, was der Regente eines Staats zu thun berechtiget iſt, als auf das, was zu deſſen Heil und Aufnehmen gereichen kan, nicht ſo ſehr auf das, was geſchehen ſolte, als auf das, was in der That geſchiehet.

§. XIII.

Das beſondere Staats-Recht iſt zwar von dem allgemeinen, wie oben §. 3. gezeiget worden, mercklich unterſchieden. Weil aber alles, was bey der Regierung eines Staats vorkommen kan, nicht mag vorhergeſehen, noch durch beſondere Verträge und Sazungen ausgemachet werden: ſo erhellet daraus wie nöhtig es ſey, **die Erkäntniß des allgemeinen Staats-Rechts mit der Erkäntniß des beſonderen zu verknüpfen.**

knüpffen / damit man das, was dieſem mangelt, aus jenem erſezen, und wo dieſes ſtillſchweiget, nach jenem ſich richten möge. Maſen jenes als eine durchgängige Regel aller Staaten, dieſes als eine verglichene Ausnahme eines beſonderen Staats anzuſehen iſt.

§. XIV.

Weil ferner die **Verträge** ſo zwiſchen dem Oberhaupte des Reichs und deſſen Gliedern aufgerichtet worden, allemal auf dieſen oder jenen beſondern Umſtand des Reichs ſich beziehen, dieſer aber nicht anders als aus denen Geſchichten kan erlernet werden: So dienet dieſes allein zum genugſamen Beweiß, daß **die Erkäntniß der Reichs-Hiſtorie mit der Staats-Rechts-Lehre des Teutſchen Reichs nohtwendig zu verknüpffen ſey**, und daß niemand die Reichs-Grund-Geſeze recht verſtehen könne, welcher nicht die wahre Veranlaſſung derſelben und die damaligen Umſtände des Reichs aus denen Geſchichten ſelbiger Zeiten ſich bekant gemachet. Zu geſchweigen, daß aus denen Reichs-Geſchichten auch zu erlernen iſt, ob nicht in denen folgenden Zeiten, durch eine im Reich vorfallende Veränderung, dieſes oder jenes Stücke eines Grund-Geſezes heimlich ſey geändert worden.

S. unten II. Theil. 1. B. 3. Cap. §. 7. und 6. Cap. §. 12.

§. XV.

Einige Teutſchen Staats-Rechts-Lehrer oder **Publiciſten** / wie man ſie zu nennen pfleget, ſtehen in der **Meinung** / **daß die**

Römiſchen und Canoniſchen Rechte / inglei-chen das Longobardiſche Lehn-Recht bey der Teutſchen Staats-Rechts-Lehre eine verbindende Kraft haben / oder wenigſtens zur Erläuterung derſelben ſehr nüzlich können gebräuchet werden. Unterſuchet man aber den Grund dieſer Meinung, ſo findet ſich, daß er zum Beweiß ihres Vorgebens wenig diene.

§. XVI.

Denn wenn in Anſehung der Römiſchen Geſeze geſaget wird, daß bey denen höchſten Reichs-Gerichten nach denenſelben geſprochen werde: ſo iſt dieſes nur von ſolchen Handlungen zu verſtehen, da die Stände des Reichs als Privat-Perſonen, nicht aber als Landes-Herren oder Mit-Regenten des Reichs betrachtet werden, welche Handlungen folglich auſſer denen Gränzen des Staats-Rechts ſich befinden. Zugeſchweigen, daß an ſeinem Orte ſoll gemeldet werden a), daß es denen Reichs-Ständen frey ſtehe, die Kraft der Römiſchen Geſeze in ihrem Lande aufzuheben, und ſodann die höchſten Reichs-Gerichte nicht nach denen Römiſchen, ſondern nach denen eingeführten Landes-Geſezen ſprechen müſſen. C. G. O. P. I. Tit. 13. R. H. R. O. tit. 1. §. 15. Die Erläuterung, welche unſer Staats-Recht aus dem Römiſchen Geſez-Buch empfangen ſoll, gehet nicht weit, und gereichet hingegen ſehr ofte zu deſſelben Verdunckelung b). Es war dieſes der Haupt-Fehler der erſten Publiciſten, daß ſie die Staats-Rechte des Heiligen

Rö-

Römiſchen Reichs nach denen Römiſchen abmeſſen wolten.

a) II. Th. II. B. 3. Cap. 6. §. u. f.

b) S. Speners teutſches Staats-Recht. Lib. I. cap. 3. §. 8. ſeqq.

§. XVII.

Die Canoniſchen Rechte werden zwar theils bey der Wahl der geiſtlichen Reichs-Stände, theils bey dem geiſt- und weltlichen Regiment derſelben inacht genommen. Aber eines Theils haben dieſe Fälle mit der Regierung des Reichs keine eigentliche Gemeinſchaft, andern Theils rühret die Beobachtung einiger Stücke der Canoniſchen Rechte nicht her aus der geſezlichen Kraft, welche ihnen im Reiche zugeſtanden wird, ſondern aus der beſondern willigen Annehmung derſelben, und ſtehet daher dem Reiche frey dieſelben nach Gefallen zu verändern.

§. XVIII.

Das Longobardiſche Lehn-Recht ſcheinet noch mehr zu denen verbindenden Staats-Geſezen des Teutſchen Reichs zu gehören, weil bekanter maſen die Reichs-Stände ihre Länder unter der Lehns-Verbindung beſizen, und die Natur und Art derſelben, aus beſagten Lehn-Büchern von vielen Publiciſten hergeleitet wird. Es ſoll aber an gehörigem Orte gezeiget werden, daß 1. zwiſchen denen Reichs-Lehen und denen gemeinen Lehen ein groſſer Unterſcheid zu machen ſey, 2) dasjenige, was beyde Arten gemein haben, mehr aus denen Teutſchen als Longobardiſchen

Lehn-Rechten müſſe hergeleitet werden, 3) aus dem vorgegebenen Lehr-Gebrauch des Longobardiſchen Lehn-Rechts in unſerer Staats-Rechts-Lehre mehr Gefahr, als Nuzen, zu erwarten ſey.

§. XIX.

Ich werde mich dannenhero in der **Erklärung des Staats-Rechts des Teutſchen Reichs** allein an die von dem Kayſer und denen Churfürſten, Fürſten und Ständen aufgerichteten Verträge und Reichs-Sazungen halten; und was in denenſelben nicht enthalten iſt, theils aus denen Reichs-Geſchichten, theils aus dem allgemeinen Staats-Rechte herleiten und erklären.

§. XX.

Von der **Regierung der beſondern Staaten**/ aus welchen das ganze Reich als ein aus vielen Gliedern beſtehender Cörper formiret iſt, werde ich in der Abhandlung des Teutſchen Reichs-Staats-Rechts weiter nichts berühren, als was ich vor nöhtig halten werde zu beweiſen, daß denen Reichs-Ständen die höchſte Gewalt in ihren Ländern wahrhaftig zuzuſchreiben ſey.

I. Theil

I^ter Theil,
Von
dem allgemeinen
Staats-Rechte.

I. Capitel.
Von dem Urſprung und denen Arten der Herrſchaft über andere Menſchen.

§. I.

Das **Recht über einen andern zu herrſchen** rühret entweder her aus dem natürlichen Rechte deſſen der da herrſchet; oder aus dem natürlichen Zuſtande deſſen der da geherrſchet wird; oder aus dem Vorſaz und Willen deſſen der ſich einem andern unterwirft.

§. II.

Auf die erſte Weiſe **komt das Recht der Herrſchaft über alle Menſchen unſtreitig GOtt zu**; Weil 1) der Schöpffer ein natürlicher Herr ſeines Geſchöpffes iſt: 2) die Macht, die der Schöpffer hat ſein Geſchöpfe zu erhalten oder zu verderben, elend oder glücklich zu machen, die Menſchen natürlicher Weiſe antreibet nach dem Willen eines ſo mächtigen Weſens, in deſſen Händen ihr Glück und Unglück ſtehet, ſich zu richten.

§. III.

§. III.

Unter denen ſo **im Stande der Natur** leben, hat ein jeder das Recht diejenigen ihrer natürlichen Freyheit zu berauben und zu Knechten zu machen, welche ſolcher Freyheit ſich dergeſtalt mißbrauchen, daß man ohne Gefahr ſeiner eigenen Wohlfart mit ihnen nicht leben kan.

§. IV.

Es ſtehen ferner **natürlicher Weiſe** unter der Herrſchaft eines andern, diejenigen welche wegen Mangel des Verſtandes, er ſey natürlich, wie bey denen Kindern, oder zufällig, wie bey denen Wahnwizigen und Raſenden, ſich ſelbſt nicht regieren können. Denn wenn man dieſelben in der natürlichen Freyheit lieſſe, würden ſie ihnen ſelbſt und andern Schaden thun. Es höret aber dieſe Herrſchaft auf, ſo bald ein Kind zu ſeinen vogtbaren Jahren komt, und der Wahnwizige oder Raſende wiederum zur geſunden Vernunſt gelanget.

§. V.

Unter denen Arten der Herrſchaft, welche durch ausdrückliche oder heimliche Einwilligung des Unterwürfigen erlanget werden, ſind die beyden vornehmſten die **Herrſchaft eines Herren über ſeinen Knecht**, und die **Herrſchaft des Regenten eines Staats über ſeine Unterthanen**. Jene iſt allein oder doch vornemlich auf den Nuzen des Herrn gerichtet, dieſe hat zur vornehmſten, wo nicht einzigen Abſicht die Wohlfahrt der Unterthanen.

§. VI.

§. VI.

Die **Herrſchaft eines Menſchen über den andern** hat an ſich ſelbſt **nichts ungerechtes**/ wenn ſie nur rechtmäſig erworben wird und nicht weiter gehet, als die Natur der Menſchen und die Verbindung, worin ſie gegen einander als Menſchen ſtehen, ſolches zuläſſet.

§. VII.

Es **ſtreitet** demnach **mit der Natur der Menſchen** eine **ſolche Herrſchaft/ welche dem Knecht aller Freyheit beraubet/** dem Herrn hingegen ein Recht giebet, mit ſeinem Sclaven, als mit andern eigenthümlichen Sachen umzugehen, denſelben nach Gefallen zu verhandeln, mit ſchweren Dienſten zu plagen, oder wohl gar ums Leben zu bringen. Weil ein ſolches Recht weder der Knecht über ſich beſizet, und dem Herrn einräumen, noch dieſer ohne Verlezung der natürlichen Pflichten annehmen kan.

§. VIII.

Da man nun einen Sclaven nicht wie ſein ordentliches Eigenthum beſizen kan; ſo folget daraus, **daß das Recht zur Herrſchaft über die Kinder der Sclaven/ und** ſo genanten **Leibeigenen ungegründet** ſey; Weil es weder aus dem natürlichen Zuſtande eines ſolchen Kindes, noch weniger aus deſſen Verbrechen herzuleiten iſt. Man kan auch ihre **Leibeigenſchaft** nicht auf ihre heimliche Einwilligung gründen, ſo lange ſie noch nicht im Stande ſind von ihren Rechten zu urtheilen, und aus der Leibeigenſchaft ſich zu erlöſen, durch eine Erſezung deſſen, was der

Herr

Herr wegen ihrer Erziehung von ihnen fordern kan.

II. Capitel.

Von dem Stande der Natur/ oder der natürlichen Freyheit.

§. I.

Unter dem Stande der Natur verſtehen wir hier, nach der eingeführten Bedeutung dieſes Worts, einen ſolchen Zuſtand, **wo alle Menſchen einander gleich ſind/ und keinen andern als GOtt vor ihren Ober-Herren erkennen.** Dieſer Zuſtand wird der Stand der Natur genant, weil alle Menſchen von Natur ſich darin befinden, und anders nicht als durch ihre Einwilligung, oder wegen des Mißbrauchs ihrer Freyheit denſelben verliehren können.

S. das vorhergehende Cap. §. 3. u. 5.

§. II.

Man nennet dieſen Zuſtand auch den Stand der natürlichen Freyheit/ weil in demſelben ein jeder die Freyheit hat, ſeine Thaten ſo einzurichten, wie die geſunde Vernunft ihm zeiget, daß es ſeiner eigenen Glückſeligkeit gemäß, und der Wohlfart des menſchlichen Geſchlechts nicht entgegen ſey.

§. III.

Der Stand der Natur beſtehet alſo allein **in einer Freyheit von menſchlicher Herrſchaft/** weil GOttes Herrſchaft über die Menſchen, wie ſchon gezeiget worden (1. Cap. 2. §.) aus der natürli-

türlichen Relation und Verwandniß des Schöpfers mit dem Geſchöpfe flieſſet. Und da die Vernunſt die Menſchen überzeuget, daß es GOttes Wille ſey, ihre Thaten ſo einzurichten, wie es ihre eigene und des menſchlichen Geſchlechts Glückſeligkeit erfordert, welches bey Erklärung des Rechts der Natur bewieſen wird, ſo folget hieraus, daß der Menſch im Stande der Natur ſeiner Freyheit ſich vernünftig, d. i. nach der Vorſchrift der natürlichen Geſetze, gebrauchen müſſe.

§. IV.

Es fehlet demnach ſo weit, daß der Stand der Natur wenn die Menſchen darin bleiben wolten, dieſelben nohtwendig in einen beſtändigen Krieg verwicklen müſſe, daß vielmehr **die Gleichheit der Menſchen**/ an ſich ſelbſt angeſehen werden kan, als **der Grund der Gerechtigkeit und der Liebe/ welche einer dem andern ſchuldig iſt.** Denn es folgen aus der Betrachtung ſolcher Gleichheit dieſe zwey Haupt-Regeln: 1) Daß man dasjenige, was man nicht will, daß andere uns thun ſollen, ihnen auch nicht thun müſſe, weil ſie das Recht haben, uns mit dem Maaß zu meſſen, womit ſie von uns gemeſſen werden; 2) Daß man andere Menſchen durch Liebe zur Gegenliebe bewegen müſſe, weil wir kein Recht haben durch Zwangs-Mittel von ihnen die Hülffe zu erhalten, welche wir zur Beförderung unſerer Glückſeligkeit vonnöthen haben.

§. V.

Es ſcheinet zwar, daß die Menſchen im Stande der Natur noch öfter/ als es

in

in der Bürgerlichen Geſellſchaft geſchiehet/ ihren Lüſten Raum geben / die Pflichten der Gerechtigkeit und der Liebe aus den Augen ſezen und dadurch zur Unruhe und Gewaltſamkeiten Anlas geben würden, weil es ihnen an einem gemeinen Richter fehlet, der ihre Streitigkeiten durch ſeinen Ausſpruch beylegen, und durch die ihm verliehene Macht die Bedrangten ſchützen könne. Wenn wir aber betrachten, daß nicht allein derjenige, welcher beleidiget wird, ſondern ein jedes Glied der menſchlichen Geſellſchaft berechtiget iſt, den muhtwilligen Friedens-Stöhrer und Ubertreter der natürlichen Rechte mit Gewalt im Zaum zu halten, und wenn kein ander Mittel zur Erhaltung der Ruhe zureichen will, denſelben nicht anders als ein wildes reiſendes Thier in Ketten zu ſchlieſſen, oder aus dem Wege zu räumen, ſo iſt vielmehr daraus zu ſchlieſſen, daß die Furcht einer ſchleunigen Gegen-Gewalt den Angrif hindern / und wie man zu reden pfleget, ein Schwerd das andere in der Scheide halten würde.

§. VI.

Da nun über dem die Erfahrung zeiget, daß freye Staaten, welche gegeneinander gerechnet, annoch im Stande der natürlichen Gleichheit leben, nicht immerdar mit Krieg ſich beziehen, und daß ſelbſt die Schwächeſten allerhand Mittel finden, wodurch ſie ſich durch Hülffe derer, die an ihrer Erhaltung Antheil nehmen, bey ihrer Ruhe und Sicherheit zu erhalten wiſſen, ſo könten ja einzele Familien auf gleiche Weiſe ſich beſchützen /

zen, um ſo viel mehr, da die natürliche Freyheit ſo wenig als die höchſte Gewalt im Staat alle Dependenz und Unter-Ordnung ausſchlieſſet a).

a) S. das folgende V. Cap.

§. VII.

Es meinen zwar einige, daß die Unterſuchung der Rechte des Standes der Natur eine vergebliche Mühe ſey, weil auſſer Adam, von dem alle Menſchen herſtammen, keiner von ſeinen Nachkommen eine natürliche Freyheit ſich habe zuſchreiben können, maſen die Kinder dieſes Ertz-Vaters unter ſeiner Herrſchaft geſtanden, und von der Zeit an ein jeder Vater über ſeine Kinder eine gleiche Gewalt ausgeübet. Ich finde aber dieſen **Einwurf von ſchlechter Erheblichkeit.** Denn 1) wird durch die Gewalt der Eltern über ihre Kinder die natürliche Freyheit der leztern nicht aufgehoben, weil ſie auf die Pflicht dieſelben zu erziehen gebauet iſt und zum Endzweck hat ſolche Kinder in den Stand zu ſezen, daß ſie der Freyheit als eines natürlichen Rechts ſich dereinſt vernünftig gebrauchen mögen. Weßhalb ihnen auch, ſobald ſie dieſe Fähigkeit erlanget haben, nach dem Rechte der Natur ſolche Freyheit muß gelaſſen werden. Welches zu erläutern iſt mit dem Exempel eines unmündigen Königes, der unter der Gewalt ſeiner Mutter oder ſeiner Vormünder ſtehet, bis er die Regierung ſelbſt verwalten kan, wozu er durch die Gebuhrt ein Recht erlanget hat. Ja wenn auch 2) die Kinder nach geendigter Erziehung annoch unter der Gewalt der Eltern ſtünden, ſo würden ſie doch nach dem

Tode derſelben ihre natürliche Freyheit bekommen, und dadurch die Zahl derer vermehren, welche im Stande der Natur ſich befinden.

§. VIII.

Gleichwie das Exempel der Patriarchen und ihrer Kinder dieſe Wahrheit bekräftiget: alſo finden wir auch in ihrer Lebens-Art, welche zu ihren Zeiten mit andern Familien gemein war, einen zulänglichen Beweiß, daß einzele Familien im Stande der Natur ohne Anſtoß und Unruhe leben können.

III. Capitel.

Von der Natur der Bürgerlichen Geſellſchaft, imgleichen von dem Urſprung und Endzweck derſelben.

§. I.

Unter der **Bürgerlichen Geſellſchaft** verſtehet man **eine Geſellſchaft verſchiedener Familien** a), welche der Rechte des Standes der Natur ſich ſo weit begeben haben, als es ihre gemeinſame Sicherheit und Wohlſtand erfordert, und zu dem Ende mit einander eins geworden ſind, beſtändig beyſammen zu halten, und unter der oberſten Aufſicht und Gewalt der dazu erwählten Perſonen nach gewiſſen zum gemeinſamen Nuzen aufzurichtenden Geſezen zu leben, und wieder die einheimiſche ſowohl als auswärtige Gewalt ſich mit vereinigten Kräften zu beſchüzen.

a) Dieſes ſage ich in Abſicht auf die heutigen Staaten / und

und nicht in der Meinung daß ein Staat nach ſeinem Weſen aus verſchiedenen Familien beſtehen müſſe; Weil im Stande der Natur die Familie eines jeden Hauß-Vaters/ wenn ſie aus erwachſenen Kindern beſtehet/ als eine Art einer Bürgerlichen Geſellſchaft kan betrachtet werden.

§. II.

Unterſuchet man den **Urſprung der Bürgerlichen Geſellſchaften** / ſo kan man denſelben nicht blos aus der natürlichen Neigung der Menſchen zu einem geſellſchaftlichen Leben herleiten, weil diejenigen, welche in eine Bürgerliche Geſellſchaft treten, ſchuldig ſind, ihren Willen nach deſſen Befehl zu richten, dem ſie die höchſte Gewalt aufgetragen haben, und zu ſolcher Pflicht mit Zwang können angehalten werden, welches beydes der natürlichen Freyheits-Liebe aller Menſchen ganz zuwider iſt.

§. III.

Die Gemächlichkeit des Lebens und andere Vortheile, welche man in einer Bürgerlichen Geſellſchaft findet, können ebenfals die Veranlaſſung hierzu nicht gegeben haben; Weil eines Theils dieſe Vortheile nicht vorher zu ſehen waren, andern Theils bey der anfänglichen Einfalt und Mäſſigkeit der Menſchen, die Liebe zur Gemächlichkeit und zum Uberfluß, woran man nach der Zeit ſich gewöhnet hat, bey ihnen nicht ſo ſtarck ſeyn konte, daß ſie lieber der natürlichen Freyheit ſich hätten begeben wollen, als mit dem ſich begnügen, was ſie durch freundſchaftliche Verbindung mit ihren Nachbaren erlangen konten.

§. IV.

Die meiſten ſtehen in denen Gedancken, daß die Unſicherheit und die Gewaltſamkeit, welche im Stande der Natur zu befürchten waren, die Aufrichtung der Bürgerlichen Geſellſchaften veranlaſſet hätten; In welcher Meinung ſie dieſen Stand mit den abſcheulichſten Farben abmahlen a). Wil man aber ſich die Mühe geben ihre Vorſtellungen mit unpartheyiſchen Augen einzuſehen, und dabey erwegen, was im vorhergehenden Capitel davon berühret worden, ſo wird man leicht erkennen, daß dieſe Verfechter der Bürgerlichen Geſellſchaft die Fehler des Standes der Natur zu weit treiben; und hingegen des Ubels nicht gedencken, ſo man bey dem Bürgerlichen Leben einer ſolchen Regierung zu befürchten hat, wo der Regente ſelbſt, oder ſeine Günſtliche, oder diejenigen, welchen er einen Theil der Regiments-Verwaltung nohtwendig anvertrauen muß, Gewalt vor Recht gebrauchen b). Von welcher Gewalt man entweder gar nicht, oder doch viel ſchwerer als im Stande der Natur, ſich befreyen kan.

a) Hobbeſ. de Cive L. I. c. I.

b) vid. Titius in notis ad Puffend. de offic. hom. & civ. Lib. II. c. 5.

§. V.

Am allerwahrſcheinlichſten iſt es demnach, **daß die Bürgerlichen Geſellſchaften auf folgende Weiſe ihren Urſprung genommen.** Es haben einige herrſchſüchtige Häupter einer zahlreichen Familie angefangen mit ihren ſchon erwachſenen Kindern, worüber ſie Herren geblie-

ben waren, andere benachbarte Familien ihrer Herrſchaft mit Gewalt zu unterwerffen. Und nachdem ſie dadurch ein Mittel gefunden, ſolche Dinge anzuſchaffen, welchen die menſchlichen Lüſte ſchmeicheln, ſo hätte ihnen ſolches Gelegenheit gegeben ihre gewaltſame Herrſchaft mit neuen freywilligen Knechten zu vermehren.

§. VI.

Nachdem dieſer Räuber-Haufen auf ſolche Weiſe an Macht zugenommen hatte, war es natürlich, daß diejenigen, welche bey ihrer natürlichen Freyheit ſich beſchüzen wolten, ebenfals unter einander in ein Bündniß traten. Und da keine Vereinigung vieler Menſchen ohne Ordnung beſtehen kan, und dazu erforderet wird, daß man gewiſſe Geſeze abfaſſe, nach welchen jederman zur Beforderung des gemeinen Beſtens ſeine Thaten einrichte, zu ſolchem Ende aber einigen die Authorität aufgetragen werde über dieſe Geſeze zu halten, und nach Erforderung der Umſtände neue Verordnungen zu machen, ſo haben ſolche **Verbindungen verſchiedener Familien nach und nach die Form einer Bürgerlichen Geſellſchaft bekommen.**

§. VII.

Auf gleiche Weiſe hat auch der Räuberiſche Haufen nach und nach zu einer Bürgerlichen Geſellſchaft erwachſen müſſen; weil er ohne dergleichen Verfaſſung in der Länge nicht hätte beſtehen können.

§. VIII.

Dieſe Beſchreibung des Urſprunges der

Bürgerlichen Geſellſchaften, komt nicht nur mit der Meinung dererjenigen überein, welche dieſelben von der Furcht herleiten, ſondern auch mit denen älteſten geiſt- und weltlichen Geſchichten. Denn es muſte dieſe Furcht nohtwendig von denen herrühren, welche die natürliche Gleichheit geſtöret hatten, und ihr Hauffe muſte ſchon aus vielen Familien beſtehen, da andere Familien zu ihrer gemeinſamen Beſchüzung und Gegenwehr in eine Bürgerliche Geſellſchaft ſich begaben

§. IX.

Es erhellet aus dieſer Beſchreibung ferner der **Unterſcheid der Meinungen**/ welche von denen älteſten Zeiten an **über dem Zweck der höchſten Gewalt in der Bürgerlichen Geſellſchaft** ſich hervor gethan. Diejenigen, welche andere mit Gewalt bezwungen und ſich zu Herren über dieſelben aufgeworffen, haben die Uberwundenen nicht beſſer als Knechte gehalten, und die Meinung aufgebracht, daß ein Regente ein Land um ſeines eigenen Nuzens willen beherrſche; Diejenigen hingegen, welche freywillig in eine Bürgerliche Geſellſchaft getreten und ein gemeinſames Oberhaupt über ſich beſtellet, konten dabey keine andere Abſicht haben als ihre gemeine Sicherheit, und die Erhaltung ihrer natürlichen Rechte, folglich ihrem erwählten Regenten nicht mehr Gewalt einräumen, als zur Erreichung dieſes Endzwecks nöhtig war; weil ſie ohne dieſe Maßgebung ihre natürliche Freyheit zu ihrem höchſten Nachtheil würden aufgeopffert haben.

Conf. §. 4. h. c.

§. X.

§. X

Es kan aber **keine Geſellſchaft den Nahmen eines Staats** mit Recht **führen / worin nicht die höchſte Gewalt** zu dem letzt beſchriebenen Endzweck **einer Bürgerlichen Geſellſchaft** entweder **ausdrücklich oder heimlich gemäſiget** worden; weil die höchſte Regierung eines Staats von der Herrſchaftlichen Gewalt weſentlich unterſchieden iſt a).

a) S. I. Cap. §. 15.

§. XI.

Und da ferner niemand eine Herrſchaft über einem andern, der ſeiner natürlichen Freyheit ſich zu gebrauchen weiß, ohne deſſen Einwilligung erlangen kan: **So wird zur Aufrichtung einer Bürgerlichen Geſellſchaft nohtwendig erforderet / daß die / ſo darinnen leben wollen / ihrer natürlichen Freyheit ausdrücklich oder heimlich ſich begeben / und eine Ober-Herrſchaft über ſich erkennen**; welches von Uberwundenen vermuhtet wird, wenn ſie nach geendigtem Kriege von dem Uberwinder glimpflich regieret werden, und ihm hinwiederüm ohne Widerſpenſtigkeit Gehorſam leiſten.

IV. Capitel.

Von denen verſchiedenen Regierungs-Formen eines Staats.

§. I.

Die verſchiedenen Regierungs-Formen eines Staats entſtehen aus dem Unterſcheid nach welchem die höchſte Gewalt darin verwaltet wird.

§. II.

Daher finden ſich dreyerley **Gattungen einzeler Staaten**; nemlich **Monarchien**, wo die höchſte Gewalt einer einzelen Perſon anvertrauet iſt; **Ariſtocratien**, wo dieſelbe von einem gewiſſen Raht aus denen Vornehmſten des Volcks verwaltet wird; **Democratien**, wo dieſelbe bey der Verſammlung aller Bürger beruhet. Es kan aber eine jede Art dieſer Staaten durch willkührliche Grund-Geſeze eine beſondere Geſtalt bekommen, und dadurch ohne Veränderung ſeiner jetztgedachten weſentlichen Stücke von andern ſich unterſcheiden.

§. III.

Was demnach **die Monarchiſche** betrift, ſo ſind dieſelben 1) **in Anſehung der Gewalt**, welche dem Monarchen verliehen worden, entweder **uneingeſchräncket** oder **eingeſchräncket**. 2) In Anſehung der Art wie ſolche Gewalt erlanget wird, entweder **Erb**- oder **Wahl-Reiche.**

§. IV.

Die unumſchränckte oder abſolute **Gewalt eines Monarchen** beſtehet darin, daß er **weder** nach gewiſſen mit ihm verglichenen **Grund-Geſezen** ſeine Regierung anzuſtellen hat, **noch** den Beyfall der **Landes-Stände**, **oder** eines ihm zugeordneten **Rahts** darüber einzuholen verbunden iſt, ſondern die Freyheit hat, die Staats-Sachen mit wem er will zu überlegen, und nach ſeinem beſten Wiſſen und Vermögen darin einen Schluß zu faſſen. **Seine Gewalt iſt** hingegen

gegen eingeſchränckt/ wann er derſelben nach gewiſſen Staats-Grund-Geſezen ſich gebrauchen, und den Beyfall ſeiner Stände oder gewiſſe Reichs-Rähte darüber einholen muß.

§. V.

Allein auch der allerabſoluteſte **Monarche iſt nicht frey von der Verbindlichkeit/ ſeine Anſchläge und Regierung nach der wahren Landes-Wohlfart abzumeſſen/** weil zur Beförderung derſelben die höchſte Gewalt ihm aufgetragen worden, und es nicht in ſeiner Freyheit ſtehet dieſelbe anders anzuwenden, als der Endzweck des Staats es verſtattet.

§. VI.

Es bleibet daher allezeit ein groſſer **Unterſcheid / unter** einer **abſoluten / und** einer **despotiſchen Regierung** / weil dieſe darin beſtehet, daß der Monarch in ſeiner Regierung allein auf ſeinen eigenen Nuzen ſiehet, und über diejenigen, welche ihm unterworffen ſind, als über ſeine Knechte herrſchet. Wiewohl ich ſchon geſaget habe a), daß einer ſolchen Herrſchaft der Nahme einer Bürgerlichen Geſellſchaft nicht gebühre, weil ſie von dem Endzweck derſelben gänzlich abgehet.

a) 3. Cap. §. 10.

§. VII.

Daß ein Reich patrimonial oder **eigenthümlich** ſeye / ſtreitet zwar nicht ſchlechterdings mit dem Zweck eines Staats, weil die Eigenſchaft eines Patrimonial-Reichs, vor andern die nicht patrimonial ſind, nur darin beſtehen ſoll, daß es in denen erſten dem Regenten frey ſtehe,

ſein Recht zur Regierung des Staats einem andern bey ſeinem Leben abzutreten, oder nach dem Tode zu hinterlaſſen a). Wenn es aber auf die Frage ankommt, woran man erkennen ſolle, ob ein Reich patrimonial ſeye? ſo wird gemeiniglich für ein Recht ausgegeben, was auf einer bloſe That beruhet, und zwar bey dieſem oder jenem beſondern Fall vom Volck gebilliget, aber nicht zur gewiſſen und beſtändigen Regel gemachet worden. Es müſte über dem auch in ſolchem Fall, da dieſes Recht dem Regenten ausdrücklich eingeräumet worden, daſſelbe alſo ausgeübet werden, wie es mit dem gemeinſamen Zweck aller Staaten überhaupt beſtehen kan b).

a) Grot. de J. B. & P. Lib. I. c. 3. §. 12.

b) h. §. 5.

§. VIII.

Auſſer beſagten einzelen Staaten finden ſich auch **vereinigte Staaten** a), wohin diejenigen gehören, welche dergeſtalt mit einander verbunden ſind, daß ſie zwar bey ihrer Freyheit bleiben, und über ihre Unterthanen die höchſte Gewalt behalten, aber zu gleicher Zeit einen Cörper miteinander ausmachen b), die Beförderung ihrer gemeinſamen Sicherheit und Wohlfahrt ſämtlich überlegen, und was dahin gehöret gemeinſamlich abreden und beſchlieſſen.

a) Conf. ad h. §. & ſeqq. Puffend. J. N. & G. Lib. VII. c. 5. §. 16. ſeqq.

b) Wegen des Mangels einer ſolchen Verbindung können verſchiedene Staaten / die einen gemeinen König haben / nicht als vereinigte Staaten angeſehen werden.

§. IX.

§. IX.

Es kan aber **ein vereinigter Staat** nicht allein **aufgerichtet werden durch ausdrückliche Verträge** / worin die Art der Vereinigung derer, ſo dazu gehören, deutlich abgeredet und beſchrieben wird; wie an den vereinigten Staaten von Holland zu erſehen iſt; ſondern auch **auf eine heimliche Weiſe** / wenn nemlich ein groſſes Reich dergeſtalt zergliedert wird, daß aus denen darunter begriffenen Ländern beſondere Staaten entſtehen, die ſich gleichwohl nicht völlig von einander trennen, ſondern nach der Art verbundener Staaten vereiniget bleiben; wovon uns in dem folgenden Theile a) die Beſchreibung der Regierungs-Form des Teutſchen Reichs ein Exempel geben wird.

a) im 5ten Cap. des II. B.

§. X.

Ob bey denen Berahtſchlagungen der vereinigten Staaten / die meiſten Stimmen den Ausſchlag geben / iſt ſchwer zu entſcheiden; a) weil es eines Theils mit der Natur eines freyen Staats zu ſtreiten ſcheinet, daß ein anderer ihn zwingen könne etwas zu thun, was er vor nachtheilig hält; andern Theils aber auch zu fürchten iſt, daß viele den ganzen Cörper angehende Dinge ſehr langſam würden verglichen werden, und ofte gar liegen bleiben, wenn man jedesmal eine Einmühtigkeit der Stimmen abwarten wolte, weil einer und der andere von denen vereinigten Staaten bey der abzuredenden Sache ein beſonderes Intereſſe haben kan.

a) Was hierin bey denen Reichs = Berahtſchlagungen beobachtet werde, davon ſiehe unten II. Th. V. B. I. Cap. 25. §.

§. XI.

Vielleicht müſte man deßwegen **unterſcheiden / ob die Sache** in der That **den ganzen Cörper** gerades Weges **intereſſire; oder ob** dieſelbe **einige Glieder** deſſelben beſonders **angehe.** Im erſten Fall würde meines Erachtens die Mehrheit der Stimmen den Ausſchlag geben; weil gemeine Sachen nicht anders können abgethan werden, und bey allen Vereinigungen zu vermuhten iſt, daß man hierin gewilliget habe. In dem lezteren Fall würde es mit der Freyheit eines Staats ſtreiten, ſich von einem andern etwas mit ſeiner Wohlfahrt ſtreitendes aufbürden zu laſſen.

§. XII.

Alle bisher erzehlte **Staaten** werden wegen ihrer verſchiedenen Regierungs-Formen ferner abgetheilet in **vermiſchte** und **unvermiſchte / reguläre** (regelmäſige) oder **irreguläre** (nicht regelmäſige).

§. XIII.

Ein vermiſchter Staat iſt derjenige zu nennen, der in denen Stücken, die zu ſeinem Weſen nicht gehören, von der Art einer andern Regierungs-Form etwas an ſich hat, obgleich in der That nur eine allein ihm kan beygeleget werden: Alſo iſt, zum Exempel, **Schweden** annoch **eine wahre Monarchie** / obgleich der König ohne eingeholte Bewilligung der Stände aus allen

Orden,

Orden, in Staats-Sachen, nichts Wichtiges beſchlieſſen noch vornehmen kan, folglich dieſe Monarchie dadurch **den Schein einer Democratie** bekommt. Die Republick **Venedig** iſt in der That **eine Ariſtocratie**/ obgleich der Herzog (oder Doge) in gewiſſen Umſtänden ihr **den Schein einer Monarchie** giebet. In einigen Schweitzeriſchen Eyd-Genoſſenſchaften oder Orten iſt die höchſte Gewalt bey der ganzen Bürgerſchaft, obgleich die Verwaltung der täglich vorfallenden Staats-Geſchäfte beſonderen Rahts-Verſammlungen anvertrauet worden, welche ein Ariſtocratiſches Regiment vorſtellen. Die **Regierungs-Form des Teutſchen Reichs** komt weſentlich mit der Regierung vereinigter Staaten überein, **hat** aber dabey wegen der groſſen Vorrechte des Kayſers ſo **viel Monarchiſches an ſich**/ daß nicht nur Fremde, ſondern auch wohl Einheimiſche es vor eine Monarchie ausgeben.

§. XIV.

Ein unvermiſchter Staat iſt derjenige, deſſen Regierungs-Form nichts an ſich hat, was ihm den geringſten Schein einer andern geben könte. Alſo iſt zum Exempel das Königreich **Dännemarck** eine ganz **unvermiſchte Monarchie; Bern eine unvermiſchte Ariſtocratie.** Unter den kleinen Eydgenoſſenſchaften **in der Schweiz**/ und in einigen geringeren Reichs-Stätten giebt es auch **unvermiſchte Democratien.**

§. XV.

Ein Staat iſt **regulär**/ wenn bey einer Re-

gie-

gierungs-Form ſich kein Fehler findet, welcher die Erreichung des Zwecks der Bürgerlichen Geſellſchaft, wo nicht gänzlich hindert, doch ſehr ſchwer machet. Er iſt hingegen irregulär/ wenn dabey ein ſolcher Fehler in der Regierungs-Form anzutreffen iſt.

§. XVI.

Es kan aber ein ſolcher **Fehler** ſich finden 1) **bey denen/ welche die höchſte Gewalt im Staat beſizen**; z. E. wenn ein Staat zwey independente Regenten hat, wovon in der alten Römiſchen Monarchie ſich Exempel finden; oder wenn die weſentliche Stücke der höchſten Gewalt unter verſchiedene Perſonen oder Rähte dergeſtalt getheilet ſind, daß der eine Theil mit Ausſchlieſſung des anderen dieſelben verwalten kan. 2) **Bey denen Gliedern des Staats**/ wenn nemlich einige unter ihnen die höchſte Gewalt des Regenten entweder gar nicht, oder doch nur in gewiſſen Fällen erkennen, und ſolcher geſtalt einen beſonderen Staat im Staat formiren, welches der Zuſtand iſt der Geiſtlichkeit in denen Catholiſchen Ländern. 3) **Bey der Art und Weiſe die Staats-Sachen zu beſchlieſſen** a), wann nemlich bey denen Berahtſchlagungen die meiſten Stimmen nicht gelten, und wohl gar der Widerſpruch eines einzigen den Schluß hemmen kan: Wie man es **in Pohlen** ſiehet.

a) Was ſich dabey im Heil. Römiſchen Reich irregulär und mangelhaft findet/ wird im IIten Theil hin und wieder angezeiget werden.

§. XVII.

§. XVII.

Wann in einem Staat ſich **ein Fehler** findet, welcher nicht der verglichenen Regierungs-Form, ſondern dem Regenten, oder denen Unterthanen perſöhnlich anklebet, ſo wird derſelbe **nicht irregulär / ſondern kranck genennet.** Z. E. wenn der Regente alle ſeine Anſchläge auf den Krieg, oder auf die Beforderung des Handels, oder auf ſeine eigene Bereicherung richtet; wenn eine Republick mit unruhigen und müſigen Bürgern angefüllet iſt, und dergleichen.

§. XVIII.

An der Frage: **Welche Regierungs-Form die älteſte ſeye?** iſt nicht viel gelegen. Es ſcheinet aber, daß **die Monarchiſche** Regierungs-Form die älteſte ſey, weil die erſten Staaten mit Gewalt aufgerichtet worden, und zu vermuthen iſt, daß der Anführer des Räuberiſchen Hauffens die Ober-Herrſchaft eines ſolchen Staats werde an ſich gebracht haben. Es war ferner natürlich, daß dem Stamm-Vater vieler Familien, wenn dieſelben einen Staat unter ſich aufrichten wolten, die höchſte Gewalt darin eingeräumet, und dadurch ein Monarchiſches Regiment aufgerichtet würde. Zu der **Ariſtocratiſchen** Regierungs-Form hat eine freywillige Verbindung der Häupter vieler fremden Familien Anlaß geben können. **Democratiſche** Regierungen ſind vermuthlich aus dem Aufruhr des Volckes entſtanden, wenn er das unerträgliche Joch einiger Tyrannen abzuſchütteln genöhtiget worden, oder wenn einige unruhige Köpffe, da-

mit ſie ſelbſt an der Regierung Theil haben möchten, dem einfältigen Pöbel die Regiments-Perſonen verhaßt gemacht, und ihn angetrieben, das Regiment an ſich zu reiſſen.

§. XIX.

Uberhaupt iſt noch zu mercken, daß **die erſten Staaten nicht ſo ordentlich abgefaſſet** geweſen, **als** ſie **heutiges Tages** ſich befinden, ſondern daß ſie nach und nach eine mit dem wahren Zweck der Bürgerlichen Geſellſchaft beſſer übereinkommende Geſtalt gewonnen; welche Verbeſſerung man inſonderheit denen Staaten zu dancken hat, in welchen die Staats-Geſeze zwiſchen dem Regenten und dem Volck mit gemeinſamen Raht abgefaſſet worden.

V. Capitel.

Von der höchſten Gewalt im Staat.

§. I.

Die **höchſte Gewalt beſtehet** in einer von niemand dependirenden Macht, den Staat ſo zu regieren, wie es deſſen in- und äuſſerliche Sicherheit und Wohlfart erfordern.

§. II.

Derjenige hat in der That **eine von niemand dependirende Gewalt**, oder welches einerley iſt, **eine wahre** *Souveraineté*, deſſen zur Landes-Regierung gemachte Schlüſſe und Geſeze von

von keinem Höhern können angefochten oder umgeſtoſſen werden. In andern Abſichten, welche die Regierung des Staats nicht angehen, kan ein Potentate oder ein freyer Staat gegen dem andern auf vielerley Weiſe in einer **Ungleichheit** ſtehen.

§. III.

Es hebet aber **eine** ſolche **Ungleichheit/** die entweder durch ausdrückliche Verträge und Bündniſſe eingeführet wird, oder bey jemand übrig blieben iſt, der vorher in einer wahrhaften Unterthänigkeit geſtanden, **die höchſte Gewalt nicht auf/** ſondern benimt derſelben nur etwas von ihrem natürlichen Glantz; Weil ſie von dem Geringeren ſo muß geführet werden, daß ſie wider die Ehre und den Reſpect, ſo er dem Höheren ſchuldig iſt, nicht anſtoſſe. Einige Exempel werden die Sache beſſer erläutern.

§. IV.

Die **Lehns-Pflicht,** welche ein Potentate dem andern ſchuldig iſt, **verbindet** zwar **den Lehn-Mann** in gewiſſen Fällen nicht allein **zu groſſer Submiſſion** und Verehrung **gegen ſeinen Lehn-Herren** / ſondern **auch** zur **Unterwürfigkeit vor deſſen Lehn-Gerichte.** Weil aber von einem Vaſallen natürlicher Weiſe nur gefordert wird, daß er wider ſeines Lehn-Herren Intereſſe nichts vornehme, und demſelben im bedürffenden Fall Hülffe und Dienſte leiſte: dieſes aber mit der freyen Landes-Regierung wohl beſtehen kan: ſo erhellet daraus genugſam, **daß die Lehn-Verbindlichkeit/**

wenn ſie nicht weiter gehet, als die gemeine Natur der Lehen es erforderet, **die höchſte Gewalt nicht aufhebe.** Noch weniger kan die höchſte Gewalt denen abgeſprochen werden, welche ihre Länder von dem Ober-Haupte eines vereinigten Staats deswegen zu Lehn empfangen, daß ihre Gemeinſchaft mit dem ganzen Cörper, und ihre Pflicht deſſelben Wohlfart zu beförderen, dadurch angezeiget werde; wie wir an ſeinem Ort a) bey der Unterſuchung der Reichs-Lehn es beweiſen wollen.

a) S. II. Th. IV. B. 2. Cap.

§. V.

Ein Staat welcher unter dem Schuz eines andern ſtehet/ iſt ebenfals ſchuldig dem Schuz-Herren groſe Ehrerbietigkeit zu bezeugen und demſelben zuweilen ein und andere Vorrechte bey ſich einzuräumen: Ob nun wohl dieſe Vorzüge, wenn der Beſchüzer ſehr mächtig, der Beſchüzte hingegen ſehr ſchwach iſt, zur wahren Unterwerffung des Clienten ausſchlagen können: So iſt doch das Schuz-Recht an ſich ſelbſt anders nicht, als eine ungleiche Allianz eines Mächtigern mit einem Schwächeren anzuſezen, und folglich **die höchſte Gewalt** dem Beſchüzeten **nicht abzuſprechen.**

§. VI.

Noch weniger kan ein ſolcher Staat ſeine *Souveraineté* **verlieren / welcher zur Bezahlung eines jährlichen Tributs einem andern verbunden iſt;** weil dieſe Verbindlichkeit mit der Regierung des Staats keine Verknüpffung

ſung hat, und dieſelbe an ſich ſelbſt nicht einmal einſchräncket.

§. VII.

Es ſtehet ferner **der höchſten Gewalt nicht entgegen / wenn mit einem Regenten abgeredet worden / daß** alles, **was er wider eine gewiſſe Capitulation vornehmen möchte / null und nichtig** ſeyn ſolte; weil eines Theils zur höchſten Gewalt nicht erfordert wird, daß ſie unumſchräncket ſeye, und andern Theils die Nullität deſſen, was ein Regente wider die beſchworne Verträge vorniñt, nicht von einem Ober-Herren ſondern von der Kraft der genommenen Abrede herrühret.

§. VIII.

Am meiſten ſcheinet es **mit der höchſten Gewalt zu ſtreiten / daß derjenige / ſo damit verſehen iſt / einen Richter über ſich erkenne.** Ich geſtehe auch, daß es in einem **einfachen Staat** mit der höchſten Gewalt des Regenten nicht beſtehen könne, daß man in Sachen, welche die Verwaltung der Staats-Rechte betreffen, über ihm ein Urtheil fälle, und ſolches mit Zwang wider ihm vollziehe. **Vereinigte Staaten** aber können gar wohl zu beſſerer Beobachtung der Einigkeit und der Bundes-Pflicht ein Gerichte anlegen, welches ihre Streitigkeiten ſchlichte: weil das Urtheil, ſo daſelbſt ausgeſprochen wird, anzuſehen iſt als ein Ausſpruch der Schieds-Richter, welche freye Potentaten bisweilen erwählen, und die Vollſtreckung eines ſolchen Urtheils als eine Art des Krieges, womit man

denjenigen angreiffet, der das Band des Friedens und der gemeinen Wohlfahrt gebrochen hat.

§. IX.

Da nun, wie bevor erinneret worden, eine merckliche Ungleichheit eines Potentaten mit dem andern **die höchſte Gewalt** des Geringern nicht aufhebet: So **kan man** ihm dieſelbe **noch weniger ſtreitig machen / wenn der Unterſcheid nur in dem Namen und in der Titulatur beſtehet**/ unter welchem bisweilen politiſche Urſachen ſtecken. Denn wenn man auf die Sache ſelbſt, und nicht auf den Namen ſiehet, ſo wird man warnehmen, daß ein Graf dieſelbe eben ſo völlig als ein König verwalten kan, und daß vielen Potentaten, die mit dem Namen der Majeſtät prangen, die Hände mehr gebunden ſind als einigen Teutſchen Fürſten, welche die höchſte Gewalt unter dem Namen der Landes-herrlichen Gewalt beſitzen.

§. X.

Der weite oder enge Begrif eines Staats machet die höchſte Gewalt des Regenten **weder gröſſer noch kleiner**; ob es gleich wahr iſt, daß der Mächtige dieſelbe mit gröſerem Glanz und Nachdruck ausüben, und von andern Potentaten leichter ſolche Höflichkeiten und Ehr-Bezeugungen erlangen könne, die man nach dem ſtrengen Rechte ihm nicht ſchuldig iſt. Welches unten a) bey der Erklärung des Geſandſchaft-Rechts ſoll erläutert werden.

a) S. unten II. Th. IV. B. 4. Cap. 19. §.

§. XI.

§. XI.

Der Unterſcheid der Regierungs-Form machet ebenfals **unter der höchſten Gewalt keinen Unterſcheid** / obgleich dieſelbe in einer Monarchiſchen Regierungs-Form heller hervorleuchtet, und um deswillen die gecröhnten Häupter über die Republicken den Vorſitz bekommen haben, in welchen der Glanz der Majeſtät nicht in einer einzelen Perſon, und zu allen Zeiten zu ſehen iſt.

§. XII.

Weil nun der **äuſerliche Vorzug eines Staats** für dem anderen nicht aus einer in deſſen Natur gegründeten Urſache herrühret, ſondern vielmehr alle Staaten überhaupt in der natürlichen Freyheit und Gleichheit ſich befinden, ſo kan **der Rang** unter denenſelben nicht anders als **durch** ausdruckliche oder heimliche **Vergleiche reguliret** werden.

§. XIII.

Der höchſten Gewalt im Staat müſſen nohtwendig alle / ſo darin leben / unterworffen ſeyn; maſen der Zweck deſſelben nicht könte erreichet werden, oder doch oftmals Unruhen darin entſtehen würden, wenn einige von ſolcher Gewalt ausgenommen wären. Es pflegen gleichwol die Potentaten, um ihrer eigenen Ehre und um ihres gemeinſamen Nuzens willen, ſich alles Gericht-Zwanges, nicht allein über die Perſon eines regierenden Fürſtens / wenn derſelbe in ihrem Lande iſt, ſondern auch über die Geſanten der Abweſenden, ſo weit zu enthalten, als es die

 Sicher-

Sicherheit und Wohlfart ihres eigenen Landes zulaſſen will.

§. XIV.

Auſſer denen Gränzen des Staats hat dasjenige / was aus höchſter Gewalt verordnet worden, eigentlich **keine Kraft**; weil ſie nur über diejenigen ſich erſtrecket, welche durch ihre Unterwerffung dieſelbe erkant haben. Aus Höflichkeit aber und um ihres eigenen Nuzens willen pflegen die Potentaten in ihrem Lande einer des anderen Verordnung gelten zu laſſen, wenn dieſelbe dem Nuzen ihres Staats nicht ſchlechter Dinge entgegen iſt. Unter vereinigten Staaten findet ſich, wegen ihres genauen Bandes, noch eine beſondere Urſache zu einer ſolchen unſchädlichen Gefälligkeit.

§. XV.

Es erhellet im übrigen zur Gnüge aus dem, was von der Natur und Aufrichtung der Bürgerlichen Geſellſchaft im vorhergehenden 3ten Capitel geſaget worden, **daß die höchſte Gewalt von der Einwilligung der Unterthanen ihren Urſprung habe** / und durch derſelben Abrede mit dem Regenten ihre Maaſe bekomme: weshalb diejenigen keiner Widerlegung werth ſind, welche vorgeben, daß die höchſte Gewalt dem Landes-Herren von GOtt unmittelbar verliehen werde. Weil aber die Aufrichtung der Bürgerlichen Geſellſchaft den Frieden und den Wohlſtand unter denen Menſchen befördert, und es GOtt gefällig iſt, daß die Menſchen unter dem Schuz ihrer Obrigkeit ein geruhiges und ſtilles

ſtilles Leben führen mögen, in aller Gottſeligkeit und Ehrbarkeit: So kan in ſolchem Verſtande gar wohl geſaget werden, daß die Obrigkeit von GOtt verordnet ſeye. Gleichwie ein löblicher Regent ebenfals als ein Statthalter GOttes mag angeſehen werden, wenn er zur Beſchützung der Frommen und zur Beſtraffung der Böſen ſeine ihm verliehene Macht gebrauchet.

§. XVI.

Die Rechte der höchſten Gewalt können eingetheilet werden / in ſolche die auf die innerliche Ruhe des Staats gerichtet ſind / und in ſolche die ſeine äuſerliche Ruhe angehen. Jene werden von denen Staats-Rechts-Lehrern *Regalia immanentia* genañt, weil ſie innerhalb des Staats ausgeübet werden, dieſe *Regalia tranſeuntia*, weil ſie auf Auswärtige ſich beziehen.

§. XVII.

Andere pflegen die **Staats-Gerechtigkeiten** oder **Regalien** abzutheilen in die **höheren** und **geringeren**. Es fället aber ſehr ſchwer, dieſelben von einander wohl abzuſonderen, und ihren Unterſcheid recht zu erkennen, wo man nicht unter den höheren Regalien diejenigen Staats-Rechte verſtehen will, die ein nohtwendiges Stück der höchſten Gewalt ſind, und unter denen geringeren ſolche Rechte, die zur Regierung eines Staats nicht erfordert werden, dem Landes-Herren aber aus guter Abſicht und mit beſonderer Bewilligung des Volcks überlaſſen worden. Zum Exempel, die Jagd-Gerechtigkeit, das Strand-Recht, ꝛc.

S. das II. Cap. des I. Th.

VI. Capitel.
Von dem Recht Geſeze zu geben.

§. I.

Unter denen Staats-Rechten, welche mit der höchſten Gewalt genau verknüpffet und auf die Beförderung der innerlichen Ruhe des Staats gerichtet ſind, iſt ſonder Zweifel eines der vornehmſten **das Recht Geſeze zu geben**, das iſt, denen Unterthanen vorzuſchreiben, was ſie thun oder laſſen ſollen, damit die Ruhe und Wohlfart des Staats beforderet, oder wenigſtens nicht gerades Weges geſtöhret werde. Man nennet ſolche Geſeze, **Civil-Geſeze** oder **Landes-Verordnungen**.

§. II.

Ob nun wohl ſolche **Civil-Geſeze** darin eigentlich von andern Geſezen ſich unterſcheiden, daß ſie allein von dem Willen des Regenten ihre Kraft herleiten, und auf den beſonderen Nuzen des Staats gerichtet ſind: ſo pfleget man doch gemeiniglich alle **Geſeze überhaupt, die ein Regente verkündigen läſſet**, wenn ſie gleich aus denen Göttlichen entſpringen, mit dem Nahmen der Civil-Geſeze zu belegen.

§. III.

Es gereichet auch in der That zu **groſem Nuzen des Staats, wenn ein Landes-Regente die natürlichen Geſeze**, welche **der Grund** aller **Geſellſchaften** ſind, **verkündigen läſt, und durch ſeine Authorität bekräftiget**; denn durch die offentliche Verkündigung

gung derſelben wird denen geholffen, welchen es ſchwer fällt, ſolche Geſeze durch Hülffe der Vernunft aus der Natur der Dinge herzuleiten. Die willkührliche Strafe aber, welche die hohe Obrigkeit denen Ubertretern ſolcher Geſeze andräuet, hat die Kraft, daß ſie auch bey ſolchen Menſchen eine Furcht erwecket, welche das Ubel nicht begreiffen, ſo mit einer That genau verbunden iſt, oder doch daſſelbe nicht genugſam ſcheuen, weil es nicht allemal auf dem Fuſe folget.

§. IV.

Weil aber der Regente eines Staats den Urſprung und den Endzweck der ihm eingeräumten höchſten Gewalt nie vergeſſen muß, und **nicht alle natürlichen Geſeze von gleicher Art** ſind: So folget daraus, daß er allein diejenigen Geſeze der Natur unter willkührlicher Strafe gebieten könne, deren Beobachtung zur Ruhe der Bürgerlichen Geſellſchaft ſchlechter Dinge nöthig iſt.

§. V.

Denn **die Regeln der Liebe**/ und **die Pflichten gegen GOtt**/ und **gegen uns ſelbſt** ſind von ſolcher Beſchaffenheit, daß ſie denen Menſchen mehr **müſſen angeprieſen** und gerahten, als mit weltlicher Gewalt anbefohlen **werden**; 1) weil dieſelben als Tugenden keinen Zwang leiden, 2) weil die Menſchen ſo beſchaffen ſind, daß wenn man ſie zu ſolchen Pflichten zwingen und alle Laſter an ihnen ſtraffen wolte, welche die Bürgerliche Geſellſchaft nicht unmittelbar ſtöhren, mehr Schaden als Nuzen dem Staat

daraus erwachſen würde, 3) weil die Unterthanen dem Regenten nur ſo viel Recht über ihre Thaten eingeräumet haben, als der Zweck des Staats erforderet.

§. VI.

Dieſe Betrachtungen **hindern** gleichwol **einen Landes-Herren nicht / die Tugenden durch ſeine Geſeze auf eine Neben-Art zu beforderen:** wenn er nemlich einige Dinge verbietet, welche zu denen Laſtern können Gelegenheit geben; Zum Exempel die Heyraht unter nahen Bluts-Verwanten, den Gebrauch ſtarcker Getrancke, u. d. g. Oder wenn er andere anbefiehlet, die zur Tugend führen; zum Exempel: wenn er befiehlet die Framden zu herbergen, die Feld- und andere Früchte um der Armen willen nicht völlig einzuerndten ꝛc. Worin die von GOtt denen Jüden verkündigten Geſeze zum Muſter dienen können.

§. VII.

Gleichwie nun **ein Regente viele dem Staat heilſame Pflichten dem Gewiſſen ſeiner Unterthanen überlaſſen muß:** alſo **kan er noch weniger ihrem Verſtande Geſeze vorſchreiben /** weil derſelbe der Regierung des Willens nicht unterworffen iſt, ſondern eine Sache nohtwendig ſo anſehen muß, wie ſie ihm ſich vorſtellet. Es meinen zwar einige, die bey der Gewiſſens-Herrſchaft ihren Vortheil ſuchen, daß in ſolchem Fall die Halsſtarrigkeit deſſen, der ſich nicht will weiſen laſſen, als die Schuld ſeines willkührlichen und vermeidlichen Irrthums

zu

zu beſtraffen ſeye. Weil aber GOtt allein mit Gewisheit urtheilen kan, ob ein Irrthum vermeidlich oder unvermeidlich ſeye: So iſt dieſes Einwenden mehr ein Deckmantel der Verfolgung als eine Entſchuldigung ſolcher ungegründeten und unzuläßigen Geſeze. Wovon im folgenden XII ten Capitel ein mehrers ſoll geſaget werden.

§. VIII.

Unerachtet **das Recht Geſeze zu geben eine Würckung der höchſten Gewalt** iſt: So **ſtehet** doch **derſelben nicht entgegen / daß** auch **Privat-Perſonen gewiſſe Geſeze unter ſich abreden** und **einführen mögen /** in ſolchen Sachen die ihrer natürlichen Freyheit überlaſſen und dem Staat nicht nachtheilig ſind. Es werden ſolche Geſeze theils ausdrücklich aufgerichtet, wohin **die Statuten** und **Ordnungen der Städte und Zünfte** gehören, theils ſtillſchweigend, durch oft wiederholte und ungewehrte, an ſich ſelbſt aber nicht unzuläßige, öffentliche Handlungen, welche deswegen **Gebräuche** und **Gewonheiten /** ingleichem **ungeſchriebene Geſeze** genant werden.

§. IX.

Alle **dieſe Geſeze haben ihre Kraft aus der** ausdrücklichen oder heimlichen **Einwilligung derer / welche ſich dazu verſtehen /** und aus **dem vermuhteten Beyfall des Regenten.** Es bleibet zwar in der Freyheit des lezteren ſolche Geſeze aufzuheben; ſo lange aber ſolches nicht geſchiehet, haben ſie die Würckung, daß derjenige, welcher einer Land-kündigen Gewon-

wonheit folget, vor unſtrafbar zu halten iſt, und daß eine darnach eingerichtete Handlung von anderen Privat-Perſonen nicht kan angefochten werden.

§. X.

Aus dem Recht Geſeze zu geben folget 1) das Recht dieſelben zu erklären / und 2) zu veränderen / maſſichem 3) davon zu diſpenſiren und 4) Privilegien und Freyheiten zu ertheilen.

§. XI.

Unter dem Rechte **die Geſeze zu erklären** / verſtehe ich nicht die Freyheit den Sinn des Geſez-Gebers zu erforſchen und auszulegen, welche einem jeden Rechts-Lehrer gelaſſen wird, und dem Staat an ſich ſelbſt nicht ſchaden kan, weil an ſolche Privat-Auslegung niemand gebunden iſt: Sondern ich verſtehe darunter das Recht ein Geſeze dergeſtalt zu erklären, daß man ſchuldig ſeye nach dem Sinn des Auslegers ſich zu richten. **Der Geſez-Geber hat allein ein ſolches Recht** / es wäre denn, daß ein Regente die Gerichte ausdrücklich angewieſen hätte den Ausſpruch gewiſſer Rechts-Lehrer vor den wahren Sinn der Geſeze zu halten, und nach denenſelben ihre Urtheile zu fällen, a) oder daß ihr Ausſpruch von ihm heimlich wäre gutgeheiſen und authoriſiret worden, z. Exempel durch Bekräftigung einer Sentenz ſo nach dem Sinn ſolcher Ausleger abgefaſſet iſt.

a) Der Kayſer Auguſtus hatte aus politiſchen Urſachen eine ſolche Verordnung gemachet. L. 2. §. ult. ff. de O. J. & §. 8. I. de J. N. & G.

§. XII.

§. XII.

Die Veränderung eines Geſezes komt ebenfals allein **dem Geſez-Geber zu.** Denn obwohl ein Geſez durch eine darwider eingeriſſene Gewonheit zuweilen entkräftet, ingleichem durch Veränderung der Umſtände, worauf es gerichtet war, gänzlich aufgehoben wird: So geſchiehet doch beydes aus dem vermuhteten Willen des Geſez-Gebers.

§. XIII.

Die Verbindlichkeit eines Geſezes kan der allein erlaſſen / welcher der wahre Urheber deſſelben iſt; Hieraus folget, daß ein Regent nur von ſolchen Geſezen diſpenſiren könne, welche einzig und allein von ſeinem Willen herrühren, aber nicht von denen göttlichen es ſey natürlichen oder offenbarten Geſezen; wenn nur die lezteren ſo beſchaffen ſind, daß ſie nicht blos einem gewiſſen Volcke aus beſonderen Abſichten vorgeſchrieben, ſondern überhaupt dazu verkündiget worden, daß ſie allen, welche davon Wiſſenſchaft erlangen, zur Richtſchnur dienen ſollen.

§. XIV.

Der Landes-Herr ſelbſt **iſt** zwar **an die von ihm ausgegangene** Geſeze **nicht** auf ſolche Weiſe **verbunden wie ſeine Unterthanen**; weil niemand ſich ſelbſt zwingen noch ſtraffen kan, und der, ſo mit der höchſten Gewalt begabet iſt, keinen Höheren über ſich erkennet. Er **iſt** aber in ſeinem Gewiſſen **verpflichtet** auch **denen Civil-Geſezen nachzuleben /** wenn er 1) ohne Verlezung der Rechte, welche ſie jemand beyle-

beylegen, oder 2) ohne Nachtheil des Staats von denenſelben nicht abgehen kan. Und weil das Exempel des Regenten andere zur Nachfolge reizet, ſo muß er um ſo viel mehr Achtung geben, daß er ſelbſt nicht aus den Augen ſeze, was er von anderen will gehalten haben.

§. XV.

Der Endzweck der höchſten Gewalt erforderet/ daß der Regente keine dem Staat nachtheilige Privilegien ertheile, **die Gerechtigkeit aber**/ daß dieſelben dem erworbenen Rechte eines dritten nicht mögen entgegen ſeyn, und daß derjenige, welcher auf beſchwerlicher Weiſe (Titulo oneroſo) oder doch ohne Gefährde ein Vorrecht erlanget hat, auſſer Schaden geſezet werde, wenn das Intereſſe des Staats den Regenten nöhtiget, daſſelbe wieder aufzuheben.

VII. Capitel.

Von dem Rechte zu ſtraffen.

§. I.

Die Strafe iſt in einem eigentlichen Verſtande ein **willkührliches Ubel**/ welches der Landes-Herr denen, ſo wider ſeine Geſeze handeln, zu dem Ende anthut, damit die Ruhe des Staats möge erhalten werden.

§. II.

Das Recht zu ſtraffen flieſet nohtwendig **aus dem Endzweck des Staats** und **aus der Natur der höchſten Gewalt**/ weil ohne daſſelbe die Geſeze, welche die Thaten der Untertha-

terthanen zur Wohlfart des Staats dirigiren ſollen, von keiner Kraft ſeyn würden.

§. III.

Ich nenne **die Strafe ein willkührliches Ubel**, theils **zum Unterſcheid des natürlichen Ubels**, welches auf eine That folget, und in einem eigentlichen Verſtande keine Strafe kan genennet werden, theils anzuzeigen, **daß die Art und Gröſe der Strafe der Beſtimmung des höchſten Regenten zu überlaſſen** ſey.

§. IV.

Weil nun das **Ubel**, wodurch man die Unterthanen von der Ubertretung der Geſeze abſchrecken will, ſo beſchaffen ſeyn muß, daß er einen **Eindruck** bey ihnen finde, und der abgeziehlte Zweck der Strafe erreichet werde: So folget daraus, **daß mit Zunehmung der Verbrechen auch die Strafen können erhöhet werden.**

§. V.

Es iſt zwar nicht zu läugnen, **daß ein gleiches Ubel bey allen Menſchen nicht einen gleichen Eindruck verurſache**, und daß bey der Ausübung einer gleichen Strafe ein Ubertreter in der That mehr leide als der andere. Es folget aber daraus nicht, daß der Geſez-Geber ohne Verlezung der Gerechtigkeit gar keine generale Strafe auf ein Verbrechen ſezen könne. Denn 1) beruhet die Beſtimmung der Strafen allein auf das Urtheil des Regenten, 2) iſt es unmöglich bey der Abfaſſung des Geſezes die Strafe auf alle vor-

le vorkommende Fälle zu proportioniren, 3) kan die Beſtimmung des Ubels dem Unter-Richter nicht ohne Gefahr anheim geſtellet werden, 4) hat der Verbrecher ihm ſelbſt das Ubel, ſo er leidet, zuzuſchreiben: Ja er giebet 5) durch die Ubertretung des Geſezes zu verſtehen, daß die Strafe, ſo darin enthalten iſt, bey ihm noch nicht zureichend ſey.

§. VI.

Weil es gleichwol billig iſt, a) **daß man bey der Ausübung der Strafe auf die beſonderen Umſtände eines Delinquenten ſehe/** ſo folget hieraus 1) daß das Recht, jemand zum Theil oder gänzlich zu begnadigen, *jus aggratiandi*, **ein unſtreitiges Stücke der höchſten Gewalt** ſey, 2) daß es nicht in der bloſen Willkühr eines Regenten ſtehe ſolche Gnade einem Miſſethäter zu erweiſen oder nicht zu erweiſen, ſondern daß es ſeine Pflicht ſey dieſes Recht ſich allezeit ſo und nicht anders zu gebrauchen, als es mit der Wohlfart des Landes und mit dem Zweck ſeines Straf-Amtes beſtehen kan.

a) Um der Urſache willen/ die im Anfang des vorhergehenden §. angeführet worden.

§. VII.

Der Endzweck der Strafe iſt **die Ruhe des Staats**/ welche durch dieſes Mittel erhalten wird, 1) wenn ſie den Miſſethäter ſelbſt beſſert, oder in ſolchen Stand ſezet, daß er dem Staat ferner nicht ſchaden könne, 2) wenn durch die Beſtraffung des Miſſethäters andere abgeſchrecket werden, die Geſeze zu übertreten.

§. VIII.

§. VIII.

Aus dem Endzweck der Straffen er-hellet wiederum, daß es einem Landes-Herren nicht frey ſtehe dieſelbe nach ſeinem Gefallen aus-zuüben, oder nicht / ſondern daß es ſeine Pflicht ſeye zu ſtraffen, oder nicht zu ſtraffen, ſo ofte es zum Nuzen oder Nachtheil des Staats gereichen kan.

§. IX.

Die Ubertretung der natürlichen Rechte kan ein Landes-Regent ſo weit **be-ſtraffen** / als dieſelben gerades Weges der Wohl-fart des Staats entgegen iſt, und ſo weit dieſe Geſeze zu ſolchem Ende denen Civil-Geſezen ein-verleibet worden; Siehe davon vorhergehendes VI. Cap. §. 3-7.

§. X.

Die Abtheiſterey iſt zwar an ſich ſelbſt **ſo wenig als andere Irrthümer der Straffe unterworffen**, weil man dem Verſtande keine Geſeze vorſchreiben kan, d. l. §. 17. Da aber die Atheiſterey das ſtärckeſte Band der Bürgerlichen Geſellſchaft trennet, ſo kan ein Atheiſte ſich nicht beſchweren, wenn man ihm das Land, worin er ſich aufhält, zu räumen anbefiehlet. Siehe unten Cap. XII.

§. XI.

Weil **zum Endzweck der Straffen** mit **gehöret, daß andere dadurch von einem gleichen Verbrechen mögen abgeſchrecket werden**: So iſt es nicht zu tadeln, wenn der Leib deſſen, der ſich vorſezlich und mit Uberlegung ermor-det, zur Abſchreckung vom Selbſt-Mord ſchimpflich

handthieret, und ſein Hab und Gut vom Staat eingezogen wird. Denn obgleich die Straffe eigentlich nur einem Lebendigen kan angethan werden: So iſt es doch zur Abſchreckung vom Selbſt-Mord genug, daß derjenige, ſo damit umgehet, das Ubel ſcheue, ſo der Geſetz-Geber darmit verknüpffet hat, und wo nicht um ſein ſelbſt willen, doch aus Liebe vor die Seinigen dieſes Verbrechens ſich enthalte.

§. XII.

Das Ubel, ſo aus der Beſtraffung des Selbſt-Mordes denen Kinderen und Verwanten des Selbſt-Mörders zuwächſt, machet dieſelbe nicht unzuläſig, weil ſolches Ubel nicht dem Geſetz-Geber, ſondern der Schuld des Miſſethäters benzumeſſen iſt, und auch bey anderen Verbrechen ſtat hat.

§. XIII.

Es wird zwar von einigen der Mörder als ein Wahnwiziger angeſehen, und deswegen von der Beſtraffung freygeſprochen; Allein wenn ſolche Umſtände ſich **bey dem Selbſt-Mord** finden, welche einen überlegten Vorſaz anzeigen, ſo wird **der Wahnwiz vergeblich vorgeſchüzet.** Denn wenn zur Entſchuldigung eines Verbrechens genug wäre, daß ein heftiger Affect den Miſſethäter angetrieben und ſeines Verſtandes beraubet: So würde man genöhtiget ſeyn, nicht allein den Selbſt-Mord, ſondern viele andere der Bürgerlichen Geſellſchaft höchſt verderbliche Verbrechen ungeſtraft zu laſſen.

§. XIV.

§. XIV.

Der hohe Verraht iſt ein ſolches Verbrechen, um welches willen, wenn die Wohlfart des Staats es erforderet, auch die Kinder des Miſſethäters ſolcher Rechte können beraubet werden, welche von denen Civil-Geſezen allein herrühren, und durch die Eltern auf die Kinder gebracht werden, als da ſind die Nachfolge in die Güter und in den Ehren-Stand des Vaters ꝛc. Es würde aber ungerecht und unzuläſig ſeyn, die Kinder um des vätterlichen Verbrechens willen vor Ehrlos zu erklären, weil dadurch ihre natürliche Rechte verlezet werden, die man ohne dero perſönliche Schuld ihnen nicht benehmen kan.

VIII. Capitel.

Von dem Rechte Gerichte und Obrigkeiten zu beſtellen.

§. I.

Weil es in einem **Staat** zu beſtändigen Unruhen Anlas geben würde, wenn es einem jeden Unterthanen erlaubet wäre bey ſeinen Rechten ſich mit eigener Gewalt zu ſchüzen: ſo **müſſen** darin nohtwendig **Richter und Obrigkeiten beſtellet werden**/ welche im Namen des Landes-Regenten die Geſeze handhaben, und nach derſelben Vorſchrift die Bedrängeten ſchüzen und die Böſen ſtraffen können.

§. II.

Es bleiben aber natürlicher Weiſe **drey Fälle ausgenommen/ in welchen die eigenmäch-**

tige Rettung ſeiner Rechte einem Unterthanen frey gelaſſen wird. Wenn nemlich 1) kein Richter vorhanden iſt. 2) Wenn man nicht Zeit hat denſelben anzuruffen. 3) Wenn es dem Richter am Vermögen fehlet dem Bedrängten Recht zu ſchaffen.

§. III.

Zur völligen Gerichtsbarkeit gehören zwar natürlicher Weiſe dieſe drey Stücke / daß nemlich derjenige, ſo damit verſehen worden, 1) die Partheyen abhören, 2) den Streit durch ein Urtheil entſcheiden, und 3) das Urtheil vollſtrecken könne. Gleichwie aber die Gerichtsbarkeit oder Jurisdiction von der höchſten Gewalt urſprünglich herrühret, ſo ſtehet es auch dem höchſten Regenten frey, dieſelbe nach Gutdüncken einzuſchräncken und die oberſte Erkäntnis in denen wichtigſten Dingen ihm ſelbſt vorzubehalten, wofern nicht in denen Staats-Grund-Geſezen ein anders bedungen worden.

§. IV.

Es iſt daher **zwiſchen dem Unter-Richter** / der im Namen des Landes-Herren die Gerichtsbarkeit verwaltet, **und** zwiſchen **dem Landes-Herren ſelbſt** / wenn er das Gerichte hält, **ein groſſer Unterſcheid** zu machen. Jener kan von denen Geſezen und Proceß-Ordnungen niemals abweichen: dieſer kan nicht nur die Schärffe und Strenge der Geſeze linderen, wenn der Nuzen des Staats es erforderet, ſondern auch einer auſſerordentlichen Gerichts-Form ſich gebrauchen,

chen, wenn die beſonderen Staats-Geſeze ihm hierin nicht die Hände binden.

§. V.

Es ſtehet zwar denen Unterthanen frey, den Ausſpruch über gewiſſe Streitigkeiten einem Dritten aufzutragen. Es hat aber **ein** ſolcher **Schieds-Mann**/ wie er genant wird, **keinen Richterlichen Zwang**/ noch ſein Urtheil eine gröſſere Kraft als die Parthéyen durch ihre Einwilligung ihm einräumen, und die Civil-Geſeze verſtatten.

§. VI.

Wenn freye Potentaten einen Dritten zum Vermittler und **Schieds-Mann** ihrer Streitigkeiten **erwählen**/ ſo erlanget derſelbe zwar dadurch nicht mehr Recht, als ein Privat-Schiedes-Mann. Er kan aber kraft des natürlichen Rechts dem beyſtehen, der nach ſeiner Meinung eine gerechte Sache hat, und dadurch ſeinem Ausſpruch einen Nachdruck geben.

§. VII.

Wenn zwiſchen dem Landes-Herren und deſſen Unterthanen über Privat-Sachen Streitigkeiten entſtehen/ ſo kan der ordentliche Richter gar wohl **darin erkennen.** Es iſt auch nicht nöhtig, daß derſelbe in ſolchem Fall ſeiner eydlichen Pflicht gegen ſeinen Ober-Herren ausdrücklich erlaſſen werde; weil ſein Amt ihn bereits zur unpartheyiſchen Gerechtigkeit verbindet, und ein Richter an der höchſten Obrigkeit ſich nicht vergreiffet, wenn er wider ſie ein gewiſſenhaftes Urtheil fället. Wenn hingegen die Unterthanen über die Regierung ihres Landes-

Herren Klage führen, und dieſer die eingebrachte Beſchwerden nicht freywillig abſtellen will: So pfleget ſolches zulezt zu einem innerlichen Krieg aus⸗zuſchlagen, welcher das Band zwiſchen dem Re⸗genten und dem Volck auflöſet. Da denn jener, wenn er unterlieget und die Beſchwerden über ſei⸗ne Regierung erheblich und gegründet ſind, ſich nicht muß befremden laſſen, wenn der Mißbrauch der höchſten Gewalt traurige Folgen hat.

S. das lezte Capitel dieſes 1ten Theils.

§. VIII.

Weil alle Gerichte und Obrigkeitli⸗che Aemter im Namen des Landes⸗Her⸗ren urſprünglich geführet werden: ſo fol⸗get daraus, 1) daß derjenige, ſo dieſen Staats⸗Perſonen nicht willig widerſtehet, an dem Landes⸗Herrn ſelbſt ſich vergreiffe; 2) daß ſo hoch auch das Amt ſeyn möge, womit jemand verſehen iſt, derſel⸗be dennoch in Anſehung des Landes⸗Regenten ein bloſer Unterthan ſeye; 3) daß derjenige, ſo ein öf⸗fentliches Amt eigenmächtig an ſich ziehet, an der höchſten Majeſtät ſich vergreiffe: es wäre denn, daß er es zum Beſten des Staats und mit vermuh⸗teter Genehmhaltung des Landes⸗Herren gethan hätte; 4) daß es denen Unterthanen nicht frey ſte⸗he ihnen ſelbſt Obrigkeiten zu erwählen, und daß der Regente auch alsdenn, wenn er ihnen die Wahl frey gelaſſen, die oberſte Aufſicht darüber behalte; 5 daß alle Obrigkeiten können angehalten werden von ihrer Aufführung Rechenſchaft zu geben; 6) daß diejenigen, ſo unter einer Obrigkeit ſtehen,

wenn

wenn ihnen Gewalt geſchiehet oder die Gerechtigkeit verſaget wird, bey dem Landes-Herren ſelbſt Hulffe ſuchen können; 7) daß dieſer nach ſeinem Gefallen eine Sache, die vor eine gewiſſe Obrigkeit gehöret, einer anderen auftragen könne.

§. IX.

Bey Beſtellung der Richter und Obrigkeiten hat ein Landes-Herr überhaupt dieſe Pflicht **in acht zu nehmen, daß er geſchickte Perſonen darzu ausſuche.** Wenn demnach dieſe Eigenſchaft der Perſon nicht aus den Augen geſezet und ein Amt allein um Gewinſtes willen vergeben wird, ſo ſtreitet es in keine Weiſe mit der Pflicht eines Landes-Herren, von denen, welche ein öffentliches Ehren-Amt erlangen, ſich etwas bezahlen zu laſſen.

§. X.

Wenn im übrigen der Regente durch die beſonderen Staats-Geſeze verbunden worden, bey Vergebung der Obrigkeitlichen und anderen Aemter, auf die Geburt, Religion und andere Umſtände der Perſonen, ſo dieſelbe bekleiden ſollen, zu ſehen, ſo verſtehet ſich von ſelbſten, daß er ſolche Verträge zu beobachten verbunden ſeye. **Es iſt** über dem nach der Regel **billig, daß die Staats-Aemter denen** vor allen anderen **verliehen werden/ welche** deſſen **Glieder** und **Unterthanen ſind.**

IX. Capitel.
Von dem Rechte Steuren und Anlagen zu verordnen.

§. I.

Es iſt zwar zur Aufbringung der Koſten, welche die Beſchüzung der innerlichen und äuſſerlichen Sicherheit und Ruhe des Staats erforderet, unumgänglich nöhtig, daß **Steuren** und **Anlagen** von denen Gliedern deſſelben geforderet werden, und **dieſes Recht** daher **von der höchſten Gewalt nicht zu trennen.** Es iſt aber auch **dem Staat ſehr gefährlich**, und der Weg zu einer deſpotiſchen Gewalt, wann dieſes Recht ohne eine vernünftige Einſchränckung dem Landes-Herren überlaſſen wird.

§. II.

Wenn gleichwohl **ein Volck bey der Ausübung dieſes Rechts ſich nichts vorbehalten und bedungen**/ ſo flieſſet doch aus dem natürlichen Zweck ſowohl der höchſten Gewalt überhaupt/ als dieſes Rechts **insbeſondere**/ daß ein Landes-Regente 1) die Unterthanen nicht mehr beſchwehre, als die Nohtdurft des Staats erforderet und ihr Vermögen zuläſſet, 2) daß er das geſammlete Geld zu des Staats Nuzen und Erhaltung anwende.

§. III.

Es ſind aber **von denen Einkünften des Staats auszunehmen** die **Domänen** oder Tafel-

Tafel-Güter/ welche zur Unterhaltung des Hof-Staats eines Fürſten ausgeſezet worden. Denn dieſelben ſind ſeinem freyen Gebrauch überlaſſen, und was er von denenſelben erſparet, kan er nach ſeinem Gefallen verwenden. Aber die **Veräuſſerung ſolcher Güter ſtehet ihm nicht frey**/ weil ſie dem Staat gehören, und dem Regenten deſſelben nur das nüzliche Eigenthum davon zukommt. Hätte er aber zum Beſten des Staats dieſelbe verkauffet, oder verſezet und verpfändet, ſo **müſſen ſie vom Staat wieder eingelöſſet werden**/ und ſtünde es dem Landes-Herren frey zu dem Ende einen beſonderen Tribut anzulegen.

§. IV.

Weil jederman im Staat des Schuzes und der Sicherheit genieſet, um welcher willen die **Steuren** geſammlet werden: So **kan** auch **niemand** aus eigenem Rechte **ſich** ſolcher Laſt **entziehen; doch** iſt es **dem Landes-Herren erlaubet einige von ſolchen Auflagen auszunehmen**/ wenn es nur ſolche Perſonen ſind, die der Staat zu unterhalten hat, oder denen er einige Vergeltung der geleiſteten Dienſte ſchuldig iſt.

§. V.

Die Befreyung von denen Auflagen verſtehet ſich von denen gemeinen Fällen/ keines weges aber von ſolchen, wo die Erhaltung des Staats auſſerordentliche Gaben erforderet; denn dieſe können bey ſolchen Umſtänden von jederman ohne Unterſcheid und Ausnahme geforderet werden.

§. VI.

Es ſtehet nicht weniger denen, ſo die höchſte Gewalt ausüben, frey, einen Unterthanen an ſtatt aller anderen zu beſchweren, wenn die Erhaltung und Wohlfart des Staats es erforderet. Doch iſt die Gemeine, ſo dadurch erhalten worden, ſchuldig demjenigen, mit deſſen Verluſt es geſchehen, den Schaden zu erſezen.

§. VII.

Weil auch **die Fremden**, wenn ſie anderwerts ſich aufhalten, oder durch ein fremdes Land reiſen, ſich des öffentlichen Schuzes der hohen Landes-Obrigkeit zu erfreuen haben, ſo iſt es an ſich ſelbſt nicht unbillig, **daß auch von ihnen etwas geforderet werde**, wenn es nur nicht gröſſer iſt, als der Nuze, welchen ſie im Lande durch ihren Auffenthalt und durch ihr Gewerbe genieſſen. Es würde über dem der Klugheit ſehr zuwider ſeyn, durch übermäſige Forderung die Fremden von der Berührung ſeines Landes abzuhalten, da ſchon ihr bloſſer Auffenthalt in einem Staat demſelben zu groſſem Vortheil gereichet.

§. VIII

Der Unter-Obrigkeit ſtehet es nicht frey Anlagen mit Zwang zu forderen, auſſer in denen Fällen, da ſolches Recht von dem Landes-Herren ihnen verliehen worden, oder da es die unumgängliche Nohtdurft des Staats erforderet. Z. E. bey einer Belägerung. Es pfleget auch gar ofte der Regente die Austheilung der Anlagen der Unter-Obrigkeit heimzuſtellen.

X. Cap.

X. Capitel.

Von dem Rechte über die Handelung, Münze und Poſten.

§. I.

Weil der Handel der Unterthanen zum Aufnehmen eines Staats viel beytragen kan, ſo iſt es ein nöhtiges Stück der höchſten Gewalt / alles, was dahin gehöret, durch gute Geſeze zu dirigiren / und zu verordnen von wem, wie, und womit der Handel ſolle getrieben werden.

§. II.

Was die Perſonen anbetrift, denen der Handel zuzulaſſen iſt: ſo iſt zwar derſelbe dem Adel an ſich ſelbſt nicht unanſtändig, wenn er nicht auf eine geringe und verächtliche Weiſe geführet; weil zwiſchen einer Crämerey und einer Handlung ein groſſer Unterſcheid iſt, und ein Edelmann ſich nicht ſchämet ſein Vieh und ſeine Land-Früchte zu verkauffen. Es kan aber aus heilſamen Urſachen auch eine anſehnliche Handlung dem Adel verbothen werden. Wenn es vor nöhtig erachtet wird, daß derſelbe von Jugend auf ſich geſchickt mache im Kriege zu dienen, und die vornehmſten Hof- und Staats-Bedienungen zu verwalten; worzu er vielleicht weniger Luſt haben würde, wenn durch Gewöhnung zur Kaufmanſchaft die Ehr-Begierde in ihm ausgelöſchet, und die Geld-Liebe angezündet würde. Es kan ferner dem Staat nachtheilig fallen, dem Adel, der bereits an Län-

deren

deren reich iſt, die Handlung frey zu laſſen, weil er dieſelbe gar leichte völlig an ſich reiſſen, und dadurch den übrigen Theil der Landes-Einwohner unterdrucken könte.

§. III.

Noch ſchädlicher aber würde es dem Lande fallen, wenn der Regente ſelbſt einen Handel treiben wolte, weil es nicht fehlen kan, daß er ſeinen Handel mehr aufzuhelffen ſuche, als den Handel ſeiner Unterthanen, und dieſe dadurch drücke, und vom Handel abſchrecke. Zu geſchweigen, daß ein Landes-Herr ſich noch mehr als Privat-Perſonen vor dem Geiz, wozu die Kaufmannſchaft ein Zunder iſt, in acht zu nehmen hat.

§. IV.

Daß ein gewiſſer Handel einer beſonderen **Companie** oder **Handels-Geſellſchaft** mit Ausſchlieſſung anderer einzelen Perſonen angewieſen werde, komt mit dem gemeinen Beſten gar wohl überein, wann auf dieſe Weiſe ein ſolcher Handel mit gröſſerem Nuzen, und mit beſſerer Sicherheit kan geführet werden, als wenn er einer jeden Privat Perſon frey geſtellet würde.

§. V.

Die Liebes-Pflichten erforderen zwar überhaupt, daß freye Völcker ihren Unterthanen den Handel und Wandel in ihren Länderen offen laſſen. Weil aber ſolches nicht zu groſſer Beſchwerung und zum mercklichen Nachtheil des einen Theils gereichen muß, und ein jeder Staat von ſeinem eigenen Nuzen allein zu urtheilen hat: So folget daraus, **daß der Verbot des Handels mit**

denen

enen Fremden nicht allemal unzuläſig
ye.

§. VI.

Es ſtehet vielmehr bey dem, der die höchſte
Gewalt in Händen hat, die Ein- und Ausfuhr
iniger Waaren zuzulaſſen oder zu verbie-
en/ nachdem es die Landes-Wohlfart zu Krie-
ies- oder Friedens-Zeiten erforderet.

§. VII.

Einige Dinge ſind ferner von ſolcher
Beſchaffenheit/ daß ihrer Natur nach mit
denenſelben kein Handel kan getrieben wer-
den; Wohin inſonderheit mit gehöret der Men-
ſchen-Handel/ er ſey mit freyen Leuten/
der mit Sclaven. Zu der erſten Gattung kan
gerechnet werden, wann ein Landes-Herr mit Ge-
walt Soldaten wirbet, und dieſelbe allein um
Gewinſtes willen einem anderen Potentaten zu deſ-
en Dienſt vor Geld überläſt.

§. VIII.

Der Handel mit Sclaven iſt unzuläſig,
weil weder der Sclave ein Recht über ſich als über
in unvernünftiges Thier einräumen, noch ein freyer
Menſch ſolches Recht über denſelben gebrauchen
an.

Siehe oben 1. Cap. §. 5. u. f.

§. IX.

Die zum Gottes-Dienſt gewidmete
Sachen ſind zwar ihrer Natur nach ſo beſchaf-
en, daß ein Handel damit kan getrieben werden,
welche nicht aufhöret und geändert wird, wenn
man ſie zum Gottes-Dienſt gebrauchet. Weil es
aber

aber in gewiſſer Maas zur Verkleinerung des äuſſerlichen Gottes-Dienſtes gereichen würde, wenn man mit denen darzu gewidmeten Dingen öffentliche Kramerey triebe, und zum Exempel, ein Gefäs heute auf dem Altar und morgen auf einem Schenck-Tiſch geſehen würde: So iſt es ein vernünftiges Geſeze, ſolche Sachen nicht anders als bey erheiſchender Nohtdurft und um milder Sachen willen (ad cauſas pias) zu veräuſſeren.

§. X.

Weil zu der **Aufrichtung der Meſſen** erforderet wird, daß die Kaufleute, ſo ihre Waaren dahin bringen, oder daſelbſt einkauffen, gewiſſer zum freyen Handel nöhtiger **Sicherheit** und **Privilegien** genieſſen: So können dieſelben von niemand als vom Landes-Herren angeleget werden. Ja es pfleget ein Potentat, der dieſelben bey ſich in Flöhr bringen will, auch mit ſeinen Nachbahren, durch deren Länder die Kaufleute mit ihren Waaren zu reiſen haben, gewiſſe Verträge darüber aufzurichten.

§. XI.

Der Preiß der Waaren wird zwar natürlicher Weiſe der Abrede des Käuffers und des Verkäuffers überlaſſen. Es pflegen aber ſolche Waaren, die ſowohl Reichen als Armen zum täglichen Gebrauch nöhtig ſind, z. E. Brod, Bier, Fleiſch, Lichter ꝛc. von der Obrigkeit taxiret zu werden, weil es dem Staat ſehr nachtheilig ſeyn würde, denen ſo dieſe Dinge verkauffen, die Freyheit zu laſſen den Preiß derſelben zu ſteigern oder zu verringern.

§. XII.

§. XII.

Weil **die Münze** zur Beforderung der Handlung nöhtig, und dem Staat viel daran gelegen iſt, daß mit derſelben kein unzuläſiger Wucher getrieben werde: ſo komt **das Recht Münze zu ſchlagen**, allein dem Landes-Herren zu: Und wenn gleich derſelbe einer Privat-Perſon dieſes Recht verleyhet, ſo bleibet ihm doch allezeit die Freyheit übrig darauf zu ſehen, daß es nicht gemißbrauchet werde.

§. XIII.

Der Landes-Herr ſelbſt **muß ſich dieſer Gerechtigkeit ſo gebrauchen**, daß er durch Erhöhung und Abſezung der Münze ſeine Unterthanen nicht in Schaden ſeze, und ihrem Handel mit denen Auswärtigen Abbruch thue. Denn obwohl der Wehrt des Metalles, woraus die Münze gepräget wird, ſeinem Urſprung nach willkührlich iſt: So kan doch bey der jezigen Beſchaffenheit, da daſſelbe durch die Einſtimmung der Völcker einen gewiſſen innerlichen Werth bekommen; das Schrot und Korn der Münze ohne Nachtheil des Staats nicht geänderet, noch über ihren eingeführten Werth erhöhet werden.

§. XIV.

Die Poſten ſind nicht nur dienlich zur ſchleunigen Verſchickung der Landes-herrlichen Befehle von einem Orte zum anderen, ſondern auch zur Beförderung der Commercien in- und auſſerhalb Landes, folglich iſt es wiederum ein Recht des Landes-Regenten dieſelben bey ſich anzulegen. Es muß aber die natürliche Freyheit der Unterthanen

durch

durch das Poſt-Weſen nicht weiter eingeſchräncket werden, als die nöhtige Unterhaltung derſelben oder der gemeine Landes-Nuzen es erheiſchen.

XI. Capitel.

Von einigen geringeren Regalien.

§. I.

Zu der Zahl der geringeren **Regalien** gehören **die Rechte des nüzlichen Eigenthums über ſolche Dinge, deren Ober-Eigenthum von Natur dem ganzen Staat gehöret / der Gebrauch aber einem jeden Bürger deſſelben frey ſtehet.** Zum Exempel, die Jagd- und Forſt-Gerechtigkeit, die Fiſcherey, die Salz- und Berg-Wercke ꝛc.

§. II.

Weil aber ein Staat gar wohl kan regieret werden, wenn gleich derjenige, der die höchſte Gewalt darin verwaltet, dieſe Rechte nicht beſizet: So iſt leicht zu begreiffen, daß ſie **keine natürliche Folge der höchſten Gewalt** ſind, und dem Landes-Herren nur ſo weit zukommen, als dieſelben durch ausdrückliche oder heimliche Bewilligung des Volckes ihm eingeräumet worden, und daß von der Einräumung eines Stückes ſolcher Rechte, auf die Einräumung der übrigen, ſo von gleicher Natur ſind, nicht zu ſchlieſſen ſey.

§. III.

Die Urſache/ warum die Völcker in den meiſten Ländern ihrem **Ober-Herren** dieſe

Rechte

Rechte überlaſſen / iſt vermuhtlich dieſe geweſen, daß dadurch die Einkünfte des Staats oder die Tafel-Renten des Landes-Herren ohne Beſchwerung möchten vermehret werden, weil ein jeder, ſo ſich ſeines Rechts daran begiebet, nur was geringes, oder doch was ungewiſſes fahren läſſet, derjenige aber, ſo ſolche Rechte im ganzen Lande allein genieſſet, dadurch viel gewinnet.

§. IV.

Es folget aber aus dieſem Unterſcheid der höheren und geringeren Regalien eines Regenten, daß er die lezteren nicht weiter treiben könne, als es ihm ausdrücklich oder heimlich eingeräumet worden. Daher gehet die **Jagt-Gerechtigkeit** des Landes-Herren natürlicher Weiſe nicht weiter, als daß er an denen Orten, welche dem Staat gehören, die Jagt allein anſtellen und ſolche Verordnungen machen kan, die zum Gebrauch dieſes Rechts nöhtig ſind. Und weil ferner dem Lande nicht der geringſte Nuzen aus der Jagt-Gerechtigkeit des Regenten zuwächſt: So muß er deſto mehr ſich hüten, daß er ohne Schaden und merckliche Beſchwerung ſeiner Unterthanen derſelben ſich bediene.

§. V.

Schäze / Berg- und Salz-Wercke / ſo auf einer Privat-Perſon Grunde und Boden gefunden werden, kan ein Landes-Herr ohne eine mit Bewilligung der Unterthanen aufgerichtete Landes-Verordnung nicht an ſich ziehen; Weil es 1) eine Würckung des Eigenthums iſt, aus einer uns gehörigen Sache allen Nuzen zu ziehen,

welcher natürlich oder zufällig mit derſelben verknüpffet iſt. 2) Ein Unterthan ſeines Eigenthums-Rechts ſich nicht weiter begiebet, als der Nuzen des Staats es erfordert.

§. VI.

Was das Meer an das Land eines Unterthanen auswirft / kan der Landes-Herr um deswillen an ſich ziehen, weil das Ufer des Meeres zum Staats-Eigenthum gehöret. Die Güter ſo im Schifbruch verlohren, und an das Ufer eines Landes geworffen worden, fallen alsdenn dem Staat heim, wenn der Schifbruch in der weiten See ſich zugetragen, und der, welcher ſie verlohren, alle Hofnung aufgegeben, ſich derſelben wieder zu bemächtigen.

XII. Capitel.

Von dem Recht des Landes-Herren in Anſehung des Gottes-Dienſtes.

§. I.

Die **Religion** beſtehet in der Erkäntnis GOttes und in denen Pflichten, welche wir ihm zu leiſten ſchuldig ſind. Dieſe werden entweder vermittelſt der geſunden Vernunft aus der Natur, und aus deren Vollkommenheit des göttlichen Weſens hergeleitet, oder durch Hülffe einer beſonderen göttlichen Offenbahrung erkant.

§. II.

Gleichwie nun die Glückſeligkeit eines Staats nichts

nichts ſo ſehr beforderen kan, als eine mit dem Lichte der Natur und der Offenbahrung wohl übereinkommende Religion: Alſo iſt demſelben auch nichts **gefährlicher** / als ein ſolcher **Gottes-Dienſt** / der mit der geſunden Vernunfft, und mit denen göttlichen Vollkommenheiten ſtreitet.

§. III.

Eine wohl erleuchtete Religion beweget die Menſchen zu der Beobachtung derjenigen natürlichen Pflichten und Tugenden, wozu ſie durch die Civil-Geſetze nicht können angetrieben werden a), und hält ſie hingegen ab von denen Laſteren, welche ein Regente nicht beſtraffen kan b).

a) S. oben VI. Cap. §. 3. und f.
b) VII. Cap. §. 8.

§. IV.

Eine mit Aberglauben angefüllete unvernünftige Religion würcket nicht allein in den Herzen derer, welche ſie bekennen, keine wahre Tugend, ſondern ſie ſtärcket dieſelben vielmehr in ihren böſen Begierden durch die Mittel, welche ſie ihnen anweiſet, GOtt durch ſelbſt erfundene eitele Wercke und Ceremonien zu verſöhnen. Zu geſchweigen, daß ſie wohl gar die Unterthanen antreibet ſich einander zu haſſen und zu verfolgen, in der thörichten Meinung, daß GOttes Ehre und die wahre Religion dadurch ausgebreitet werde.

§. V.

Es iſt aber eine ausgemachte Sache, 1) daß eine Religion überhaupt, wenn ſie GOtt gefällig ſeyn ſoll, mit unſerer Uberzeugung übereinkommen müſſe, 2) daß es nicht nöhtig ſey um der Religion

willen mit anderen in eine Bürgerliche Geſellſchaft zu treten, weil ſie eine ſolche Glückſeligkeit zum Endzweck hat, die von GOtt allein in dieſem Leben und in dem zukünftigen kan erlanget werden. Woraus folget, daß **die Religion** an ſich ſelbſt **keiner weltlichen Gewalt unterworffen ſeye**, und daß die Pflicht eines Regenten vielmehr erfordere, einen jeden Unterthanen dabey zu ſchüzen, daß er GOtt nach ſeinem guten Gewiſſen ohne Hinderniß dienen könne.

§. VI.

Weil aber beſagter maſen der Gottes=Dienſt dem Staat nüzlich oder ſchädlich fallen kan, und **ein Regente** verbunden iſt dahin zu ſehen, daß deſſen Sicherheit und Wohlfart erhalten und beſforderet werde: So gehet ſein **Recht in Religions=Sachen** allein dahin, daß er verhindere, daß niemand unter dem Vorgeben, GOtt nach ſeiner natürlichen Freyheit ſo zu dienen, wie er es vor ſich am heilſamſten findet, den Staat in Unruhe ſezen möge, und eine Geſellſchaft ſtiften, worin etwas gelehret oder getrieben wird, was mit dem Endzweck des Staats nicht beſtehen kan.

§. VII.

Nach dieſer Beſchreibung des **Rechts eines Landes=Herren in Religions=Sachen**, ſtehet ihm unſtreitig frey, **diejenigen im Staat nicht zu dulten, welche etwas dahin abzielendes öffentlich lehren und bekennen.** Dahin gehören unter anderen auch diejenigen, welche unter dem Vorwant einer von GOtt ihnen verliehenen geiſtlichen Macht in die weltliche Herrſchaft

ſchaft einen Eingrif thun, und über den Regenten ſelbſt ſich erheben; Diejenigen welche die Verfolgung derer, welcher es ihnen beliebet, vor Kezer auszuſchreyen, als eine Pflicht anſehen und vorgeben, daß man nicht ſchuldig ſeye ihnen Treu und Glauben zu halten; Diejenigen, welche die Vernunſt verwerffen, und an ſtat derſelben ihren Phantaſtiſchen Träumen als göttlichen Erleuchtungen folgen u. d. g.

§. VIII.

Die Atheiſterey/ an ſich ſelbſt betrachtet, **machet** zwar **niemand** ſchlechter Dinge **untüchtig einen ruhigen Bürger abzugeben.** Weil 1) auch ein Atheiſte die innerliche Verbindlichkeit der natürlichen Geſeze erkennet, das iſt, durch Betrachtung des mit einer Thät natürlich verknüpften Gutes oder Ubels ſich antreiben läſt dieſelbe zu thun oder zu vermeiden. 2) Weil die äuſſerliche Ruhe, welche der Haupt-Zweck des Staats iſt, durch weltliche Strafen und Belohnungen kan erhalten werden. Da aber gleichwohl **die Atheiſterey die Religion aufhebet**/ welche, wenn ſie vernünftig iſt, zum groſſen Nuzen der Bürgerlichen Geſellſchaft gereichet, weil ſie die Menſchen auch von ſolchen Sünden abhält, die man vor denen Augen des Richters verbergen kan: So kan ein Atheiſte, wenn er ſeine Meinung auszubreiten ſuchet, mit Recht aus dem Lande geſchaffet, und wenn er dabey böſe Abſichten führet, als ein Störer der öffentlichen Ruhe und Sicherheit hart geſtraffet werden.

§. IX.

Bey denen Ceremonien einer Religion hat ein Landes-Herr nicht mehr zu befehlen, als bey der Religion ſelbſt; es mögen ſolche Ceremonien von GOtt ſelbſt eingeſezet ſeyn, und deswegen als nohtwendige Stücke der Religion angeſehen werden; oder nur von menſchlicher Verordnung herrühren. Weil man alle Ceremonien überhaupt, wo nicht als nöhtige Stücke des Gottes-Dienſtes, doch als ſolche Mittel anſiehet/ wodurch derſelbe beforderet, und GOtt gefälliger gemachet wird.

§. X.

Bey der Religion, zu welcher der Landes-Herr ſich ſelbſt bekennet/ gehet deſſen Recht hierin nicht weiter; weil daraus, daß er der Regente des Staats iſt, nicht folget, daß er auch das Haupt in der Kirchen seyn müſſe, weil der Zweck, zu welchem dieſe geſtiftet wird, von der Abſicht unterſchieden iſt, in welcher die höchſte Gewalt im Staat ihm aufgetragen worden.

§. XI.

Natürlicher Weiſe hat demnach eine jede Kirche oder Gemeine **das Recht Lehrer und Vorſteher** ſich **zu erwählen.** Es kan aber ſolches Recht dem Landes-Herren zukommen, 1) wenn eine Gemeine ſolches Recht ihm ausdrücklich oder heimlich abgetretten hat. 2) Wenn die Kirche von den Regenten geſtiftet worden, und die Lehrer und Vorſteher der Kirche ihren Sold und Unterhalt von ihme bekommen. Es iſt aber genug, daß ihm die Landes-Regierung anvertrauet wor-

worden, daß er kraft der höchſten Gewalt allein, ohne den Namen eines oberſten Biſchofs zu tragen, über alle Kirchen die Aufſicht führen könne, und davor ſorgen, daß ſie mit friedfertigen Hirten verſehen ſeye, die weder mit ihrer Lehre, noch mit ihrem Leben der Bürgerlichen Geſellſchaft ſchaden mögen.

§. XII.

Die **Lehrer** der Kirchen **können ohne Befehl** oder **Erlaubniß des Landes-Herren keine Concilien / Synoden / noch** andere dergleichen **Kirchen-Verſammlungen anſtellen**; und dieſem ſtehet es frey, jemand zu benennen, der in ſeinem Namen ſolchen Verſammlungen beywohne, und acht habe, daß dabey nichts dem Staat nachtheiliges möge auf die Bahn gebracht und beſchloſſen werden.

§. XIII.

Was auf ſolchen Verſammlungen **beſchloſſen worden / hat** weiter **keine geſezliche Kraft** / als der Landes-Herr ſolchen Schlüſſen dieſelbe beylegen will. Ja bloſe **Glaubens-Articel** / weil ſie den Verſtand angehen, kan der Regente ſelbſt nicht zu Geſezen machen.

S. oben VI. Cap. 7. §.

§. XIV.

Alles was man mit Billigkeit von denen forderen kan, welche die Glaubens-Articel nicht annehmen wollen, die von denen Aufſehern und Lehrern der Kirche ſind beſchloſſen worden, beſtehet

 dar-

darin, daß ſie die Kirche verlaſſen, deſſen Schlüſſen ſie nicht folgen wollen; denn eine jede Gemeine hat das Recht alſo zu verfahren. Es muß aber ſolche **Ausſchlieſſung aus der Kirche** dem Ausgeſchloſſenen nicht zur Beſchimpffung gereichen, noch der Rechte ihn berauben, welche ohne Abſicht auf die Religion allen Gliedern des Staats zukommen.

§. XV.

Es bleibet hinwiederum ein **natürliches Recht aller Menſchen**, dieſe oder jene **geiſtliche Gemeine zu verlaſſen**, wenn man glaubet, daß man derſelben nicht länger mit gutem Gewiſſen und ohne Gefahr ſeiner Seligkeit beywohnen könne.

§. XVI.

Eine Religion, die dem Staat nicht gefährlich iſt, ſtehet es **dem Landes-Herren frey** in ſeinem Lande **zu dulten**, wenn es nur geſchehen kan, 1) ohne Abbruch der Rechte dererjenigen Unterthanen des Staats, welche der alten Religion zugethan ſind; 2) ohne Verletzung der Verträge, ſo zwiſchen ihme und dem Volcke aufgerichtet worden.

§. XVII.

Seine eigene Religion kan er ausbreiten, und beförderen, wenn es ebenfals mit jetzt beſagter Bedingung, und ferner durch ſolche Mittel geſchiehet, welche der Natur der Religion überhaupt nicht entgegen ſind.

XIII. Cap.

XIII. Capitel.

Vom Recht Bündnüſſe zu ſchlieſen.

§. I.

Die Wohlfart und Sicherheit des Staats wird von auſſen beforderet durch **Bündnüſſe** mit ſolchen Potentaten, welche uns mit Hülffe beyſpringen, oder einige Vortheile in ihrem Lande verſchaffen können.

§. II.

Dieſe **Bündnüſſe** werden daher **abgetheilet in Freundſchafts-Allianzen/ Commerzien-Allianzen und Krieges-Allianzen.** Die lezteren ſind wiederum entweder **defenſiv** oder **offenſiv**/ nach der Natur des Krieges, woran man Antheil nimt, und alle überhaupt entweder gleiche oder ungleiche.

§. III.

Es ſind zwar alle Völcker bereits durch die natürlichen Geſeze verbunden/ die Freundſchafts- und Liebes-Pflichten gegen einander zu beobachten. Weil aber ſolche Pflichten ihnen nicht zur Beſchwerung und zum Nachtheil gereichen müſſen, und hiervon ein jeder Staat ſelbſt zu urtheilen hat: So bringen die **Freundſchafts-Allianzen** den **Nuzen**/ daß man kraft derſelben von ſeinem Allürten mit Recht forderen kan, was er vorher allein nach denen General-Pflichten der Liebe zu leiſten verbunden war.

§. IV.

Unter einer **gleichen Allianz** verſtehe ich

 alhier

alhier eine ſolche, bey welcher die Bundes-Genoſſen in ihrer natürlichen Gleichheit bleiben; Unter einer **ungleichen** aber eine ſolche **Allianz** / bey welcher ein Bundes-Verwanter über den anderen gewiſſe Vorzüge und Vorrechte erlanget, welches zu geſchehen pfleget, wenn ein ſchwächerer Staat ſich unter den Schirm eines mächtigeren begiebet, oder ſein Vaſalle wird ꝛc.

S. oben V. Cap. 3. u. f. §§.

§. V.

Weil **Bündnüſſe eine Art der Verträge** ſind, ſo wird zu derſelben **Beſtand** und **Gültigkeit** alles das erforderet, was zur **Schlieſſung** und **zur Kraft eines Vergleichs** überhaupt nöhtig iſt.

§. VI.

Sie **können** ferner auf gleiche Weiſe wie andere Verträge **durch einen Eyd / durch Bürgſchaft und durch Unterpfände befeſtiget werden.** Die beſten und ſo zu reden die einzigen wahren Bürgen eines Tractats ſind ſolche Potenzen, denen ſelbſt daran gelegen iſt, daß das Abgeredete möge gehalten werden; weil ſolche Bürgen keinen Richter über ſich erkennen, der ſie zur Erfüllung ihrer Bürgſchaft anhalten könne.

§. VII.

Ein Landes-Herr hat das Recht einige von ſeinen Unterthanen einem anderen Staat zum Unterpfande / oder **zur Geiſſel zu geben /** denen es derohalben nicht frey ſtehet,

ſtehet, ſich ſelbſt in Freyheit zu ſezen, bis das Verſprochene von ihrem Herren erfüllet worden.

§. VIII.

Ob nun wohl eine **ungleiche Allianz** die Souveraineté des geringeren nicht aufhebet a), ſo kan doch dieſelbe zum Nuzen des höheren Allirten dadurch eingeſchräncket werden. Z. E. wenn der geringere verſpricht, daß er keine Feſtungen in ſeinem Lande wolle anlegen, keine neue Zölle aufrichten ꝛc.

a) S. oben Cap. V. §. 3. u. f.

§. IX.

In Anſehung des auswärtigen Volckes/ mit welchem ſich ein Potentate in ein Bündnüß einlaſſen will, hat zwar derſelbe als Regente nur dahin zu ſehen, daß ſolche Nation im Stande ſey ſeines Landes Sicherheit und Wohlfart warhaftig zu erhalten und zu vermehren. Wolte er aber mit denen **Unglaubigen** ſich in Bündnüſſe, ſonderlich in Krieges-Allianzen einlaſſen: So hätte er nicht allein nach ſeiner Chriſtlichen, ſondern ſelbſt nach der allgemeinen Pflicht der Menſchen dahin zu ſehen, daß daraus der Religion, die er vor wahr hält, kein Nachtheil erwachſen möge.

§. X.

Wenn jemandes Bundes-Genoſſen unter ſich im Kriege verwickelt ſind/ und derſelbe gewis weis, daß der eine recht, der andere unrecht habe, ſo iſt er nur dem erſten zur Hülfſe verbunden; weil derjenige, welcher ſich verbindet,

det, einem andern beyzuſtehen, allemal heimlich vorausſezet, daß ſein Bundes-Verwanter nichts ungerechtes vornehmen werde. Stehet man aber im Zweifel, welcher unter den beyden Kriegenden recht oder unrecht habe, ſo muß man neutral bleiben, und ſich zum Mittler zwiſchen ihnen gebrauchen.

§. XI.

Vor Endigung des Bundes kan man ohne Einwilligung des **Bundes-Genoſſen** denſelben **nicht verlaſſen**; Es wäre denn 1) daß der Bund zu ganz offenbahrem groſſen Schaden des einen Bundes-Genoſſen ausſchlüge, und alſo der Abſicht, worzu er aufgerichtet worden/ ganz entgegen lieſſe; 2) Daß dem Bundes-Genoſſen, der verlaſſen wird, durch den Abtrit des andern kein mercklicher Schade zugefüget würde; oder doch 3) durch die Beharrung bey dem Bunde ſolcher Schade nicht könte verhütet werden.

§. XII.

Der Nachfolger eines Potentaten iſt ſchuldig die Bündnüſſe ſeines Vorfahren zu beobachten/ wenn dieſelben in Abſicht auf den Staat und gleichſam in deſſen Namen geſchloſſen werden, weil der Staat niemals aufhöret; Wäre aber ein Bündnüß aus Privat-Abſichten abgeredet worden, ſo würde ſolches den Nachfolger nicht verbinden. Es können über dem auch in dem erſten Fall die eben erzehlten Urſachen des erlaubten Abtrits von einer Allianz noch eher ſtat haben.

XIV. Cap.

Google

XIV. Capitel.
Vom Rechte Geſanten zu ſchicken/ und von derſelben Unterſcheid und Rechten.

§. I.

Wenn es nöhtig iſt, daß ſich **Potentaten** unter einander durch Tractaten verbinden: So wird es wohl unſtreitig auch **ein Recht** ihrer höchſten Gewalt ſeyn, ſich zur Aufrichtung derſelben der **Bohtſchafter und Geſanten zu gebrauchen.**

§. II.

Ein **Geſanter** überhaupt iſt eine **Perſon**/ welche von einem Staat zum anderen, oder zu einer Zuſammenkunft verſchiedener Staaten abgeſchicket wird, um mit dem- oder denenſelben im Namen ſeines Staats auf öffentliche Treue und Glauben gewiſſe Staats-Geſchäfte abzuhandeln.

§. III.

Das Recht Geſanten zu ſchicken komt demnach **demjenigen** allein zu/ **der die höchſte Gewalt im Staat verwaltet / oder von dieſem darzu authoriſiret iſt**; Zu denen letzteren ſind zu rechnen **die Stathalter** ſolcher Provinzien, die von einem Reiche weit entlegen ſind, welchen ihr Principal gemeiniglich dergleichen Gewalt zu ertheilen pfleget; ingleichem **die Evangeliſchen Geſanten auf dem Reichs-Tage** a), welche im Namen des ganzen Evangeliſchen Reichs-Cörpers dieſes Recht bisweilen ausüben.

a) S. unten II. Th. V. B. 5. Cap. 9. §.

§. IV.

§. IV.

Wenn jemand **Perſonen/ die von einem vertriebenen Könige** zu ihm **geſchicket worden**/ als Geſanten aufnimt: ſo giebt er dadurch zu verſtehen, daß er den, welcher auf dem Thron iſt, vor einen ungerechten Beſitzer halte. Von Königen, ſo mit Vorbehaltung des Tituls die Königliche Gewalt niedergeleget haben, kan ein oder der andere Potentat aus Gefälligkeit und Höflichkeit Geſanten annehmen und mit geſantſchaftlicher Ehre tractiren.

§. V.

Gleichwie nun die höchſte Gewalt des Landes dem Regenten ein Recht giebet, um deſſelben Wohlfart willen einen Geſanten zu einem anderen Potentaten zu ſchicken, alſo muß es auch aus gleichen Urſachen **bey einem jeden Regenten ſtehen/ ob er einen auswärtigen Geſanten bey ſich aufnehmen oder nicht aufnehmen wolle**; Weil die Geſandſchaft entweder um der Perſon willen a), die damit beladen iſt, oder wegen des Geſchäftes, ſo ihm aufgetragen worden, oder wegen der zeitigen Umſtände des Staats, demſelben nicht anſtehen und ſeinem Lande nachtheilig ſeyn kan.

a) Es giebet Staaten / wo es ein Geſez iſt / daß die Unterthanen des Staats in demſelben das Amt eines fremden Geſanten nicht bekleiden ſollen.

§. VI.

Daferne auch ohne gültige und billige Urſachen **die Aufnehmung** einer Geſantſchaft wäre **verweigeret** worden: ſo würde doch ſolches

dem

dem Principal des Abgeſchickten **kein Recht zum Kriege** geben, weil ihm nur eine Unhöflichkeit, aber nicht eine Ungerechtigkeit wiederfähret: Es wäre denn, daß ſolche Unhöflichkeit eine Beſchimpfung in ſich hielte. Das Geſandſchafts-Recht wird nicht ehr verlezet, bis die abgeſchickte Perſon vor einen Geſanten erkant worden.

§. VII.

Denn obwohl **das Recht Geſanten zu ſchicken** zu denen Staats-Rechten gehöret, welche aus der höchſten Gewalt, die jemand im Staat verwaltet, nohtwendig flieſſen: So kan doch ſolches Recht **ſeiner Natur nach nicht anders als mit deſſen Bewilligung ausgeübet werden, mit welchem man worüber tractiren will.**

§. VIII.

Es hat demnach derjenige, ſo von einem Staat zum andern geſchicket wird, der Geſandſchafts-Rechte ſich nicht ehe zu erfreuen, bis der Staat, zu welchem er abgeſchicket iſt, ihn vor einen Geſanten erkant und aufgenommen. Dafern alſo derjenige, ſo eine Geſandſchaft antritt, mehr Sicherheit und Ehre haben will, als andere Perſonen, die durch ein fremdes Land reiſen: So muß er ſich nicht ehe auf den Weg begeben, bis der Staat, zu welchem er abgeſchicket wird, davon informiret worden, und in ſeine Ankunft eingewilliget. Noch weniger kan ein Geſanter die Geſandſchafts-Rechte in deſſen Lande begehren, zu welchem er nicht abgeſchicket worden.

§. IX.

Ehe wir die Geſandſchafts-Rechte erklären, wird es nöhtig ſeyn die **verſchiedenen Arten der Geſanten** zu berühren. Man pfleget ſie abzutheilen in **Geſanten vom erſten** und **vom zweyten Rang.** Jene nennet man **Bohtſchaffter** (*Ambaſſadeurs*), dieſe **Geſanten** (*Envoyez*); beyde werden wiederum abgetheilet in **ordentliche** und **auſſerordentliche** (*ordinaires & extraordinaires*) von der lezteren Art ſind diejenigen, welche nur zu einem beſonderen Geſchäfte geſchicket werden, und wenn ſelbes geendiget iſt, ſich wieder nach Hauſe begeben. Zu der lezteren Art gehören die, welche allerhand Geſchäfte abhandeln, und lange Zeit an einem Hofe reſidiren, daher auch ein *Envoyé ordinaire* und **ein Reſidente einerley** ſind, und der lezte Titul gemeiniglich nur anzeiget, daß die Perſon, ſo ihn führet, nicht von hoher Herkunft, noch der Staat, von welchem er geſchicket worden, oder bey dem er ſich aufhält, von groſſer Macht ſeye. Am beſten kan der **Caracter eines Geſanten aus** ſeinem **Creditiv** erſehen werden, welches mehr, als der äuſſerliche Name, die Natur und den Rang des Geſanten beſtimmet.

§. X.

Agenten und **Conſuls** ſind zwar **unter** denen **Geſanten** eigentlich **nicht zu zählen**, weil ſie ordentlicher Weiſe nur mit Privat-Geſchäften zu thun haben. Bisweilen aber ſtecket unter einem **Agenten** ein warhafter **Reſidente**; gleichwie im Gegentheil der, ſo den Titul eines Reſi-

Reſidenten führet, vielmahls ein bloſer Agente iſt.

§. XI.

Es iſt aber ein **Creditiv** ein Schreiben, welches der Geſante von ſeinem Principal mitbringet, und dem Staat, zu welchem er geſchicket wird, übergiebet, worin der Caracter des Geſanten ausgedrücket, deſſen freundliche Aufnahme recommendiret und gebehten wird, demſelben in allem, was er im Namen ſeines Principalen vortragen ſolte, völligen Glauben zu geben.

§. XII.

Ehe **der Geſante** zur Abhandlung eines ihm aufgegebenen beſonderen und ſehr wichtigen Geſchäfts gelaſſen wird, muß er darzu **durch Aufweiſung einer Vollmacht ſich legitimiren**/ welche ihme die Gewalt giebet, über ſolches Werck zu tractiren, und anzeiget, daß der Principal alles genehm halten wolle, was ſein Geſanter an deſſen Stelle kraft ſeiner Vollmacht ſchlieſſen möchte.

§. XIII.

Obgleich **auſſer der generalen Vollmacht dem Geſanten eine geheime Inſtruction mitgegeben** wird, nach welcher er ſeine Unterhandlungen einzurichten verbunden iſt, ſo kan doch der Principal dasjenige, was ſein Geſanter nach der vorgezeigten öffentlichen Vollmacht geſchloſſen hat, wenn es gleich ſeiner geheimen Inſtruction zuwider wäre, nicht umſtoſ-

ſen; weil ſich ſonſt niemand mit ihm in eine Handlung ſicher einlaſſen könte. Der Geſante hingegen machet ſich durch Uberſchreitung des empfangenen geheimen Befehls bey ſeinem Herren ſtrafſällig.

§. XIV.

Damit nun weder der Geſante ſeinen Herren wider deſſen geheimen Willen beſchweren, noch dieſer ſeinen Geſanten einer Uberſchreitung ſeines Befehls beſchuldigen und unter ſolchem Vorwand das Beſchloſſene anfechten möge: So pfleget man heutiges Tages nach geendigter Handlung über eine **gewiſſe Zeit** ſich zu vergleichen, **innerhalb welcher das Abgeredete von denen ſämtlichen Principalen ſolle ratificiret oder genehm gehalten / und bekräftiget werden.** Vielleicht iſt dieſe neue Methode auch zu dem Ende aufgekommen, damit man durch lange und ernſtlich vorgenommene Tractaten jemand aufhalten, und zur Ausführung eines geheimen Vorhabens Zeit gewinnen könne.

§. XV.

Obgleich alle **Geſanten** ihren Herren ſo weit vorſtellen, daß dasjenige, was ſie ſchlieſſen, anzuſehen iſt, als wenn dero Principal es ſelbſt geſchloſſen hätte: So wird doch einigen **ein beſonderer Repräſentativ-Caracter beygeleget/** welcher darin beſtehet, daß ein ſolcher Geſanter in einigen Fällen eben die Ehren-Bezeugungen empfänget, welche ſeinem Herren perſöhnlich gebühren, und von ſolcher Natur ſind,

daß ſie deſſen höchſte Gewalt und daraus flieſende Gleichheit mit dem Staat, wohin der Geſante verſchicket worden, an den Tag legen. Die Geſanten von dieſer Art werden **Groß-Bohtſchafter** oder **Ambaſſadörs** genant.

§. XVI.

Es ſtehet zwar **einem jeden Staat frey ſeinem Geſanten einen Repräſentativ-Caracter zu geben.** Es folget aber daraus nicht, daß ein Geſanter eines geringeren Staats eben die Ehren-Bezeugungen forderen könne, welche denen Geſanten eines mächtigeren Staats beygeleget werden, und nunmehro in gewiſſen ausgemachten Stücken beſtehen, die als weſentliche Vorzüge und Rechte eines Bohtſchafters angeſehen werden. Denn die äuſſerlichen Ehr-Bezeugungen flieſen nicht aus einer Schuldigkeit, welche auf die natürliche Gleichheit der freyen Staaten gegründet iſt, ſondern aus einer willkührlichen Höflichkeit; weshalb es dabey vornemlich auf den geneigten Willen des Ehrenden ankommt, und auf die Mittel, welche derjenige, ſo geehret ſeyn will, erfinden kan, jenen zur Gunſt gegen ſich und zu denen Ehren-Bezeugungen, welche er verlanget, zu bewegen. Worunter ſonder Zweifel das vornehmſte iſt, wenn ein Staat ſich in einen ſolchen Stand ſezen kan, daß andere zur Erhaltung und Beförderung ihrer Sicherheit und Wohlfart ſeiner nöhtig haben. In Anſehung der Stände des heiligen Römiſchen Reichs finden ſich noch beſondere Urſachen, um welcher

willen man bisher ihre Geſanten nicht als Ambaſſadör aufnehmen wollen, welche an ſeinem Orte ſollen angeführet werden.

§. XVII.

Die Rechte der Geſanten ſind von zweyerley Gattung. Einige flieſſen her aus dem Endzweck der Geſandſchaft und der hierzu gegebenen heimlichen Einwilligung des Staats, welcher denſelben aufnimt, ingleichem aus denen natürlichen Eigenſchaften eines Geſanten; andere ſind bloſe Würckungen der Höflichkeit, welche freye Völcker vor einander hegen, oder auch derer willkührlichen Gebräuche, welche ſie ausdrücklich oder ſtillſchweigend bey ſich eingeführet. Jene kommen allen Geſanten zu, und **ſind Stücke des natürlichen Völcker-Rechts**; dieſe haben einen weiteren oder engeren Begrif nach dem unterſchiedenen Rang der Geſanten, und **können willkührliche Völcker-Rechte genennet werden.**

§. XVIII.

Das natürliche Völcker-Recht erforderet, daß ein Geſanter ſo weit **unverlezlich und von allem Gerichts-Zwang** frey ſeye/ als eines theils die Sicherheit und Freyheit der Geſandſchaft es erforderet, und anderen theils ohne offenbare Gefahr des Staats, der ihne aufgenommen, es geſchehen kan; denn wenn die Geſanten einer ſolchen Sicherheit und Freyheit nicht zu genieſſen hätten, ſo würde man ſich ihrer nicht bedie-

bedienen können, und folglich denen Völckeren ein kräftiges Mittel entzogen werden Freundſchaft aufzurichten, die aufgerichtete zu unterhalten, und die abgebrochene wieder herzuſtellen. Wenn hingegen der Geſante ſolche Rechte ſich anmaſen wolte, welche dem Staat, zu welchem er geſchicket worden, offenbahr nachtheilig und ſchädlich wären, ſo würde dieſer ihn nicht aufnehmen, welches zu thun oder zu weigeren ihme frey ſtehet.

§. XIX.

Die Unverlezlichkeit des Geſanten höret nicht auf / wenn ſein Herr mit dem Staat, wo er ſich aufhält, in einen Krieg geriehte. Es kan ihm aber alsdenn anbefohlen werden das Land plözlich zu räumen. Im Fall auch ſein Principal den Geſanten des Hofes, bey welchem er reſidiret, feindſelig tractiret hätte, ſo könte dieſer nicht blos nach dem willkührlichen, ſondern auch nach dem natürlichen Völcker-Rechte, wider den Geſanten, der bey ihm ſich befindet, auf gleiche Weiſe handeln. Denn obwohl der Unſchuldige die Miſſethat des Schuldigen nicht tragen muß: ſo kan doch die Wohlfart des Staats erforderen, daß ein Potentat auf ſolche Weiſe die Ehre und die Sicherheit ſeines Geſanten bewahre.

§. XX.

Wenn die an einem dritten Hofe ſich aufhaltenden Geſanten feindlicher Potentaten vorhätten / ſich einander feindſelig

zu begegnen/ ſo ſtehet es dem Herren, an deſſen Hofe ſie ſich befinden, frey, ihnen ſolches zu verwehren und anzuzeigen, daß er den, ſo zu einiger Gewaltſamkeit ſchreiten ſolte, vor keinen Geſanten erkennen wolle. Denn eines theils könten ſolche Feindſeligkeiten zur Gefahr des Staats, wo ſie reſidiren, ausſchlagen, anderen theils werden dieſelben zum Endzweck ihrer Geſandſchaft nicht erforderet.

§. XXI.

Wenn ein Geſanter wider den Staat/ der ihn aufgenommen/ etwas gefährliches anſpinnet/ ſo höret ſein **geſantſchaftlicher Caracter und** mit demſelben auch **die Unverlezlichkeit ſeiner Perſon auf**/ weil er mit der heimlichen Bedingung aufgenommen worden, daß er wider den Staat nichts ſchädliches unternehmen wolle. Gleichwie aber die Klugheit zuweilen erforderet auch in ſolchen Fällen ſeines Rechts ſich nicht mit aller Strenge zu gebrauchen, alſo wird aus denen Exempeln, wo dieſe Klugheit beobachtet worden, die Unverlezlichkeit der Geſanten ohne Gründe beurtheilet.

§. XXII.

Das Recht des beleidigten Staats gegen einen ſolchen Geſanten gehet gleichwohl **in ordentlichen Fällen** nicht weiter, als daß er ſich der Mittel wider ihn bediene, welche zur Abwendung der Gefahr nöhtig ſind, zum Exempel, der Perſon des Geſanten ſich verſichere, und ſeine

ſeine Schriften durchſuchen laſſe 2c. **Die Straſe deſſelben** aber wird billig ſeinem Principal überlaſſen, weil ſie nur wider Unterthanen ſtatt hat, der Geſante aber von der Straf-Gerichtsbarkeit des fremden Landes-Herren frey iſt.

Bey beſonderen Umſtänden und in ſolchen Ländern, wo dergleichen Conſpirationen gefährlicher ſind, konte ein Herr hierin weiter gehen.

§. XXIII.

Es kan im übrigen **ein Geſanter** gar wohl **der Civil-Gerichtsbarkeit des Landes, wo er lebet, unterworffen ſeyn,** 1) in Anſehung der im Lande geſchloſſenen Contracte; weil er bey Schlieſſung derſelben denen Landes-Geſezen ſich heimlich unterwirft, und niemand mit ihme in eine Handlung ſich einlaſſen würde, wenn er an dieſelbe ſich nicht binden, und bey darüber entſtehendem Streit den Ausſpruch des gewöhnlichen Richters nicht erkennen wolte. Es gehet auch dem Anſehen eines Geſanten nichts ab, wenn er ſich hierin einem Richter unterwirft; weil es der Landes-Herr ſelbſt ſeiner höchſten Gewalt nicht nachtheilig hält a): Es kan 2) dahin gerechnet werden die Reconvention oder Gegen-Klage. Ja es können auch 3) die Güter des Geſanten, welche nicht zu ſeiner Geſandſchaft gehören, mit Arreſt beleget werden; wenn nur bey allen dieſen Fällen nichts vorgenommen wird, welches der erkanten Freyheit des Geſanten und der Ehre ſeines Herren entgegen läuft.

a) S. oben VIII. Cap. 7. §.

§. XXIV.

Die Sicherheit und Freyheit der Geſandſchaft erforderet ferner, daß auch diejenigen unverlezlich ſeyen / welche in des Geſanten Dienſten ſtehen / inſonderheit die Perſonen, welche in denen Geſandſchafts-Geſchäften gebrauchet werden, **als da ſind Secretarien / Copiſten / Brief-Bohten** und dergleichen. Und wiewohl in Anſehung ihrer die Landes-Jurisdiction in beſagten Fällen noch eher ſtat haben kan: So erforderet doch der Reſpect und der Wohlſtand, ſo man einem Geſanten ſchuldig iſt, denſelben hierbey zu vernehmen.

§. XXV.

Es komt auch **dem Geſanten** ſelbſt **in ſeinem Hauſe eine Gerichtsbarkeit zu über ſeine Bedienten /** ſo weit dieſelbe zur Erhaltung der Ruhe und guten Ordnung darin nöhtig iſt: natürlicher Weiſe aber erſtrecket ſich dieſelbe viel weiter über die Bedienten, welche mit ihm gekommen, und Unterthanen ſeines Herren ſind, als über die, ſo er in dem Lande gemiehtet, wo er reſidiret. Wenn gleichwohl in dem erſten Fall ein Herr ſeinem Geſanten das peinliche Hals-Gerichte über ſeine Leute verliehen hätte: So würde er doch dieſes Recht ohne Verlezung der Majeſtät des Potentaten, wo er lebet, nicht verwalten können.

§. XXVI.

Die Wohnung des Geſanten wird billig als

als eine kleine Republick angeſehen, worin er als ein dem Staat nicht unterworffener freyer Herr regieret, deſſen Sicherheit folglich nicht muß geſtöhret werden, ſo lange er darin nichts vornimt was der Ruhe des Staats, der ihne aufgenommen hat, entgegen iſt. **Die Gutſche des Geſanten** muß auf gleiche Weiſe reſpectiret werden.

§. XXVII.

Weil es im übrigen einem Landes-Herren nach denen natürlichen Staats-Rechten nicht erlaubt iſt ſeinen Unterthanen zu verbieten, daß ſie GOtt in ihrem Hauſe nach ihrer Erkäntniß dienen mögen; So **kan noch vielweniger einem Geſanten verwehret werden vor ſich und die Seinigen einen Gottes-Dienſt in ſeinem Hauſe anzuſtellen.**

§. XXVIII.

Die Rechte der Geſanten, welche aus dem willkührlichen Völcker-Rechte ihren Urſprung haben/ veränderen ſich theils nach dem verſchiedenen Rang der Geſanten, theils nach denen Gebräuchen des Orts, wo ſie leben. Zu dieſen Rechten gehören die nunmehro in eine Regel gebrachte Beehrungen der Geſanten vom erſten Rang; die Quartiers-Freyheit in Rom, die Befreyung vom Zoll vor die Waaren, die er vor ſich und ſein Haus verbrauchet; die Verſtattung eines öffentlichen Gottes-Dienſtes, wobey auch denen Fremden der Zutritt freygelaſſen wird ꝛc. Ja es kömmen alle bevor erzehlte natürliche

Rechte der Geſanten eine gewiſſe Ausdehnung durch den Gebrauch der Völcker bekommen, wenn nur aller Anſtos mit der Ruhe des Staats dabey vermieden wird, deſſen höchſte Gewalt durch keine andere Rechte der Geſanten kan eingeſchräncket werden, als die aus dem Endzweck der Geſandſchaften flieſſen, oder bey der Aufnehmung eines Geſanten heimlich bewilliget worden.

XV. Capitel.

Von dem Rechte des Krieges.

§. I.

Die äuſerliche Ruhe des Staats wird ferner erhalten, wenn man denſelben in ſolche Verfaſſung ſetzet, daß er einem fremden Anfall widerſtehen, und ſeine Rechte mit Gewalt vertheidigen kan.

§. II.

Hieraus folget, daß **das Recht des Landes-Herren einen Krieg zu unternehmen** eigentlich herzuleiten ſey **aus der Verbindlichkeit**/ worin er ſtehet/ **den Staat bey ſeinen Rechten zu ſchützen**/ und **deſſelben Wohlfart zu beforderen.** Denn wenn zur Erhaltung derſelben kein ander Mittel als der Krieg übrig iſt, ſo muß derſelbe dem Regenten nohtwendig erlaubet ſeyn.

§. III.

Es wollen zwar einige **das Recht des Krie-**

Krieges auch um deswillen dem Landes-Herrn zuſchreiben, weil er **im Stande der natürlichen Freyheit** ſtehet, da es jederman erlaubt iſt, ſich bey ſeinen Rechten, ſo gut er mag, ſelbſt zu ſchüzen und Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Da aber dieſe natürliche Freyheit eines Regenten durch ſeine Verbindlichkeit die Wohlfart des Staats zu beobachten gemäſiget iſt: So **kan** ſie **im Gebrauche des Rechts zu kriegen** demſelben **nicht zur Regel dienen**/ weil ſie zwar gegen dem Potentaten, mit welchem er krieget, aber nicht gegen dem Staat ſelbſt ihn rechtfertiget.

§. IV.

Es kan daher **ein Krieg gerecht ſeyn**/ **in** Abſicht auf den Potentaten der bekrieget wird, wenn nemlich **die Urſachen**, warum derſelbe angefangen wird, wohl gegründet ſind; und zugleich **ungerecht**/ in Abſicht auf den Staat, dem ein Regente vorgeſezet iſt, wenn ein ſolcher Krieg mit ſeinem wahren Nuzen ſtreitet.

§. V.

Die rechtfertigenden Urſachen des Krieges in Abſicht auf den Staat, mit dem gekrieget wird, **können unter** folgende **drey Claſſen gebracht werden**: 1) Wenn man ſeine Rechte wider den ungerechten Anfall eines anderen zu beſchüzen ſuchet. 2) Wenn man die Reſtitution deſſen forderet, was der andere uns unrechtmäſig abgenommen hat. 3) Wenn man die Erſezung des erlittenen Schadens und eine Sicherheit vor eine neue Beleidigung begehret.

§. VI.

§. VI.

Es muß aber in allen dieſen Fällen **der Krieg das einzige Mittel ſeyn, ſolchen Zweck zu erlangen** / und deswegen die Güte vorher verſuchet werden; Es wäre denn, daß man zu befürchten hätte, daß die Güte nichts verfangen und dem Feinde nur Gelegenheit geben würde ſich indeſſen zu verſtärcken. Woraus folget, daß man nach Beſchaffenheit der Umſtände weder den Krieg vorher anzukündigen, noch den erſten Angrif abzuwarten ſchuldig ſey.

§. VII.

Es ſchlieſſet ferner **das Krieges-Recht die Pflichten der Liebe nicht aus, ſondern es iſt** daſſelbe vielmehr **nach dieſen Pflichten zu mäſigen.** Woraus folget, daß wenn die zugefügte Beleidigung dem beleidigten Staat nicht ſehr nachtheilig iſt, dieſelbe eher müſſe überſehen als gerochen werden, um des Blut-Vergieſſens und anderen Unheils willen, welches der Krieg unvermeidlich nach ſich ziehet.

§. VIII.

Die **Eintheilung des Krieges in einem offenſiven** / da man den erſten Angrif thut, und **in einen defenſiven** / da man wider einen Anfall ſich wehret; ingleichem der **Unterſcheid**, den man machet **zwiſchen einem ſolennen Krieg** / welcher mit gewiſſen Ceremonien öffentlich verkündiget wird, **und einem nicht ſolennen** / da ſolche Verkündigung unterlaſſen wird,

wird, iſt von keinem Nuzen; weil die Gerechtigkeit des Krieges daraus nicht kan beurtheilet werden, und alle dieſe Arten des Krieges bald gerecht, bald ungerecht ſeyn können.

§. IX.

Die zunehmende Macht eines benachbarten Potentaten iſt keine rechtmäſige Urſache denſelben zu bekriegen und dadurch deſſen Wachsthum zu verhinderen, wenn nur derſelbe ſeine Macht auf zuläſige Weiſe vermehret. Denn widrigen fals kan man ſich deſſen, dem der Mächtigere das Seine abgenommen hat, oder abnehmen will, auch unangeruffen annehmen, und dieſen durch Hülffe ſeiner Nachbaren in ſolchen Stande zu ſezen ſich bemühen, daß man keine gleiche Gefahr von ihme zu beſorgen habe.

§. X.

Weil das Recht zu ſtraffen nur denen zukomt, welche eine Herrſchaft über andere erlanget haben: So **kan ein Potentate einen anderen nicht zur Strafe bekriegen, wenn dieſer die natürlichen** Geſeze **verlezet.** Dafern aber durch die Ubertretung ſolcher Geſeze die Sicherheit unſeres Staats oder der menſchlichen Geſellſchaft überhaupt geſtöhret wird, ſo iſt man allerdinges befugt ſolchen Friedens-Stöhrern das Handwerck zu legen, und ihnen ſo zu begegnen, wie ſie es verdienen. Hieher gehören die kleinen Staaten auf den Küſten der Barbarey in Africa, welche öffentliche See-Räuberey treiben.

§. XI.

§. XI.

Man kan einen Staat bekriegen um der Beleidigung willen/ welche man von einem oder dem anderen Unterthanen deſſelben empfangen hat, wenn 1) der Regente des Staats die Beleidigung zugelaſſen, da er ſie hätte hinderen können; oder wenn er 2) den Beleidiger, da es in ſeiner Gewalt ſtehet, zur Abſtellung ſolcher Beleidigung nicht anhält.

§. XII.

Wenn ein rebelliſcher Unterthan in eines anderen Land fliehet/ und daſelbſt fortfähret gefährliche Anſchläge wider den Staat/ deſſen Unterthan er iſt/ zu ſchmieden: So kan der Potentate, in deſſen Lande der Rebelle ſeine Zuflucht genommen hat, mit Recht bekrieget werden, wo er aller Bitte und Vorſtellungen ungeachtet denſelben ſchüzet.

§. XIII.

Weil ferner dasjenige, worzu der Staat ſelbſt verbunden iſt, von allen und jeden Unterthanen des Staats wegen ihrer genauen Vereinigung kan geforderet werden, ſo iſt es **nicht unrecht Repreſſalien zu gebrauchen**/ das iſt, eine unſchuldige particulier Perſon eines Staats, über welche man ſich zu beſchweren hat, zu dem Ende anzugreiffen, damit man dadurch entweder ſeine Anforderung erhalten, oder widrigen fals ſich ſelbſt Recht verſchaffen möge.

§. XIV.

Es ſind aber **die Repreſſalien** allein in ſolchen

ſolchen Fällen zugelaſſen/ da man befugt iſt, durch die Waffen ſein Recht zu behaupten. Denn die **Repreſſalien ſind** nur darin **von dem Kriege unterſchieden**/ daß die Gewalt, welcher man bey jenen ſich bedienet, gelinder iſt, und daß dem Staat, wider welchen ſie gebrauchet werden, dadurch Zeit gelaſſen wird, den völligen Krieg und deſſen unglückſelige Folgen abzuwenden.

§. XV.

Ein Evangeliſcher Fürſte kan ſeine Catholiſchen Unterthanen nicht in der Abſicht **drücken/ damit wider die Unterthanen eines anderen Staats/ welche von ſeiner Religion ſind/ die Verfolgungen mögen eingeſtellet werden**/ weil jene mit dem Verfolger nicht in einer ſolchen Geſellſchaft ſtehen, welche beyden eine gemeinſame Obligation aufleget. Wir werden aber in der beſonderen Staats-Rechts-Lehre die Urſachen anzeigen, um welcher willen dieſelben im heiligen Römiſchen Reiche ſtat haben können.

S. unten II. Th. IV. B. 4. Cap. §. 17.

§. XVI.

Die Retorſion eines unbilligen Rechts iſt von denen Repreſſalien darin **unterſchieden**/ daß jene ohne Gewalt gegen den Staat gebrauchet wird, der ein ſolches Recht bey ſich eingeführet hat, zum Exempel, wenn ein Potentat die Güter eines Franzoſen, der in ſeinem Lande ſtirbet, um deswillen einziehet, weil in Franck-

Franckreich die Güter der daſelbſt ſterbenden Ausländer, vermöge des bekanten *Droit D'aubaine* dem Könige heimfallen.

§. XVII.

Weil die **Gewaltſamkeiten des Krieges** dadurch **entſchuldiget** werden, daß die Wohlfart des Landes dieſelben unumgänglich erfordert: So würde es nicht unzuläſig ſeyn, wider unſchuldige Perſonen ſich der Repreſſalien zu gebrauchen, wenn man die ungerechte Wuht eines Feindes auf keine andere Weiſe von ſeinen eigenen Unterthanen abwenden kan.

§. XVIII.

In ordentlichen Fällen kan man die Feindſeligkeiten mit Recht nicht weiter treiben / als der Endzweck des Krieges es nohtwendig erforderet. Man findet gleichwohl unter denen Völckeren **gewiſſe Gebräuche** / deren einige **die Feindſeligkeit weiter erſtrecken / und** andere **enger einſchräncken** / als es die Natur des Krieges erfordert. Zur erſten Art gehöret das vermeinte Recht, allen die wider uns die Waffen führen, ohne Unterſcheid das Leben zu nehmen, und diejenigen zu Sclaven zu machen, denen man das Leben ſchencken will. Denn **das Recht den Feind zu tödten** hat nur alsdenn ſtat, wenn man ohne Erwürgung deſſelben zu ſeinem gerechten Zweck nicht gelangen kan. Zu denen **Feindſeligkeiten / welche das willkührliche Völcker-Recht** aus löblichen Urſa-

Urſachen **verwirft** / kan gezählet werden, die Vergiftung der Waffen, weil dadurch in ordentlichen Fällen der Krieg mehr mit Grauſamkeit als mit Nuzen geführet wird. Zu denen **Feindſeligkeiten / welche aus politiſchen Urſachen** von denen Völckern **verworffen** werden, iſt zu rechnen der Meuchel-Mord, welchen die herſchſüchtigen Welt-Bezwinger, welche das Blut ihrer Unterthanen wenig ſparen, vielleicht um deswillen verhaßt gemachet haben, damit ihnen ſelbſt niemand das Licht ausblaſen, und den Lauf ihrer Siege dadurch auf eins abbrechen möchte. Denn demjenigen, welcher das Recht hat einem anderen das Leben zu nehmen, ſtehet es frey, den darzu bequemeſten Weg zu erwählen.

§. XIX.

Weil der Krieg die natürlichen Pflichten zwiſchen denen kriegenden Partheyen ſoweit aufhebet, als zum Endzweck des Krieges nöhtig iſt: **So kan man ſich im Kriege der Liſt und Verſtellung wider ſeinen Feind mit Recht gebrauchen**; um ſo viel mehr, da die Verſtellung an ſich ſelbſt nicht verbrechlich iſt.

§. XX.

Weil im übrigen **zu der Kriegs-Verfaſſung erforderet** wird, daß ein Theil der Unterthanen in den Waffen geübet, und der Staat mit allem dem, was zur Führung des Krieges nöhtig iſt / verſehen werde: So kan zwar ein Potentat in ſolchen Fällen, da die Landes-Nohtdurft

unumgänglich es erforderet, einen jeden Unterthanen zu Krieges-Dienſten anhalten. Auſſer ſolchem Nohtfall aber iſt ſeine Schuldigkeit dahin zu ſehen, daß er nicht ſeinen Staat, welchen er vor auswärtiger Gefahr durch ſeine Krieges-Anſtalten zu bewahren ſuchet, durch unvernünſtige Werbungen und andere Krieges-Zurüſtungen innerlich ſchwäche und in Schaden ſeze.

§. XXI.

Der Sieger erlanget zwar ein **Recht** zu dem, was er ſeinem Feinde abgenommen. Es hat aber dieſes Recht keine Kraft gegen den Feind ſelbſt, dem es frey ſtehet, ſo lange der Krieg währet, das Eroberte dem Sieger wieder abzunehmen; ſondern allein gegen andere, mit welchen er über das Eroberte als über ſein Eigenthum handeln und tractiren kan.

§. XXII.

Bey der Frage: **Ob eine kriegende Parthey dasjenige, was ſie durch Krieg verlohren/ von dem dritten Beſizer wieder forderen könne,** iſt ein Unterſcheid zu machen zwiſchen einer beweglichen und unbeweglichen Sache. Jene kan der kriegende Theil, dem ſie abgenommen worden, von einem Dritten nicht wieder forderen; 1) Weil der Beſizer dieſelbe von einer Perſon erlanget, welche ein Recht hatte von derſelben zu diſponiren. 2) Weil vermuhtet wird, daß derjenige, dem ſie abgenommen worden, weil er nicht weis, in weſſen Hände ſie gekommen iſt,

mit der Hofnung dieſelbe wieder zu erlangen, auch ſein Recht an dieſelbe aufgegeben. 3) Weil dadurch der Handel und Wandel würde geſtöret, und zu neuen Kriegen Gelegenheit gegeben werden. Eine unbewegliche Sache hingegen kan der kriegende Theil, welchem ſie entriſſen worden, von dem dritten Beſizer wieder forderen; weil er 1) ſo lange der Krieg währet, ſeine Hofnung, dieſelbe wieder zu erlangen, nicht aufgiebet, 2) das Recht, ſo man durch die Eroberung erlanget, wider den Feind ſelbſt nicht ſtat hat, 3) derjenige, der das Eroberte an ſich bringet, nicht mehr Recht daran bekommen kan, als der Sieger hatte, welcher ihme daſſelbe abgetretten. Daher pfleget gemeiniglich derjenige, ſo dem Lezteren ſein Recht abhandelt, mit demſelben zugleich in eine Krieges-Allianz zu treten, damit er dadurch berechtiget werde ſich bey ſeinem Beſiz wider den gemeinen Feind durch die Waffen zu ſchüzen.

XVI. Capitel.

Von dem Rechte Frieden zu ſchlieſſen.

§. I.

Das Recht des Krieges dauret ſo lange bis die Parthey/ ſo zum Kriege Anlaß gegeben, die andere Parthey wegen ihrer gerechten Anſprüche begnüget, oder beyde Theile mit einander einen Frieden treffen.

§. II.

Ehe es zu einem völligen Frieden komt, pfleget zuweilen **ein Stilleſtand der Waffen** getroffen, das iſt, abgeredet zu werden, daß die Feindſeligkeiten auf eine zeitlang zwiſchen denen kriegenden Partheyen ſollen ausgeſezet ſeyn, doch mit der ausdrücklichen oder heimlichen Bedingung, daß eine jede Parthey ihre Anſprüche und ihr Recht zum Kriege ſich vorbehalte, im Fall bey währendem Stilleſtand kein Friede geſchloſſen würde.

§. III.

Dasjenige, **was bey ſolchem Stilleſtand oder anderen bey vorwährendem Kriege geſchloſſenen Tractaten abgeredet worden, muß unzerbrüchlich gehalten werden**; weil dadurch denen Kriegenden eines theils ein neues Recht gegeben, anderen theils eine neue Verbindlichkeit aufgeleget wird, welche ſie ohne neue Urſachen der Feindſeligkeit nicht aufheben können.

§. IV.

Der Friede iſt ein Vergleich zwiſchen denen kriegenden Partheyen, wodurch die Urſachen des Krieges und die daraus entſprungene Feindſeligkeiten von beyden Theilen gänzlich und auf ewig aufgehoben werden; welches ſo zu verſtehen iſt, daß aus denen beygelegten Urſachen des Krieges, ſo lange der abgeredete Friede nicht gebrochen wird, kein neuer Krieg entſtehen kan.

§. V.

Ein ſolcher Friede kan nicht gebrochen

chen werden / unter dem Vorwand / daß man mit Gewalt gezwungen worden / denſelben einzugehen. Denn 1) iſt die Gewalt des Krieges, wenn derſelbe nicht offenbar ungerecht iſt, eine erlaubte Gewalt, welche einen Vergleich nicht unkräftig machet. 2) Würde der Krieg nimmer aufhören, wenn der Friedens-Schluß ihn nicht endigte. 3) Würde derjenige ſelbſt, der zum Frieden gezwungen worden, ſeinen Zuſtand noch elender machen, wenn der Sieger ſich darauf nicht verlaſſen könte; weil er in ſolchem Fall die Waffen nicht eher würde niederlegen, bis er ſeinen Gegentheil gänzlich unterdrücket hätte. 4) Hat der Friede die Natur einer Tranſaction, bey welcher man um der Ruhe und anderer Urſachen willen von ſeinem Rechte etwas nachzulaſſen pfleget, und wenn ſolches geſchehen, davon nicht abgehen kan.

§. VI.

Es pflegen aber die kriegenden Potentaten / wenn ſie es vor nöhtig erachten, **zu mehrerer Sicherheit und Feſthaltung des geſchloſſenen Friedens / von denen,** ſo dabey als **Mittler** gebrauchet worden, **die Bürgſchaft oder Garantie des Friedens ſich verſprechen zu laſſen /** damit die Furcht, ſich noch mehr Feinde auf den Hals zu laden, denjenigen, ſo von dem Frieden abzugehen Luſt hätte, verbinden möge, denſelben zu beobachten. Sollen nun ſolche Bürgen denen Partheyen nüzlich ſeyn: So müſſen dazu ſolche Potentaten vornemlich genommen werden, denen daran gelegen iſt, daß das Abgeredete beſtehe.

§. VII.

Wenn die Irrungen zwiſchen einem Landes-Herren und denen Unterthanen durch einen gemeinen Richter nicht können abgethan werden, und deswegen endlich in einen Krieg ausſchlagen, welcher nachgehends durch einen öffentlichen Vergleich beygeleget wird: So kan der Landes-Herr denſelben nicht umſtoſſen; Weil 1) faſt alle in dem 5ten §. angeführte General-Urſachen auch hier ſtat haben. 2) Weil die Unterthanen, wenn ſie die Waffen wider ihren Landes-Herren zu ergreiffen genöhtiget werden, in den Stand der natürlichen Freyheit gerahten, und nur unter der Bedingung, welche ſie von neuem mit ihme eingehen, ſeine Herrſchaft wiederum erkennen.

§. VIII.

Der Regente iſt zwar nicht ſchuldig den Frieden oder den Stilleſtand zu halten/ welchen ſein Befehlshaber oder Statthalter ohne ſeinen Befehl und Einwilligung getroffen. Will er aber von ſolcher Abrede ohne Verlezung der Gerechtigkeit abgehen: So muß er alles wiederum in den Stande ſezen/ worin es vor Schlieſſung der Tractaten geweſen.

§. IX.

Solche Staaten/ die über einen gemeinſamen Richter ihrer Streitigkeiten ſich verglichen haben/ können nur alsdenn durch die Waffen ihnen ſelbſt Recht verſchaf-

ſchaffen/ wenn die von ihnen erkante Gerichte in ſolchen Zuſtande gerahten, daß man dabey entweder gar keine Juſtiz, oder erſt nach langen Jahren, zu ſeinem mercklichen Nachtheil, ſich verſprechen könte, welches auf eines jeden Gewiſſen und Erkäntniß ankommet. Wenigſtens iſt einem ſolchen Staat nicht zu verdencken, wenn er bey ſolchen Umſtänden von der ſtreitigen Sache den Beſiz zu ergreiffen ſuchet, und dadurch ſich in Stande ſezet, ohne ſeinen Schaden die Länge des Proceſſes abzuwarten.

S. unſen II. Th. IV. B. 4. Cap. 10. und 11. §.

XVII. Capitel.

Von denen Unterthanen und Bürgern eines Staats, und derſelben vornehmſten Rechten in Anſehung des Staats.

§. I.

Unterthanen können in Anſehung der Staats-Verfaſſung alle diejenigen genant werden, welche der Herrſchaft der höchſten Landes-Obrigkeit unterworffen ſind.

§. II.

Das Wort Bürger hat vielfältige Bedeutungen. 1) In Anſehung des Staats ſelbſten, den man deswegen eine Bürgerliche Geſellſchaft zu nennen pfleget, iſt ein Bürger derjenige, der zum ruhigen und ſicheren Genuß ſeiner

Rechte mit anderen ſich in eine Geſellſchaft begeben und einer gemeinſamen Ober-Herrſchaft unterworffen hat. 2) In Anſehung der Regierung des Staats heiſt derjenige ein Bürger / der nach der Natur der Staats-Verfaſſung an deſſen Regiment einen unmittelbaren oder mittelbaren Antheil hat / und andere beſondere Vorrechte vor denen gemeinen Unterthanen genieſſet. 3) In Anſehung der verſchiedenen Claſſen der Unterthanen eines Staats heiſſet derjenige ein Bürger, der weder ein Edelmann noch ein Bauer iſt.

§. III.

Die Bürger der erwehnten zweyten Art werden in einem Monarchiſchen Staat Reichs- oder Land-Stände genant / deren Urſprung zwar überall dieſer geweſen, daß die dem Regenten in der Regierung des Landes als Rähte an die Hand gehen, und zur Ausübung der wichtigſten Staats-Rechte ihre Beyſtimmung geben ſolten: Es haben aber nunmehro in denen meiſten Länderen die Regenten es dahin gebracht, daß ſie die Stände nur nach Gefallen beruffen, oder doch bey derſelben Verſammlung mehr dero Gutachten als Einſtimmung erforderen.

§. IV.

Die Fremden / welche in einem Staat ſich eine Zeitlang aufhalten, **können nicht als zeitige Unterthanen des Staats angeſehen werden** / ſie ſind **aber verbunden, nach denen Civil-Geſezen des Staats ſich** ſo weit

zu richten / als die Ruhe deſſelben es erforderet. Es wäre denn, daß der Staat öffentlich erkläret hätte, daß zwiſchen denen Fremden und denen Einheimiſchen kein Unterſcheid ſolle gemachet werden; weil ein Staat nicht ſchuldig iſt die Fremden anders, als es ihme anſtehet, aufzunehmen. Es wird aber ein Staat, welcher ſein wahres Intereſſe wohl verſtehet, dergleichen Verordnungen nicht leicht aufrichten.

§. V.

Die Rechte / welche allen Völckeren ohne Unterſcheid nach der Natur und nach dem Zweck der Bürgerlichen Geſellſchaften zukommen / beſtehen vornemlich darin, daß ein jeder den Staat könne verlaſſen, wenn er ohne Nachtheil des Vaterlandes ſein Glück verbeſſeren kan; noch mehr aber, wenn er unter einer ungerechten Regierung dererjenigen Rechte und Vortheile beraubet wird, um welcher willen die Bürgerliche Geſellſchaft aufgerichtet worden.

§. VI.

Es hat ferner ein jedes Volck das natürliche Recht / wider die ungerechte Gewalt ſeines Ober-Herren mit Gegen-Gewalt ſich zu ſchützen. Weil die Herrſchaft des Regenten auf einen ausdrücklichen oder heimlichen Vergleich gebauet iſt, kraft deſſen diejenigen, welche ſich ihme unterworffen haben, nicht ſchuldig ſind ihme weiter zu gehorchen, als er die höchſte

Gewalt, welche ihm verliehen worden, zum Zweck der Bürgerlichen Geſellſchaft anwendet. Woraus folget, daß ein Regente, welcher ſich vorſezlich einer unrechtmäſigen Gewalt wider ſein Volck gebrauchet, nicht als ein Regente, ſondern als ein Feind des Staats zu betrachten ſey. Es würde ferner derjenige, welcher aus dem Stande der Natur in eine Bürgerliche Geſellſchaft trit, ſeinen Zuſtand nicht verbeſſeren, ſondern verſchlimmern, wenn es ihm niemals frey ſtehen ſolte, demjenigen ſich zu widerſezen, welcher die Gewalt, ſo zur Beforderung des gemeinen Beſtens ihm aufgetragen worden, zur Unterdrückung ſeiner natürlichen Rechte anwendet. Wenn gleichwohl ein jeder Unterthan bey der Aufrichtung der Bürgerlichen Geſellſchaft ſich verbindet, das allgemeine Beſte dem beſonderen vorzuziehen: So iſt es ſeine Schuldigkeit lieber ſchwere Drangſalen über ſich ergehen zu laſſen, als durch eine unzeitige Selbſt-Gewalt ſein Recht zu beſchüzen, und dadurch den ganzen Staat in Unheil und Verderben zu bringen.

§. VII.

Wenn in Wahl-Reichen der Thron erlediget wird; ſo höret dadurch die Bürgerliche Geſellſchaft nicht auf/ weil die Bürger kraft des unter einander getroffenen erſten Vergleichs verbunden ſind, in der abgeredeten Geſellſchaft zu bleiben. Und obwohl in ſolchem Fall die höchſte Gewalt dem Volck heimfält: So muß doch dieſelbe bis zur Wahl eines neuen Oberhaupts ſo verwaltet werden, wie es bey der Aufrichtung des Staats,

Staats, oder nach der Zeit ausdrücklich oder heimlich abgeredet worden, damit die Erledigung des Thrones den Staat nicht zerrütte.

§. VIII.

In Erb-Reichen hat das Volck bey ſtreitigen Fällen das Recht, wegen der Nachfolge den Spruch zu thun. 1) Weil das Recht zur Nachfolge nicht von dem Willen des lezten Regenten, ſondern von dem Willen des Volckes herrühret; 2) So lange der Streit unter denen Pretendenten noch nicht ausgemachet iſt, keiner die höchſte Gewalt ſich anmaſſen kan, folglich dieſelbe ſo lange dem Volcke heimfällt.

§. IX.

Weil es nun **bey der Erb-Folge** überhaupt auf **willkührliche** Geſeze ankommet: So **muß** auch **zuvorderſt auf die abgeredeten Staats-**Geſeze dabey **geſehen werden.** In derſelben Ermangelung können die Bürgerlichen Geſeze, und inſonderheit die Lehn-Rechte, dabey ſo weit ſtatt haben, als die Natur, der Zweck und die Wohlfart der Staaten überhaupt ſolches zuläſt.

§. X.

Es ſtehet ferner **dem gegenwärtigen Volcke frey, von der erſten Einrichtung der Nachfolge zuweilen abzugehen;** Wenn nemlich ein ſolcher Fall ſich hervor thut, da die erſte Einrichtung dem Staat zum Schaden gereichen würde. Denn 1) wird vermuhtet, daß ſol-

che Ausnahme bereits in der erſten Abrede und Einrichtung enthalten ſeye. 2) Iſt das gegenwärtige Volck nicht weniger als ſeine Vorfahren berechtiget von dem zu urtheilen, was mit ſeiner Wohlfart beſtehen könne, und dasjenige abzuwenden, was ihm verderblich, und dem Zweck entgegen ſeyn würde, um welches willen die Bürgerliche Geſellſchaft aufgerichtet worden.

§. XI.

In einem Wahl-Reiche werden die Unterthanen auch in Freyheit geſezet / wenn der Regente mit Bewilligung des Volckes der Regierung ſich begiebet, oder Land und Leute im Stiche läſt, oder das Land einem Fremden ohne Bewilligung der Stände abtritt.

IIter Theil,

Von
dem beſonderen
Staats-Rechte
des Heiligen Römiſchen Reichs
Teutſcher Nation.

Digitized by Google

Ites Buch/

Von denen Reichs-Grund-Geſetzen als eigentlichen Quellen des Teutſchen Staats-Rechts.

I. Capitel.

Von denen Reichs-Grund- oder Staats-Geſetzen überhaupt.

§. 1.

Die eigentlichen Quellen des beſonderen Staats-Rechts ſind/ wie im Eingang geſaget worden, die beſonderen Verträge zwiſchen dem Haupte und denen Gliedern eines Staats über deſſen Regierung. Man pfleget ſolche Verträge Grund-Geſeze eines Staats zu nen-

 nen,

nen, weil deſſen Verfaſſung und Regierungs-Form darauf gegründet iſt.

§. II.

Unter denen **Reichs-Grund-Geſezen** werden demnach diejenigen **Verträge** verſtanden, **welche über der Regierung des Reichs** und zu deſſen Wohlfahrt **zwiſchen dem Kayſer** und denen **Churfürſten / Fürſten und Ständen des Reichs aufgerichtet worden.**

§. III.

Ob nun wohl nichts gewiſſers iſt, als daß alles dasjenige, was das ganze Reich verbinden ſolle, zwiſchen dem Kayſer und denen Ständen des Reichs Contracts- oder Pacts-weiſe muß verglichen werden: So können doch **ſolche Verträge** / wenn man darüber einmahl eins worden iſt, mit Recht **Geſeze genant werden** / weil ſie alsdann alle Contrahenten verbinden, und keiner einſeitig davon abgehen kan, welches unten mit mehrerem ſoll gezeiget werden.

S. indeſſen Wahl-Capit. art. 2.

§. IV.

Die **Reichs-Grund-Geſeze** werden **abgetheilet in geſchriebene und ungeſchriebene.** Unter **jenen** werden **die Sazungen** verſtanden, welche mit dem ausdrücklichen Conſens des Kayſers und der Stände des Reichs abgeredet worden: Unter **dieſen** aber diejenigen, **welche** auf einen ſolchen Gebrauch ſich gründen, der im Reich bekant iſt, und von dem Kayſer und denen Ständen **heimlich zur Regel angenommen worden**; Dahero ſie auch mit dem Namen

des

des Reichs-Herkommens oder der Reichs-Obſervanz beleget werden.

§. V.

Es wird die heimliche Einwilligung in eine Obſervanz hauptſächlich daraus abgenommen, wann bey vorfallenden Streitigkeiten eine Parthey auf eine hergebrachte alte Gewonheit, als auf ein Reichs-Herkommen ſich beruffet, und der Gegentheil hierauf ſeinen Wiederſpruch fahren läſt, und bey der vorgegebenen Obſervanz beruhet.

§. VI.

Zu denen geſchriebenen Reichs-Staats-Geſezen werden gerechnet, die güldene Bulle/ die Reichs-Abſchiede und inſonderheit der darin enthaltene Land- und Religions-Friede/ die Kayſerliche Wahl-Capitulation/ der Weſtphäliſche Friedens-Schluß.

§. VII.

Es zweifeln zwar einige, ob ein einziges wahres Exempel eines vorbeſchriebenen Reichs-Herkommens vorhanden ſeye/ und meinen, daß die Exempel, ſo insgemein darvor ausgegeben werden, entweder in unverbindlichen Gewonheiten beſtehen, oder ungewiß, oder durch die geſchriebenen Geſeze authoriſiret ſind. a) Wenn man aber betrachtet, daß die meiſten Stücke der Art und Ordnung, nach welchen die Reichs-Berahtſchlagungen angeſtellet, und die Reichs-Sachen ausgefertiget werden, ingleichem das Ceremoniel, ſo auf denen Reichs-Tägen, und anderen Reichs-Verſammlungen beobachtet wird, ſich

alleine auf eine heimlich gebilligte Gewonheit grün-
den: So iſt **das Reichs-Herkommen mit Recht unter die Reichs-Staats-Geſeze zu rechnen.**

a) Titius Spec. J. P. L. II. c. 8.

II. Capitel.
Von der Guldenen Bulle.

§. I.

Die **Guldene Bulle** iſt **ein** zwiſchen dem Kayſer Carl IV. und denen Reichs-Stän-
den abgeredetes **Grund-Geſez/ darin wegen der Wahl eines Kayſers/ wegen der Reichs-Vacantz/ wegen der Churfürſtlichen Vorrechte und wegen anderer Reichs-Sachen unterſchiedene Dinge verordnet** worden.

§. II.

Der **Anfang der guldenen Bulle** bis zum 23ten Tit. iſt im Jahr 1356. **auf dem Reichs-Tage zu Nürnberg/ der Beſchluß** aber von beſagtem Titul **auf einem Churfürſten Tag zu Mez** in ſelbigem Jahr **geſchloſſen worden.**

§. III.

Es haben zwar einige behaupten wollen, **daß dieſes Reichs-Geſeze ganz und alleine mit Bewilligung der darin benannten Churfürſten aufgerichtet** worden. Weil aber der Kayſer im Eingang der guldenen Bulle ausdrücklich gedencket, daß auſſer denen geiſt- und weltlichen Churfürſten eine zahlreiche Menge anderer

Für-

Fürſten, Grafen, Frey-Herren, Edler Herren und Städte zu Nürnberg dem Reichs-Tage beygewohnet; a) ferner von beſagten Fürſten der guldenen Bulle nicht widerſprochen, ſondern dieſelbe vielmehr durch viele nachfolgende Reichs-Satzungen bekräftiget worden; b) So iſt wohl das widrige Vorgeben c) wo nicht **ungegründet**/ doch nunmehro **vergeblich und dieſem Reichs-Geſeze an ſeiner Authorität unnachtheilig.**

a) Procem. A. B. §. 7. add. Cap. XII. §. 2.

b) Siehe Wahl-Capit. art. 2. §. Wollen die guldene Bulle.

c) Siehe des Herrn von Ludwigs Erläuterung der guldenen Bulle P. II. in der Vorrede p. 53 ſeqq. allwo dieſer gelehrte Publiciſte alles was wider die guldene Bulle eingewant wird/ weitläuftig angeführet und beantwortet.

§. IV.

Seinen **Nahmen** hat **dieſes Geſeze** bekommen **von der guldenen Bulle/ oder von dem guldenen Reichs-Siegel/** welches demſelben zu mehrerem Anſehen angehänget worden, und welches zwar bey einigen Urkunden, aber ſonſt bey keinem anderen Reichs-Geſetze ſich findet.

§. V.

Daß **der Lateiniſche Text der guldenen Bulle bewährt und authentiſch** ſeye, darüber ſind faſt alle Publiciſten einig, **ob** aber **der teutſche Text gleiche Authorität habe/** darüber iſt zur Zeit, da Bayern über die Vicariats-Gerechtigkeit mit Pfalz geſtritten und den teutſchen Text vor ſich angeführet, a) die Frage

entſtanden, welche **bisshero unausgemacht geblieben** / obgleich die Meinung derer, welche dieſe Frage verneinen, der Wahrheit am nächſten kommet b).

a) Siehe unten III. B. VI. Cap. §. 4.

b) Unter denen Urſachen / wormit Struv. in Synt. J. P. c. 6. §. 11 dieſes behauptet, iſt dieſe die vornehmſte / daß Wenzeslaus befohlen eine neue Überſezung der guldenen Bulle zu verfertigen / welches nicht nöthig geweſen wäre / wann die vorhergehende mit des Kayſers und derer Stände Approbation gemachet worden. Zu geſchweigen / daß ſo mancherley alte Überſezungen vorhanden ſind (vid. Ludwigs Erläuterung der guldenen Bulle 2ten Theil in der Vorrede §. 50.) welche alle unnüz und vergeblich geweſen wären. Add. Speners teutſches Jus Publicum I. B. 5. Cap. 6. §. not. b.

§. VI.

Gleichwie die Trennungen, ſo ſich ehemals bey der Wahl eines Kayſers im Reiche hervor gethan, die **vornehmſte Veranlaſſung der guldenen Bulle** geweſen, alſo iſt der Zweck ſolchen Verwirrungen dadurch abzuhelffen a) von der Zeit an glücklich erreichet worden.

a) Was ſonſten die guldene Bulle in ſich halte / zeiget kürzlich Spener d. L. c. 6. §. 6.

§. VII.

Im übrigen **kan** zwar **die guldene Bulle ſo wenig als andere Reichs-Grund-Geſeze ohne Ubereinſtimmung des Kayſers und der geſamten Stände des Reichs geändert werden:** Doch iſt denen **Churfürſten unverwehret** / in denen Dingen, welche dieſelbe ganz allein angehen, und welche dem Reiche nicht zum Nachtheil gereichen, **vor ſich ſelbſt** eine

eine Aenderung zu machen/ a) 3 E. in ihrer Rang-Ordnung. Viele Stücke dieſes Geſezes haben auch durch die Veränderung der Umſtände des Reichs von ſelbſt eine Aenderung bekommen.

a) Siehe Spener d. L. c. 8.

III. Capitel.

Von denen Reichs-Abſchieden.

§. I.

Unter dem Worte Reichs-Abſchied wird eigentlich verſtanden / diejenige öffentliche Schrift, welche am Ende eines gehaltenen Reichs-Tages abgefaſſet wird, und alles in ſich begreiffet, was auf demſelben von dem Kayſer und denen Ständen des Reichs gemeinſamlich beſchloſſen worden a).

a) Auf was Art der Reichs-Abſchied abgefaſſet werde/ ſiehe unten im V. Buch. 1. Cap. §. 24.

§. II.

Ob nun wohl zu allen Zeiten dasjenige, was des Reichs gemeinſame Wohlfarth betroffen, auf einer allgemeinen Reichs-Verſammlung abgeredet und verglichen worden; So iſt es doch ſehr ſpäte aufgekommen, daß man das Beſchloſſene in eine ſchriftliche Urkunde gebracht. Der erſte eigentliche und nach dem Reichs-Stylo beſtändig ſo genante auch in der Sammlung der Reichs-Abſchiede befindliche Reichs-Abſchied iſt unter der Regierung des Kayſers Friederichs aufgerichtet worden.

Conf. Spener d. L. c. 9. §. 2.

§. III.

Was vor denen Zeiten dieſes Kayſers auf denen Reichs-Tägen beſchloſſen und entweder in eine ſchriftliche Form gebracht, oder auf andere Weiſe publiciret und nur von denen Geſchichts-Schreibern als beſchloſſen aufgezeichnet worden, kan man zum **Unterſcheid** der eigentlich ſo genanten Reichs-Abſchiede **eine Reichs-Satzung** nennen. a) Einigen Reichs-Abſchieden werden auch **beſondere Namen** gegeben, als da ſind zum Exempel **der Land- oder Profan-Friede/ der Religions-Friede/ die Cammer-Gerichts-Ordnung** u. d. g.

a) Siehe Speners teutſches Jus Publicum 1ter Theil 9. Cap. der dieſelben auch in die alten und neuern abgetheilet/ und im 5ten und 9ten Cap. die vornehmſten dieſer Reichs-Satzungen in der Kürze auführet. add. Pfeffing. Vitr. ar. illuſtr. ad Lib. 1. tit. 2. p. 49. ſeqq.

§. IV.

Man kan auch zu denen Reichs-Abſchieden mit rechnen, **was auf ordentlichen** oder **auſſerordentlichen Reichs** *Deputations*- **Tägen beſchloſſen** wird, weil ſolche Deputations-Täge nichts anders denn engere Reichs-Täge ſind.

Siehe unten V. B. 3. Cap.

§. V.

Obgleich die **Reichs-Abſchiede** unter dem Namen des Kayſers mit ſolchen Formalien verkündiget werden, welche denenſelben das Anſehen eines eigentlich ſo genanten Geſezes geben können: So ſind doch **die Reichs-Stände daran** nicht aus Vollkommenheit der Kayſerlichen Macht, ſondern allein deßwegen **gebunden**/ weil der Kay-

ſer

ſer und die Stände ſich mit und gegen einander Contracts-Weiſe (wie die gewönliche Formul der Reichs-Abſchiede lautet) deßhalb vereiniget, verpflichtet und verſchrieben.

§. VI.

Damit aber noch beſſer erhelle, **wie weit die Verbindlichkeit der Reichs-Abſchiede gehe**; So iſt wohl zu unterſcheiden ob dieſelben von öffentlichen oder nur von Privat-Sachen handlen, ingleichem ob das Beſchloſſene nur auf einem gewiſſen damals gegenwärtigen Umſtand gerichtet und bereits erfüllet, oder auf das ganze Reich zukünftiger immerwährender Folge gerichtet ſeye.

§. VII.

Dasjenige, was auf des Reichs offentlichen Zuſtand und deſſelben zukünftige Einrichtung zielet, **verbindet** alle Contrahenten **ſo lange, bis es ihnen** gemeinſamlich **gefället, durch ein neues Reichs-Geſeze das vorige zu ändeven** und aufzuheben, oder bis im Reich eine ſolche Veränderung entſtehet, auf welche das zuvor geſchloſſene ſich nicht mehr ſchicket.

§. VIII.

Iſt **das Beſchloſſene auf einen beſonderen Umſtand gerichtet** und bereits vollzogen worden, ſo hat es zwar ferner keine Gültigkeit, es kan aber bey vorkommenden gleichen Umſtänden ein Publiciſte daraus viel Licht und Nuzen ſchöpffen.

§. IX.

Die in denen **Reichs-Abſchieden** enthal-

haltene Privat-Rechte / zum Exempel, Policey und Proceß-Ordnungen, iſt ein Reichs-Stand nur alsdann verbunden in ſeinem Lande einzuführen und beyzubehalten; Wann 1.) an der Beobachtung ſolcher auf dem Reichs-Tage beliebten Privat-Verordnungen des Reichs gemeine Wohlfahrt hienge, oder 2.) ein Reichs-Stand um deswillen ſich ausdrücklich verpflichtet hätte, dieſelbe in ſeinem Lande einzuführen und zu beobachten.

Vid. Spener d. L. c. 9. §. 11. & 12. Titius d. l. Lib. II. c. 2c. ſeqq. Hugo Juriſp. partic. Germ. Lib. I. c. 3. §. 19. ſeqq.

IV. Capitel.

Von dem Profan-oder Land-Frieden.

§. I.

Weil vor dem Frieden allemal ein Krieg vorhergehen muß, ſo zeiget ſchon der bloſſe Nahme dieſes Staats-Geſezes / daß deſſelben Aufrichtung durch vorhergegangene Unruhen ſeye veranlaſſet worden.

§. II.

In der That war, vor Abfaſſung des Land-oder weltlichen Friedens, das ſo genante Fauſt-Recht / oder der Gebrauch ſich ſelbſt mit Gewalt Recht zu ſchaffen, im Reich zur allgemeinen und ſogar erlaubten Gewonheit worden. Denn wer ein Recht zu haben vermeinte, den andern mit Raub, Brand und Todſchlag zu überfallen, durfte

durfte ihme nur drey Tag vor würcklichem Überfall die Fehde oder den Unfrieden auf gebührliche Weiſe verkündigen, ſo hatte er ſeine Ehre dadurch bewahret, und konte hernach wieder des andern Land und Leute nach Gefallen hauſſen.

Siehe Guldene Bulle. tit. 17.

§. III.

Man ſahe zwar das **Unheil ſo aus dieſem Fauſt⸗Recht entſtund**/ und ſuchte ſich darwieder durch beſondere Bindnüſſe und Land⸗Friedens⸗Sazungen zu bewahren. Es ware aber nicht möglich die Privat⸗Befehdungen und Plackereyen im Reiche völlig und überall abzuſchaffen, bis daſſelbe ſo eingerichtet worden, daß ein jeder das Seinige durch den Weg Rechtens erlangen konte.

§. IV.

Dieſes wurde endlich **unter** *Maximiliani I.* Regierung glücklich ins Werck geſezet, da an. 1495. **auf dem Reichs⸗Tage zu Worms** mit ſein und aller Reichs⸗Stände gemeinſamen Übereinſtimmung **ein allgemeiner und immerwährender Land⸗Friede aufgerichtet** und zu deſſen genauer Handhabung noch in eben dem Jahre **die Reichs⸗Cammer angeleget**/ folgends anno 1500. **zu Augſpurg das Reich in gewiſſe Creyſe getheilet** und **das** ſo genante **Regiment beſtellet** wurde.

Siehe Datt de Pace publica, der dieſe ſowol als andere zur Abſtellung der Privat⸗Befehdungen vorhero gemachte Veranſtaltungen weitläuftig beſchreibet.

§. V.

Es iſt dieſer Land⸗Friede nachhero **vom**

Kay⸗

Kayſer Carl V. auf verſchiedenen Reichs-Tägen a) **verbeſſeret / und** von deſſen Nachfolgern zum öfteren **beſtättiget** worden b).

a) Vornemlich anno 1521. zu Wörms / anno 1522 zu Nürnberg / anno 1548. zu Augſpurg (welche Conſtitution die vollſtändigſte iſt / und am meiſten allegiret wird) anno 1551. an demſelben Orte

b) Durch die Reichs-Abſchiede von Augſpurg an. 1555. 1559. 1566 von Speyer anno 1576 und von Regenſpurg anno 1594 1598 ferner in allen Capitulationen und in dem Weſtphäliſchen Frieden I. P. O. art. 17. §. 7. 8. Capit. art. 21. §. Sollen und wollen auch.

§. VI.

Der Land-Friede beſtehet dahero aus denen von verſchiedenen Kayſern mit denen Reichs-Ständen **getroffenen Verträgen** / wodurch alle Gewaltſamkeiten und Befehdungen zwiſchen denen Reichs unmittelbaren ſowol als mittelbaren Gliedern bey harter Strafe verboten, und hingegen ein jeder angewieſen wird, wie er ſein Recht auf friedliche Weiſe ſuchen ſolle.

§. VII.

Das Vornehmſte was in dieſen verſchiedenen Land-Friedens-Schlüſſen ſowol denen geiſt- als weltlichen, unmittelbaren und mittelbaren Reichs-Gliedern **verboten** wird, „beſtehet darin; 1) Alle offene Fehden ſollen im „ganzen Reich abgethan ſeyn. Land-Friede an. „1495. art. 2. an. 1548. art. 1. 2) Niemand ſoll „den andern bekriegen, überziehen, berauben, fa„hen, belägeren, oder eine gewaltige Thätlichkeit „gegen ihn verüben, ſondern im ordentlichen „Rechte ſeine Sache austragen. Land-Friede

„an.

„an. 1495. art. 1. an 1548. art. 1. I. P. O art 17.
„§. 7. 3) Niemand ſolle dem anderen ſeine Un-
„terthanen abziehen, verhezen, in Schuz gegen
„die Herren nehmen. Sie aber ſonſten ſicher
„durch die Lande paſſiren, ziehen und ihr Gewerbe
„treiben laſſen. Land-Friede an. 1548. art. 1.
„4) Die Herrenloſe Knechte, Landſtreiffer, He-
„ckenreuther u. ſ. w. ſolle jeder Reichs-Stand
„nicht dulten, ſondern zerſtreuen, oder ſie aufhe-
„ben und allenfals durch die Nachbaren ſich helf-
„fen laſſen. Land-Friede 1495. art. 7. an. 1548.
„art. 24. 5) Solle niemand denen Land-Fried-
„Brechern mit Raht oder That beyſtehen, ſon-
„dern gegen dieſelbe alle gebetene Hülffe leiſten.
„Land-Friede an. 1495. art. 5. an. 1548. art. 16.
„17. 6) Die angeſonnene Execution gegen die
„Land-Fried-Brechere ſolle niemand ohne wich-
„tige Urſache weigeren, auch des Aechters Güter
„zu ſeinem Vortheil nicht hinterhalten. Land-
„Friede an. 1548. art. 15. 19. 21.

Dieſer Auszug der Land-Friedens-Schlüſſe findet ſich in Speners teutſchem J. P. 1. Theil 7. Cap. §. 5. not. c.

§. VIII.

Die Strafe/ ſo denen Land-Fried-Brechern gedräuet wird, beſtehet nach der Gröſſe des Verbrechens, entweder in einer Geld-Strafe von 2000. Marck feines Goldes halb in die Kayſerliche Cammer und halb für den Beſchädigten a), oder gar in des Heiligen Reichs-Acht b), worin ſie mit der That von Recht ſollen verfallen ſeyn, mit dem Unterſcheid zwiſchen denen weltlichen und geiſtlichen Ständen, daß „ jenen ihr „Leib

„Leib und Gut ſolle erlaubet ſeyn und niemandes „daran freveln oder verhandeln ſolle oder mag. „Land-Friede an. 1548. art. 3. dieſe nur aus des „Kayſers und Reichs Gnade und Schirm ſol„len geſetzet werden. art. 22.

a) Handhabung des Land-Friedens an. 1595. art. 8. Land-Friede an. 1548. art. 2.

b) Land-Friede an. 1495. art. 3. an. 1548. art. 3. §. 1.

V. Capitel.
Von dem Religions-Frieden.

§. I.

Der **Religions-Friede** iſt **ein** zwiſchen dem Kayſer und denen Ständen aufgerichteter **Vergleich**, worinnen abgeredet worden, wie es **wegen der Religion** und **der** dahin gehörigen Dinge ſolle gehalten werden.

§. II.

Zur **Aufrichtung des Religions-Friedens** hat **Gelegenheit** gegeben, **die von Luthero veranlaßte Reformation**, welche verſchiedene Reichs-Stände dahin brachte, daß ſie des Pabſts Authorität abſchüttelten, die geiſtlichen Güter ſecularirten, und von der Römiſchen Kirche ſich gänzlich trenneten. Denn obgleich Kayſer Carl V. die Reichs-Stände, welche die Catholiſche Religion verlaſſen hatten, mit Gewalt nöthigen wolte, dieſelbe wiederum anzunehmen, und der Schmalkaldiſche Krieg darüber entſtund, welcher vor die Proteſtirende übel ablief: So muſte doch der Kayſer zuletzt nachgeben, als Churfürſt

fürſt Moriz zu Sachſen zu Rettung der beynahe unterdruckten Teutſchen Freyheit die Waffen wider ihn ergrif. Durch den Paſſauiſchen Vertrag wurde an. 1552. der Religions-Krieg geendiget, und von beyden Theilen verſprochen, in Anſehung derſelben von aller Gewalt abzuſtehen. Aber **auf dem Reichs-Tag zu Augſpurg** an. 1555. wurde endlich **ein vollſtändiger immerwährender Religions-Friede abgeredet.**

§. III.

Was in dieſem Reichs-Abſchiede oder ſo genannten **Religions-Frieden verglichen** worden, beſtehet vornemlich in folgenden Stücken: I.) Sollen weder die von der alten Religion, „die von der Augſpurgiſchen Confeßion, noch „dieſe jene wegen der Religion anfechten und be- „unruhigen, ſondern ein jeder gegen den andern „an gebührenden ordentlichen Rechten ſich begnü- „gen laſſen, *art.* 15. & 16. II.) Sollen diejenigen, „welche obgemelten beyden Religionen nicht be- „hängig, in dieſem Frieden nicht begriffen, ſon- „dern gänzlich ausgeſchloſſen ſeyn, *art.* 17. III.) „Solle es in Anſehung derer geiſtlichen Güter, „welche von einigen Reichs-Ständen bis dahin „eingezogen, und zu Kirchen und Schulen, mil- „den und anderen Sachen verwendet worden, „bey der Verordnung gelaſſen werden, die ein „jeder Stand deshalb gemachet, *art.* 19 IV.) Sol- „te die geiſtliche Juriſdiction wider die Augſpurgi- „ſche Confeßion, Religion, Glauben bis zu end- „licher Chriſtlicher Vergleichung der Religion „

 ruhen, „

„ruhen, eingeſtellet und ſuſpendiret ſeyn und blei-
„ben, *art.* 20. V.) Solle kein Stand den andern,
„noch derſelben Unterthanen zu ſeiner Religion
„dringen, abpracticiren, oder wider ihre Obrig-
„keit in Schuz und Schirm nehmen, noch ver-
„theidigen in keine Wege, *art.* 23. VI.) Solle de-
„nen Unterthanen von beyden Religionen, ſo von
„ſolcher Religion wegen aus eines Reichs-
„Staats-Lande ziehen wolten, der Zug und Ver-
„kauf ihrer Haab und Güter gegen billigen oder
„gewöhnlichen Abtrag oder Nachſteuer (jedoch
„denen Obrigkeiten an ihren Gerechtigkeiten, und
„Herkommen der Leib-Eigenen halber ohnnach-
„theilig) zugelaſſen und bewilliget, auch an ihren
„Ehren und Pflichten allerdings unenthalten ſeyn,
„*art.* 24 VII.) Solle die ſtreitige Religion nicht
„anderſt, denn durch Chriſtliche, freundliche,
„friedliche Mittel und Wege zu einhelligem Chriſt-
„lichem Verſtande und Vergleichung gebracht
„werden, *art.* 15. und wo ſolche Vergleichung
„durch Wege des General-Concilii, National-
„Verſammlung, Colloquien oder Reichs-Hand-
„lungen nicht erfolgen würde, ſolle alsdann nichts
„deſto weniger dieſer Friede-Stand in allen ob-
„erzehlten Puncten, bis zu endlicher Verglei-
„chung der Religion- und Glaubens-Sachen, bey
„Kräften und ein beſtändiger, beharrlicher, un-
„bedingter für und für ewig währender Friede
„ſeyn und bleiben. *art.* 25.

§. IV.

Sonſt iſt zwar in dem **Religions-Frie-
den**

den *art.* 18. mit eingerucket worden, daß, wann jemand geiſtlichen Standes von der alten Re-" ligion künftig abtretten würde, derſelbe ſein geiſt-" liches Beneficium, jedoch ſeinen Ehren unnach-" theilig, verliehren ſolte. Es hat aber dieſer Ar-" ticul, weil er von denen Proteſtirenden Ständen nicht bewilliget, ſondern Anfangs des Römiſchen Königs Ausſpruch heimgeſtellet, bald nachhero aber von ihnen durch offentliche Proteſtation angefochten worden, **im Reiche groſe Unruhen verurſachet/bis** derſelbe endlich **durch den Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß** *art.* 5. §. 1. **beſtättiget** / und auch auf die Proteſtirenden Geiſtlichen ausgedehnet worden.

§. V.

In beſagtem **5ten Articul des Oßnabrückiſchen Friedens-Schluſſes wird** nicht allein **der Religions-Friede** in allen Stücken **beſtättiget**/ ſondern **noch hinzu gethan**/ daß die in dieſem 5ten Articul beliebte Entſcheidung der bis dahin geſtrittenen Articuln des Religions-Friedens vor eine immerwährende Declaration" deſſelben ſowol bey denen Reichs-Gerichten als" auſſer denenſelben ſolle gehalten werden, bis" man durch göttliche Gnade der Religion wegen ſich verglichen hätte, oder (wie der 25te §. dieſes Articuls die lezteren Worte erkläret) bis die Religions-Streitigkeiten von allen Parthenen auf friedliche Weiſe durchgehends beygeleget worden. Amicabili partium Compoſitione univerſaliter definiantur.

Conf. Religions-Friede art. 15 & 25.

VI. Capitel.

Von dem Weſtphäliſchen Frieden.

§. I.

Der **Weſtphäliſche Friede** begreift unter ſich beydes **das zu Münſter** zwiſchen dem Kayſer und der mit Schweden und vielen teutſchen Reichs-Ständen alliirten Cron Franckreich, als auch das **zu Oßnabrück** zwiſchen dem Kayſer und denen Catholiſchen Reichs-Ständen eines- und zwiſchen der Cron Schweden und denen vereinigten Proteſtirenden Reichs-Ständen anderen Theils **aufgerichtete Friedens-Inſtrument**, in welchem hauptſächlich zu Erhaltung der Ruhe im Reich der geiſt- und weltliche Zuſtand deſſelben auf einen ſicheren Fus geſezet, und die Cron Franckreich und Schweden zur Garantie und Bewahrung dieſes Vergleichs mit angenommen worden.

§. II.

Es ſind zwar beyde Friedens-Schlüſſe nach der ausdrücklichen Abrede der Contrahenten ſo anzuſehen, als wenn der eine dem anderen von Wort zu Wort einverleibet wäre, und dahero als vor einen zu achten. Jedoch **wird oft unter dem Nahmen des Weſtphäliſchen Friedens das Oßnabrückiſche Friedens-Inſtrument beſonders verſtanden**, weil in demſelben die vornehmſten und wichtigſten Reichs-Sachen abgeredet worden.

§. III.

§. III.

Unter denen **Urſachen des** verderblichen **30. jährigen Krieges**/ welcher durch beſagte Friedens-Schlüſſe abgethan und beygeleget worden, waren wohl die vornehmſten, die wider den Religions-Frieden denen Proteſtirenden hin und wieder zugefügte Bedrängnüſſe, und die bey denen Reichs-Gerichten wider dieſelben eingeriſſene Partheylichkeit; dahero wird **in dieſen Friedens-Schlüſſen**/ inſonderheit in dem Oßnabrückiſchen weitläuftig **reguliret/ wie es inskünftige in Anſehung des Unterſcheids der Religion**/ ſowol in eines jeden Reichs-Standes-Landen, als bey denen Reichs-Verſamlungen und Gerichten ſolle **gehalten werden**, art. V. & VII. Ferner wird auch **der Reichs-Stände Landesherrliche Gewalt und Hoheit**/ welche oftmals und inſonderheit in beſagtem Teutſchen Krieg angefochten worden, **auf einen feſten Fus geſtellet.** art. VIII.

§. IV.

Daß nun **der Weſtphäliſche Friede ein Reichs-Fundamental-Geſeze** ſeye, erhellet nicht allein aus der Art wie derſelbe geſchloſſen, und aus dem was darin abgeredet worden, ſondern auch aus der ausdrücklichen Abrede der Compaciſcenten, a) welche wollen „ daß dieſer Friedens-Schluß aufs zukünftige als ein immerwähren-“ des Geſeze und Pragmatiſche Sanction des Reichs“ ſolle angeſehen und zu dem Ende dem nächſten“

„Reichs-Abſchiede und der Kayſerlichen Wahl-„Capitulation einverleibet werden. Es iſt auch in dem Reichs-Abſchied von an. 1654. §. 6. ſolches geſchehen und noch in der lezteren Capitulation ſeiner jezt regierenden Kayſerlichen Majeſtät Carl VI. art. 2. wiederholet worden; allwo unter denen Reichs-Grund-Geſezen, welche der Kayſer veſt und unverbrüchlich halten ſolle, der **Münſteriſche und Oßnabrückiſche Friede** ſonderlich er„wehnet, und **ein immerwährendes Band** „**zwiſchen Haupt und Gliedern** genant wird.

a) I. P. O. art. 17. §. 2. I. P. M. art. 112.

§. V.

Ob nun wohl der zu Münſter damals anweſende Päbſtliche Nuntius *Chigi* den Tag vor der Publication des Weſtphäliſchen Friedens **wider denſelben eine Proteſtation eingewant/** auch **der Pabſt** *Innocentius X.* durch eine Bulle **denſelben umſtoſſen** und **vernichten wollen:** So iſt doch nicht allein **in dem Münſteriſchen Friedens-Inſtrument** §. 113. und **in dem Oßnabrückiſchen** art. 17. §. 3. alles, was darwider eingewant werden möchte, zum voraus **verworffen/** ſondern auch **in der Capitulation** art. 2. §. **zumahl auch diejenigen** ꝛc. ſolches nochmals **wiederholet** worden.

§. VI.

Weil die beyde Cronen **Franckreich** und **Schweden** ohnſtreitig **Mit-***Paciscenten* **dieſes Friedens** ſind (*Conſortes hujus tranſactionis*, wie die

die Worte lauten I. P. O. art. 17. §. 5. und I. P. M. §. 112.) ſo wird ihnen vermöge deſſen an beſagten Stellen die Pflicht auferlegt, über alle „und jede Articul dieſes Friedens wider jeder„man ohne Unterſcheid der Religion feſt zu hal„ten; denen aber, ſo wider ſolchen Frieden belei„diget worden, die Freyheit gegeben, zu dieſen„Cronen ihre Zuflucht zu nehmen und ihres Schu„zes ſich zu bedienen.

Aus dieſem Fundament hat das Fürſtliche Collegium an. 1665. in der Sache der beſtändigen Wahl-Capitulation und an. 1701. wegen der 9ten Chur ſich zu Franckreich gewant/ und deſſen Garantie des Weſtphäliſchen Friedens angeruffen. Und obwol der Kayſer und die Churfürſten ſolches Verfahren derer Fürſten gemißbilliget/ ſo haben ſie dennoch nicht geläugnet/ daß es Fälle gebe/ da die Garantie der Cron Franckreich ſtatt haben könte/ ſondern nur behaupten wollen/ daß bemelte Fälle dazu nicht qualificiret wären/ welches eine andere Frage iſt. Speners teutſches J. P. II. Theil 8. Cap. §. 3. not. R.

§. VII.

Gleichwie aber eines theils derjenige, ſo wider den Inhalt des Weſtphäliſchen Friedens von jemand beleidiget worden, die Partheyen, ſo denſelben geſchloſſen, wider den Beleidiger nicht eher zu Hülffe rufen kan, bis er 1) bey demſelben um Abſtellung des zugefügten Unrechts angehalten und zum friedlichen Austrag des erregten Streits ſich erbohten a), und wenn 2) ſolcher Streit auf beſagte Weiſe innerhalb drey Jahren nicht gehoben wird; Alſo müſſen die Compaciſcenten

ſich nicht ehe ins Mittel legen / bis ſie darum angerufen und von dem Beleidigten ihnen angezeiget worden, daß der Beleidiger ſich gedachter maſen nicht wolle weiſen laſſen b).

a) I. P. O. art. 17. §. 5. 6. I. P. M. §. 115.
b) A paſſo moniti quod nec amicitiæ nec Juris via locum invenerit. d. l. §. 6. & 115.

§. VIII.

Es iſt auch kein Zweifel, daß wenn der Kayſer und die Stände des Reichs über eine Sache, die ſie alleine angehet, etwas wider den Inhalt des Weſtphäliſchen Friedens mit einander abreden wolten, die beyden auswärtigen Cronen wegen der ihnen zukommenden Garantie ſich darwider zu ſezen nicht befugt wären, weil dieſelbe natürlicher Weiſe, ſo viel die Reichs-Rechte betrift, auf derſelben Beſchüzung, nicht aber auf derſelben Einſchränckung abzielen muß.

Siehe Speners Jus Publicum an oben angeführtem Orte.

§. IX.

Ferner können in denen Sachen/die das Reich alleine angehen / der Kayſer und die Reichs-Stände vor ſich ſelbſt ohne Zuziehung mehr beſagter auswärtiger Cronen über die dunckelen und in Zweifel gezogene Puncten des Weſtphäliſchen Friedens ſich vergleichen/ I. P. O. art. 5. §. 50. Was aber eine oder die andere von dieſen Cronen vor ſich ſelbſt als ein Compaciſcirender Theil mit dem Kayſer und dem Reiche, als dem anderen Theil, darin abgeredet, darin

in hätten ſolche Cronen bey vorfallendem Streit oder Zweifel dem Ausſpruch des Reichs ſich nicht zu unterwerffen, ſondern es müſte mit ihnen durch einen gütlichen Vergleich geſchlichtet werden; welches auch von Franckreich wegen Elſaß und von Schweden a) wegen der Stadt Bremen behauptet worden.

a) Siehe Extract des Königlichen Schwediſchen Schreibens an Ihro Kayſerliche Majeſtät vom 20ten Decembris 1666. Item Memoriale ſo der Königliche Schwediſche Geſandte von Schnolsky auf dem Reichs-Tag zu Regenſpurg an. 1666. übergeben. Burgold. in not. ad diſc. 13. ad I. P.

§. X.

Im übrigen wird **die Verbindlichkeit dieſes Geſezes nicht geſchwächet/ obgleich eine oder die andere Parthey demſelben dann und wann zuwider handelt**/ weil eines Theils auch die offenbare Ubertretere deſſelben nicht darvor wollen angeſehen ſeyn, ſondern, obgleich mit Verdrehung dieſes Friedens, ihr Thun zu beſchönen ſuchen; anderen Theils aber, weil dieſer oder jener Reichs-Stand/ ſo wider die Reichs-Geſeze handelt/ weder ſich ſelbſt, noch ſeine Mit-Stände von der gemeinſamen Verbindlichkeit dadurch loß machen kan, ſondern vielmehr zu erwarten hat, daß er zu ſeiner hindangeſetzten Pflicht vom Kayſer und dem Reiche mit Gewalt angehalten werde.

I. P. O. art. 17. §. 5. & 7.

§. XI.

Eine wichtigere Frage iſt es, ob das jenige, was der Weſtphäliſche Friede in Anſehung der Religion verordnet, durch den 4ten Articul des Ryßwickiſchen Friedens an denen Orten ſeye aufgehoben und geänderet worden, welche Franckreich durch die beſchriebenen Reünions-Cammern ehemals an ſich gezogen, und durch den Ryßwickiſchen Frieden wiederum heraus geben müſſen. Alhier iſt es genug davon zu gedencken, daß die Proteſtirenden behaupten, a) der Ryßwickiſche Friede ſeye zwar ein Pactum des ganzen Reichs in Corpore, mit der Cron Franckreich aber kein Pactum Statuum inter ſe, und folglich kein Fundamental-Reichs-Geſeze. Weshalb in der Capitulation art. IV. ausdrücklich eingerücket worden. „Die Augſpurgiſche Confeſſions-Verwanten wolten unter denen Reichs-„Fundamental-Geſezen den Ryßwickiſchen Frieden nicht verſtanden haben, die Catholiſchen aber lieſſen ſolche Reſervation an ſeinem Orte geſtellet ſeyn.

a) Siehe pro Memoria der Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten an die Kayſerliche Principal Commiſſion vom 13ten Octobris 1719.

§. XII.

Ob nun wohl von denen Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten zum öftern auf die Abſtellung dieſes 4ten Articuls des Ryßwickiſchen Friedens gedrungen, ihnen auch vom

vom Kayſer und denen Catholiſchen Ständen bey denen Krieges-Erklärungen wider Franckreich groſſe Hofnung dazu gemachet worden, und dieſe Crone in ihren mit Engeland, Holland und Preuſſen zu Utrecht aufgerichteten Friedens-Tractaten ſich erkläret, ſie wolle gerne zulaſſen, daß in dem künftig mit dem Reiche zu machenden Frieden, das jenige, was darin die Religion betrift, nach dem Inhalt des Weſtphäliſchen Friedens eingerichtet werde, damit daraus erſcheinen möge, daß Ihro Königlichen Majeſtät von Franckreich Intention niemals geweſen noch gegenwärtig ſeye, das geringſte in denen erſt erwehnten Tractaten zu änderen: So erſchiene doch ſchon aus denen hierüber auf dem Reichs-Tag angeſtellten Handlungen, daß es denen Catholiſchen Ständen kein Ernſt wäre, von dem 4ten Articul des erſtbeſagten Friedens abzuſtehen. Dahero konte Franckreich ohne Mühe erhalten, daß derſelbe in dem 3ten Articul des Badiſchen Friedens confirmiret wurde; Wortwider jedoch die Evangeliſche Stände durch eine öffentliche Proteſtation ſich verwahret haben.

Siehe kurzer doch wahrhafter Verlauf der Sachen die Ryßwickiſche Clauſul und Badiſchen Friedens 3ten Art. betreffend / in der Europäiſchen Staats-Canzley Tom. 40. c. 8. Hofmanns gründliche Vorſtellung der Religions-Beſchwerden c. 2. Sect. 2.

VII. Cap.

VII. Capitel.

Von der Wahl-Capitulation.

§. I.

Die **Wahl-Capitulation iſt ein von denen Churfürſten** in ihrem und des ganzen Reichs Namen **vor der Wahl eines Römiſchen Königes oder Kayſers ſchriftlich verfaſter und von dieſem** vor der Crönung **beſchworner Vergleich**/ nach welchem derſelbe ſeine Regierung einrichten muß.

§. II.

Obgleich die höchſte Gewalt derer teutſchen Könige und Kayſer allezeit durch die Freyheit und Mit-Regierungs-Rechte derer Stände gemäſiget, und jene allezeit bey dem Antritt ihrer Regierung verbunden geweſen, die ihnen bekante Reichs-Rechte überhaupt zu bekräftigen, zuweilen auch beſondere Verträge mit denen Ständen darüber einzugehen: So iſt doch unſtreitig **die erſte** ausdrückliche und förmliche **Capitulation mit Kayſer Carl** *V.* **aufgerichtet** worden.

§. III.

Denn weil dieſer Herr auſſer Teutſchland erzogen, und deßwegen der Reichs-Rechte und Gewonheiten nicht ſo kündig war als ſeine Vorfahren, ferner zu befürchten ſtund, daß die Spaniſchen Rähte auch in die Teutſchen Sachen ſich

miſchen

miſchen und ihren Herren anreizen würden mit gleicher Freyheit im Reiche als in ſeinen Erb⸗Landen zu regieren, in welchem Fall ſeine groſſe Macht ihme behülflich ſeyn möchte, das jenige mit Gewalt auszuführen, worzu er ſich berechtiget halten ſolte; So fanden die Churfürſten vor nöhtig ihme **eine Pacts⸗Formul** vorzulegen und beſchwören zu laſſen, **nach welcher er ſeine Regierung** ohne Abbruch ihrer und derer Reichs⸗Rechte **zu regieren** hätte.

§. IV.

Als der Ausgang dieſe weiſe Vorſicht gebilliget, hat man in denen folgenden Zeiten den **Gebrauch/ eine Capitulation mit dem zu erwählenden Kayſer zu treffen / beſtändig beybehalten**/ theils damit die Nachfolger nicht meynen möchten, daß ihnen eine gröſſere Gewalt zuſtünde, theils auch damit man Gelegenheit hätte bey dem Anfang der Regierung eines neuen Kayſers wider den Mißbrauch des Kayſerlichen Amtes und wider die Eingriffe in die Reichs⸗Rechte, ſo man bey der jüngſten Regierung wahrgenommen, ſich zu bewahren, auch ſonſten eines und das andere, ſo zur Wohlfart des Reichs, nach deſſen zeitigen Umſtänden, erſprießlich ſeyn könte, beſonders auszudingen.

§. V.

Weil **die Churfürſten** die Abfaſſung einer Wahl⸗Capitulation als ein weſentliches Stück der ihnen allein überlaſſenen Kayſer⸗Wahl anſa-

hen,

hen, ſo trugen ſie **kein Bedencken / dieſelbe nach ihrem Gutbefinden zu verfertigen**/ fanden auch darin von denen übrigen Reichs-Ständen keinen förmlichen und öffentlichen **Widerſpruch**/ als um die Zeit der Weſtphäliſchen Friedens-Verſammlung, da dieſe an. 1646. unter ihren Gravaminibus politicis anführeten, daß „wegen der oft veränderten Kayſerlichen Wahl-„Capitulation des Reichs Rechte und Zuſtand „ſehr ungewis, folglich ſehr nöhtig wäre über „einer beſtändigen Wahl-Capitulation ſich auf „der nächſten Reichs-Verſam̃lung zu vergleichen.

vid. Meditat. ad Capitulat. Joſephi p. 20.

§. VI.

Ob nun wohl bey beſagter Friedens-Verſammlung ſolches bewilliget und dem I. P. O. art. 8. §. 3. ausdrücklich einverleibet worden: So **haben** doch **die Churfürſten** noch **immerhin die Wahl-Capitulation alleine verfertiget**/ und vorgegeben, daß ſie ſo lange in dem Beſiz dieſes Rechts zu laſſen wären, ſo lange man ſich im Reiche über eine beſtändige Capitulation noch nicht verglichen hätte; wiewohl ſie ſich auch nicht ſchwürig erwieſen der Fürſten und Stände des Reichs Erinnerungen anzuhören und einige Stücke derſelben in die Capitulation einzurücken.

§. VII.

Nun iſt zwar auf **dem fortwährenden Reichs-Tage der Entwurf einer beſtändi-**

gen

gen Wahl-Capitulation endlich in *Materialibus* zum Stande gekommen / man hat aber die Schwürigkeiten wegen des *Juris adcapitulandi* oder des Rechts nach Erheiſchung der Umſtände bey einer oder der anderen neuen Kayſer-Wahl etwas der beſtändigen Capitulation hinzuzufügen, welches die Churfürſten ihnen vorbehalten wollen, noch nicht völlig überwinden können; weil die Fürſten und Stände des Reichs denen Churfürſten ſolches Vorrecht zwar eingeräumet, darneben aber verlanget haben, daß ſolches nicht ohne hohe Nohtdurft von ihnen ausgeübet würde, und der erwählte Kayſer an ſolche neue Puncten der Capitulation nur verbunden ſeyn und bleiben ſolte, im Fall auf dem nächſtfolgenden Reichs-Tage Communi Statuum Conſenſu nicht ein anderes ſtatuiret, und geſchloſſen würde."

Vid. Meditat. ad I. P. art. VIII. §. 3. it. Meditat. ad Capitulat. Joſeph. Obſerv. proem. Sect. II. Obſ. 6.

§. VIII.

Ob nun wohl **von denen Fürſten und Ständen wider alle nach dem Weſtphäliſchen Frieden von denen Churfürſten verfertigte Capitulationen eine Proteſtation eingewant** worden; So **kan** doch ſolches **die Gültigkeit und Verbindlichkeit derſelben nicht aufheben**; weil die Churfürſten bey der alleinigen Abfaſſung der Capitulation ihr wohl hergebrachtes Recht exerciren und das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument ihnen ſolches nicht abſpricht,

ſpricht, ſondern nur zur Verhütung fernerer Uneinigkeiten die Abfaſſung einer beſtändigen Wahl-Capitulation vorſchläget.

§. IX.

Denen Fürſten hingegen **kan man** auch **nicht verargen / wenn ſie wider diejenigen Stücke der Capitulation / welche ſie als Neuerungen oder einſeitige Auslegungen der Churfürſten anſehen / eine Proteſtation einwenden /** und daran zu ihrem Nachtheil nicht wollen gebunden ſeyn. Nur muß um ſolcher Widerrede willen die Capitulation nicht ſchlechter Dinge als ungültig angefochten werden, weil denen Fürſten oblieget ihr Vorgeben, ſo von denen Churfürſten als ungegründet verworffen wird, zu beweiſen.

§. X.

Der Kayſer aber **bleibet** ungeachtet dieſes noch immerwährenden Streits **an die Capitulation veſt verbunden /** nicht nur wegen der bereits angeführten Urſachen, ſondern weil er ſeines Theils durch Annehmung und Beſchwehrung der Capitulation der Churfürſtlichen Meinung heimlich beygetretten.

§. XI.

Weil im übrigen die Wohlfart des Reichs die Haupt-Abſicht aller Reichs-Geſeze iſt, ſo iſt wohl kein Zweifel, daß **wann dasjenige / wozu**

der

der Kayſer ſich durch die Capitulation verbunden/ in ein und anderen Fällen zu des Reichs Schaden und Nachtheil gereichen könte/ derſelbe daran nicht gehalten ſeye; weil aber auſſer denen in der Capitulation bereits angemerckten Fällen (heutige Wahl-Capitulation art. 4. und 6.) nicht ſo leicht ein anderer zu vermuhten iſt, „ſo verbindet ſich der Kayſer ausdrücklich, darwider nicht zu ſeyn, zu thun, noch zu „ſchaffen, daß darwider gethan werde, in einige Weiſe oder Wege wie die möchten erdacht „werden.“

Capit. art. 30.

§. XII.

Solte gleichwol der Kayſer entweder unterlaſſen/ was ihm nach Vorſchrift der Capitulation zu verrichten oblieget/ oder etwas thun/ ſo er zu unterlaſſen ſich verbunden hätte; So könte er in dem erſten Fall von denen Churfürſten, und noch ehe vom ganzen Reiche, ſeiner Pflicht erinneret werden. Im lezteren Fall aber wäre ſein Unternehmen null und „nichtig, und nicht alleine der höchſten Reichs-„Gerichte Obliegenheit darauf nicht zu achten, „ſondern auch widrigen Falls einem jeden Reichs-„Stande, der unter ſolchem Schein bedränget „würde, zugelaſſen, ſich darwider, als einer of-„fenbaren Vergewaltigung, ſo gut er ſelbſt weiß „und kan, zu ſchüzen.“

Wahl-Capit. art. 16.

§. XIII.

Bey der Wahl des Kayſers Leopoldi iſt zwar auf die Bahn gebracht worden, ob es nicht dienlich wäre **eine** *Clauſulam Commiſſoriam* **der Capitulation einzurücken** / das iſt, ausdrücklich zu bedingen, daß im Fall der Kayſer derſelben zuwider handlen würde, er dadurch mit der That zu Recht des Kayſerthums verluſtig, und denen Churfürſten erlaubet ſeyn ſolte, wider ihn bis zur Abſezung zu verfahren. Weil aber ſolches dem Reichs-Haupte ſchimpflich, dem Reiche aber wegen der daraus zu befürchtenden Unruhen ehe ſchädlich als heilſam ſeyn würde: So **iſt** ſolche Clauſul von beſagtem Kayſer großmühtig **verworffen** / und ſeit der Zeit davon nicht mehr geſprochen worden.

Siehe Leben und Thaten Kayſers Leopoldi des Groſen.

IItes Buch/
Vom Urſprung des H. R. Reichs, deſſen Begrif, Ständen und Regierungs-Form.

I. Capitel.
Vom Urſprung des Heiligen Römiſchen Reichs und deſſen Benennung.

§. I.

Die Teutſche Nation war ſchon vor uralten Zeiten, welche der Römiſche Geſchichts-Schreiber *Tacitus* ſorgfältig beſchrieben, nicht unter einer Regierung begriffen, ſondern in viele kleine Völcker vertheilet, welche zwar alle einerley Urſprung, Zunge und Sitten, auch einen gemeinen Haupt-Namen hatten, aber jede vor ſich einen **beſonderen Staat** formireten.

§. II.

Die Freyheits-Liebe dieſer Nation konte man, wie aus ihren Sitten, alſo auch aus **der Regiments-Form dieſer kleinen Staaten** erſehen. Sie **war** faſt überall *Democrati*ſ**ch**/ doch ſo, daß die Vornehmſten im Volcke, ingleichem die Prieſter, bey der Ausübung der Staats-Rechte gewiſſe Vorzüge beſaſſen. **Einige** von

dieſen Staaten hatten zwar **den äuſerlichen Schein einer Monarchie**/ weil einer unter ihnen mit dem Titul eines Königes oder Herzogs prangete, und die Majeſtät des Staats vorſtellete. In der That aber wurden alle Staats-Sachen bey öffentlichen Verſammlungen mit Beyſtimmung und Bewilligung des ganzen Volckes abgethan, und man ſahe mehr auf den guten Raht dieſer Könige als auf ihre Befehle.

Tacitus de Moribus Germ. c. 7. 11.

§. III.

Dieſe Staats-Verfäſſung gab denen Römern Gelegenheit in Teutſchland oftmals innerliche **Unruhen**/ theils zwiſchen denen alſo getheileten Völckern, theils in einem und dem andern beſonderen Staat **zu erwecken**/ und dieſe Kriegeriſche Nation, über welche ſie durch ihre Waffen keine lange und völlige Herrſchaft erlangen konten, durch innerliche Kriege und Empörungen zu ſchwächen.

§. IV.

Alleine auch dieſer Anſchlag **geriehet denen Römern übel**/ denn **die Teutſchen** wurden durch dieſe von auſſen und innen zunehmende und auf ihren gemeinen Untergang abzielende Gefahr endlich **bewogen ſich genauer zu verbinden.** Es wurden die in einen gemeinen Bund getretene Völcker nach und nach bekant unter dem Namen der **Allemannier**/ der **Gohten**/ der **Burgundier**/ der **Francken**/ der **Sachſen**/ der **Thüringer**/ der **Bayern**/ der **Longobarder** **ꝛc.** und ihre Verbindung ſchützte ſie nicht

allein

allein wider den Angrif der Römiſchen Kayſer, ſondern ſezte ſie auch in Stande **das Occidentaliſche Kayſerthum** einer mächtigen Provinz nach der anderen zu berauben, und daſſelbe zulezt **völlig aufzuheben.**

§. V.

Unter dieſen Völckern, welche beſagter Römiſchen Provinzien ſich bemächtigten, thaten ſich inſonderheit **die Francken** hervor, welche um das Jahr 418. in denen Länderen zwiſchen dem Mayn, der Lohne, Saale, Elbe und dem Rhein **ein beſonderes Königreich aufrichteten** und bald hernach unter ihrem Könige Pharamund in Gallien einzudringen ſuchten, alwo bereits die Burgundier und Weſt-Gohten denen Römern viel abgenommen hatten.

§. VI.

Nachdem **die Francken** unter Clodovæo M. **die Römiſche Herrſchaft in Gallien völlig aufgehoben** und den Reſt dieſes Landes eingenommen hatten, **fanden ſie Gelegenheit** auch **einen guten Theil von Teutſchland mit ihrem neuen Reiche zu verknüpfen** / indeme ſie die Allemannier, welche Gallien mit denen Francken zu theilen Luſt hatten, nach der groſen Niederlage bey Tolbiac oder Zülpich gänzlich unter das Joch brachten, über Bayern bald darauf Ober-Herren wurden, das Thüringer Land mit Gewalt einnahmen, und denen Sachſen, welche ſie hierdurch zu Nachbaren bekamen, einen Tribut auflegeten.

§. VII.

Die überwundenen Allemannier unter dem Joch, und die übrigen Teutſchen Völcker beym Reſpect gegen das Fränckiſche Reich zu erhalten, **wurden die in Teutſchland zurück gebliebene Francken durch eine neue Colonie verſtärcket**/ welche ſeit der Zeit unter dieſem Namen ein beſonderes und mächtiges Teutſches Volck blieben.

§. VIII.

Das Fränckiſche Reich/ welches auf ſolche Weiſe theils aus Teutſchen, theils aus Galliſchen Länderen beſtund, wurde gleich nach dem Tode des Clodovæi unter ſeine Söhne dergeſtalt **getheilet**/ daß der älteſte Namens Theodoricus den vornehmſten und gröſten Theil davon unter dem Titul des Auſtraſiſchen Reichs bekam, zu welchem Germania prima & ſecunda, ſodann Belgica prima & ſecunda und alle Fränckiſche Länder in Teutſchland gezählet wurden.

§. IX.

Dieſe Theilung gab zwar allbereit **die erſte Geſtalt eines beſonderen Teutſchen Reichs**/ weil darunter fünf Teutſche Haupt-Staaten, nemlich die eigentlichen Auſtraſier, oder nachmaligen Lothringer, die beſonders ſo genanten Oſt-Francken, die Thüringer, die Allemannier und die Bayern begriffen waren, **man kan aber den eigentlichen Urſprung des jezigen Teutſchen Reichs darin noch nicht antreffen**/ weil das Auſtraſiſche Reich verſchiedene malen mit denen übrigen Fränckiſchen Länderen

deren wiederum unter einem Könige vereiniget worden.

§. X.

Unter *Caroli M.* **Regierung wurde das von neuem vereinigte Fränckiſche Reich** durch den Beytritt der überwundenen Sachſen **vermehret**, und in Bayern nach der Abſezung des Taſſilonis eine ſolche Regiments-Form eingeführet, welche dieſes Land der Herrſchaft der Fränckiſchen Könige gänzlich unterwarf, die Sclaven und Wenden, welche die übrigen zu Teutſchland gehörigen Länder inne hatten, blieben zwar bey ihrer Freyheit und beſonderen Staats-Verfaſſung, ſie muſten aber den Scepter dieſes mächtigen Königes mit Demuht verehren, und einige ihme einen jährlichen Tribut bezahlen.

§. XI.

Die Päbſte nahmen ihre Zuflucht zu ihm wider die Könige der Longobarden, und **gaben ihme** dadurch **Gelegenheit das Longobardiſche Königreich an ſich zu ziehen**, über die Stadt Rom und den Exarchat die Ober-Herrſchaft zu erwerben **und den Titul eines Römiſchen Kayſers** deswegen **anzunehmen.**

§. XII.

Ludovicus Pius **zerriß das mächtige Fränckiſche Reich durch eine neue Theilung**; und obwol darüber groſe innerliche Kriege entſtunden, ſo kame dieſelbe doch endlich dergeſtalt zur Richtigkeit, daß unter denen Söhnen dieſes Kayſers Carolus Calvus Weſt-Franckreich, Lu-

dovicus alle teutſche Provinzien bis an den Rhein, nebſt denen Städten Speyer, Worms und Maynz, Lotharius die Kayſerliche Würde und Italien nebſt dem Strich Landes zwiſchen dem Rhein auf der einen Seite, und der Rhone, Sone, Maas und Schelde auf der andern Seite empfieng. Weil auch zu gleicher Zeit abgeredet wurde, daß keines von dieſen drey Königreichen von dem anderen dependiren, ſondern jedes vor ſich bleiben, und ſeine eigene völlige Souveraineté haben ſolte, ſo iſt **von dieſer Zeit an Teutſchland als ein beſonderes Reich betrachtet**, und nach dem Abgang der Carolingiſchen Könige von denen Ständen dieſes Reiches mit völligem Recht ein beſonderer König aus einem Teutſchen Fürſtlichen Hauſe erwählet worden.

§. XIII.

Es bleibet aber noch übrig zu unterſuchen **wie der Römiſche Kayſerliche Titul an die Teutſchen Könige gekommen** ſeye, welches ſich auf folgende Weiſe zugetragen. Nach Abgang des Lothariſchen Stammes, welcher dieſen Titul ruhig geführet, zog Carolus Calvus mit des Pabſts Hülfe und Beyſtimmung denſelben an ſich, wiewohl die Nachkommen des Ludovici Germanici dazu nicht ſtille ſaſſen, ſondern vielmehr ihr Recht an Italien und die Kayſerliche Würde mit aller Kraft behaupteten.

§. XIV.

Es vergieng aber ſowol denen Fränckiſchen als Teutſchen Königen die Luſt zum Römiſchen Kayſer Titul, eines Theils, weil ſie **darüber** mit

mit denen Päbſten ſtets **neue Händel** hatten, welche um ihrer Freyheit willen ſolchen Titul lieber einigen kleinen Fürſten zuwenden wolten, welche ſich in Italien zu Königen aufwarffen, als bey einer ſolchen Familie laſſen, die vormals über die Päbſte und über die Stadt Rom ihre Ober-Herrſchaft mit groſem Anſehen geführet hatten; anderen Theils, weil ſie durch innerliche Unruhen, und auswärtige Feinde gehinderet wurden an Italien und Rom zu gedencken.

§. XV.

Als endlich unter der glücklichen Regierung Heinrici Aucupis Teutſchland von auſſen und von innen in Ruhe und Sicherheit war geſezt worden, ſo bekam ſein Sohn und Nachfolger *Otto I.* eine bequeme **Gelegenheit über Italien und Rom eine neue Herrſchaft zu erlangen.** Die Päbſte ſelbſt ruſten ihn wider die Bedrengung des Berengarii, welcher damals in Italien den Meiſter ſpielte, zu Hülffe, und die Princeßin Adelheit boht ihm mit ihrer Heyraht zugleich anſehnliche Landſchaften und ihr Recht zur Italiäniſchen Crone an. Otto lieſe ſich ſowol die Päbſtliche Einladung als das Anerbieten dieſer Princeßin gefallen, und war bey ſeinen Feldzügen in Italien ſo glücklich, daß ſich Berengarius anfangs gegen ihn zur Lehns-Verbindlichkeit verſtehen, und als er bald hernach neue Händel anfienge, die Herrſchaft über Italien ihme einräumen muſte, worauf *Otto* **vom Pabſt** *Johanne XII.* im Jahr 962. **zu Rom zum Kayſer gecrönet** wurde.

§. XVI.

Es erhellet aus vielen Geſchichts-Schreibern ohnſtreitig, daß Otto und ſeine Nachkommen von der Zeit an mit denen Päbſten mehr denn einmal abgeredet, **daß die Römiſche Kayſer-Würde ſtets von denen Fürſten ſolle geführet werden/ welche die Teutſchen zum Könige über ſich erwählen würden;** a) obgleich die von einigen angeführte Pacts-Formuln nicht vor völlig bewährt können ausgegeben werden b). Noch mehr beſtärcket ſolches die von der Zeit an mit beſagter Abrede völlig übereinkommende unverrückte Obſervanz. Denn obwohl nach dem Exempel des Pabſts Gregorii VII. deſſen Nachfolgere ein- und andere mal ſich unterſtanden die Römiſch-Kayſerliche Crone nach Gefallen zu vergeben, ſo haben ſie es doch ſelten wagen dürffen, dieſelbe einem andern, als einem Teutſchen Herren anzubieten. Ja ſelbſt wann ſie mit dieſer Vorſicht ihr Unternehmen auszuführen getrachtet, ſind ſie bemühet geweſen ihre Creatur in Teutſchland vorhero erwählen zu laſſen. Endlich iſt dieſe wohlgegründete lange Gewonheit unter der Regierung Ludovici Bavari auf einem Chur-fürſten-Tag zu Rheinſee und auf dem folgenden Reichs-Tag zu Franckfurt an. 1338. **durch eine offentliche Reichs-Sazung bekräftiget** und darin ausdrücklich feſtgeſtellet worden, daß derjenige, welcher einmühtig oder von denen meiſten „Wahl-Fürſten zum Oberhaupte der Teutſchen „würde erwählet ſeyn, **allein von ſolcher** „**Wahl wegen** im ganzen Reiche vor einen recht-

mäſigen

mäſigen Kayſer ſolle erkant werden c). Dieſer Reichs-Sazung zu folge lies Maximilianus I. als er von denen Venetianern gehinderet wurde nach Rom zu gehen, und daſelbſt ſich crönen zu laſſen, mit des Pabſtes Genehmhaltung öffentlich verkündigen, daß er ohne deſſen Crönung zu erwarten den Titul eines Römiſchen Kayſers hinfort zu führen gedächte d). *Carolus V.* bediente ſich dieſes Tituls ebenfals ſchon vor ſolcher Crönung, und **von deſſen Zeiten an haben es die Kayſer vor überflüſig erachtet / die Kayſerliche Crone ſich in Rom auffſezen zu laſſen.**

a) Spener J. P. Lib. II. c. 1. §. 7. not. f. Struv. P. H. G. Diſſ. 12. §. 24.

b) Ibid. Lib. 1. c. 5. §. 3. not. Hahns Reichs-Hiſt. II. Th. p. 76. u. f.

c) Dieſe Reichs-Sazung iſt zu finden unter andern in Leibnit. Cod. Diplom. P. I. p. 148.

d) Struv. Synt. J. P. c. 8. §. 10.

§. XVII.

Um beſagter Urſachen willen iſt das Teutſche Reich von Maximiliano I. an faſt in allen Reichs-Urkunden **das Römiſche Reich Teutſcher Nation** genennet worden.

Spener Lib. III. c. 6. §. 1. not. c. und die daſelbſt angeführten Authores.

§. XVIII.

Der Titul **Heilig**/ welcher nach dem Reichs-Stylo unſerem Reiche beygelegt, und auch von auswärtigen Potentaten nicht verweigeret wird a), iſt zwar erſt von Friderici I. Regierung an in dem Canzeley-Stylo zum beſtändigen Gebrauch

gekom-

gekommen, aber ſchon zu denen Carolingiſchen Zeiten nicht unbekant geweſen b). Unter denen angegebenen Urſprüngen dieſes Tituls finde ich dieſen am wahrſcheinlichſten, daß der Kayſer als das weltliche Haupt der Chriſtenheit c) und als ein beſonderer vom Apoſtel Petro durch ſeinen Statthalter ſelbſt verordneter Beſchüzer der heiligen Kirche angeſehen worden, welchem um deswillen auch die heiligen Züge oder Creuz-Züge beſonders auflagen. Dieſes Vorgebens konten ſich nun zwar die Kayſer nicht ohne Nuzen wider den Pabſt bedienen und behaupten, daß wie er das geiſtliche Haupt der Chriſtenheit, alſo ſie das weltliche Haupt derſelben, folglich ihme nicht ungleich wären; um welches willen vielleicht Fridericus I. welcher die Kayſerlichen Rechte wider den Stuhl zu Rom heftig vertheidiget, den Titul der Heiligkeit ſich und ſeinem Reiche offentlich beyzulegen vor rahtſam erachtet. Es haben aber die Päbſte daraus, daß das Römiſche Reich Teutſcher Nation heilig und Chriſtlich genennet worden, ingleichem aus der beſonderen Obliegenheit der Kayſer die heilige Kirche, oder den Römiſchen Stuhl zu beſchüzen, welche nach ihrer Redens-Art einerley bedeuten, nicht geringen Nuzen gezogen. Denn bald haben ſie vorgegeben, daß ihnen Chriſtus der König aller Könige in der Perſon Petri die Rechte des irrdiſchen ſowol als des himmliſchen Reichs aufgetragen habe, und deswegen die Vicariats-Gerechtigkeit im Reiche ihnen zugeſchrieben d); Bald haben ſie aus gleichem Grunde dem Kayſer vorſchreiben

wollen

wollen, wie er ſein Schuz-Amte über die Kirche verrichten ſolle, ja wohl gar ihn abſezen, wann er daſſelbe nicht nach ihrem Sinn geführet.

a) Spener d. l. not. e.
b) Hahns Reichs-Hiſt. P. III. c. 6. §. 2. not. bb.
c) A. B. Cap. 2. §. 3. 4. conf. Furſten. de Suprem. P. G. cap. 31. & 32.
d) Spener Lib. II. c. 3. §. 10. not. b.

II. Capitel.

Von des Heil. Römiſchen Reichs Teutſcher Nation Haupt-Territorio.

§. I.

Unter denen zum Römiſchen Reiche gehörigen Ländern ſind einige als deſſen **Haupt-** andere als deſſen **Neben-** *Territorium* anzuſehen a). Jenes begreift in ſich die Länder, welche mit dem Teutſchen Reiche zu einer gemeinſamen Regierung vereiniget ſind, und demjenigen, welcher ſie beſizet, das Teutſche Staats-Burger-Recht (Jus Civitatis Germanicæ) geben, das iſt, ein Recht zu denen Reichs-Sachen mit zu rahten und zu ſchlieſen. Dieſes hält in ſich die Länder, welche mit dem Reiche zu einer gemeinſamen Regierung nicht vereiniget, ſondern demſelben alleine mit Lehenbarkeit oder anderen Pflichten der Treue verwant und verbunden ſind.

a) Dieſe Eintheilung / welcher ſich der Herr von Cocceji zu erſt bedienet J. P. P. c. 2. §. 1. 2. hat weitläuftig ausgeführet Spener d. Lib. III. c. 1. welcher über dieſes ganze Capitel nachzuleſen iſt.

§. II.

§. II.

Das **Haupt**-*Territorium* des Reichs kan ferner eingetheilet werden in **das alte und neue.** Jenes beſtehet aus denen Ländern, welche unter Ottonis I. Regierung, da beſagte Eintheilung ihren Urſprung hernimmet, das Haupt-Territorium des Teutſchen Reichs ausgemachet, namentlich die Länder, welche damals von denen Teutſchen Haupt-Völckeren, denen Francken, Sachſen, Bayern und Schwaben beſeſſen worden. Unter denen Sachſen begreiffe ich hiermit die Thüringer, und unter denen Francken die alten Lothringer, wie aus dem folgenden erhellen wird. Dieſes hält in ſich die Länder, welche nachhero in des Reichs Cörper und Regierungs-Rechte mit aufgenommen worden, namentlich die Sclaviſchen und Burgundiſchen Staaten.

§. III.

Die Francken haben zur Aufrichtung des Teutſchen Reichs den Grund gelegt/ und daſſelbe nebſt denen von ihnen nach und nach überwundenen Teutſchen Völckern formiret. Zu der Zeit des **Auſtraſiſchen Reiches**/ welches als ein Vorſpiel des Teutſchen zu betrachten iſt, hatte man als Auſtraſier oder Oſt-Francken anzuſehen, theils die Völcker in Germania Cis-Rhenana und Belgica Prima, welche mit denen nach Franckreich übergegangen alten Francken angefüllet waren, theils den Reſt dieſer Francken, welcher in Teutſchland zurück blieb, und unter Clodovæo M. zu Befeſtigung der Fränckiſchen Herrſchaft über die Allemannier, mit einer neuen Co-

lonie

lonie verſtärcket wurden. Der Siz dieſes Reichs war in dieſen Fränckiſchen Ländern, und Carolus M. ſelbſt, ungeachtet er die ganze Fränckiſche Monarchie unzertheilet beſaſſe, hielte ſich dennoch an dieſen Orten am meiſten auf, und reſidirete die lezte Zeit ſeiner Regierung faſt beſtändig zu Aachen.

§. IV.

Die beſagten **Oſt-Fränckiſchen Länder jenſeit des Rheins** wurden in dem Theilungs-Tractat der drey hinterlaſſenen Söhne des Ludovici Pii dem Lothario zugeſchlagen, und nach ihme oder vielmehr nach deſſen Sohne gleiches Namens **Lothringen** genant. Ob nun wohl nach Abgang des Lothariſchen Stammes dieſe Länder, ungeachtet aller darwider eingewanten Liſt und Gewalt der Franzöſiſchen Könige, wiederum zu Teutſchland gekommen, ſo ſind doch dieſelben in denen folgenden Zeiten ſehr zerriſſen, und dem Reiche meiſt entzogen worden.

vid. Infra §. 12. ſeqq.

§. V.

Der andere Theil der **Oſt-Fränckiſchen Länder/ zwiſchen denen Sachſen/ Thüringern und Allemanniern gelegen/** welcher dieſen Namen noch jezund führet, war gleichfals denen Teutſchen Königen unmittelbar unterworfſen, ſo lange das Carolingiſche Geſchlecht regierte. Aber nach dem Tode Conradi I. entſtunden darin beſondere Herzoge, welche nebſt denen Biſchöffen und Grafen dieſes Landes ein Tafel-Guth der Kayſer nach dem anderen an ſich zogen, bis nach Abſterben des lezten Herzogs Conradini die-

ſes

ſes Land noch mehr zerriſſen, und die Anzahl der freyen Reichs-Städte und des unmittelbaren Adels darin vermehret wurde. In dieſen beyden Oſt-Fränckiſchen Länderen ſind durch die Freygebigkeit derer Kayſer denen Pfalz-Grafen am Rhein, als denen oberſten Hof- und Reichs-Bedienten, viele Reichs-Güter zugewant, und daraus ſowol, als aus denen Gütern, welche dieſe durch Kauf, Heyrath, Erbſchaft und andere Weiſe an ſich gebracht, die heutigen Pfältziſche Länder nach und nach formiret worden.

§. VI.

Die **Allemannier oder Schwaben**/ unter welchem Namen in denen mittlern Zeiten diejenigen Völcker ohne Unterſcheid verſtanden werden, welche die Länder zwiſchen dem Necker, der Donau und dem Rhein beſaſſen, und durch einen Theil der Schweiz bis an die Alpen ſich erſtrecket, hatten einen gemeinſamen Herzog, bis unter der Regierung des Fränckiſchen Königs Clodovæi M. welcher in der Schlacht bey Tolbiac ihren Herzog Alarium erſchlug und dieſes überwundene Volck ſich dergeſtalt unterwürfig machete, daß ſie als zur Königlichen Cammer gehörige Unterthanen gehalten, und durch Königliche Bediente regieret wurden. Unter Conrado I. aber bekamen ſie wiederum beſondere Herzoge, welche das Land in ihrem eigenen Namen mit nicht geringerer Freyheit, als die übrigen Herzoge regiereten; Als der leztere Namens Conradinus zur Zeit des langen Interregni ohne Erben abgienge, wurden die Länder; ſo er in Schwaben beſaſſe, theils

theils von denen ſchon darin erwachſenen Reichs-Ständen verſchlucket, theils von denen Städten und Edelleuten zergliedert, welche ſich bey dem damaligen verwirreten Zuſtande des Reichs eigenmächtig in Freyheit ſezten.

§. VII.

Die Bayern begriffen vormals unter ſich alle zwiſchen denen Alpen und der Donau vom Lech bis gegen Ungarn liegende Länder, nachdem die andere Völcker, ſo das bekante Illyricum und Noricum bewohneten, beym Verfall des Römiſchen Reichs im Occident ſich gröſten Theils nach Italien begeben, und daſelbſt anfangs das Gothiſche und nachgehends das Longobardiſche Reich zu ſtiften geholffen hatten. Sie waren mit eigenen Königen verſehen, als Clodovæus M. nach dem Sieg über die Allemannier die Bayern durch das Schrecken vor ſeinen Waffen dahin brachte, daß ſie zur Treue gegen ihm ſich verpflichteten, doch mit dem Bedinge, daß ſie ein beſonderer Staat bleiben, und aus dem Agitolfingiſchen Stamm einen Herzog ſich zu erwählen die Freyheit haben ſolten. Bey dieſer Regierung blieben ſie bis auf die Zeiten Caroli M. da Taſſilo wegen der Verrähterey gegen das Fränckiſche Reich von ſeinen eigenen Land-Ständen vor dem Kayſer angeklaget und abgeſezet wurde; dann dieſer theilete hierauf die Regierung dieſer mächtigen Provinz unter verſchiedene Grafen, damit man ſich derſelben deſto beſſer verſicheren könte.

§. VIII.

Gegen die Zeit des Abgangs der Carolingiſchen

giſchen Könige in Teutſchland bekamen die Bayern wiederum ihre Hertzoge, deren Macht ſehr gros war, bis die Achts-Erklärung Henrici Superbi und ſeines Sohnes Gelegenheit gab, daß nicht allein Oeſterreich, ſo vorher zu Bayern gehörete, davon abgeriſſen, ſondern das Hertzogthum Bayern ſelbſt, durch die Vermehrung der Rechte einiger Biſchöffe und Grafen und durch die Execution der Stadt Regenſpurg, geſchwächet wurde.

§. IX.

Die Sachſen hatten ihren Siz anfänglich in dem jezigen Holſtein an denen Küſten der Nord-See; Sie breiteten ſich aber immer weiter in Teutſchland aus, und nahmen daſelbſt den gröſten Theil der Länder ein, welche die alten Francken, und nach ihnen die Thüringer beſaſſen. Sie hatten oftmals mit denen Fränckiſchen Königen Kriege geführet, und denenſelben einen Tribut bezahlen müſſen, aber allezeit die Freyheit ihres Staats erhalten: Endlich wurden ſie von Carolo M. theils durch einen langen Krieg, theils durch Glimpf und Gewinnung ihrer vornehmſten Häupter dahin gebracht, daß ſie dieſen Kayſer „vor ihre Ober-Herrſchaft erkanten, doch mit der „ausdrücklichen Bedingung, daß ſie bey ihren „beſonderen Geſezen bleiben, mit denen Francken „hinfort ein Volck ausmachen und mit ihnen gleiche Rechte in der Haupt-Regierung des Reichs „genieſen ſolten. Sachſen wurde damals von verſchiedenen Fürſten regieret, die mit einander einen verbundenen Staat formireten. Nach der

Zeit

Zeit entſtunden Herzoge in dieſem Lande, unter welchen Heinricus Superbus ſo mächtig ward, daß nicht allein die geringern Sächſiſchen Stände, ſondern der Kayſer ſelbſt und ſeine höheren Mit-Stände ſich vor ihme fürchteten, welches ſeinen und ſeines Sohnes Henrici Leonis Fall beförder-te und zu vielfältiger Zergliederung dieſes mäch-tigen Herzogthums Gelegenheit gabe.

§. X.

Zu denen **Sclaviſchen Staaten** werden diejenigen Länder gerechnet, welche ehemals von denen Teutſchen Völckern ſchier verlaſſen, und darauf von denen Sclaven und Wenden, einer aus Sarmatien gekommenen Nation, eingenom-men worden. Dahin gehören Böhmen, Mäh-ren, Schleſien, Meiſſen, die Laußniz, die Marck Brandenburg, Pommern und Mecklenburg. Al-le dieſe Länder ſind nicht auf einmal, ſondern nach und nach in den Cörper des Teutſchen Reichs aufgenommen worden; Einige da ſie Teutſchen Fürſten zugefallen waren, welche auf denen Reichs-Tägen zu erſcheinen das Recht hatten, welches bey der Marckgrafſchaft Brandenburg und Meiſ-ſen ſich zugetragen; andere, weil ihren Sclavi-ſchen Fürſten Stimme und Siz auf dem Reichs-Tage ausdrücklich zugeſtanden worden, welches bey Pommern und Mecklenburg ſtatt hat.

vid. Cocceji J. P. P. c. 3. Sect. 4. Spener 3. B. 1. Cap. §. 5. not. c.

§. XI.

Böhmen / worzu nachmals Mähren, Schleſien und die Laußniz gekommen, iſt zwar

D 2 ſchon

ſchon unter denen Carolingiſchen Kayſern und Königen mit dem Reiche verknüpffet worden, hat aber in ſeiner Reichs-Standſchaft ſehr gewancket, von der Zeit an da es von Königen regieret worden, welche es vor nachtheilig gehalten ihre Souveraineté auf ſolche Weiſe einſchräncken zu laſſen, wie es die Bundes-Verfaſſung des Reichs ſeiner Natur nach von einem Reichs-Stande erforderet; Weil es denen Kayſern leichte war, ihre Oberhauptlichen Vorrechte in der Reichs-Regierung zu mißbrauchen, ſo lange der Reichs-Stände Landes-Hoheit noch nicht feſte genug bewahret, und die Kayſerliche Gewalt in ihre jezige Schrancken eingeſchloſſen war. Nachdem aber nunmehro die höchſte Gewalt der Reichs-Stände in ihren Ländern durch ausdrückliche Reichs-Verträge ausgemachet worden a), hat beſagte Crone ferner kein Bedencken getragen, ein wahres Glied des Reichs zu werden, ſondern vielmehr es vor höchſt nüzlich und ſeiner Königlichen Würde ungefährlich gehalten, auf dem Reichs-Tag in dem Churfürſtlichen Collegio Plaz zu nehmen, und ſich zu allen denen Pflichten und Beſchwerden zu verbinden, welche denen, ſo unter einem gemeinſamen Ober-Haupte zu einem Cörper ſich verbunden haben, weſentlich obliegen.

a) S. unten IV. B. I. Cap.

§. XII.

Es iſt unſtreitig, daß **der alte Lotharingiſche Staat** durch Henrici I. Aucupis Tractaten mit Carolo Simplice von Franckreich an das Reich gekommen, und daß die Lotharingiſchen Stän-

Stände unter ihren Herzogen auf denen Reichs-Tägen erſchienen a). Es iſt aber von denen unter dieſen Staat vormals gehörigen Länderen dem Reiche wenig übrig geblieben. Denn obwohl Maximilianus I. die Niederlande, ſo guten Theils unter dem alten Lotharingiſchen Staat begriffen waren, zu dem Burgundiſchen Creyſe geſchlagen, und Carolus V. durch einen beſonderen Vergleich dieſelbe in eine neue Verbindung mit dem Reiche gebracht b): So iſt doch dieſer Vergleich unerfüllet geblieben; weil die Niederländiſchen Stände zu dem doppelten Churfürſten-Anſchlag, worzu ſich beſagter Kayſer verbunden, nichts beytragen wollen, und das Reich mehr Beſchwerlichkeit als Nuzen von dieſem Vorſchlag zu erwarten hatte c).

a) Coccej. d. l. c. V. Sect. 2. §. 22.
b) Pfeffing. Vitriar. Illuſtr. Lib. II. c. 4. §. 3. not. b. Conring. de Fin. Imp. c. 28.
c) Monzamb. c. 2. §. 2.

§. XIII.

Dieſes iſt gewis, daß die Verknüpffung der **ſieben vereinigten Provinzien** mit dem Reiche aufgehöret, ſeit deme dieſelben durch den Münſteriſchen Frieden von der Crone Spanien vor eine freye Republick erkläret worden; weil nicht nur der Kayſer Ferdinandus III. dieſen Articul durch ein darüber ausgeſtelltes Schreiben gut geheiſſen und bekräftiget a), ſondern auch das Reich durch ſein Stillſchweigen darein gewilliget.

a) Conring. d. l. §. 46.

§. XIV.

Was **das heutige Lotharingen** betrift, ſo

ſo iſt zwar daſſelbe bis auf einige kleine Lehen, über welche noch jezund der Herzog vom Kayſer die Belehnung zu empfangen hat, von des Reichs Juriſdiction eximiret a). Es ſtehet aber dieſes Herzogthum unter des Reichs Schirm, hat wegen beſagter Lehen ſeine Stimme und Siz auf dem Reichs-Tag b), iſt zu zwey Dritteln eines Churfürſten Anſchlags, ingleichem zur Beobachtung des Land-Friedens und zur Leiſtung eines ſicheren Geleits dem Kayſer und dem Reiche verbunden, auch derſelben Juriſdiction in benanten Stücken unterworffen c), um dieſer Urſachen willen führet der Herzog von Lothringen mit Recht den Titul eines Reichs-Standes.

a) Durch einen beſonderen Tractat / welchen der Herzog Antonius ao. 1542. zu Nürnberg mit dem Kayſer Ferdinando I. aufgerichtet und Carolus V. bekräftiget. Conring. d. l. c. 27. §. 18. ſeqq.

b) Pfeffing. d. l. Lib. I. tit. 16. p. 80.

c) vid. d. Tract. apud Conring. d. l.

§. XV.

Die in dem Herzogthum Lotharingen liegende Biſchofthümer, Mez, Tull und Verdun, hat das Reich durch den Weſtphäliſchen Frieden der Cron Franckreich mit völliger Exemtion abgetretten. I. P. M. §. 70.

§. XVI.

Das neue Burgundiſche oder Arelatiſche Königreich wurde von Ottone M. unter des Reichs Clientel gebracht und von Conrado II. mit dem Reiche völlig verknüpffet. Es ſuchten zwar die Stände dieſes Königreiches bey denen Unruhen, die unter Henrici IV. und V. Regierung

Teutſch-

Teutſchland zerrütteten, von dem Reiche ſich wiederum abzureiſſen: Aber Friederich der I. behauptete des Reichs Rechte darin von neuem mit groſſem Nachdruck, und beſtellete einen beſonderen Ertz⸗Cantzler des Reichs im Königreich Arelat, welchen Titul die Churfürſten von Trier noch jezund führen. Ob es nun wohl ſcheinet, daß dieſe Länder mehr zu des Reichs Neben⸗ als Haupt⸗Territorio zu rechnen ſind, weil dieſes Königreich niemals mit Teutſchland einen Cörper ausgemacht, die Kayſer auch ſich deswegen beſonders crönen laſſen, und die darin befindlichen Grafen und nachmaligen Hertzoge auf denen Reichs⸗Tagen in Teutſchland nicht erſchienen; So ſind doch einige von dieſen Ständen nach der Zeit beſondere Reichs⸗Vaſallen geworden, und theils noch unter denen Reichs⸗Ständen mit begriffen, theils vom Reiche beſonders eximirt worden.

Conf. Coccej. d. l. c. 5. Sect. 2. §. 23. ſeqq. Struv. Synt. J. P. Diſſ. 4. ſ. 2-8.

§. XVII.

Unter denen Ländern, welche beſonders mit dem Reiche verknüpffet worden, gehöret unſtreitig **das Hertzogthum Savoyen** / deſſen Hertzog nach heute Siz und Stimm auf dem Reichs⸗Tage hat. Er empfängt aber die Lehen darüber am Kayſerlichen Hofe nicht nach der Art derer Teutſchen Fürſten vor dem Kayſerlichen Thron, ſondern nach der Art der Italiäniſchen Reichs⸗Vaſallen bey der Reichs⸗Cantzley, allwo ihme zugleich über das Fürſtenthum Piemont und andere vom Reiche zu Lehen rührende Länder ein gemeinſamer Lehen⸗Brief ausgeſtellet wird. Es

iſt ſonſt dieſer Herzog in Proceß-Sachen denen Reichs Gerichten nicht unterworffen geweſen, aber mehr dann einmal wegen der ihme vorgeworffenen Felonie vom Kayſer mit der Reichs-Acht bedrohet worden.

§. XVIII.

Hoch-Burgund oder die *Franche Comté*, welche dem Burgundiſchen Creyß den Nahmen gegeben, iſt von der Zeit an, da Carolus V. durch beſagten Vergleich a) daſſelbe dem Reiche einverleibet, als ein Reichs-Land betrachtet b) und deswegen von der Cron Spanien, welcher es unter Philippo I. zugefallen, das Burgundiſche Votum auf dem Reichs-Tag vornemlich geführet worden. Nachdem aber Franckreich ſich dieſes Landes bemächtiget, und Spanien ſeines Rechts daran durch den Niemägiſchen Frieden ſich begeben: So hat das Reich von ſeinem Anſpruch an dieſes Land lieber heimlich abſtehen, als daſſelbe bey ſeinem Cörper behalten, und Franckreich dadurch einen Zutritt zu denen Reichs-Sachen verſtatten wollen. Weil hingegen das Burgundiſche Votum des ganzen Burgundiſchen Creyſes wegen ſeit deſſen Aufrichtung geführet worden, und das Haus Oeſterreich die dahin gehörigen Niederlande durch den Utrechtiſchen und Baadiſchen Frieden bekommen; So wird dieſer Burgundiſchen Creyß-Länder wegen das Burgundiſche Votum von dem Hauſe Oeſterreich auf dem Reichs-Tage jezund geführet.

a) vid. h. §. 12.

b) vid. Inſtrum. P. M. §. 3. Circulus Burgundicis ſit, maneatque Membrum Imperii.

§. XIX.

Die Grafſchaft Mümpelgard / ſo auch ein altes Stück des Burgundiſchen Creyſes geweſen a), gehöret noch würcklich zu dem Reiche und deſſen Haupt-Territorio, iſt aber in keinem Reichs-Creyß begriffen b).

a) Struv. d. l. Diſſ. 4. §. 9. Teutſcher R. Staat P. V. Sect. 2 c. 10. §. 2.

b) R. Staat Lib. 1. c. 3. §. 7.

§. XX.

Die Land-Grafſchaft Elſaß / welche theils zum alten Herzogthum Lothringen, theils zum Burgundiſchen Königreich gehöret, und ein unſtreitiges Stück des Reichs-Haupt-Territorii geweſen, iſt durch den Weſtphäliſchen Frieden an Franckreich abgetretten, und zugleich von dem Reiche völlig eximiret worden. Der folgende Krieg gab dieſer Crone Gelegenheit auch die Elſaßiſchen Reichs-Städte und Ritterſchaft, denen man ihre Reichs-Unmittelbarkeit vorbehalten hatte, unter ſeine Gewalt zu bringen. Weil nun dieſelben von der Zeit an darin geblieben, und durch den Ryßwickiſchen Frieden die Stadt Straßburg denen Franzoſen ausdrücklich überlaſſen worden b), ſo hat ſonder Zweifel das Reich an ganz Elſaß ſein Recht heimlich aufgegeben. Der Biſchof von Straßburg iſt noch bey dem Reiche geblieben, und hat vor kurzer Zeit auf dem Reichs-Tage ſeinen Siz von neuem eingenommen.

a) I. P. M. §. 73. ſeqq.

b) att. 16.

§. XXI.

Die Schweiz / welche gröſten Theils ein Stück des Burgundiſchen Königreichs geweſen, hat unſtreitig noch lange Zeit unter des Heiligen Römiſchen Reichs Schuz und Ober-Herrſchaft geſtanden, und ſolches Schuzes wider die Oeſterreichiſchen Erz-Herzoge ſich nüzlich bedienet. Als aber die Schweizer durch ihre Kriege mit dieſen Herren, durch ihre Bündniſſe untereinander und durch ihre Allianz mit Franckreich immer mächtiger geworden, haben ſie nach und nach vom Reiche ſich losgeriſſen, und endlich bey Gelegenheit der von denen Baslern auf dem Weſtphäliſchen Friedens-Congreß angebrachten Klagen, daß ſie wider ihre hergebrachte Befreyung von denen Reichs-Gerichten, mit vielen Ladungen vor das Kayſerliche Reichs-Cammer-Gericht beſchweret würden, alleſamt eine ausdrückliche und völlige Exemtion vom Reiche erhalten.

I. P. Oſn. art. VI. I. P. M §. 61. Conf. Conring. d. l. c. 25.

§. XXII.

Es ſcheinet zwar als hätte man **Preuſſen** zu dem neuen Reichs-Haupt-Territorio vormals gerechnet, weil dieſes Land von denen Teutſchen Rittern eingenommen worden, und der Kayſer Friederich II. bey der Bekräftigung ihrer Abrede mit dem H. von Maſurien, der ſie wider die Preuſſen zu Hülffe rief, von ihnen begehret, daß ſie das Eroberte als Reichs-Vaſallen beſizen ſolten a). Es

a). Es haben aber dieſe Ritter ſolcher Verbindlichkeit ſich wenig erinneret, ſo lange ihnen das Glücke günſtig geweſen, und dahero beym Reiche ebenfals wenig Gehör gefunden, als ſie deſſen Beyſtand wider die Cron Pohlen geſuchet. Auf dem Reichs-Tage zu Augſpurg an. 1500. wurde zwar beſchloſſen den König in Pohlen zu erſuchen, **den Orden bey dem Heiligen Reich unbedrängt zu laſſen / weil er allein auf Teutſche Nation geſtiftet / auch niemand anders denn dem Heiligen Reich zugehörig wäre.** Als man aber dieſen Rittern würckliche Hülffe leiſten ſolte, und ſie zu der Zeit gerne ein Mit-Glied des Reichs wegen der Preußiſchen Länder hätten ſeyn wollen, ſo wurde auf dem Reichs-Tage zu Cölln an. 1512. geſaget, man ſolte die Berahtſchlagung über die verlangte Hülffe auf die nächſte Reichs-Verſammlung verſchieben, **weil noch nicht wiſſend wäre / ob der Hochmeiſter ſich als ein Glied zum Reiche thun wolle oder nicht** c)."

a) Sub fide & Clientela Imperii Germanici, vid. Pfeffing. d. l. Lib. I. tit. 21. §. 3. not. f.

b) R. I. Auguſt. an. 1500. tit. 41. & 42.

c) R. I. Colon. de an. 1512. §. 26.

§. XXIII.

Da nun ſeit der Zeit weder die Cron Pohlen, noch das Marg-Gräfliche Haus Brandenburg von Reichs wegen in dem Beſiz ſeines ihme zugefallenen Antheils beunruhiget worden, vielmehr der Kayſerliche Hof ſelbſt bey denen Velauiſchen

lauiſchen Tractaten durch ſeinen Abgeſanten den Baron von Liſola ſich bey der Republick Pohlen bearbeitet, daß ſie dem Hauſe Brandenburg die Souveraineté über das Herzogthum Preuſſen zugeſtanden, das Reich auch darwider nichts eingewant, ſondern ſtatt deſſen der Kayſer ſowol als das Reich zugelaſſen und beygeſtimmet, daß dieſes Herzogthum in ein Königreich verwandelt worden; So iſt daraus genugſam abzunehmen, daß das Reich allen Anſpruch an Preuſſen habe fahren laſſen.

Schurtzfleiſch Diſſ. de Rebus Pruſſorum §. 8. in not.

§. XXIV.

Der Teutſche Orden hat zwar ſeine Anſprüche an die Preußiſche Länder ſich bishero vorbehalten und erlanget, daß in dem Project der beſtändigen Wahl-Capitulation art. X. durch eine „beſondere Clauſul demſelben ſeine Rechte, jedoch „dem Weſtphäliſchen Friedens-Schluß unabbrüchig und einem jeden an ſeinen Rechten ohne Præjudiz, bewahret würden. Weil aber Chur-Brandenburg dieſer Clauſul widerſprochen, ſo iſt in der jüngſten Capitulation des Teutſchen Ordens nicht gedacht worden. Doch hat anderer Seits der Preußiſche Hof von dem Kayſer, bey dem er um die Abſchaffung dieſer Clauſul angehalten, nur dieſe generale Antwort bekommen; **„daß er dem Reichs-Herkommen gemäs „des gebräuchlichen Gutachtens über das „völlige Capitulations-Geſchäfte erwarten/ und alsdann verrichten wolle/ was „ſein Kayſerliches Amt und deſſelben alte „und**

und neue allgemeine verbindliche Sazun-" gen erforderen a). Indeſſen hat der König in Preuſſen ſich angelegen ſeyn laſſen, durch ſeinen Abgeſanten zu Regenſpurg dem Evangeliſchen Corpore vorzuſtellen, wie viel dem Evangeliſchen Weſen an der Abſtellung dieſer ihme nachtheiligen Clauſul gelegen ſeye b).

a) Staats-Canzley Tom. 24. c. 6.
b) Ibidem.

III. Capitel.

Von des Heil. Römiſchen Reichs Neben-Territorio.

§. I.

Zu des Heiligen Römiſchen Reichs Neben-Territorio iſt zu rechnen, **was das Longobardiſche Königreich in Italien ehemals begriffen**/ ingleichem **die Stadt Rom und der Kirchen-Staat**/ ſo weit derſelbe aus denen Schenckungen derer Kayſer oder aus einigen Stücken dieſes Königreiches, welche die Päbſte auf andere Weiſe an ſich gebracht, formiret worden.

§. II.

Daß Carolus M. das Longobardiſche Königreich eingenommen, und daſſelbe bey ſeinem Geſchlechte bis nach Abgang der bekanten Lothariſchen Linie geblieben/ nach der Zeit aber um dieſes Italiäniſche Königreich von vielen geſtritten, und endlich von Ottone I. die Herrſchaft darüber ihme und ſeinen Nachfolgern des Teutſchen Trones

nes erworben worden, iſt eine aus denen Geſchich-ten bekante und unſtreitige Sache.

Siehe über dieſen und folgenden §. Schurtzfleiſch Diſſ. de Jure Auguſti in Italiam, it. Conring. de Finib. Imp. Spener II. Buch 1. Cap.

§. III.

Gleichwie aber ſchon unter denen Longobar-diſchen Königen faſt ſo viele Herzoge, Marck-Grafen und Grafen, als anſehnliche Städte wa-ren, welche in ihren Ländern ſo regiereten, daß ſie des Königes Ober-Herrſchaft erkanten, dem-ſelben mit Lehens-Pflicht verbunden waren, und einen Theil ihrer Einkünfte zu des Königes Hof-Staat und der gemeinen Landes-Regierung her-geben muſten: Alſo iſt leicht zu begreiffen, wie dieſe kleine Herren, deren Zuſtand der Kayſer Carl G. nicht veränderte, bey denen Unruhen, ſo nach dem Abgang des Lothariſchen Stammes in Ita-lien entſtanden, daſelbſt an Anzahl und Macht zugenommen, und Otto I. (die Güter ungerech-net, welche er durch Heyrahtung der Prinzeßin Adelheit an ſich gebracht) wenig gewiſſe Einkünf-te aus Italien gezogen. Es würde auch denen Italiänern die Ober-Herrſchaft derer Teutſchen Könige nicht beſchwerlich geweſen ſeyn, wenn ſie hätten untereinander in Ruhe leben, oder des Auf-ſtandes wider ihre einmal erkante Ober-Herren ſich enthalten können. Da ſie aber bald durch des Pabſtes Veranlaſſung, bald aus Verdruß und Eckel vor einer fremden Herrſchaft ſich verleiten lieſſen wider die Kayſer aufzuſtehen; ſo muſten dieſe nohtwendig wider ſie zu Felde ziehen und nicht

nicht allein die Aufrührer hart züchtigen, ſondern auch die Unſchuldigen durch ſolche Kriegs-Züge beſchweren, weil die Italiäniſchen Vaſallen dem Kayſer ſodann mit Volck und Geld beyzuſpringen verbunden waren.

§. IV.

Das Unheil wurde in Italien noch gröſſer, als die Päbſte die Ober-Herrſchaft der Kayſer über die Stadt Rom und den Kirchen-Staat gänzlich aufzuheben, offentlich unternahmen; denn die Italiäniſche Stände theilten ſich in zwey Partheyen, davon die eine unter dem Namen der **Gwelffen** vor den Pabſt ſich erklärete, und die andere unter dem Namen **Gibellinen** dem Kayſer anhängig blieb.

§. V.

Nun triumphirete zwar Fridericus I. über die Gwelffen und legte gleichſam einen neuen Grund zu des Reichs Herrſchaft über Italien bey der in dem Roncaliſchen Gefilde angeſtellten offentlichen Verſamlung der Italiäniſchen Stände, maſen er daſelbſt des Reichs Rechte genau unterſuchen, und die Einkünfte deſſelben aus dieſen Länderen auf einen ſicheren Fuß ſtellen lies a). Aber zu geſchweigen, daß er ſelbſt hierüber in ſchwere Kriege geriet: So hatte nicht ſo bald ein früher Tod dieſen mächtigen und glorwürdigen Kayſer zum Unglück des Reichs weggeraffet, als die Päbſte, welche nebſt ihrem Anhang unter dieſes Kayſers Regierung gezittert hatten, ſich angelegen ſeyn lieſſen, deſſen Nachfolger im Reiche

che in innerliche Unruhen zu verwicklen, und dabey ihres Orts im Trüben zu fiſchen.

a) Conring. d. l. c. 9.

§. VI.

Es gelung ihnen auch dieſes Unternehmen ſo wohl, daß ſie nicht nur den Kayſer Friederich den II. durch beſtändige bald in Teutſchland, bald in Italien erregte Unruhen abmatteten, ſondern ihn ſelbſt und ſein ganzes Geſchlechte in kurzer Zeit ausrotteten. Deſſen Abgang ſowol, als die darauf erfolgte lange Erledigung des Kayſerlichen Trones, denen Italiäniſchen Reichs-Vaſallen herrliche Gelegenheit gabe, ſich von aller Abhängigkeit vom Reiche faſt gänzlich frey zu machen.

Spener Lib. II. c. 1. §. 11.

§. VII.

Nach dem Interregno lieſſen einige Kayſer nicht nur die Italiäniſchen Reichs-Vaſallen in ruhigem Beſiz ihrer angemaßten Freyheit, ſondern verkauften ihnen wohl gar verſchiedene Kayſerliche Rechte, weil ſie durch das Unglück ihrer Vorfahren am Reiche abgeſchrecket, lieber dieſen unanſtändigen Vortheil aus Italien ziehen, als mit gewafneter Hand des Reichs Rechte daſelbſt wieder herzuſtellen, verſuchen wolten. Andere Kayſer lieſſen zwar die Wiederherſtellung der Reichs-Rechte in Italien mit rühmlicher Mühe ihnen angelegen ſeyn, richteten aber daſelbſt wenig aus, weil ſie vom Reiche nicht unterſtüzet wurden, welches nunmehro die Feldzüge nach Italien als eine Sache anſahe, welche dienlicher

wäre

wäre der Kayſer als des Reiches Nuzen zu beförderen.
id. d. l.

§. VIII.

Auf dieſe Weiſe haben ſich zwar die Italiäniſchen Staaten nach und nach in ſolche Freyheit geſezet, daß in ihren Länderen der Kayſer und das Reiche wenige oder gar keine beſondere Rechte übrig behalten; Sie ſind aber dennoch dem Kayſer und dem Reiche zur Treue und zum Beyſtand verbunden geblieben, und darzu jedesmahl angehalten worden, wann der Kayſer in Italien Krieg geführet; wovon noch genugſame Proben unter der jüngſten Regierung des Kayſers Joſephi vorhanden ſind a); zu geſchweigen, daß die Kayſer in denen Streitigkeiten der Italiäniſchen Staaten ſich oftmals als Richter aufgeführet b) und wegen der Italiäniſchen Lehen in der Kayſerlichen Capitulation c) viel enthalten iſt.

a) Staats⸗Canzley Tom. XIII. p. 570.
b) vid. Pfeffing. Lib. II. tit. 5. p. 1025. ſeqq.
c) Art. X.

§. IX.

Man kan gleichwol **unter denen Italiäniſchen der Reichs⸗Ober⸗Herrlichkeit unterworffenen Staaten dieſen Unterſcheid machen/** daß einige dieſe Ober⸗Herrlichkeit durch würckliche Lehens⸗Empfängnis aller oder einiger von ihnen beſeſſenen Länder erkennen, andere aber von der Lehens⸗Empfängnus frey ſind. Zu der erſteren Claſſe ſind unſtreitig zu rechnen **Mayland/ Mantua/ Modena/ Montferrat/**

ferrat / **Piemont** und **Mirandola** / ingleichem der **Staat von Siena** / welcher ein Reichs-After-Lehen iſt; Zu der lezteren Claſſe gehöreten vor der bekanten Qvadrupel-Allianz **Genua** / **Lucca** / **Florenz** / **Parma** und **Placenza** a); denn als dieſe drey leztere Staaten, nach dem Abgang der Häuſer De Medicis und Farneſe, dem Spaniſchen Prinzen Don Carlos, zu folge des darüber mit dem Kayſer und Reiche getroffenen Vergleichs, zugefallen waren, wurde von ihm nach der klaren Vorſchrift dieſes Tractats b) gefordert, beſagte Herzogthümer vom Reiche zu Lehen zu nehmen.

a) vid. Schurtzfleiſch & Conring. d. l. add. Struv. Synt. J. P. c. 2. Spener Lib. III. c. 2 & 7.

b) Tractat. quadr. fœd. art. V. Staats-Canzley Tom. 40.

§. X.

Was **die Republick Venedig** auf dem feſten Lande in Italien beſizet, kan zu der lezten Claſſe gezehlet werden, weil man ſich derſelben wegen auf ihr eigenes Geſtändnus berufen kan.

Ad te verum & Legitimum Principem, (heiſſet es in der Anrede des Venetianiſchen Abgeſanten an den Kayſer Maximilianum I.) omnia, quæcunque Majores noſtri S. Imperio & Auſtriæ Ducatui ademerunt, redeant. Guicciard. Lib. XII.

§. XI.

Was **des Kayſers und des Reichs Ober-Herrſchaft über die Stadt Rom und den Kirchen-Staat** betrift, kan nicht geläugnet werden, daß Carolus M. anfangs unter dem Namen eines Patricii, und hernach unter dem Titul eines Römiſchen Kayſers dieſelbe mit groſſem Anſehen

ſehen und Nachdruck ausgeübet a). Es iſt ferner unſtreitig, daß Otto M. vor ſich und ſeine Nachfolgere zur Teutſchen Crone eine gleiche Ober⸗Herrſchaft über den Päbſtlichen Stul durch ausdrückliche Verträge mit dem Pabſt erworben b), welche Rechte völlig ausgeübet worden, bis der hochmühtige und herrſchſüchtige Pabſt Gregorius VII. ſich unterſtanden nicht nur ſolcher Ober⸗Herrſchaft der Kayſer ſich zu entziehen, ſondern ſo gar dieſe dem Päbſtlichen Stul zu unterwerffen. Denn von der Zeit an haben die vorgegebenen Statthalter Chriſti an dieſem Werck ſo fleiſig gearbeitet, daß ſie es endlich völlig ausgeführet.

a) Pfeffing. d. Lib. 1. tit. 4. p. 359. ſeqq.
b) S. oben II. Cap. §. 16.

§. XII.

Ob nun wohl die Streitigkeiten zwiſchen denen Kayſern und denen Päbſten vor die erſten unglücklich abgelauffen, und die lezteren es dahin gebracht, daß ſie in Rom und in denen zum Römiſchen Stul gehörigen Ländern längſt mit voller Souveraineté regieret; So iſt doch nicht zu läugnen, daß der Römiſche Hof noch verbunden ſeye, unſere Kayſer vor allen Potentaten in Ehren zu halten, und die Herzoge, Fürſten, Grafen und Edelleute, welche dieſer im Päbſtlichen Gebiete creiren will, zu erkennen: daß es ferner denen Kayſern frey ſtehe, ſich in Rom crönen zu laſſen, und daß der Pabſt den Titul eines Römiſchen Kayſers, welcher wegen der Ober⸗Herrſchaft über die Stadt Rom Carolo M. und Ottoni I. ge-

geben worden, dem Ober-Haupte des Teutſchen Reichs nicht weigeren könne.

§. XIII.

Ubrigens werden zwar die Rechte, ſo dem Reiche in Italien übrig ſind, von dem Kayſer im Namen des Reichs exerciret. Es hat aber derſelbe bey der Verwaltung ſolcher Rechte in einigen Stücken mehr Freyheit, als in Teutſchland ſelbſten, welches gehörigen Orts ſolle erinneret werden.

Siehe über dieſen §. Spener Lib. III. c. 2. §. 2.

IV. Capitel.

Von denen wichtigſten alten und neuen Abtheilungen des Haupt-Territorii des Haupt Heiligen Reichs, inſonderheit von denen Reichs-Creyſen.

§. I.

Daß das Haupt-Territorium des Heiligen Reichs ehemals nach denen im zweyten Capitel beſchriebenen Haupt-Völckern eingetheilet geweſen, welche, wie in folgendem ſolle gezeiget werden, durch Herzoge und Grafen von verſchiedener Art regieret worden, iſt eine ausgemachte Sache.

§. II.

Als die Sachſen von Carolo M. mit dem Reiche vereiniget, und denen Francken gleich gemachet

machet wurden, entſtunde im Reich eine bey denen Geſchichts-Schreibern oft vorkommende **Eintheilung des Reichs in Francken und Sachſen** a). Unter denen erſten werden die Schwaben und Bayern mit begriffen, weil beyde Länder zum Fränckiſchen Reich ſchon lange gehöret hatten, und jene denen Fränckiſchen Königen unmittelbar unterworffen waren, dieſe zwar eine zeitlang ihre beſondere Herzoge behielten, hernach aber von Carolo M. durch Grafen regieret wurden, welche unſtreitig bloſe Reichs-Beamten waren, durch welche Einrichtung die Bayern zu unmittelbaren Unterthanen des Königes gemachet wurden. Dahingegen die Sachſen bey einer freyen Regierung ihrer Lande ſich vom Anfang ihres Zutritts zum Reiche erhielten, und nicht ſowol als Unterthanen des Königes, als mit denen Francken in einen Bund getrettene und des Königes Ober-Herrſchaft unterworffene Völcker anzuſehen waren.

a) Struv. Synt. J. P. c. 5. §. 1. Spener Lib. II. c. 3. §. 8.

§. III.

Auf dieſe alte Eintheilung gründet ſich die Eintheilung des Reichs in die Länder des Fränckiſchen und Sächſiſchen Rechts/ nach welcher die guldene Bulle, die Verwaltung **der** *Vicariats*-**Regierung** des Reichs eingerichtet a), ingleichem die **Eintheilung des Reichs in Ober- und Nieder-Teutſchland**/ deren jenes die Fränckiſchen Länder in gedachtem alten Verſtande unter ſich begreift, und zuweilen in einem beſonderen Verſtande das Reich

genennet wird, dieſes nicht allein die alten Sachſen in ſich hält, ſondern auch die Mitternächtlichen Wendiſchen Völcker, welche in den Reichs-Cörper nach und nach aufgenommen und des Sächſiſchen Staats-Rechts theilhaftig worden.

a) vid. A. B. tit. V. Struv. d. l. & Coccej. J. P. c. 16. §. 9.

§. IV.

Die alte **Eintheilung der Reichs-Länder in unmittelbare und mittelbare** giebet zwar kein geringes Licht zur Erkäntniß des Urſprunges vieler noch jezund bey der Reichs-Verfaſſung ſich befindenden Umſtände, wie hin und wieder ſoll erinneret werden. Sie hat aber nach ihrem damaligen Verſtande nicht mehr ſtat, und iſt weit unterſchieden von der heutigen Natur der mittelbaren und unmittelbaren Reichs-Länder. Denn nach dem alten Verſtande waren unmittelbare Reichs-Länder diejenigen, welche der Kayſer als Kayſer und von Reichs-wegen ohne Mittel beſaß, durch eigentliche Statthalter oder andere wahre Bedienten regierete und von welchen er die Nuzungen vor ſich einzog; Mittelbare Länder hingegen waren diejenigen, welche ihren beſonderen Herzog hatten, der dieſelbe vor ſich regierete, und auſſer gewiſſen dem Kayſer und dem Reiche, wegen ſeiner erkanten Ober-Herrſchaft, ausgeſezten Einkünften, alle übrigen in ſeine beſondere Schaz-Cammer einzog, und zu ſeinem und ſeines Landes Nuzen nach Gefallen verwenden konte. Nach dem heutigen Gebrauch heiſſen hingegen unmittelbare Reichs-Länder diejenigen, welche der Ober-Herrſchaft nach allein unter dem

dem Kayſer und dem Reiche, und unter keinem Reichs-Stande oder anderem Herren ſtehen; Mittelbare Länder hingegen, welche zwar zum Reiche gehören, doch ſo, daß ſie nicht von dem Kayſer und dem Reich allein dependiren, ſondern in Anſehung des Beſizers einen näheren Ober-Herren erkennen.

§. V.

Es iſt wohl unſtreitig, daß **unter der Regierung der Fränckiſchen Könige Merovingiſcher und Carolingiſcher Linie Francken und Schwaben unmittelbare Reichs-Länder** nach dem alten Wort-Verſtand geweſen a), ingleichem **die Länder am Rhein**, aus welchen die heutige **Pfalz** entſtanden; Weil jene durch Cammer-Boten (Cameræ Nuntios) dieſe durch den Pfalz-Grafen am Rhein, des Kayſers Obriſten Hof-Richter, in des Kayſers Namen regieret worden. Ja es hat in denen Geſchichten das Anſehen, daß auch **Bayern**, nach der Abſchaffung der Herzoge, von Carolo M. in den Stand der unmittelbaren Länder geſezet worden, und darin ſo lange geblieben ſey, bis es wieder ſeine beſondere Herzoge bekommen b). Gleichwie aber dieſe Vice-Regenten unter der unruhigen Regierung der Teutſchen Carolingiſchen Könige bereits angefangen hatten, ſich zu eigenen Herren der ihrer Regierung anvertrauten Länder zu machen, und die Königliche Würde nach Abgang dieſes Geſchlechtes ſolchen Fürſten zufiel, die dazu kein beſonderes Recht hatten: So war es ihnen leicht ihr beſagtes Vorhaben bey dieſer

Veränderung völlig auszuführen. Conradus I. hätte zwar gerne die von ſeinen Cron-Vorgängeren unmittelbar beſeſſene Länder nach ihrer Weiſe, als von Reichs-wegen, beherrſchen wollen, es gelunge ihm aber nicht, weil er aller Orten Widerſtand fand. Doch blieben noch die Rhein-Länder eine zeitlang in der Kayſer unmittelbaren Gewalt, ingleichem die in Francken und Schwaben häufig gelegene Königliche Hof-Stätte und Tafel-Güter, bis auch dieſe nach und nach theils durch eigene Schuld, theils aus Noht, von denen Kayſern veräuſert worden.

a) vid. Coccej. J. P. c. 3. Sect. 2. & 6.
b) id. d. l. Sect. 1. §. 7. Suo nomine Præfectos dedit.

§. VI.

Die heutige Eintheilung des Reichs in gewiſſe Creyſe iſt von gröſerer Erheblichkeit, weil ſie auf eine genauere Verbindung der Reichs-Glieder unter einander ihre Abſicht hat, und der Land-Friede dadurch im Reiche befeſtiget worden.

§. VII.

Unter dem **Auſtraſiſchen Königreiche** ſtunden die Teutſche Provinzien, ſo darunter mit begriffen waren, namentlich **Allemannien**/ **Thüringen**/ **Franckenland** und **Bayern**/ in gar guter Verfaſſung, eine jede Provinz war in gewiſſe Gauen, und dieſe in gewiſſe Centen eingetheilet, welche alle mit Regenten und Richtern verſehen waren. Wenn in einer Provinz ein Herzog ſich befand, ſo hatte derſelbe über das ganze Land die oberſte Aufſicht, muſte aber von ſeiner

Aufführ-

Aufführung dem Könige Rechenſchaft geben, welcher alle Jahre gewiſſe Perſonen, welche Miſſi genant wurden, vom Hofe ausſchickete, welche die Provinzien durchreiſeten, und darin unterſucheten, ob die zur Landes-Sicherheit und zur Ausübung der Juſtiz auf offentlichen Reichs- oder Land-Tägen abgefaſte Geſeze von einem jeden in ſeiner Station und Ambacht aufrecht gehalten und gehandhabet würden. Ja der König ſelbſt pflegete bald in dieſer, bald in jener Provinz eine zeitlang ſich aufzuhalten, und ſein Königliches Ober-Amte daſelbſt zu beſagtem Endzweck zu verſehen.

Conf. ad h. §. & ſeqq. Lehmanns Sp. Cr. II. Buch 32. Cap. und Speners d. l. Lib. 2. cap. 8.

§. VIII.

So lange das Anſehen derer Könige mit genugſamer Macht unterſtüzet war, und von ihnen darauf geſehen wurde, daß ihre zur Regierung und zum Juſtiz-Weſen beſtellete hohe Landes-Beamte nicht zu gros würden, blieb alles auf dieſem guten Fus, und unter denen Provinzien untereinander eine ſchöne Harmonie. Je mehr aber die Authorität der Könige zerfiel, und beſagte Landes-Bediente in denen Länderen, welche ſie zu regieren hatten, ſich ſelbſt zu Herren aufwurffen, je mehr wurde die Subordination der Glieder einer jeden Provinz, als das Band ihrer Einigkeit, getrennet.

§. IX.

Der Verfall war ſchon aller Orten ſehr gros, als die Achts-Erklärung Henrici Superbi und

Henrici Leonis eine groſe **Trennung des Sächſiſchen und Bayeriſchen Haupt-Staats** veruhſachete. **In Schwaben** aber **und in Francken** wurde das Unheil am allergröſten, als beym Anfang des langen Teutſchen Interregni der Stam der Herzoge von beſagten Länderen mit Conradino ausgienge; denn da trenneten ſich dieſe beyde Haupt-Staaten in ſo viel kleine von ungleicher Gröſe, daß alles darüber in Verwirrung gerieh-te, und nicht allein überall unter ihnen einer gegen den anderen mit offentlicher Gewalt verfuhr, und um ſich grif, ſondern die Privat-Perſonen ſelbſt ihr Recht auf die Fauſt ſezeten, und ſich untereinander befehdeten.

§. X.

Man wolte nach dem Ende des Interregni dieſer eingeriſſenen Gewalt durch hin und wieder publicirte Land-Friedens-Formuln ſteuren. Weil aber der Kayſer nicht im Stande war, die häufigen Klagen derer Reichs-Stande ſowohl gegeneinander als mit ihrem einmal in Harniſch gebrachten Adel gerichtlich zu unterſuchen und beyzulegen, noch über die Beobachtung des Land-Friedens mit nachdrücklicher Macht zu halten: So muſte man endlich den Raht faſſen, **unter denen Reichs-Provinzien eine neue Einrichtung** zu machen, welche geſchickt wäre die darin begriffenen Glieder ſo zu verbinden, daß ſie ihre gemeinſame Ruhe und Sicherheit auf eine ſolche Weiſe beförderen möchten, welche der von ihnen faſt völlig ſchon erworbenen Landesherrlichen Gewalt nicht entgegen ſtünde.

§. XI.

§. XI.

Es wurde dahero ſchon unter Alberti II. Regierung in **Vorſchlag** gebracht **das Reich in ſechs Creyſe einzutheilen.** Aber der frühzeitige Tod dieſes weiſen und lebhaften Regenten unterbrach den guten Anfang dieſes wohl bedachten Vorhabens. Und obwohl hernach dieſes gute Werck unter der langen Regierung Friedrichs III. nicht gänzlich vergeſſen wurde, ſo war doch ſein Anſehen im Reiche ſo ſchlecht, und ſeine Regierung in allen Stücken ſo ſchläferig, daß es nicht möglich war daſſelbe zu völligem Stande zu bringen; welches ohne dem nicht jederman gleich anſtändig war, und von allen Seiten nicht mit gleichem Eyfer getrieben wurde.

Siehe Struv. Synt. J. P. c. 5. §. 6.

§. XII.

Unter Maximiliani I. Regierung kam dieſe Sache endlich zum Stande a). Es war aber die erſte **Eintheilung in ſechs Creyſe**, namentlich in den **Fränckiſchen, Schwäbiſchen, Bayeriſchen, Rheiniſchen, Weſtphäliſchen** und **Sächſiſchen** ſo eingerichtet, daß weder die Oeſterreichiſchen und Burgundiſchen noch die Chur-Länder darunter begriffen waren. Weil die Beſitzer derſelben theils ſich mächtig genug hielten, den Land-Frieden in ihrem Gebiete zu erhalten, theils ſich beförchteten, es möchte dieſe Creyß-Verbindung ihrer Landes-Hoheit nachtheilig ſeyn b); dahingegen die geringeren zu ihrem gemeinſamen Schuz derſelben nicht länger entbeh-

ren

ren konten. Nachhero lieſſe ſich gleichwol das Haus **Oeſterreich** aus beſonderen Staats-Urſachen gefallen beſagte **Erb-Länder** in zwey **beſondere Creyſe**/ den **Burgundiſchen und Oeſterreichiſchen**/ zu bringen, und bewog dadurch die Churfürſten, daß **aus ihren Chur-Länderen** ebenfals zwey **beſondere Creyſe** formiret würden, wovon der eine, ſo die geiſtlichen Churfürſten und den von der Pfalz begreiffet, **der Nieder-Rheiniſche** oder auch der Chur-Creyß insbeſondere, der andere, welcher Chur-Sachſen und Brandenburg in ſich hält, **der Ober-Sächſiſche Creyß** genennet wurde.

a) Struv. d. l. Die Eintheilung in ſechs Creyſe wurde gemachet an. 1500. zu Augſpurg, die andere in zehen Creyſe zu Cöln. an. 1515.

b) Siehe Spener d. l. §. 5. not. c. add. ejus Hiſt. Germ. Tom. 2. Lib. 3. c. 4. §. 7.

§. XIII.

Das **Königreich Böhmen** und die damit vereinigten Länder wurden **in keinen Creyß gebracht**/ weil dieſe Crone theils der Creyß-Verfaſſung zu ſeiner innerlichen Sicherheit nicht nöhtig hatte, theils ſich fürchtete, dadurch zu denen Reichs-Anlagen gezogen zu werden, theils auch zur völligen Reichs-Standſchaft keine Luſt hatte, weil ſich bey derſelben damals mehr denn ein bloſer Schein der Unterthänigkeit befand.

a S. oben II. Cap. II. §.

V. Cap.

V. Capitel.

Von der alten und heutigen Regierungs-Form des Heiligen Römiſchen Reichs.

§. I.

Gleichwie das eigentlich ſo genante Römiſche Reich Teutſcher Nation, ingleichen das Italiäniſche und Burgundiſche oder Arelatiſche Königreich, niemals mit Teutſchland, deſſen Ober-Herrſchaft ſie erkennen müſſen, in ſolcher Vereinigung geſtanden / daß ſie einen Cörper zuſammen ausgemacht hätten, und deswegen die Kayſer in einem jeden von beſagten Reichen beſonders gecrönet worden: Alſo iſt auch die **Regierungs-Form** dieſer verſchiedenen Reiche **nicht von gleicher Natur und Eigenſchaft** geweſen.

Coccej. J. P. c. 7. add. h. lib. c. 3.

§. II.

Das **Fränckiſche Reich** / welches man als ein Vorſpiel des Teutſchen Reichs anſehen konte, war ſonder Zweifel bey ſeiner erſten Aufrichtung **Monarchiſch** / doch ſo beſchaffen, daß der König keine wichtige Staats-Angelegenheiten nach eigenem Gefallen abthun konte, ſondern darüber den Rath und die Einwilligung der Reichs-Beamten und der Vornehmſten des Volcks bey einer Reichs-Verſammlung einholen muſte.

Coccej. J. P. cap. 7. § 9. ſſ.
Spener d. l. Lib. II. Cap. II. ſ. 4.
Lehman Spey. Chr. Lib. II. c. 4.

§. III.

§. III.

Die **Nachfolge in der Regierung** war unter dem Merowingiſchen Stamm völlig erblich, nach deſſen Abgang aber dependirte dieſelbe von der Stände Wahl und Beyfall. Wiewohl es einem löblichen Regenten leichte war, die Crone vor ſeinem Sohn zu erhalten, und die Stände zu bewegen, daß ſie noch bey ſeinem Leben ihm dieſelbe auffſezeten.

Spener d. l. Lib. II. cap. II. §. 3. 4.

§. IV.

Nach dem Abgang der Carolingiſchen Könige in Teutſchland wurde **das Recht einen König zu erwählen** von denen Teutſchen Ständen noch mit gröſſerer Freyheit gebrauchet, und denen Kayſern, welche die Teutſche Crone gern bey ihrem Hauſe erblich befeſtiget hätten, mit groſer Behutſamkeit die Gelegenheit dazu abgeſchnitten.

§. V.

Die **Reichs-Stände** brachten es hingegen in kurzer Zeit dahin, daß die **Länder**, welche denen meiſten vor ihre Perſon allein, in des Kayſers und des Reichs Namen zu verwalten, anfänglich anvertrauet waren, ihnen und ihren Kindern **erblich** gelaſſen wurden.

§. VI.

Hierdurch bahneten ſie ſich nach und nach den **Weg zu einer beſondern Herrſchaft.** Und ob ſie gleich zur Befeſtigung ihrer gemeinſamen Macht und Sicherheit unter einem Ober-Haupte verbunden blieben: So ſuchten ſie doch gleich

gleich bey der Wahl deſſen Gewalt durch mündliche oder ſchriftliche Verträge ſo einzuſchräncken, daß er in der Regierung ihrer eigenen Unterthanen ihnen keinen Eingrif thun, noch in allgemeinen Reichs-Sachen ohne ihren Rath und Einſtimmung etwas wichtiges unternehmen könte, welches endlich durch den Weſtphäliſchen Frieden völlig zu Stande kam.

§. VII.

Auf dieſe Weiſe entſtund nach und nach aus dem einzelen Monarchiſchen Staat des Teutſchen Reichs **ein aus vielen beſonderen Staaten vereinigter Cörper**, deſſen generale Natur und weſentliche Eigenſchaften oben beſchrieben worden.

§. VIII.

Gleichwie aber die Beybehaltung eines gemeinſamen Oberhaupts und die hohen Vorrechten, ſo demſelben in Anſehung des ganzen Cörpers gelaſſen worden, **der Regierungs-Form des Heil. Römiſchen Reichs** eine ſolche **Geſtalt** gegeben, dergleichen noch bey keinem Staat in der Welt ſich gefunden; Alſo werde ich im folgenden dieſe 3. Stücke klärlich zu erweiſen mich bemühen. 1) Daß denen Reichs-Ständen in ihrem Territorio die höchſte Gewalt zukomme und eines jeden Land als ein beſonderer Staat zu betrachten ſey. 2) Daß an der Regierung des Reichs und an der Ausübung der dahin gehörigen höchſten Rechte der Majeſtät ein jeder Stand des Reichs einen ſolchen Antheil habe, als es die Natur der vereinigten Staaten weſentlich erfordert. 3) Daß die Kayſerlichen Reſervata und Vorrechte dem

te dem Oberhaupte des Reichs zwar den äuſſerlichen Schein einer Monarchiſchen Gewalt gegeben, in der That aber die höchſte Gewalt der Reichs-Stände in ihren Ländern nicht umſtoſſen, ſondern allein auf die Erhaltung des ganzen Cörpers und auf deſſen äuſerlichen Glanz und Anſehen gerichtet ſind.

VI. Capitel.

Von denen Reichs-Ständen alter Zeiten und derſelben ehmaligem Amte und Unterſcheid.

§. I.

Unter dem Namen der **Stände des Reichs** ſind allezeit diejenigen verſtanden worden, welche auf Reichs-Tägen zu denen daſelbſt zu beſchlieſſenden Reichs-Sachen ihren Rath und Beyfall gegeben. Ob nun wohl auf denenſelben **vor Zeiten** nicht nur **die Reichs-Beamten** ſondern auch **die Vornehmſten des Volcks aus dem Land-Adel und denen Städten** einen Zutritt gehabt, weßwegen die alten Scribenten auf denen Reichs- und Wahl-Tägen nicht ſowohl die Fürſten und Grafen als die Völcker der Sachſen und Francken benennen; So kame es doch bey denen Berahtſchlagungen vornemlich auf jene an, von denen leztern aber wurde nicht mehr als ein öffentlicher und gemeiner Beyfall gefordert, welcher ſelten von der Meynung des Herzogs oder des Grafen abgieng, unter

unter welchem, als dem Haupte der Provinz, jedes Volck ſich pflegte zu verſammlen. Jene nañte man dahero *Seniores* oder *Majores*, dieſe *Juniores* oder *Minores*.

Spener Lib. II. cap. 6. §. 2. cap. 7. §. 2. Cap. 2. §. 2. 6. Lehman Sp. Chr. Lib. II. c. 37.

§. II.

Einige von dieſen **Reichs-Beamten** hatten die **Aufſicht** über geiſtliche, einige über weltliche Sachen; Einige verwalteten ihr Amt vom Hofe aus durch das ganze Reich; einige allein in gewiſſen Ländern und in denen darin begriffenen Gauen; Einige ſorgten darin vor die Religion: andere vor die Juſtiz, und noch andere vor die Erhaltung der Landes-Verfaſſung und der dahin gehörigen Geſeze.

§. III.

Die **Reichs-Beamten** ſo von Hofe aus durch das ganze Reich ihr Amt verwalteten, waren **der Pfalz-Graf** und **der Reichs-Canzler.** Das Amt des erſten beſtund darin, daß er in dem Kayſerlichen Pallaſt das Hof-Gericht hielt a). Der Reichs-Canzler hatte die Ausfertigung der Kayſerlichen Befehle und Gnaden-Verleihungen, ingleichem der Reichstägigen Schlüſſe.

a) vid. Lib. VI. cap. I. §. 4.

§. IV.

Dieſes **Reichs-Canzler-Amt** / mit welchem noch jezund ſehr wichtige Rechte bey denen Reichs-Tägen und höchſten Reichs-Gerichten verknüpffet ſind, **geriehte in die Hände** derer

Erz-Biſchöffe; theils wegen der guten Meinung, welche die Teutſchen von denen älteſten Zeiten an von der Geiſtlichkeit hatten, daß ſie am beſten verſtünden was zuläſig oder unzuläſig wäre; theils, weil man zur Ausſertigung der öffentlichen Urkunden die Lateiniſche Sprache eingeführet hatte, welche ſchier allen weltlichen Fürſten unbekant war. Und weil das Erz-Canzler-Amt zuweilen von eben dem Erz-Biſchof verwaltet wurde, welcher zugleich als Erz-Capellan den Gottesdienſt in der Königlichen Capelle beſorgte, und die Hof-Cleriſey unter ſeiner Obſicht und Juriſdiction hatte. So findet man, daß zu älteren Zeiten **die Namen des Erz-Cappellans und des Erz-Canzlers oft einer vor den andern gebrauchet** worden.

Spener d. l. Lib. 2. c. 4. §. 3.

§. V.

Zu dem **Erz-Canzler-Amt** ſind zwar anfangs, nach des Königs Belieben, bald dieſer bald jener Erz-Biſchof in Teutſchland gebrauchet worden a). Es haben aber **die Erz-Biſchöffe von Maynz**, welche gar früh die præcedenz vor andern Teutſchen Biſchöffen erhalten, auch Gelegenheit gefunden das Erz-Canzler-Amt des Reichs bey dem Maynziſchen Stul zu befeſtigen b).

a) Quinquert. Camer. qu. 5. §. 266. ſſ.

b) vid. d. l. p. 259. ſſ. & 210. ſſ. Struv. Synt. J. P. c. 9. §. 14.

§. VI.

Als das Italiäniſche und das Burgundiſche oder Arelatiſche Königreich der Teutſchen Ober-

berherrſchaft unterworffen wurden, beſtelten die Kayſer wiederum nach ihrem Wohlgefallen beſondere Erz-Canzler über dieſe Länder. Als aber die Herrſchaft des Reichs in dieſen Ländern ſchier aufgehöret hatte, wurde mehr zur Bewahrung der alten Reichs-Anſprüche, als zum würcklichen Gebrauch und Nuzen **das Erz-Canzler-Amt in Italien mit dem Erz-Biſchöflichen Siz zu Cölln/** und das **Erz-Canzler-Amt durch Gallien und Arelat mit dem Speyeriſchen Stul verknüpffet.**

Struv. d. l. §. 15. & 16.

§. VII.

Denn obwohl **der Titul** eines **Erz-Canzlers des Reichs von beſagten drey Erz-Biſchöffen geführet** wird, ſo hat doch der von **Maynz** heutiges Tags allein **die würcklichen Früchte dieſes hohen Amts zu genieſen**/weil Trier und Cölln ihr Erz-Canzler-Amt nur alsdann würcklich verwalten können, wann der Kayſer in denen Ländern ſich aufhält, über welche daſſelbe ſich erſtrecket, und ſolcher Länder wegen ihres Amts daſelbſt vonnöthen hat. Alle Ausfertigungen aber, welche Teutſchland eigentlich betreffen, ſie mögen in- oder auſſerhalb des Reichs geſchehen, gehören vor den Erz-Biſchof von Maynz, welcher ſich deßwegen Erz-Canzler des Reichs in Germanien nennet.

Struv. d. l. §. 17.

§. VIII.

Weil nunmehro der Erz-Canzler bey dem Kayſerlichen Hof nicht reſidiren kan, ſo verwaltet

ſeine Stelle daſelbſt ein Reichs-*Vice*-**Cantzler**/ welchen der Ertz-Cantzler zu præſentiren das Recht hat, und der Kayſer nicht ohne erhebliche Urſachen verwerffen oder abſchaffen kan a). Vormals wurden dazu meiſtentheils Biſchöffe genommen b), nach der Zeit ſind auch weltliche Stands-Perſonen, ja oftmals graduirte Rechts-Gelehrte mit dieſer Würde gezieret worden.

a) Capitulat. art. 25.
b) Mallinkrot de Archi-Cancell.
c) Struv. d. l. §. 17. in not.

§. IX.

Die zur Aufſicht **über geiſtliche Sachen** in denen Provinzien beordnete **Reichs-Beamten**/ und dahero ſo genanten geiſtlichen Stände, beſtunden aus denen **Ertz-Biſchöffen/ Aebten und Prälaten**/ deren Amt Lehman in ſeiner Speyriſchen Chronick L. II. c. 15. weitläuftig beſchreibet. Ihre Gegenwart war auf dem Reichs-Tag nöthig, weil ſie von dem Zuſtand der Religion in ihrem Kirchen-Sprengel einen Bericht abzuſtatten, und darüber mit denen andern Ständen in des Kayſers Gegenwart zu berahtſchlagen hatten. Man ſahe ſie auch an als Leute, welche zu dem was recht und billig iſt, den beſten Rath geben konten, und die Ehre GOttes am meiſten zu Hertzen hätten.

§. X.

Zu der Claſſe der von ihren **weltlichen Aemtern** ſo genanten weltlichen Stände, welche ihr Amt in beſondern Provinzien verſahen, gehörten **die Hertzoge/ die Pfaltz-Grafen/ Land-Grafen**

Grafen/ Marck-Grafen/ Burg-Grafen und Grafen ohne Zuſaz.

§. XI.

Ein Herzog war über eine ganze Provinz oder ein ganzes Volck als ein Haupt vorgeſtellt, und verrichtete daſelbſt im Namen des Königs in geiſt- und weltlichen Sachen, was der König ſelbſt, wann er zugegen war, verrichten konte. Um dieſes groſen Anſehens willen, welches dem Könige und dem Staat gefährlich fallen konte, brauchte Carolus M. die Staats-Maxime, daß er die Herzogliche Regierung in Bayren abſchafte, und dieſes Land verſchiedenen Grafen zur Regierung übergab. In Anſehung der andern Reichs-Beamten in einem Herzogthum war der Herzog gleichſam anzuſehen wie heutigs Tags ein Creyß-Director und Obriſter in Anſehung der übrigen Creyß-Stände.

Lehmann d. l. c. 16.

§. XII.

Pfalz-Grafen a) waren in denen Provinzien diejenigen, welche darin im Namen des Königs die Juſtiz und die zu ſeinem fisco gehörigen Güter verſahen. Es iſt zu vermuthen, daß ſie zu der Zeit in denen Provinzien eingeſezet worden, als die Herzoge und Grafen mehr auf ihren als des Königs Nuzen zu ſehen anfiengen.

a) Die Rede iſt hier von denen Land-Pfalz-Grafen. Spener Lib. II. c. 3. §. 2.

§. XIII.

Land-Grafen kamen denen Herzogen ſehr nahe; weil ſie über ein ganzes Land die hohe Ge-

richtsbarkeit hatten. Jedoch da dieſer Name erſt unter Kayſer Lothario II. eigentlich bekant worden; So iſt zu vermuthen, daß man durch ſolchen Titul mehr eine vor andern hervorleuchtende Gräfliche Würde als ein beſonderes Amt anzeigen wollen.

Spener L. II. c. 6. §. 5.

§. XIV.

Marck-Grafen waren an denen Gränzen des Reichs ſowohl als Richter, als auch gegen alle plözliche Einfälle als Kriegs-Befehlshaber beſtellet; Sie ſind zwar ſchon unter denen Carolingern bekant geweſen, aber von Henrico I. ſehr vermehret worden. Die Marck-Grafen ſtunden in der Regel unter dem Herzog a). Allein die Marck-Grafen von Brandenburg wurden denen Herzogen bald gleich, weil ſie verſchiedene Märcke vereinigten und von denen Sclaven viel eroberten, und dadurch mächtig wurden, auch zur diſtinction vor andern Marck-Grafen ein Reichs-Erz-Amt bekamen b).

a) S. den vorhergehenden 11. §.
b) Coccej. c. 3. ſect. 5. §. 68. ſſ.
Spener d. l. not. e.
Struv. Syn. J. P. c. 20. §. 31. in not.

§. XV.

Es finden ſich ſo viel verſchiedene Gattungen der **Burg-Grafen** und ſo mancherley Geſtalten ihres Amts, daß man davon nichts gewiſſes ſagen kan, als daß ſie ihre Benennung bekommen von der Burg worin ſie reſidiret, und daß der eine mit weiterem der andere mit engerem Begrif

Begrif die Gerichtsbarkeit und andere Kayſerliche Regalien verwaltet.

Spener d. l. n. f.
Struv. §. 32. ſequ.

§. XVI.

Gemeine Grafen waren vor alters Richter in denen Provinzien; Ordentlicher Weiſe hatte eine jede Gau ihren beſonderen Grafen. Es beſaſſen auch verſchiedene Grafen mehr dann eine Gau.

Spener d. l. n. g.
Siehe unten Lib. VI. c. 1. §. 2.

§. XVII.

Alle obbemeldete **Reichs-Stände** wurden ſchon vor alters **in 2. Claſſen vertheilet.** Die erſte begrif den **Fürſten-** die andere den **Herrn-Stand**: An ſtatt aber daß anfangs nur die Erz- und Biſchöffe, Herzoge, Pfalz- und Land-Grafen zum Fürſten-Stand gezehlet wurden, ſo ſind nachhero alle Reichs-Stände, ſo höher als ſchlechte Grafen waren, dahin gezehlet worden. Wiewohl da das Wort Fürſt überhaupt die Vornehmſten im Lande anzeiget; So finden ſich wohl Exempel a), da die Grafen unter dem generalen Titul der Fürſten, wie jezund unter dem Namen des Fürſtlichen Collegii auf dem Reichs-Tage, begriffen werden.

a) Spener d. l. Lib. II. c. 1. §. 5. not. f.

§. XVIII.

Der Titul **Fürſt** iſt **kein Amts- ſondern Ehren-Name**, auch dahero anfangs keinem Reichs-Stand insbeſondere eigen geweſen. Aber nach der Trennung der Haupt-Provinzien des

Reichs ſind viele aus dem Herrn-Stand in den Fürſtlichen unter beſagtem generalen Titul erhoben worden.

Spener d. l. L. II. c. 6. §. 5. not. f.

§. XIX.

Zu der **Claſſe des Herrn-Standes** gehöreten ferner die beſonders ſo genanten Herren und Freyen, oder Frey-Herrn, welche keine Aemter weder bey Hof noch in der Provinz verſahen, ſondern freye Güter und eigene Gerichten beſaſſen. Sie gehören noch jezund mit zur Gräflichen Banck auf denen Reichstäglichen Zuſammenkünften.

Spener d. l. §. 6.

§. XX.

Die **Reichs-Ritterſchaft** beſtund vor alters in guter Maas aus allen begüterten edlen und freyen Teutſchen. Sie ware alleine zu Kriegs-Dienſten verbunden, und pflegte ſich zu dem Ende in einer jeden Provinz unter der Fahne ihres Herzogs zu verſammlen. Unter denen Fränckiſchen Königen theilte ſich der Adel in die Hohen-Freyen, worunter die verſtanden wurden welche beſagte Reichs-Aemter verwalteten; Mittel-Freyen, welche wegen ihrer Lehen-Güter allein zu Kriegs-Dienſten verbunden waren. Freye ſchlechthin, welche wegen ihrer Güter bey dem Könige oder dem Herzoge gewiſſe Hof-Dienſte zu verſehen hatten. Die erſten nañte man auch Hohe Manne, die zweyten Manne oder Dienſt-Manne, die dritten Dienſt-Leute oder Edle Knechte.

Coccej J. P. c. 15. Sect. 3.
Hert. diſſ. de homin. propr. Sect. 4. §. 1. & de Subject. territ. §. 11.

§. XXI.

§. XXI.

Daß die Städte/ inſonderheit die man Königliche oder Pfalz-Städte nañte, und am Rhein-Strom und in denen zur Zeit der Carolinger unmittelbaren Reichs-Ländern a) in der gröſeſten Anzahl ſich befunden, ſchon vor alters auf denen Reichs-Tägen durch ihre Deputirten erſchienen, iſt aus denen Geſchichten offenbar. Bey errichteter Landes-Hoheit der vorbeſagten hohen Reichs-Beamten wurden die, ſo in ihrem Gebiet lagen, meiſtens zu Land-Städten gemacht, aber nach der Trennung einiger Haupt-Staaten ſezten ſich die meiſten wiederum in ihre alte Freyheit b).

a) Conf. cap. præc. §. 4.
b) Spener d. l. §. 7.

§. XXII.

Es findet ſich im übrigen bey dem, was in dieſem Capitel von dem alten Zuſtand der Reichs-Stände aus denen jedes Orts angezeigten Publiciſten berühret worden, noch viele **Dunckelheit** / wie ſolches inſonderheit aus des ſeligen Herrn Speners gelehrten Anmerckungen kan geſehen werden. Es iſt aber daran nicht viel gelegen, weil die heutige Reichs-Stände von ihren ehemaligen Aemtern nur den bloſen Titul beybehalten haben und ihre Reichs-Standſchaft jezund auf einen ganz anderen Grund gebauet iſt.

vid. cap. IX. hujus libri.

VII. Capitel.

Von denen Reichs-Erz-Aemtern.

§. I.

Daß ein jeder Kayſer und König an ſeinem Hofe 4. vornehme Hof-Bedienten, nemlich einen **Truchſes** / **Marſchalck** / **Cämmerer** und **Schencken** gehalten, iſt aus denen Reichs-Geſchichten genugſam bekant.

§. II.

Gleichwie nun dieſelben zu ſeiner ordentlichen Bedienung und Hof-Stat gebrauchet wurden, alſo fanden ſich bey ſolennen Reichs-Verſammlungen und Hofhaltungen noch andere Perſonen von hohem Stande, welche mit dieſen Aemtern gezieret waren und ſolche zu der Zeit um den Kayſer mit Ausſchlieſung ſeiner ordentlichen Hof-Bedienten verwalteten; Gleichwie auch ein jeder Herzog bey Land-Tägen durch beſondere Landes-Beamten ſich bedienen lies.

§. III.

Unter dieſen waren einige aus dem vornehmſten Adel der unmittelbaren Reichs-Länder genommen, wo der Kayſer am gewöhnlichſten ſein Hof-Lager hielt, welche Perſonen ſolches Amts wegen gewiſſe Güter beſaſſen und deswegen **Reichs-Erb-Beamten** zu nennen waren.

§. IV.

Dieweil aber bey dieſen und andern Reichs-Zuſammenkünften und hohen Solennitäten nöthig war, daß gewiſſen vornehmen Reichs-Für-

ſten

ſten aufgetragen würde, durch ihre Befehle alles zu veranſtalten, was zur Nothdurft der Reiſe des Kayſers von einer Provinz in die andere und zur Verpflegung ſeines Hofes ſowohl als der dahin ankommenden Fürſten und Herrn nöthig war; Jngleichem zur Zeit ſolcher Verſammlung über die dahin gehörigen Bedienten eine Gewalt und Aufſicht zu haben; Fernerhin vor die Sicherheit des Orts zu ſorgen, und zu dem Ende über die daſelbſt ankommenden Fremden eine Gerichtsbarkeit zu führen; So wurde ſolches hohe **Amt denen vornehmſten Herzogen und Fürſten des Reichs** nach des Kayſers Gefallen, und zwar einem jeden nur vor ſich und **auf** ſeine **Lebens-Zeit verliehen.**

§. V.

Obwohl **das Amt eines Truchſes** vormals als das vornehmſte Hof-Amt angeſehen worden, und darin beſtanden, daß er, wie heutigs Tages der Ober-Hof-Meiſter, das Haupt und der Richter aller unteren Hof-Bedienten geweſen; So finden wir doch, daß die Aufſicht des Erz-Truchſeſſen in denen folgenden Zeiten ſich vornemlich über die Kirchen-Bedienten erſtrecket, gleichwie **das Amt des Erz-Schencken** die zum Hof-Keller gehörenden Bedienten unter ſich begriffen. Weil nun dieſe beyden Erz-Aemter nicht ſehr weitläuftig und beſchwerlich geweſen, ſo findet man, daß dieſelben zuweilen von einer Perſon, oder eines derſelben von dem Pfalz-Grafen geführet worden.

Coccej. J. P. Pr. c. XI. §. 3.

§. VI.

§. VI.

Von dem Amt des Erz-Marſchalcks ſind bey denen Kayſerlichen Wahl-und Crönungs-Tägen, ingleichem auf dem Reichs-Tage noch viele merckwürdige und nützliche Stücke zu finden; Es beſtand in folgenden Geſchäften. Der Erz-Marſchall hatte die oberſte Aufſicht über die Königlichen Stall-Bedienten und über die Königliche Leib-Wacht; Er verſahe alles was zu denen Reiſen des Königs von einem Ort zum andern nöthig war; Er ſorgete vor die Quartire und vor die Anſchaffung der nöthigen Lebens-Mittel; Er hielt über die Sicherheit und gute Ordnung bey dem Königlichen Hof-Lager und bey denen Reichs-Verſammlungen, und war zu dem Ende mit der Juriſdiction verſehen über alle ankommende Fremde, inſonderheit über die Kauf-Leute und Juden, welche an ſolchen Orten ihre Waaren hinbrachten, ingleichem über die Spieler, über die Marcketänder und dergleichen Geſindel, welche alle zur Freyheit ihrer Handthierungen ſeiner protection vonnöthen hatten.

conf. Ludewig & Spener d. l.

§. VII.

Des Erz-Cämmerers oberſte Aufſicht war über alle Königliche Cammer-Bediente. Er theilte mit der Königin die Sorgen vor die innere Beſtellung des Pallaſts und vor die Bewahrung der Königlichen Schäze und Kleinodien. Er wies denen, ſo bey Hofe Audienz ſuchten, die

Zeit

Zeit darzu an und introducirte die auswärtigen Geſanten.

Coccej. d. l. §. 7.
Lehmans Speir. Chron. Lib. II. c. 11.

§. VIII.

Was wir von dieſen Erz-Aemtern alhier anführen, iſt zwar ſehr unvollkommen, aber zulänglich zu unſerm gegenwärtigen Zweck und zur Beleuchtung deſſen, was in der heutigen Reichs-Verfaſſung mit ſolchen Erz-Aemtern noch einige Verknüpffung hat. So dienlich aber dieſelben vormals geweſen, denen ſo damit bekleidet waren ein beſonderes Anſehen und gewiſſe Vorrechte im Reich zu geben a), ſo wenig iſt an denenſelben gegenwärtig gelegen, da **die Reichs-Stände nicht ſo ſehr mit ihren alten Reichs-Aemtern als mit ihrer Landes-herrlichen Gewalt und Hoheit prangen.**

a) S. das folgende Cap. §. 13.

§. IX.

Ob dieſe Erz-Beamten des Reichs verbunden geweſen bey denen obgedachten feyerlichen und zierlichen Reichs- und Hof-Tägen **den Kayſer** ihres Amts wegen **perſönlich zu bedienen** / oder ob dieſelben nur **zuweilen aus freyen Stücken dem Kayſer einen Ehren-Dienſt geleiſtet** / ſolches iſt aus denen Reichs-Geſchichten nicht genugſam zu erſehen, es kommt mir aber die leztere Meynung, welche ein groſer Staats-Rechts-Lehrer a) unſerer Zeiten mit gutem Grund

zu

zu erweiſen ſich bemühet hat, am wahrſcheinlichſten vor.

a) S. die oft angeführte Erläut. der G. B. tit. 17. 26, und 27. an verſchiedenen Stellen.

§. X.

Durch die Guldene Bulle haben zwar die Churfürſten theils aus Danckbarkeit gegen den Kayſer Carl den IVten, welcher in dieſem Geſez ihr Wahl-Recht auf einen ſichern Fus geſezt; theils in der Meinung, daß ihre Erz-Aemter als der wahre Grund dieſes Vorrechts anzuſehen wären, ſich dazu verbunden, daß ſie dem Kayſer zu Ehren, ſo oft er einen offentlichen und ſolennen Hof hält, gedachte Erz-Aemter um ihn verrichten wollen, auch darin zu Mez in Gegenwart des Franzöſiſchen Hofs einen prächtigen Anfang gemacht. Es geſchiehet aber ſolche Ceremonie **nach dem heutigen Gebrauch** nur bey der Kayſerlichen oder Römiſch-Königlichen Crönung, ingleichem bey Eröfnung des Reichs-Tags, wenn Kayſerliche Majeſtät demſelben perſönlich beywohnen. Es ſtehet über dem denen Churfürſten frey, ſich in allen dieſen Fällen durch ihre Geſandten vertretten zu laſſen, um dadurch allen Schein der ehemaligen Unterthänigkeit zu vermeiden.

S. unten III. B. 2. Cap. 34. §.

§. XI.

Obgleich beſagte **Erz-Aemter** allezeit von Herzogen verſehen worden, ſo **waren** doch dieſelben **bey keinem Hauſe erblich, bis um die Zeit des groſen** *Interregni*, da das Erz-Schencken-Amt vom Könige in Böhmen, das

Erz-

Erz-Truchſeſſen-Amt vom Pfalz-Grafen am Rhein, das Erz-Marſchall-Amt vom Herzog in Sachſen und das Erz-Cämmerer-Amt vom Marg-Grafen in Brandenburg geführet wurde. Denn von der Zeit an iſt keine Aenderung darinnen vorgefallen, auſſer daß mit der Pfälziſchen Chur-Würde auch das Erz-Truchſeſſen-Amt an Chur-Bayeren gekommen, und nach der Aufrichtung der achten Chur **das Erz-Schaz-Meiſter-Amt eingeführet** und mit demſelben verknüpfſet worden.

Struv. d. l. §. 29. 30.

§. XII.

Alle dieſe **Erz-Beamten des Reichs haben ihre** ſo genanten **Reichs-Erb-Beamten**, welche als ihre Amts-Verweſer (cap. 1. art. 3.) anzuſehen ſind und vormals ordentlicher Weiſe bey Reichs-Tägen und bey allen feyerlichen Hofhaltungen die Aemter verſahen, welche die Erz-Beamten heutiges Tages dem Kayſer und dem Reiche zu Ehren in gewiſſen Fällen verrichten.

Erläut. der G. B. d. l.

§. XIII.

Gleichwie nun vor denen Zeiten des Interregni allemal einer aus denen Reichs-Herzogen zur Kayſerlichen Würde erhoben worden, jeder Herzog aber beſagte vier Hof-Aemter bey ſeinem Hofe von denen vornehmſten Landes-Familien verwalten laſſen a), alſo war es natürlich, daß von Friderico I. an bis auf die Zeit des Interregni die Reichs-Erb-Aemter von Schwäbiſchen und Fränckiſchen Familien verſehen würden, weil die dama-

damaligen Kayſer zugleich Herzoge von Schwaben und Francken waren b; da nun vorbeſagte Erz-Beamte von der Zeit des Interregni an ihre damaligen Erz-Aemter erblich an ihr Haus und Lande gebracht: So haben ſie es ihnen nicht entgegen ſeyn laſſen, die Familien, welche Erz-Hof-Beamten der Schwäbiſchen Kayſer geweſen waren, zu **Verweſern ihrer Erz-Aemter** zu behalten. Es haben auch die Kayſer nicht unternommen ſolches zu änderen, ſondern vielmehr denen Erz-Beamten freygeſtellet, nach Abgang einer Familie, ſo ein Erb-Amt bekleidet, eine andere Familie nach ihrem Gefallen damit zu verſehen c).

a) Ludewig d. l. p. 756. ſeqq.
Spener Lib. 2. c. 4. §. 9.
b) Struv. d. l. c. 9. §. 35.
c) id. d. l. §. 36.

VIII. Capitel.

Von denen heutigen Reichs-Ständen, derſelben Urſprung und Unterſcheid.

§. I.

Es werden zwar noch heutiges Tages unter denen Reichs-Ständen diejenigen verſtanden, welche Siz und Stimme auf dem Reichs-Tage haben. Es iſt aber **unter der Natur der alten und der heutigen Reichs-Stände** dieſer **merckliche Unterſcheid**, daß jene vornemlich wegen ihrer Reichs-Aemter als Reichs-

Reichs-Bedienten an denen Reichs-Berahtſchlagungen Theil hatten, dieſe hingegen wegen ihrer unmittelbaren Reichs-Länder, und der ihnen darin zuſtehenden Landes-herrlichen Gewalt, als Bunds-Verwante und einen Cörper ausmachende Staaten, unter dem Kayſer als des Reichs Ober-Haupte ſich verſammlen, und mit demſelben Pacts-Weiſe die wichtigſten Reichs-Geſchäfte und Angelegenheiten abthun.

Conf. Spener d. l. Lib. 2. c. 11. §. 5. 6.

§. II.

Ob nun wohl allen heutigen Reichs-Ständen die Landes-herrliche Gewalt in ihren Ländern und Gebieten zuſtehet, ſo haben ſie doch nicht alle zu gleicher Zeit und auf gleiche Weiſe dieſelbe erlanget, weshalb es nicht undienlich iſt, den **Urſprung** ſolcher **Landes-herrlichen Gewalt in Anſehung der verſchiedenen Reichs-Stände** zu betrachten, weil man daraus erſehen kan, warum einige mehr, andere weniger bey der Reichs-Regierung zu ſagen haben, und warum durch die Vorrechte, ſo denen Kayſern gelaſſen worden, einiger Reichs-Stände Landes-herrliche Gewalt mehr, anderer weniger eingeſchräncket iſt.

§. III.

Die Herzoge ſind ſonder Zweifel die erſten geweſen, welche in denen Ländern, denen ſie anfangs Amts-Weiſe vorgeſtanden, **vollkommene Landes-Herren** geworden. Sie waren ſchon nach ihrem ehemaligen Amte die oberſten Statthalter des Königes in denen Haupt-Provinzien

a). Sie hatten einen nach des Königes Weiſe eingerichteten Hof b), und alle andere Reichs-Beamten ſtunden zu beſſerer Verbindung der Provinz unter ihnen c). Ihre Macht nahm zu, als die Herzogliche Würde erblich wurde, und die Kayſer entweder aus freyen Stücken ein Kayſerliches Reichs-Recht nach dem anderen denen Herzogen abtraten, oder dieſe ſelbſt bey dem verwirreten Zuſtande des Reichs ſolche Rechte an ſich riſſen. Hierzu kam, daß ſie den Adel ihres Landes durch gute Worte und freundliche Bezeugungen auf ihre Seite brachten, und von dem Kayſer, unter deſſen Gewalt ſie vorhero mehr als unter der Gewalt ihrer Herzoge ſtunden, abzogen, welches ihnen um ſo viel mehr gelunge, als das Reich in ſo groſe Unruhen verwickeit wurde, daß der Adel nicht mehr ohne groſe Beſchwerden auf denen Reichs-Tägen erſcheinen konte, und mit der Gewalt der Kayſer auch das Anſehen ihrer Hof-Gerichte verfiel. Denn da hielten ſich die Land-Stände immer mehr und mehr an ihren Herzog, und lieſſen ſich deſſen von des Kayſers Einſicht befreyete und abgeſonderte Regierung deſto mehr gefallen, jemehr dieſelbe anfangs eingeſchräncket war, und zu derſelben Verwaltung ſolcher Stände Raht und Beyſtimmung erfordert wurde.

a) Siehe das vorhergehende 6te Capitel §. 5.
b) S. das 7te Cap. §. 14.
c) S. das 4te Cap. §. 7.

§. IV.

Der Pfalz-Graf am Rhein regierete mit

mit Herzoglicher Gewalt in denen Kayſerlichen am Rhein gelegenen Tafel-Ländern, und hatte dahero ein gleiches Mittel zur **Landes-herrlichen Hoheit** zu gelangen, ja weil er faſt beſtändig am Hofe ſich aufhielt, fand er vor anderen Gelegenheit in beſagtem Landes-Strich durch des Kayſers Gunſt anſehnliche Güter zu erwerben.
vid. Spener Lib. 2. c. 3. §. 2.

§. V.

Die **Marck-Grafen in Brandenburg** brachten es bald dahin, daß ſie die von denen Sclaven eroberte Länder mit Herzoglicher Gewalt beherrſcheten, und fanden deſto weniger Schwürigkeit zur Erlangung der **Landes-Hoheit**/ weil ſie theils die Herzoge ſchon zu Vorgängeren hatten, theils dieſe neue Regierungs-Art der Sclaviſchen Staats-Verfaſſung nicht entgegen war.

§. VI.

Die Kayſer hatten zwar zu der aufnehmenden Macht der Herzoge theils ſtill geſchwiegen, theils dieſelbe obbeſagter maſen beförderet; weil aber die Noht alleine ſie darzu gezwungen hatte, ſo waren ſie frohe, als ſie Gelegenheit fanden die mächtigen Herzoge von Sachſen und Bayern Henricum Superbum und Henricum Leonem zu ſtürzen, und derſelben Länder zu trennen. Die Biſchöffe und Grafen, ſo unter dieſen Herzogen ſtunden, arbeiteten auch an ihrem Fall ſo viel ſie konten, weil ſie ſonſt aus unmittelbaren Reichs-Ständen ihre Land-Stände würden geworden ſeyn.

§. VII.

Dieſes war der **Anfang zu der Freyheit und Erhöhung der geringeren weltlichen Reichs-Stände**, deren Anzahl nach der Erledigung der Herzogthümer Schwaben und Francken noch mehr zunahme. Denn die Kayſer, denen daran gelegen war, daß die zerriſſene Herzogthümer nicht wieder zu der vorigen Gröſe und Macht gelangen möchten, ſchüzeten die aus der Zerrüttung ſolcher Länder erwachſenen geringeren Staaten, und beliehen dieſelben bald mit dieſem, bald mit jenem Rechte der Landes-herrlichen Gewalt unter dem Titul der Regalien. Ja ſelbſten die höheren Stände lieſſen ſich zur Sicherheit der Landes-herrlichen Rechte, welche ſie ſchon auf andere Weiſe an ſich gebracht hatten, dieſelben bey der Lehens-Empfängniß ihrer Länder bekräftigen und ertheilen.

§. VIII.

Die **freyen Reichs-Städte** ſind theils aus denen ehemals ſo genanten Königlichen oder Pfalz-Städten, theils aus der Trennung beſagter Herzogthümer entſtanden. Sie haben durch die Handlung ſich bereicheret, ihr Territorium auf verſchiedene Weiſe erweiteret, und theils durch die untereinander aufgerichteten Bündnüſſe, theils durch der Kayſer Gunſt und politiſche Abſichten bey ihrer Freyheit ſich geſchüzet; dahero ſie deſto leichter auch nach dem veränderten Zuſtande der Reichs-Stände in der Claſſe derſelben ſich erhalten.

§. IX.

Die unmittelbare Reichs-Ritterſchaft hat

hat ihren jezigen Zuſtand der Trennung des Schwäbiſchen und Fränckiſchen Herzogthums vornemlich zu dancken und von der Zeit die im Reiche entſtandenen Unruhen ſich zu nuze gemachet, und nicht nur durch die unter ſich aufgerichteten Bündnüſſe, ſondern auch durch die Gunſt der folgenden Kayſer bey ihrer jezigen Freyheit und Rechten ſich geſchüzet: Sie iſt aber unter denen heutigen Reichs-Ständen nicht mit begriffen; weil ſie entweder die Befreyung von denen Reichs-Anlagen höher gehalten, als die Ehre des Beytritts zu denen Reichs-Berathſchlagungen, oder auch, weil ſie unter denen Fürſten und Herren keinen Plaz finden können, mit denen Reichs-Städten hingegen, denen ſie annoch den Rang verweigeret, nicht einen Cörper formiren wollen.

§. X.

Es hat auch in der That dieſe Ritterſchaft den Zuſtand der geringeren Reichs-Stände nicht zu beneiden, weil ſie faſt gleicher Rechte mit denenſelben genieſſet, und bey dem Genuß derſelben nicht nur durch das Weſtphäliſche Friedens-Inſtrument, und andere Reichs-Grund-Geſeze, ſondern über dem durch die Gunſt des Kayſerlichen Hofes geſicheret iſt, deſſen Intereſſe es erforderet dieſelbe wider diejenigen Reichs-Stände zu ſchüzen, welche die in ihrem Territorio ſich befindende unmittelbare Reichs-Ritterſchaft gerne zu Landſaſſen machen wolten.

§. XI.

Die **geiſtliche Fürſten und Herren** haben bey der Reichs-Standſchaft ungeachtet der

dabey vorgefallenen Veränderung nichts verlohren, weil nicht allein ihre Stifter gar zeitig mit anſehnlichen Gütern bereicheret worden, und die Kayſer ihnen aus damaliger unbeſonnenen Andacht viel anſehnliche Rechte zugewant, ſondern auch, weil ſie Gelegenheit gefunden von des Kayſers Juriſdiction ſich durch des Pabſtes Hülffe los zu machen, die Verwaltung der Kirchen-Güter und der weltlichen Gerichtbarkeit denen vormals darüber beſtellten Schirm- und Kaſten-Vögten aus denen Händen zu ziehen, und zu Befeſtigung ihrer Landes-Herrſchaft denen weltlichen Reichs-Ständen in ihren politiſchen Künſten zu folgen.

§. XII.

Unter dieſen bishero beſchriebenen Reichs-Ständen haben **einige das Recht erworben den Kayſer im Namen des ganzen Reichs zu erwählen**/ und dadurch Gelegenheit bekommen ihr Anſehen und ihre Vorrechte gewaltig zu vermehren, inſonderheit von der Zeit an, da es aufgekommen denen erwählten Kayſern eine Capitulation vorzuſchreiben, und dieſe Fürſten das Recht, dieſelbe aufzuſezen, ihnen vorbehalten. Sie **werden** von dieſem Rechte den Kayſer zu erwählen **Churfürſten genannt**/ und ſind nunmehro neune in der Anzahl, namentlich, Maynz, Trier, Cöln, Böhmen, Bayern, Sachſen, Brandenburg, Pfalz und Hannover.

§. XIII.

Der glaubbareſte **Urſprung des Churfürſtlichen** *Collegii* iſt dieſer: Obgleich die Wahl eines Kayſers ehemals von allen Fürſten und Herren

ren des Reichs mit Beyſtimmung der auf Wahl-Tägen gleichfals gegenwärtigen Völcker geſchehen: So bemercken doch die Geſchichts-Schreiber, daß bey ſolcher Wahl die vornehmſten Reichs-Fürſten, und inſonderheit die, ſo mit denen obbeſchriebenen Reichs-Aemtern verſehen waren, das meiſte zu ſagen gehabt, und gleichſam eine Vorwahl angeſtellet, welche die übrigen durch ihren Beyfall beſtärcket a). Als nun dieſe Reichs-Aemter erblich wurden b), und dabey ſolche Unruhen im Reiche vorfielen, daß bey denen Wahl-Tägen ſich nur die Mächtigſten mit Sicherheit einfinden konten: So wurde beſagten Reichs-Erz-Beamten, deren Gegenwart bey ſolcher Reichs-Verſammlung nohtwendig war, die ſchönſte Gelegenheit gegeben, einen und den anderen Kayſer zur Zeit des Interregni allein zu erwählen c). Der Pabſt gab auch ſeine obgleich unnöhtige Authorität zu dieſer Neuerung, als er dieſe Fürſten alleine ermahnete zu einer Kayſer-Wahl zu ſchreiten, damit das unruhige Interregnum aufhören möchte, und in ſeinem Ermahnungs-Schreiben ihr Wahl-Recht ein altes wohl hergebrachtes Herkommen nannte d). Denn von der Zeit an hat man beſagte Erz-Beamten wegen ihres erlangten Rechts, den Kayſer in des ganzen Reichs Namen zu erwählen, nicht angefochten. Und wann gleich nach der Zeit bey einer Kayſer-Wahl ſich noch andere Fürſten zuweilen einfanden, ſo geſchahe es doch nicht aus einem Rechte ihre Stimme dazu zu geben, oder es waren Fürſten von einem Hauſe, welche ihr Recht zur Wahl auf ei-

ne beſondere Pretenſion gründeten, und nicht ſo-
wol mit denen Churfürſten, als mit ihren Agna-
ten, darüber ſtritten e), bis auch dieſer Streit in
der Guldenen Bulle gehoben worden.

a) Spener Lib. 2. c. 4. §. 5. c. d.
b) id. Cap. præced. §. 11.
c) Struv. d. l. c. 16. §. 9.
d) Spener Lib. II. c. 4. §. 5. f. §. 7. d.
e) id. d. l. not. b.

§. XIV.

Ob nun zwar die Erz-Aemter des Reichs
denen, welche ſie verwaltet, zur Erlangung der
Wahl-Gerechtigkeit viel geholffen, ſo ſind doch
dieſelben nicht als der eigentliche Grund, ſondern
nur als die **Gelegenheit der erlangten Chur-
Würde** anzuſehen a), vielmehr hat ſich dabey
alles allein auf ein Reichs-Herkommen b), und
den heimlichen Conſens der übrigen Reichs-Für-
ſten gegründet, bis der Kayſer Carl der IVte die
oben beſchriebene Guldene Bulle abfaſſen laſſen,
in welcher von ihm und dem ganzen Reiche de-
nen Erz-Biſchöffen zu Mayntz, Trier und Cöln,
ingleichem dem Könige von Böhmen, dem Pfalz-
Grafen am Rhein, dem Herzoge von Sachſen
und dem Marck-Grafen von Brandenburg die
Chur-Würde auf ewige Zeiten zuerkant wird.

a) Spener d. l. §. 6. a. Ludwigs Erläut. der Guldenen Bulle tit. 27. §. 1. p. 659. ſeqq.
b) Guldene Bulle tit. 1. pr. tit. 2. §. 8. Spener d. l. §. 6. 7. Struv. Cap. 6. §. 12. 13.

§. XV.

In dem Weſtphäliſchen Frieden wurde die
Pfälziſche Chur-Würde nebſt dem Erz-Truch-
ſeſſen-Amt dem Bayeriſchen Hauſe gelaſſen, und
dem

dem Pfälziſchen Hauſe zu Liebe **die achte Chur-Würde eingeführet** / doch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß nach Abgang der Bayeriſchen Wilhelminiſchen Linie Chur-Pfalz wiederum in ſeine vorige Stelle tretten, und die achte Chur abgethan ſeyn ſolte.

I. P. O. art. IV.

§. XVI.

Wegen der **Aufrichtung der neunten Chur** vor das Herzogliche Braunſchweig-Lüneburgiſche Haus Hannöveriſcher Linie hat es im Reiche groſe Unruhen gegeben a), weil der Kayſer den Reichstäglichen Conſens dazu nicht gebührend erforderet. Es iſt aber derſelbe an. 1708. völlig erfolget, und darauf in ſelbigem Jahre dieſes Haus ins Churfürſtliche Collegium introduciret worden b). Nun iſt zwar mit dieſer neunten Chur noch kein beſonderes Erz-Amt verknüpffet; Weil aber die alte irrige Meinung, daß die Chur-Würde auf die Erz-Aemter ſich gründe, faſt erloſchen iſt, und zur gegenwärtigen Zeit die Verwaltung ſolcher Erz-Aemter bey der Kayſerlichen Crönung, denen Churfürſten mehr zum Nachtheil, als zur Ehre gereichet: So ſcheinet es, daß man der Mühe, ein neues Erz-Amt zu erfinden, ſich entſchlagen könne.

a) Struv. d. l. c. 17. §. 29. ſeqq.
b) Fabri Staats-Canz. Tom. 13.

§. XVII.

Weil übrigens **zu der heutigen Reichs-Standſchaft erforderet** wird, daß ein Fürſt, Graf und Herr, der im Fürſt- oder Gräflichen Collegio aufgenommen ſeyn will, mit einem im-

mediaten Fürſtenthum reſpective Graf-oder Herrſchaft ſich genugſam qualificiret, und mit einem Standes-würdigen Reichs-Anſchlag in einen gewiſſen Creyß eingelaſſen und verbunden, und über ſolches alles, nebſt dem Churfürſtlichen auch das jenige Collegium und Banck, darinnen ſie aufgenommen werden ſollen, in die Admiſſion ordentlich gewilliget habe a), ſo iſt wohl nicht zu vermuhten, daß das Reich mit neuen Ständen ſo leicht werde vermehret werden.

a) Capit. art. 1. §. Auch keine Fürſten ꝛc.

§. XVIII.

Wann jemand/ der mit ſolchen Reichs-Gütern nicht verſehen iſt, vom Kayſer, mit der Reichs-Stände ausdrücklichen Bewilligung a), zum Siz und Stimme auf dem Reichs-Tage gelaſſen wird, ſo werden doch deſſen Nachkommen davon ausgeſchloſſen, ſo lange ſie mit ſolchen Gütern nicht gebührend verſehen ſind b).

a) An. 1662. wurde dem Kayſer Leopold zu gefallen deſſen obriſter Hof-Meiſter der Fürſt von Porcia auf die Weiſe unter die Reichs-Stände aufgenommen. Siehe Leben und Thaten Kayſers Leopoldi I. Theil p. 487.

b) R. A. von an. 1654. §. 197.

§. XIX.

Es iſt aber **nicht nöhtig/ daß der Beſizer eines unmittelbaren Fürſtenthums oder Grafſchaft ꝛc. die Belehnung** darüber **unmittelbar vom Kayſer empfange;** Noch weniger iſt daran gelegen, ob ſolche Güter Lehen oder Allodial ſind.

Beydes beſtärcket mit vielen Exempeln Pfeffing. Lib. III. tit. 15. §. 10. p. 1127. ſeqq.

§. XX.

§. XX.

Es begreift zwar der **Nahme eines Reichs-Standes** alle diejenigen, welche denen Reichstäglichen Berahtſchlagungen beyzuwohnen, und dabey ihre Stimme zu geben das Recht haben. Nachdeme aber die Churfürſten angefangen von dieſer General-Benennung ſich auszuziehen, ſo haben die Fürſten ebenfals mit denen geringeren Ständen ſich nicht unter einem Namen wollen begreiffen laſſen; dahero wird jezund gemeiniglich die Formul der **Churfürſten/ Fürſten und Stände** gebrauchet, wenn von allen Reichs-Ständen die Rede iſt.

§. XXI.

Unter dem **Namen der Glieder des Reichs** werden zwar auch die Reichs-Stände oft verſtanden, inſonderheit wann von des Reichs Haupt und Gliedern geredet wird. Es pflegen aber die Publiciſten nunmehro den Namen der Reichs-Glieder gemeiniglich der unmittelbaren Reichs-Ritterſchaft beſonders beyzulegen, weil ſie in der Zahl der Reichs-Stände nicht begriffen, aber doch dem Heiligen Reiche unmittelbar unterworffen iſt, und dahero zu denen **Gliedern** gehöret, welche dem Reiche anhängig und gehorſam ſind a).

a) R. A. zu Trier de an. 1512. §. 2. 5. add. Spener Lib. II. c. 7. §. 1.

§. XXII.

Die **Reichs-Stände theilen ſich auf dem Reichs-Tage in drey** *Collegia* **oder Rähte**/ namentlich das **Churfürſtliche**/ das **Fürſt-**liche

liche und das Städtiſche/ wovon man die beyden erſten die hohen Reichs-Collegia zu nennen pfleget. Man kan aber die Grafen und Herren, ungeachtet ſie zu dem Fürſtlichen Collegio auf dem Reichs-Tage gehören, von denen Fürſten deswegen abſonderen, weil ſie 1) nicht eines gleichen Rangs und gleicher Vorrechte mit denen Fürſten genieſen, 2) nach dem Reichs-Stylo von jenen abgeſonderet, und mit denen Reichs-Städten unter dem General-Namen der Stände begriffen werden, auch 3) unter einander in einer beſonderen Correſpondenz und Vereinigung ſtehen.

§. XXIII.

Der Religion nach werden die Reichs-Stände in zwey Partheyen a) eingetheilet/ nemlich in die von der alten Religion, und in die von der Augſpurgiſchen Confeſſion b); die lezteren führen auch den Namen der Proteſtanten c). Ob nun wohl dieſe unter einander in Lutheraner und Reformirten ſich abtheilen, und die erſten ſelbſt eine zeit lang den Namen der Augſpurgiſchen Confeſſions-Verwanten denen lezteren nicht geſtatten wollen: So haben ſie doch ſeit der Zeit des Weſtphäliſchen Friedens, worin die Reformirten denen Lutheranern in allen Stücken gleich gemachet d), und der Name der Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten beyden Theilen beygeleget worden e), nicht nur ferner kein Bedencken getragen dieſen Namen auf dem Reichs-Tage gemeinſamlich zu gebrauchen, ſondern über dem noch neulich ſich groſe Mühe gegeben eine Religions-Vereinigung unter einander zu treffen f). Nun iſt zwar wenig zu hof-

fen

ſen, daß man dieſelbe jemals völlig erreichen werde, ſo lange nicht davor geſorget wird, daß daben der Cleriſey auf beyden Seiten von ihrem Nuzen nichts abgehe, welcher als der wahre Stein des Anſtoſſes anzuſehen iſt: Es hat aber ſchon der bisherige Verſuch dieſe gute und zur politiſchen Vereinigung faſt zulängliche Frucht geſchaffet, daß beyde Theile ihre Geiſtlichen zum Glimpf und zur Verträglichkeit anzuweiſen ſich verbunden.

a) Daher die Formul: utriusque Religionis Principes & Status, in dem I. P. O. oft vorkommet. vid. art. V. in pr. & §. 1. wo dieſer zwey Partheyen ausdrücklich gedacht wird: Quod uni parti juſtum eſt, alteri quoque ſit juſtum. Conf. Meditat. ad I. P. art. 4. §. 19. p. 75.

b) Religions-Friede art. 15.

c) Dieſelben haben bekanter maſen ihren Namen von der Proteſtation, ſo ſie wider das Speyeriſche Decret an. 1519. förmlich eingewant.

d) I. P. O. art. 7. placuit, ut quicquid Juris aut Beneficii cum omnes aliæ Conſtitutiones Imperii tum Pax Religionis & publica hæc tranſactio in eaque deciſio gravaminium cæteris Catholicis & *Auguſtanæ Confeſſioni addictis Statibus* & Subditis tribuunt, id etiam *iis*, *qui inter illos Reformati vocantur*, competere debeat. add Capit. art. 2.

e) dd. ll. add. art. V. §. 38. allwo unter die Schleſiſche Fürſten von der Augſpurgiſchen Confeßion, auch die von der Reformirten Religion gezählet werden. Capitulat. art. 1 §. So viel aber ꝛc.

f) vid. Staats-Canzley Tom. 41. c. 8. Tom. 42. c. 9. Hofmanns Religions-Beſchwerden.

§. XXIV.

Dieſe heutige Eintheilung der Reichs-Stände iſt von groſer Wichtigkeit, weil die von der Augſpurgiſchen Confeßion einen beſonderen Cörper formiren a), und durch ihre nunmehro in

in völligen Gang gebrachte Vota Communia Corporis Evangelici denen Votis derer Catholiſchen, welche ihnen in den beyden höheren Collegiis an Anzahl überlegen ſind, die Wage halten können, maſen die Pluralität der Stimmen auf dem Reichs-Tage nicht ſtat hat, wenn von ſolchen Sachen gehandelt wird, da das Reiche nicht als ein Cörper kan betrachtet werden.

a) Siehe unten V. B. I. Cap. §. 25.

§. XXV.

Diejenigen, welche mit dem Furſtenerio a) die **Reichs-Stände in die mächtigen** und **ohnmächtigen oder ſchwächeren** abtheilen, und unter dem Namen der erſten diejenigen verſtehen, welche im Stande ſind, eine anſehnliche Mannſchaft auf denen Beinen zu halten, und dadurch in- und auſſerhalb des Reichs zu denen Welt-Geſchäften etwas beyzutragen, haben zwar zur Behauptung dieſer Eintheilung keine Reichs-Geſeze vor ſich, welche vielmehr denen Schwächeren ſowol, als denen Mächtigeren die Landes-herrliche Gewalt beylegen, und dieſe nicht weniger als jene zur Treue und Pflicht gegen das Reiche verbinden, auch denen Ständen durchgehends alle Gewaltſamkeiten und Thätlichkeiten gegen ihre Mit-Stände verbieten: Es äuſeret ſich aber in der That ein groſer Unterſcheid zwiſchen denen Reichs-Ständen, welche auf beſagte Weiſe vor mächtig können gehalten werden, und denen, welche zu ſolcher Anzahl nicht gehören; Welches deswegen jedes Orts ſoll erinneret werden.

a) In Tr. de Jure Suprematus, wovon der ſel. Herr von Leibnitz der Author iſt.

III. Buch

IIItes Buch.

Von dem Kayſer/ als des Heil. Röm. Reichs Oberhaupte, von dem Römiſchen Könige, und von denen Reichs-Vicarien.

I. Capitel.

Von dem Amt / Titul und Anſehen des Oberhaupts des Heiligen Reichs.

§. I.

Gleichwie **in dem Teutſchen Fränckiſchen Reiche** die Regierung derer Reichs-Stände, nicht ſo ſehr die Natur einer Souverainen Gewalt, als das Anſehen eines hohen Amtes gehabt; Alſo iſt gleichfals **die Königliche Würde** zu der Zeit als ein Amt betrachtet, und die Perſon, welcher dieſelbe zugefallen, bey Antritt der Regierung angehalten worden, ſich zu treuer und gerechter Verwaltung deſſelben eydlich zu verbinden.

vid. Limn. enucl. Lib. I. c. 8. Spener Lib. II. c. 2. §. 9. Lehmann Lib. I. c. 4. p. 52.

§. II.

zu Rahte gezogen; So daß ſchon damals wo nicht alle doch die vornehmſten Reichs-Fürſten Mit-Gehülffen der Regierung von ihnen genennet worden a).

a) Coadjutores & Cooperatores. vid. Capitular. Caroli M. & Ludovici Pii in Lehm. Spr. Cr. d. l. p. 52. 53.

§. V.

Das oberſte Amt des Königes/ wie der oben angeführte Lehmann es p. 54. beſchreibet, beſtund in dieſen drey Puncten, 1) daß GOttes Ehre und der Kirchen und dero Zugehörigen Schuz und Schirm gehandhabet werde, 2) daß Friede und Gerechtigkeit im ganzen Königreich in gutem beharrlichen Weſen verbleibe, 3) daß der König auf allen Reichs-Verſammlungen zu Handhab- und Fortſezung angeregter Dinge alle Fürſten-Stände und Reichs-Beamte erinneren und anmahnen ſolle.

§. VI.

Solchergeſtalt war das Amt des Königes von dem Amte der Reichs-Fürſten und Herren nur darin unterſchieden/ daß jenes ſich durchs ganze Reich, dieſes allein über ein gewiſſes Volck oder ein gewiſſes Land erſtreckete. Denn gleichwie der König über das Amt der Stände die oberſte Aufſicht hatte, und wenn ſie daſſelbe übel verwalteten, auf einem Reichs-Tage ſie zur Verantwortung zog, und durch ihre Mit-Stände ein Urtheil über ſie ausſprechen lies; Alſo hatten die Stände hinwiederum ein wachſames Auge über die Aufführung des Königes und pflegeten denſelben nicht nur ſeiner verſäumten Pflicht

zu erinneren, ſondern wohl gar abzuſezen a), wann er entweder zur Regierung des Reiches ungeſchickt, oder von ſeiner Amts-Pflicht ſo weit abgewichen war, daß man alle Hofnung zur Beſſerung aufgeben muſte.

a) Spener Lib. II. cap. 2. §. 9. p. 93. ſeqq. in not.

§. VII.

Dieſe Reichs-Regierung wurde **nach dem Abgang der Carolingiſchen Könige in Teutſchland nicht geänderet.** Denn obgleich zu der Zeit ſchon einige Reichs-Stände ſich in ſolchen Stand geſezet hatten, daß ſie in beſondere Staaten ſich hätten zertheilen können, welches man auch bey der Abſezung Caroli Craſſi beſorgete a): So durften doch dieſelben es nicht wagen ein gemeinſames Oberhaupt zu verwerffen, weil nicht nur alle niedrigen Stände, ſondern auch alle Erz- und Biſchöffe, welche bey ſolcher Veränderung viel würden verlohren haben, die Beybehaltung eines gemeinſamen Oberhauptes verlangeten. Es hatten über dem alle ſowohl hohe als niedrige Reichs-Stände von auswärtigen Reichs-Feinden damals groſe Gefahr zu beſorgen, welcher ſie nicht anders widerſtehen konten, als wenn ſie unter einem Haupte vereiniget blieben.

a) Siehe davon wegen Teutſchland die Worte Rheginonis ad an. 888. ap. Struv. Corp. Hiſt. Germ. p. 201. wegen Italien pag. m. 138.

§. VIII.

Es fehlet aber ſo viel, daß Conrado I. vor den die freye Wahl ausfiel, mehr Gewalt als ſeinen

inen Vorfahren wäre eingeräumet worden, daß ielmehr aus ſeinen Kriegen mit denen Reichs-Herzogen von Sachſen und Bayern erhellet, wie ieſe geſuchet mit grööſſerer Freyheit in ihren Länderen zu regieren, und dem Kayſer ſich nicht weir unterwerffen wollen, als es die gemeinſame Wohlfart von verbundenen Staaten erforderet.

§. IX.

Es blieb auf die Weiſe **der König das Haupt des ganzen Reichs**/ und wurde in der Ausübung ſeines obbeſchriebenen Amtes nicht geänderet, wenn er es zur allgemeinen Sicherheit nd ohne Nachtheil der zur Landes-Herrlichkeit ch erhebenden Stände gebrauchen wolte. Wann ber einige Könige durch ihre eigene Macht ſich erleiten lieſſen mit ſolchen Ständen als mit ihen Unterthanen umzugehen: So entſtunden darber innerliche Kriege, wobey jene gemeiniglich en Kürzeren zogen, und dieſe hingegen ſich nmer mehr und mehr Wege zu einer freyen Reierung in ihren Länderen bahneten. Carolus V. nd Ferdinandus II. ſind die lezten geweſen, wele ſich mit allen Kräften bearbeitet haben, das Kayſerliche Amt in eine wahre Souveraineté zu verandlen; Es iſt aber nicht allein ihr Unternehen verunglücket, ſondern über dem denen **Stänen** dadurch **Gelegenheit** gegeben worden ihe **Landes-Herrlichkeit durch klare Reichs-Verträge zu befeſtigen**/ und **die Regierung es Kayſers durch die Capitulation** ſo zu *mitiren*/ daß mit deſſen Kayſerlichen Amt des

Reichs Wohlfart und der Stände Landes-Hoheit und Gewalt beſtehen kan.

§. X.

Vor Ottonis M. Zeiten führete der Fürſt, welchen die Stände des Teutſchen Reichs zum Oberhaupte gewählet hatten, den Titul eines Königes. Otto aber nahm nach dem Exempel Caroli M. den **Titul eines Römiſchen Kayſers** an; Und weil unter ihm und ſeinen Nachkommen das Königreich Italien ſowohl als das Recht der Ober-Herrſchaft über die Stadt Rom auf ewige Zeiten mit der Teutſchen Crone verknüpffet wurde, ſo bekame nach der Zeit das Teutſche Reich den **Namen des Römiſchen Reichs.** Der **Titul des Heiligen Römiſchen Reichs Teutſcher Nation**/ welcher annoch im Gebrauch iſt, kam unter der Regierung des Kayſers Maximiliani auf, welcher des Reichs alte Anſprüche dadurch bewahren wolte, in welcher Abſicht dieſer Titul eine nicht unvernünftige Bedeutung hat.

§. XI.

Ob nun wohl beſagter maſen der Titul eines Römiſchen Kayſers von denen Teutſchen Königen allein wegen der Herrſchaft über die Stadt Rom angenommen worden, und alſo in dem Verſtande wenig zu bedeuten gehabt: So hat doch **das Andencken der ehemaligen Macht der alten Römiſchen Kayſer denen Teutſchen Königen**/ da ſie denſelben angenommen, **ein groſes Anſehen** in- und auſſerhalb des Reiches **erworben.**

§. XII.

§. XII.

Noch mehr hat darzu beygetragen der von nen als **Römiſchen Kayſern** übernommene Schuz des Römiſchen Stuhls, weil ſie um deswillen den **Titul eines oberſten Haupts und Vogts der Chriſtenheit**/ ja ſo gar eines Haupts er Welt bekommen; denn da der Pabſt von al- n Chriſtlichen Nationen vor das ſichtbare Haupt er Chriſtlichen Kirche erkant und geehret wurde: o ware es natürlich, den weltlichen Ober-Her- en und Beſchüzer deſſelben, als das weltliche Haupt der Chriſtenheit zu verehren a). Wie dann m deswillen die Chriſtliche Potentaten bey un- ren Kayſern nicht allein die Erhöhung zur Kö- iglichen und anderen hohen Würden vor deme eſuchet b), ſondern denſelben faſt überall zum Entſcheider ihrer unter einander habenden Irrun- en gebrauchet. Ja es iſt bekant, daß um be- agter Urſache willen, die Kayſer bey denen Creuz- Zügen das Haupt der aus allen Königreichen erſammleten Chriſtlichen Armee geweſen.

a) vid. Ludwig ad A. B. præm. p. 9. Pfeffing. Lib. I. tit. 4. §. 7. 8. in not. Spener d. l. Lib. 2. c. 2. §. 2. g.
b) vid. Struv. Synt. J. P. c. 12. §. 2. 3.

§. XIII.

Da nun unſere Kayſer in der ganzen Chriſtenheit in ſo hohen Ehren geſtanden, daß ſie als das Haupt derſelben angeſehen worden: So haben **die Reichs-Stände** auch nach erlangter völliger Landes-Herrſchaft **kein Bedencken getragen/ denſelben vor ihr beſonderes Oberhaupt zu erkennen**/ und bey allen offentli-

chen Gelegenheiten dergeſtalt zu ehren, daß dadurch ſein Vorzug vor allen Potentaten ſich hervor thun, und das Römiſche Reich Teutſcher Nation ſeinen alten Glanz behalten möchte.

II. Capitel.

Von der Wahl und Crönung des Kayſers.

§. I.

Daß das Teutſche Reich von der Zeit an, da es von dem alten Fränckiſchen Reiche ſich abgeſonderet, ein eigentliches Wahl-Reich geweſen, iſt bereits erwieſen worden. Ich habe auch beſchrieben, wie das Wahl-Recht, welches ſonſt allen Fürſten und Herren des Reichs, obgleich mit einiger natürlichen Ungleichheit, gemein geweſen, auf gewiſſe Fürſten gebracht worden, welche ſich deswegen Churfürſten nennen. Jezund will ich, ohne bey denen alten Wahl-Ceremonien mich aufzuhalten a), nur die vornehmſten Umſtände des heutigen Wahl-Geſchäftes berühren, bey denen Puncten aber, welche das Recht und die Pflichten der Churfürſten bey ſolcher Wahl und die nöhtigen Eigenſchaften der zu erwählenden Perſon betreffen, mich länger als die meiſten Publiciſten aufhalten.

a) Siehe hievon Struv. S. J. P. c. 7. §. 5.

§. II.

Die Guldene Bulle verbindet nur die Churfürſten

ürſten **einen gerechten / guten und nüzli-chen Menſchen** a) zu erwählen, der zu Füh-ung der Kayſerlichen Würde **geſchickt** ſeye b); Die Publiciſten aber ſezen noch viele andere Ei-jenſchaften hinzu c), welche auf ein Reichs-Her-ommen ſich gründen ſollen, und dieſe ſind, daß er zu Erwählende ächter Geburt, männliches Beſchlechtes, weltlichen hohen Standes, und in Teutſcher ſeye.

a) Guldene Bulle tit. 2. §. 2.

b) ib.d. §. 3.

c) vid. Vitriarius Lib. I. tit. 5.

§. III.

Wir haben zwar an Arnulpho ein Exempel, daß auch ein natürlicher Prinz den Königlichen Teutſchen Thron beſtiegen. Weil aber damals unächte Kinder der Nachfolge in die vätterlichen Länder nicht unfähig waren, welches die Teut-ſchen Gewonheiten in Lehen-Gütern nicht mehr zulaſſen: So iſt wohl nicht zu vermuhten, daß ein unächter Prinz zur Kayſerlichen Würde ge-angen werde. Ja der Sachſen-Spiegel, wel-cher wo nicht die geſchriebene doch ungeſchriebene Geſeze der Teutſchen in ſich hält, meldet aus-drücklich, **daß der König ächter Geburt ſeyn müſſe** a), zu geſchweigen, daß aus der Erzeh-lung einiger Geſchichts-Schreibern, daß Frideri-cus II. ſeine ächte Geburt auf dem Reichs-Tage zu Merſeburg erweiſen müſſen b), ob ſie gleich ungegründet iſt, dieſes dennoch erhellet, daß ſchon zu der Zeit die Meinung im Reiche gewe-

ſen ſeye, daß kein unächter Prinz die Kayſerliche Crone tragen könne.

a) Lib. iii. art. 54.

b) Pfeffing. ad Vitriar. Lib. I. c. 5. §. 2. not. b. Spener Lib. IV. c. 2. §. 4. h.

§. IV.

Eine Weibs-Perſon auf den Kayſerlichen Thron zu erheben/ iſt denen Reichs-Geſezen nicht entgegen. Und könten dahero die Churfürſten, wenn ſie es dem Reiche heilſam hielten, einer Prinzeßin die Regierung des Reiches aus gleichem Rechte anvertrauen, als man vormals denen Kayſerinnen verſtattet, im Namen ihres abweſenden Gemahls oder unmündigen Prinzen dieſelbe zu verwalten, wovon ſehr rühmliche Exempel in der Reichs-Hiſtorie vorhanden ſind a), und da in Pohlen ehemals die Prinzeßin Hedwig aus Liebe vor den Piaſtiſchen Stamme zur Königin erwählet worden: So könten einer Erz-Herzogin in Oeſterreich, daferne in dieſem Durchläuchtigſten Hauſe (welches GOtt verhüte) die Erz-Herzoge aufhören ſolten, nicht nur die hohen Verdienſte ihrer glorreichen Vorfahren, ſondern noch andere auf des Reichs Erhaltung gegründete Urſachen b) den Weg zum Kayſerthum bahnen.

a) Siehe inſonderheit das Exempel der Kayſerin Adelheit Kunigundæ und Agnes in Hahns Reichs-Hiſtorie. Conf. C. c. 3. §. 2.

b) Monzamb. c. 2. §. 4.

§. V.

Ein würcklicher geiſtlicher Fürſte wird ſchwerlich auf die Wahl kommen, weil ſich nur dieſe-

diejenigen dem geiſtlichen Stande widmen, die keine eigene Erb-Länder haben, und ſchon um deswillen allein zum Kayſerthum ſich keine Hofnung machen können. Wenn aber ein geiſtlicher Fürſte ein Erbe anſehnlicher weltlicher Länder würde, ſo müſte ihm ſein geiſtlicher Stand den Weg zum Kayſerlichen Thron nicht verſchlieſen, weil er denſelben vor oder nach der Wahl niederlegen könte. Und obwohl in der Guldenen Bulle geſaget wird, daß die Churfürſten dem Chriſtlichen Volcke ein **weltlich Haupt** erwählen ſollen, ſo wird doch daraus ohne Grund der Schluß gemachet, daß ein Laye nicht Wahl-mäſig ſeye, weil dieſe Worte eine ganz andere Bedeutung haben a).

a) vid. h. Cap. præced. §. 12. Conf. Spener Lib. 4. c. 2. §. 4. f.

§. VI.

Der **Gräfliche Stand** iſt zwar von ſolcher Würde, daß Kayſer daraus können genommen werden. Aber bey jezigen Umſtänden des Reichs wird wohl kein Graf an die Kayſerliche Crone gedencken, weil es faſt unumgänglich iſt, einen ſolchen Fürſten zu erwählen, welcher an ſich ſelbſt mächtig genug ſeye das Reich in ſeiner Vereinigung, und zwiſchen denen Europæiſchen Potenzen die Wage zu halten, um welcher Urſachen willen die Kayſer von ſo langen Jahren her aus dem Erz-Herzoglichen Oeſterreichiſchen Hauſe genommen worden.

§. VII.

Daß **der Reichs**-*Candi at* nohtwendig

ein Teutſcher Prinz ſeyn müſſe, wird von denen Publiciſten faſt durchgehends vorgegeben. Sie berufen ſich alle auf die beym Schleidano befindliche Rede, durch welche der Churfürſt von Maynz den König in Franckreich Franciſcum I. von dem Kayſerthum auszuſchlieſen ſich bemühet, und worin er ſich auf ein Geſez beziehet, ſo die auswärtigen Fürſten davon abhalte a); Alleine zu geſchweigen, daß vielleicht Philippus Melanchton, und nicht beſagter Churfürſte der Urheber dieſer Rede iſt b): So erhellet der Ungrund dieſes Anbringens daraus, daß dieſes Geſeze nirgend zu finden iſt.

a) De Gallo arbitror nos impediri *noſtris Legibus* & jure jurando. Eſt enim diſerto conſtitutum, ne extero ſed Germanico Principi Imperium commendemus. Schleidanus Lib. I. p. 20. lit. a. Pfeffing. Lib. I. tit. 5. §. 3.
b) Schock Exercit. ad Monzamb. p. 9.

§. VIII.

Es meinen zwar einige, denen der Herr Pfeffinger beyfält a), daß ſich dieſes Churfürſten Meinung auf die oben angeführten Texte der Güldenen Bulle beziehe, welche eine dem Reiche nüzliche und zur Regierung deſſelben tüchtige Perſon erforderen. Ob nun wohl dieſe Eigenſchaften nach der Regel ſich ehe bey einem Teutſchen als bey einem auswärtigen Fürſten finden möchten: So wird doch belobter Author ſchwerlich beweiſen können, daß **dieſe Regel** nicht **ihre Ausnahme** habe, und ſolche Umſtände vorfallen könten, da ein Fremder dem Reiche heilſamer und nüzlicher wäre als ein Einheimiſcher, wor-

über

über das Urtheil denen Churfürſten nohtwendig muß überlaſſen werden.

a) vid. loc. alleg. § præc. Thomas ad Monzamb. c. 4. §. 5. not. a.

§. IX.

Will man hingegen gedachte Worte des Schleidani auf ein ungeſchriebenes Geſeze deuten, und zum Beweis anführen, daß Franciſcus I. um deswillen in der Wahl hindan geſezet worden: So würde ſolches nicht allein dem wahrhaften Verlauf der Sachen bey dieſer Wahl entgegen ſeyn, welche aus weit erheblicheren Urſachen vor Carolo V. ausgeſchlagen a), ſondern auch durch die würckliche Wahl fremder Prinzen, als des Richardi von Engelland und Alphonſi von Caſtilien, können widerleget werden.

a) vid. Schleidan. d. l.

§. X.

Daß ein proteſtirender Fürſte wegen ſeiner Religion nicht untüchtig ſeye die Kayſerliche Crone zu führen / kan kein unpartheyiſcher Publiciſte leugnen, weil er ſonſt die Gleichheit aufheben würde, welche nach der klaren Vorſchrift des Oßnabrückiſchen Friedens zwiſchen denen Ständen des Reichs von beyden Religionen ſtat haben ſolle, ſo weit ſolche Gleichheit" mit der Regierungs-Form des Reichs, mit deſſen Sazungen und mit beſagtem Friedens-Schluß beſtehen kan a). Denn es findet ſich bey der heutigen Reichs-Verfaſſung nichts, was einem Evangeliſchen Fürſten den Weg zum Kayſerlichen Throne verſchlieſen könte, als daß die Zahl der

Catho-

Catholiſchen Churfürſten, die von der Augſpurgiſchen Confeßion weit übertriſt, und folglich nicht zu hoffen iſt, daß bey ſolcher Bewantniß die meiſten Stimmen vor einen Evangeliſchen ausfallen ſolten. Es erhellet auch zur Genüge, daß die Catholiſchen ſelbſt dieſer Meinung ſind, weil ſie ſich ſo ſorgfältig bezeugen der Pluralität der Stimmen in dem Churfürſten-Raht ſich zu verſicheren, und zu dem Ende bey jüngſter Reichstägigen Bekräftigung des neunten Electorats ausdrücklich bedungen haben: „daß wenn aus dem „Hauſe Pfalz kein Catholiſcher Nachfolger an „der Pfälziſchen Chur mehr übrig, ſondern ſel„bige an einen Augſpurgiſchen Confeßions-Ver„wanten gefallen ſeyn ſolte, und die Hannoveri„ſche Chur-Linie noch ſtünde, alsdann denen Ca„tholiſchen ein Votum Supernumerarium verſtattet, „und durch den vorſizenden Catholiſchen Chur„fürſten geführet werden ſolle b).

a) Inter utriusque Religionis Electores Principes, Status omnes & ſingulos ſit æqualitas exacta mutuaque, quatenus formæ Reipublicæ, Conſtitutionibus Imperii & præſenti Conventioni conformis eſt, ita ut quod uni Parti juſtum eſt alteri quoque ſit juſtum. I. P. O. art. V. §. 1.

b) vid. Concluſum 3. Collegiorum in der Chur-Braunſchweigiſchen Introductions-Sache, in Fabri Staats-Canzley Tom. XIII. p. 370.

§. XI.

Es iſt zwar nicht zu läugnen, daß das Wahl- und Crönungs-*Rituel* auf eine Perſon Catholiſcher Religion gerichtet ſeye; Gleichwie aber niemand die Dreyſtigkeit gehabt, zu behaupten, daß ein proteſtantiſcher Fürſt von der Chur-Wür-

Würde auszuſchlieſen ſeye, weil er weder der Meſſe beyzuwohnen, noch bey denen Heiligen zu ſchwören ſich verbinden läſt, obgleich in der G. B. beydes vorgeſchrieben wird, alſo würde derjenige auszulachen ſeyn, welcher einen Evangeliſchen Fürſten zur Kayſer-Würde untüchtig halten wolte, weil ſeine Religion ihm nicht zuläſſet zu verſprechen, daß er dem Pabſt und der heiligen Römiſchen Kirche den gebührenden Gehorſam leiſten wolle. Vielmehr wäre in dem Fall, da die Wahl vor einen Augſpurgiſchen Confeſſions-Verwanten Fürſten ausſchlüge, das Wahl- und Crönungs-Rituel nach ſolchen Umſtänden zu änderen, wie ſolches in Anſehung der Evangeliſchen Churfürſten geſchehen, und die geſunde Vernunft es in Anſehung aller Geſeze erforderet, die auf einen beſonderen nachher zuläſig veränderten Umſtand gerichtet ſind.

§. XII.

Dieſes will ich nicht in Abrede ſeyn, daß der Kayſer ſich nohtwendig zur Beſchüzung des Pabſtes und der Römiſchen Kirche verbinden müſſe, weil die Ober-Herrſchaft über die Stadt Rom, worauf der Kayſerliche Titul gegründet iſt, Ottoni I. und ſeinen Nachfolgern am Teutſchen Reiche mit der Bedingung eingeräumet worden, daß er ein Beſchüzer des Pabſtes und der Römiſchen Kirche ſeyn ſolle. Alleine da die Beſchirmung der Evangeliſchen einem Catholiſchen Kayſer aufgetragen wird a): So kan die Beſchirmung der Catholiſchen einem Evangeliſchen Kayſer noch ehe aufgetragen werden, weil eines

Theils

Theils die Ubernahme einer ſolchen Beſchirmung zu nichts anders verbindet, als was die Reichs-Geſeze einer jeden Parthey einräumen, und anderen Theils die Evangeliſche Religion nichts lehret, was einen dieſer Religion zugethanen Kayſer ſeiner Verbindung entledigen oder abhalten könte, derſelben nachzukommen, folglich die Catholiſchen ſich weniger vor einem Evangeliſchen Kayſer, als die Evangeliſchen vor einem Catholiſchen zu fürchten haben.

a) Capitular. art. 1.

§. XIII.

Wie alt ein zu erwählender Kayſer ſeyn müſſe, iſt in denen Reichs-Geſezen nicht beſtimmet, und ſtehet dahero in der Churfürſten Gutachten. Bey der Wahl des Römiſchen Königes Joſephi wurde von ihnen der Capitulation einverleibet, „daß er ſich der Regierung zur Pre„judiz der Reichs-Vicarien nicht eher anmaſen „ſolte, bis er das 18te Jahr erreichet und an„getretten.

Capitulat. Joſephi art. 47.

§. XIV.

Von dem Wahl-Geſchäfte ſelbſt iſt folgendes zu mercken; der Churfürſt von Maynz berufet ſeine Collegen zur Wahl nach Anweiſung der Guldenen Bulle, wie auch Churfürſtlicher Verein, und ſeines tragenden Erz-Canzler-Amtes wegen a). Dahero es genug iſt, daß er durch eine rechtmäſige Wahl zu ſolcher mit dem Maynziſchen Stuhl verknüpften Würde gelanget, und weder der Kayſerlichen Belehnung, noch der

Päbſt-

Päbſtlichen Beſtättigung vorher bedarf. **Die Einladung** geſchiehet durch ein verſchloſſenes Schreiben, welches er gemeiniglich durch einen abgeſchickten Cavalier einem jeden Churfürſten in ſeiner Reſidenz überreichen läſt. Sie darf nicht ausgeſezet werden über einen Monath, von der Zeit an da der Tod des Kayſers dem Churfürſten bekant geworden. Wäre aber der Maynziſche Stuhl ledig und das Capitel hätte vor beſagter Zeit noch keinen neuen Erz-Biſchof erwählet; So kan zwar das Capitel die Churfürſten nicht berufen. Weil aber die Guldene Bulle nicht entſcheidet, welcher Churfürſt in ſolchem Fall die Anſage thun ſolle, und Trier, Pfalz und Sachſen darüber ſtreiten b): So würde wohl das ſicherſte ſeyn, das Maynziſche Capitel zur Beſchleunigung der Wahl anzumahnen. Denn obwohl in ſolchem Fall die Churfürſten ſich von ſelbſten zur Wahl verſammlen könten, gleichwie ihnen ſolches zu thun oblieget, wenn Chur-Maynz ſeine Pflicht verſäumen ſolte c): So würde doch das Wahl-Geſchäfte durch beſagte Mißhelligkeiten länger aufgehalten werden, als durch die Abwartung der neuen Wahl eines Maynziſchen Erz-Biſchofs.

a) Siehe Chur-Maynziſches Einladungs-Schreiben in not. Pfeffing. ad Vitriar. Lib. I. c. 6. §. 5. d.
b) Spener Lib. IV. c. 2. §. 8.
c) Guldene Bulle tit. I. §. 21.

§. XV.

Der Wahl-Tag muß angeſezet werden innerhalb drey Monathen, von der Zeit an, da die Chur-Maynziſchen Anſage-Briefe gehöriges Orts haben

haben mögen einlauffen. Hielte aber Chur-Maynz vor rahtſam den Wahl-Termin zu verkürzen, oder zu verlängeren, ſo müſte er ſeiner Mit-Churfürſten Gutbefinden ausdrücklich oder heimlich darüber erforderen.

Spener d. l. ſ. 10.

§. XVI.

Die Stadt **Franckfurth** iſt zwar zum **Ort der Wahl** in der Guldenen Bulle verordnet. **Es kan aber** mit **Bewilligung der Churfürſten ein anderer Ort dazu erſehen werden**/ in welchem Fall beſagte Stadt mit einem ſchriftlichen Revers ſich begnügen muß, daß ſolche Aenderung ihrem Vorrechte nicht nachtheilig ſeyn ſolle, welches bereits einige mahle geſchehen.

§. XVII.

Obgleich **Chur-Maynz verbunden iſt alle Churfürſten zur Wahl einzuladen**/ welche nicht wegen eines vom Reiche erkanten Fehlers dazu untüchtig ſind a), ſo kan doch **eine Wahl nicht vor ungültig** erkläret werden, **von welcher ein Churfürſt**/ der dabey zu erſcheinen berechtiget iſt, **deßwegen ausgeblieben wäre**/ **weil er dazu nicht gebührend berufen worden**/ maſen die Guldene Bulle ſelbſt einen jeden Churfürſten zur Wahl beruffet. Würde er aber mit Gewalt oder Liſt b) vom Wahl-Tage abgehalten, ſo könte er mit Recht wider ſolche Wahl proteſtiren.

a) Bey der lezten Kayſer-Wahl wurden Cöln und Bayern als geächtete Reichs-Feinde nicht berufen.

b) Das lezte könte ſich bey der Wahl eines Römiſchen Königes zutragen/ wenn Maynz mit einigen Churfürſten

fürſten ſich heimlich über einen Wahl-Tag vergliche/ und die Wahl vollzögen würde/ ehe der vorbeygegangene Churfürſt davon Nachricht haben könte.

§. XVIII.

An ſtatt eines unmündigen weltlichen Churfürſten wird ſein nächſter *Agnat*, als deſſen geſezlicher Vormund a), **eingeladen**/ das Capitel wird nicht erforderet, ſondern nur bisweilen ermahnet die Wahl eines neuen Erz-Biſchofs zu beſchleunigen. Es iſt aber nicht nöhtig, daß die Churfürſten bereits wegen ihrer Länder belehnet, oder die Wahl eines Geiſtlichen vom Pabſte bekräftiget worden.

a) vid. A. B. tit.

§. XIX.

Wann ein Churfürſt ohne Urſache von dem Wahl-Tage ausbleibet/ oder vor deſſen Endigung davon weggehet, ſo verliehret er ſeine Stimme bey der zeitigen Handlung a), die Wahl aber wird dem ohngeachtet fortgeſezet und gültig gehalten. Der zu ſpät ankommende tritt das Wahl-Geſchäft in dem Stande an/ worin er es findet b).

a) Guldene Bulle tit. 1. §. 21.
b) d. l. tit. 2. §. 7.

§. XX.

Es kan ein Churfürſt ſeine Perſon durch einen Bottſchafter bey der Wahl vertretten laſſen/ wenn nur derſelbe mit einer freyen und vollkommenen Gewalt verſehen worden a), und durch Uberreichung derſelben bey der Maynziſchen Canzley ſich legitimiret, darbenebens iſt auch Rechtens, daß die übrige Churfürſten und der ab-

weſenden Geſanten deſſen Vollmacht ſehen und damit zufrieden ſind, ehe ſie ſich in eine Handlung mit ihme einlaſſen b). Schicket ein Churfürſt mehr denn einen Geſanten, ſo können ſie zwar alle den Wahl-Berahtſchlagungen beywohnen, die Wahl ſelbſten aber kan nur einer verrichten c).

a) Guldene Bulle tit. 1. §. 19.
b) Speuer d. l. §. 12. e.
c) ibidem §. 13.

§. XXI.

Ob nun wohl beſagte von dem **Geſanten** vorzuzeigende **Vollmacht general** ſeyn muß a), ſo hinderet doch dieſes nicht, daß derſelbe in ſeiner **geheimen Inſtruction** nicht auf eine gewiſſe Perſon von ſeinem Principal könne angewieſen werden, maſen denen, ſo mit dem Geſanten zu handlen haben, genug iſt, daß ſein Principal durch die generale Vollmacht ſich verbunden, deſſen Stimme genehm zu halten. Es wird auch die eigentliche Wahl dadurch nicht ſehr aufgehalten, wenn der Geſante ſeines Herren Befehl und Gutachten über einen und den anderen Punct einholet; Weil eines Theils ſolche Wahl erſt alsdenn angeſtellet wird, wann man mit Verfertigung der Wahl-Capitulation richtig iſt, worüber viel Zeit verſtreichet, anderen Theils bey der heutigen Poſt-Einrichtung die Antwort vom Hofe geſchwind genug erfolgen kan. Und wäre gleich dieſer heutige Gebrauch der Verordnung der Guldenen Bulle warhaftig zuwider, ſo würde doch genug ſeyn, daß die Churfürſten denſelben heimlich authoriſiret und beſagtes Reichs-Geſeze dardurch veränderet, welches ihnen in dieſem Stücke zu thun

frey

frey ſtehet, weil dabey das ganze Reich nicht intereſſiret iſt.

a) Guldene Bulle d. l. it. tit. 19.

§. XXII.

Die Reichs-Stände, durch deren Länder ein Churfürſt oder deſſen Bottſchafter zu reiſen hat, ſind ſchuldig demſelben auf geſchehenes Anſuchen den **Durchzug** und **ein ſicheres Geleite** zu verſtatten a), doch ſoll ein Churfürſt nicht mehr als 200. Pferde und aufs höchſte 50. Gewafnete mit ſich führen, welches aber in gegenwärtigen Zeiten ſo genau nicht in acht genommen wird b).

a) Guldene Bulle tit. 1. §. 22.

b) Pfeffing. in not. ad Vitriar. Lib. I. c. 6. §. 11.

§. XXIII.

Der Reichs-Erb-Marſchall muß ſich einige Zeit vorhero in der zur Wahl erſehenen Stadt einfinden / und mit Hülffe des dortigen Magiſtrats zur guten Verpflegung der Churfürſten und ihres Gefolgs **gehörige Anſtalt machen** a). **Die Stadt ſelbſt** empfänget die ankommenden Churfürſten und derſelben Bottſchafter mit groſen Ehr-Bezeugungen, und muß denenſelben ihrer Sicherheit wegen einen öffentlichen Eyd leiſten, auch an dem Tage der Wahl alle Fremde heraus ſchaffen, woferne die Churfürſten nicht ein anderes bewilligen b).

a) Diar. Elect. Caroli VI. §. 23.

b) Spener d. l. §. 17. not. c.

§. XXIV.

Nachdeme die Churfürſten und der abweſenden Geſanten ihre Viſiten und Contra-Viſiten abgeleget, verſammlen ſie ſich zu denen Beraht-

ſchlagungen über die Capitulation/ welche ſie dem zu Erwählenden vorſchreiben wollen, und vereinigen ſich folglich über die Perſon ſelbſt, auf welche ſie zu richten iſt.

§. XXV.

Wann ſolches geſchehen, wird ein **Tag zur Wahl-Ceremonie** angeſezet, welche gemeiniglich in der Haupt-Kirche verrichtet wird, wohin die Churfürſten in öffentlicher Proceßion ſich begeben a). Es vertritt dabey der Principal-Geſante alleine die Stelle ſeines Herren, die perſöhnlich anweſende Churfürſten haben den Vortritt vor denen Geſanten ihrer abweſenden obgleich ſonſt vorgehenden Collegen.

a) vid. Spener d. l. §. 18.

§. XXVI.

Nach der Meſſe, bey welcher die Proteſtirenden Churfürſten gemeiniglich abtretten, leiſten die Churfürſten und der abweſenden ihr Principal-Geſanter den in der Guldenen Bulle vorgeſchriebenen **Eyd** a), und verfügen ſich darauf ſämtlich in die Sacriſtey oder in ein anderes Conclave. Es werden zwar anfangs einige Rähte der anweſenden Churfürſten, und die Churfürſtlichen Neben-Geſanten, wie auch zwey öffentliche Reichs-Notarien als Zeugen darin eingelaſſen, in deren Gegenwart der Churfürſt von Maynz ſeine gegenwärtige Collegen und die Bottſchafter der abweſenden befraget, ob jemand unter ihnen noch einige Verhinderung wiſſe, warum die Wahl nunmehro nicht vorgehen könne. Wann nun ſolche Frage mit Nein beantwortet wird, ſo müſſen auſſer denen Churfürſten

fürſten und denen Principal-Geſanten alle übrigen wieder abtretten. Hierauf befraget der Churfürſt von Maynz einen jeden über ſein *Votum* nach dem Rang der Churfürſten, ohne den Geſanten in der Ordnung, worin ſein Principal ſich befindet, vorbeyzugehen. Zulezt wird auch Chur-Maynz von Sachſen um ſein Votum befraget, und wenn nach der Pluralität der Stimmen der Schluß gemachet worden, werden obige Zeugen wieder herein gerufen, und die beyden Notarien erinneret in eine Urkunde zu bringen, daß die Wahl vor N. N. ausgefallen.

a) Aus dieſen Worten per fidem qua Deo & S. R. Imperio tum adſtrictus erhellet genugſam, daß die Churfürſten das Wahl-Recht im Namen des Reichs ausüben. Guldene Bulle tit. 2. §. 3. add. Diar. Elector. Caroli VI. p. 11. Die Catholiſche Churfürſten ſchwören bey GOtt und denen Heiligen / die Proteſtirende bey GOtt und ſeinem heiligen Evangelio.

§. XXVII.

Es muß aber der Erwählte die meiſten Stimmen aller a) ſelbſt oder durch Gevollmächtigte gegenwärtigen b) **Churfürſten haben** / und nicht allein die meiſten Stimmen vor allen anderen Candidaten des Kayſerthums.

a) Guldene Bulle tit. 2. §. 4. 5. wo des Majoris Partis *Electorum* gedacht wird. Iſt der Erwählte ein Churfürſt / ſo kan er ſich ſelbſt die Stimme geben / und dadurch die Pluralität formiren. d. l. §. 10.

b) d. l. tit. 4. §. 3. omnibus, ſeu his qui potuerint & voluerint intereſſe, in Electionis termino invicem congregatis.

§. XXVIII.

Iſt der Erwählte gegenwärtig, ſo wird vor der offentlichen Verkündigung der Wahl von ih-

me geforderet, daß er die *Capitulation* beſchwöre. Iſt er abweſend, ſo verrichtet ſolches ſein Geſanter in deſſen Namen, der Principal aber wiederholet ſolchen Eyd perſönlich vor ſeiner Crönung. Er muß ferner vor Antritt ſeiner Regierung **die** *Jura* **und** *Privilegia* **der Churfürſten** nach der Vorſchrift der Guldenen Bulle tit. 2. §. 8. **bekräftigen.**

§. XXIX.

Der Erwählte **verbindet ſich** in der Capitulation, **die Römiſche Königliche Crone** furderlichſt **einzuholen / und** alle und jede **Churfürſten um ihr Amt zu erſuchen** a); woraus zu erſehen iſt, daß die Crönung in Teutſchland darunter verſtanden werde.

a) Capit. nov. art. 3.

§. XXX.

Dieſe **Crönung** ſolle zwar nach dem Inhalt der Guldenen Bulle **zu Aacken geſchehen/** weil dieſer Ort von Caroli M. Zeiten an als der eigentliche Siz des Oſt-Fränckiſchen Reichs angeſehen worden, und dahero oftmals des Königlichen Stuhls zu Aacken bey denen Scribenten gedacht wird a). Es **iſt aber** zu denen neueren Zeiten die Crönung **gar oft in einer anderen Reichs-Stadt angeſtellet worden/** in welchen Fällen jene ſich begnüget, daß man durch ausgeſtellete Reverſalien derſelben ihr Vorrecht reſerviret.

a) vid. Struv. S. J. P. c. 7. §. 24.

§. XXXI.

Die **Crönungs-Ceremonien** können in denen davon vorhandenen Crönungs-Beſchreibungen

bungen geleſen werden; zu unſerem Staats-Recht gehöret davon folgendes. Es geſchiehet die Salbung, kraft ausdrücklichen und in der Capitulation bekräftigten a) Vergleichs, vom Churfürſten von Maynz, wenn die Crönung in einer zur Maynziſchen Diocöß gehörigen Stadt geſchiehet, oder von dem Churfürſten von Cöln, wenn ſolche Stadt in ſeinem Kirchen-Sprengel gelegen iſt. An einem dritten Ort alterniren beyde Churfürſten; die Crone wird von denen geiſtlichen Churfürſten ſämtlich dem Kayſer aufgeſezet.

a) Capitulat. nov. art. 3. Als auch geziemen will ꝛc. Conf. Struv. S. J. P.

§. XXXII.

Vor der Salbung wird der Kayſer über gewiſſe Puncten befraget, welche er offentlich verſprechen muß. Wann ſolches geſchehen, wendet ſich der Conſecrator zu allen Umſtehenden, und vernimmet von ihnen, ob ſie einem ſolchen Fürſten und Regenten ſich unterwerffen wollen. Nach erfolgter öffentlicher Bejahung wird die Salbung vorgenommen, und der Kayſer mit denen Reichs-Inſignien gezieret. Wenn dieſe Ceremonien geendiget ſind, **leiſtet der Kayſer einen Eyd**, worin er verſpricht des Reichs Rechte zu erhalten, wie er ſolches **mit Raht der Fürſten auch des Reichs und ſeiner Getreuen** am beſten erfinden könne. Zulezt empfänget er die heilige Communion unter einer Geſtalt. Es wird zwar in der Crönungs-Beſchreibung jezt regierender Kayſerlichen Majeſtät geſaget, daß Ihro nicht weniger von dem Herren Conſecratore der Wein

in deſſen Kelch gereichet worden, Diar. Coronat. Caroli VI. Es erhellet aber ſchon aus dieſer Beſchreibung, daß dieſes nicht ein geſegneter Wein geweſen.

Conf. Struv. d. l. c. 7. §. 30.

§. XXXIII.

Die **Reichs-Inſignien / Kleinodien und Heiligthümer**/ ſo bey der Crönung gebrauchet und zu Aacken und Nürnberg bewahret werden a), überſchicken dieſe Städte durch ihre Deputirten. Es waren dieſelbe vormals in ſo groſſer Hochachtung, daß ſie faſt demjenigen, der ſie beſaß, den Weg zum Throne bahneten, und ein erwählter Kayſer ſich deſſelben kaum verſicheret hielt, bis er beſagte Kleinodien in Händen hatte b). Es pflegete daher ein jeder Kayſer dieſelbe ſehr ſorgfältig zu bewahren oder ſeinen getreueſten Freunden zur Bewahrung zu vertrauen c). Nachdeme aber die Guldene Bulle die Kayſer-Wahl auf einen ſicheren Fus geſezet, ſo hat ſich von der Zeit an nach und nach die Hochachtung derſelben verminderet. Kayſer Sigiſmundus bewahrete dieſelbe auf dem Schloſſe Carl-Stein in Böhmen; Weil ſie aber bey währendem Hußiten Kriege, daſelbſt nicht ſicher zu ſeyn ſchienen, lies er ſie mit des Pabſtes Martini V. Genehmhaltung nach Nürnberg bringen, wo ſie noch jezund aufbehalten werden, obgleich dieſer Stadt, nachdem ſie die Augſpurgiſche Religion angenommen, ſolche Ehre nicht gegönnet, und darüber öftmals ein Streit erreget worden d).

a) Es

a) Es beſchreibet dieſelbe weitläuftig Struv. S. J. P. c. 8.
b) Das erſte erhellet aus dem Exempel Henrici Aucupis, dem Conradus I. die Reichs-Inſignien einhändigen laſſen; das leztere bezeugen die Exempel Henrici V. der ſeinem Vater die Reichs-Inſignien zu dem Ende entriß. Caroli IV. der des Ludovici Bavari Sohn vor einen Marck-Grafen in Brandenburg erkante / damit er ſolche Reichs-Kleinodien ihm überliefern möchte.
c) Struv. d. l. §. 34. 35.
d) d. l. §. 36. 38.

§. XXXIV.

Zulezt ſchläget der Kayſer etliche **Ritter mit dem Schwerd** *Caroli M.* Einige Perſonen erwählet er ſelbſt zu dieſer Würde, andere werden ihme von denen Churfürſten dazu præſentiret. Die Cämmerer zu Worms aus der Freyherrlichen Familie derer von Dahlberg werden vermöge eines uralten Kayſerlichen dieſem Geſchlechte ertheilten Privilegii zu erſt aufgeruffen und zu dieſer Ehre erhoben.

Diar. Coronat. p. 24.

§. XXXV.

Die Churfürſten bezeugen dem Kayſer bey der Crönung gewiſſe Ehren-Dienſte / theils durch Vortragung der Reichs-Inſignien, theils durch Verrichtung gewiſſer Ceremonien, welche die Guldene Bulle beſchreibet. Es iſt wohl ſehr wahrſcheinlich, daß die vornehmſten Herzoge vormals aus freyem Belieben, und nur einem und dem anderen Kayſer zu beſonderen Ehren ſolche Ceremonien verrichtet, wenn derſelbe irgendwo einen ſolennen Hof-Tag gehalten a). Ja man findet in denen Geſchichten, daß zuwei-

len auch auswärtige des Reichs Ober-Herrlichkeit reſpectirende Könige dem Kayſer bey ſolchen Fällen das Schwerd vorgetragen b). Als aber die obwohl ungegründete Meinung einriſſe, daß die Chur-Würde von dem Beſiz der Reichs-Erz-Aemter abhienge c), ſo wuchs das Anſehen derſelben ſo ſehr, daß die vornehmſten Herzoge ſich groſe Mühe gaben dieſelbe bey ihren Häuſeren erblich zu beveſtigen, und deswegen ihren Titulaturen und Wappen dieſelben einverleibeten. Weil nun zur Zeit der Guldenen Bulle obige Meinung von denen Erz-Aemteren noch im Schwange war, und die Churfürſten ſich dadurch den Weg zu verſchiedenen Vorrechten gebahnet hatten: So konte es Carolus IV. gar leicht dahin bringen, daß ſie durch beſagte Reichs-Sazung ſich verbinden lieſſen, dem Kayſer bey einer ſolennen Hofhaltung d), auf die darin beſchriebene Maſe, zu bedienen.

a) Ludewig ad A. B. tit. 27. §. 1. p. 655. ſeqq. 663. ſeqq.

b) Spener d. l. not. d.

c) Conf. h. Lib. II. c. 8. §. 13. 14.

d) Quandocunque ſolennes Curias ſuas celebraverint. A. B. tit. 27. §. 1.

§. XXXVI.

Vormals da die Kayſer bald hier bald dar im Reiche ſich aufhielten, fielen dieſe ſolenne Hofhaltungen faſt bey allen hohen Feſt-Tägen vor, aber von Zeit der Guldenen Bulle an wird der Kayſer nur an ſeinem Crönungs-Tag und bey ſolenner Eröfnung des Reichs-Tages auf dieſe Weiſe bedienet.

§. XXXVII.

§. XXXVII.

Wie nun die **Churfürſten** ſelbſt bey dieſen Ehren-Bedienungen des Kayſers ein Zeichen ihrer Hoheit darin geben, daß ſie dabey in ſolchem Ornat erſcheinen, welcher denen Königen Teutſcher Nation ehemals eigen war a), und durch ihre oberſte Hof-Beamten ſich ein Schwerd vortragen laſſen b): Alſo erhellet dieſelbe noch mehr daraus, daß ſie nahe um den Kayſer an einer beſonderen unter einem Himmel oder Baldachin geſtelleten und etliche Stufen erhöheten Tafel mit bedecktem Haupte ſpeiſen, und mit Königlichem Pracht ſich bedienen laſſen.

a) Spener Lib. II. c. 4. ſ. 2. not. c.

b) Diarium Coronat. Caroli VI. Reichs-Staat. P. II. c. 5. §. 8. Das Schwerd/ ſo ihnen vorgetragen wird/ iſt unentblöſet/ und mit der Spize zur Erden gekehret.

§. XXXVIII.

Nach empfangener Römiſch-Königlicher Crone pflegeten ſich die Kayſer vormals nach Rom zu erheben, um daſelbſt **die Römiſch-Kayſerliche Crone** vom Pabſte ſich auffſezen zu laſſen, welches dieſe zu thun verbunden ſind a). Wann nun zum Empfang dieſer Crone ein ſo genanter Römer-Zug auf einem Reichs-Convent war abgeredet worden; So pflegeten die Reichs-Stände, von welchen der Kayſer eine beſondere zuweilen eydliche Zuſage darüber erhalten, ihn perſönlich nach Italien zu begleiten, andere aber allein mit Volck und Geld ſolchen Heer-Zug zu beförderen b).

a) vid. Sup. Lib. 2. c. 3. §. 12.

b) Spener Lib. II. c. 12. §. 1. not. b. &c. Struv. d. l. c. 7. §. 35. & cap. 23. §. 5.

§. XXXIX.

Dieſe **Römiſche Crönung** iſt nach der Regierung Kayſers Caroli V. von denen folgenden Käyſeren nicht mehr geſuchet, und dahero in denen drey neueſten Wahl-Capitulationen der Kayſer nicht mehr verbunden worden, neben der Römiſch-Königlichen Crone (worunter die Teutſche nach heutigem Stylo verſtanden wird) die Kayſerliche Crone einzuholen.

Struv. d. l. c. 7. §. 23.

§. XL.

Man hat ſich nicht zu verwunderen, **warum die Päbſte / welche vormals die Nohtwendigkeit der Römiſchen Crönung ſehr getrieben, in den lezteren Zeiten groſen Fleiß und Liſt gebrauchet / die Kayſer von ihren Zügen zur Römiſchen Crönung abzuhalten**; denn ſo bald die Kayſer-Wahl in Teutſchland durch Erwachſung des Chur-Collegii in beſſere Richtigkeit geſezet und durch offentliche Reichs-Sazungen ausgemachet war, daß die Erhebung auf den Kayſerlichen Throne alleine von der Wahl deret Churfürſten dependire, folglich die Römiſche Crönung nur deswegen geſuchet wurde, daß die Kayſer Gelegenheit hätten, ihre Rechte in Rom zu erneueren und zu befeſtigen: So muſte nohtwendig die Kayſerliche Ankunſt denen Päbſten nicht mehr anſtehen, weil ſie eine Anfechtung ihrer angemaſten völligen Souveraineté über Rom und über die mit dem Römiſchen Stul verknüpften Länder zu befürchten hatten. Weshalb ſie die Kayſer, ſo von der Zeit an nach Rom kamen, nur

nur mit gewiſſen Bedingungen daſelbſt einlieſſen, oder auch auſſer Rom crönneten. Es war auch aus gleicher Abſicht der Päbſtliche Hof wohl zufrieden, daß Maximilianus I. dem die Venetianer den Weg nach Rom verſperret hatten, ohne Empfang der Römiſchen Crönung den Titul eines erwählten Römiſchen Kayſers offentlich annahme, und verwahrete nur dabey auf allem Fall ſein Recht durch eine Bulle, welche des Kayſers Schluß bekräftige. Es iſt auch von der Zeit an dieſe Weiſe ohne Widerſpruch der Päbſte von allen folgenden Kayſeren beybehalten worden.

§. XLI.

Die **Crönung mit der Longobardiſchen oder Italiäniſchen Crone**, welche unſere Kayſer vormals zu Pavia, zu Monz oder zu Mayland zu empfangen pflegeten, hat man nach dem Verfall der Kayſerlichen Herrſchaft über Italien nicht weiter geſuchet, als ſich eine natürliche Gelegenheit darzu hervor gethan. Weil die Rechte über Italien, ſo unſeren Kayſern übrig ſind, nicht von dem Conſens der Italiäner, ſondern von derſelben Erhebung auf den Teutſchen Thron herſtammen.

III. Capitel.

Von der Kayſerin.

§. I.

Es genieſet zwar eine Kayſerin noch heutiges Tages des Tituls und der äuſſerlichen Ehre, welche denen Kayſerlichen Gemah-

mahlinnen vormals ertheilet worden, ja **es ſtehet einem Kayſer** noch jezund frey **ſeine Gemahlin** entweder **mit ſich** zugleich **oder beſonders crönen zu laſſen.** Da aber in Anſehung der Nachfolge im Kayſerthum und der Regierung des Reichs bey Vacanz des Kayſerlichen Thrones groſe Veränderungen ſich zugetragen: So iſt dadurch zwiſchen dem Zuſtand der ehemaligen Kayſerinnen und derer heutigen ein groſer Unterſcheid erwachſen.

§. II.

Denn ungeachtet bey heutiger Crönung einer Kayſerin dieſelbe annoch mit dem Titul einer Reichs-Genoßin beehret wird a), ſo iſt doch auſſer Streit, daß ſie nunmehro **an und vor ſich ſelbſt an der Regierung des Reichs keinen Antheil** habe, an ſtatt daß zu vorigen Zeiten dieſer Titul viele würckliche Rechte anzeigete, und eine Kayſerin bey der Reichs-Verwaltung viel zu ſagen hatte b), wenn ihr ſchon erwählter Sohn unmündig c), oder der Kayſerliche Thron ledig war d).

a) Siehe Leopold des Groſen Leben und Thaten p. 1072. worin die Crönung der Kayſerin Eleonora beſchrieben wird.

b) Siehe hievon das Exempel der Kayſerin Adelheit unter Ottone I.

c) Das Exempel der Groß-Mutter und Mutter des Kayſers Ottonis II. ap. Hahn P. II. c. 4. p. 120. & 134. und das Exempel der Mutter Kayſers Henrici IV. ibid. P. III. p. 44

d) Die Kayſerin Künigunda hatte bey dem Interregno nach ihres Gemahls Tode viel im Reiche zu ſagen. Hahn P. 2. c. 7. §. 11. p. 255.

§. III.

§ III.

Hiernächſt iſt bekant, daß **die Einnahme und Ausgabe der zur Kayſerlichen Schaz-Cammer gehörigen Gefälle vormals unter der oberſten Aufſicht der Königin geſtanden** a), welches der gelehrte Herr Spener b) vor die Urſache angiebet, warum bey denen Urkunden verſchiedener Kayſerlicher Schenckungen des Beytritts der Kayſerin gedacht wird.

a) Lehmann Sp. Cr. Lib. 2. c. 11.

b) d. l. Lib. 4. c. 11. p. 207.

§. IV.

Nachdeme nunmehro durch die Guldene Bulle gewiſſe Reichs-Verweſer verordnet worden, denen von Reichs wegen die Verwaltung des Kayſerlichen Amtes gehöret, wann kein Kayſer vorhanden iſt: So haben **die Kayſerinnen dadurch ein groſes Vorrecht verlohren.** Denn es hat nunmehro eine verwittibte Kayſerin nicht nur keinen Antheil an der Regierung des Reichs, ſo lange der Kayſerliche Thron unbeſezet iſt: Sondern es iſt über dem zu vermuhten, daß im Fall ein unmündiger Prinz zum Kayſer erwählet würde, beſagte Reichs-Verweſer Sorge tragen werden, bey der Capitulation zu bedingen, daß die Verwaltung des Reichs ſo lange in ihren Händen bleibe, bis der erwählte junge Kayſer ein gewiſſes zur Regierung tüchtiges Alter erreichet habe, wie ſolches bereits bey der Wahl des Römiſchen Königes Joſephi beobachtet worden a).

a) Capitular. Joſephi art. 47. Conf. Cap. præced. §. 13.

§. V.

Es werden zwar von denen Publiciſten **der Kayſerin noch einige Vorrechte zugeſchrieben**/ darunter die vornehmſten ſind, das Recht bey weiblichen Stiftern eine Perſon zu præſentiren a), das Recht Privilegien zu ertheilen, das Recht eine Canzley und Archiv zu halten. Allein es iſt wohl kein Zweifel, daß die Ausübung dieſer Rechte auf des Kayſers beſondere Zulaſſung ankomme, und daß diejenigen, welche aus einem anderen Grunde dieſelben der Kayſerin beylegen wollen, ſich vergeblich auf ſolche Exempel berufſen / die in denen älteren Geſchichten zu finden ſind.

Struv. d. l. cap. 14. §. 11.

§. VI.

Bey jeziger Bewandnus des Reichs wird wohl von der **Canzley einer Kayſerin und** von **ihrem** *Archiv* wenig gehöret werden, obgleich der **Abt von Fulda** beſtändig den Titul eines **Erz-Canzlers der Kayſerin** führet; denn es wird von ſeiner heutigen Function nichts anders angeführet, als daß ihme die Ehre gebühre bey der Crönung einer Kayſerin die Hand mit an die Crone zu legen a), wann dieſelbe Jhro Majeſtät aufgeſezet wird.

a) Leopoldi des Groſen Leben und Thaten p. 1072.

§. VII.

Der **Abt von Kempten** eignet ſich als **Erz-Marſchall der Kayſerin** das Recht zu, bey ſolcher Crönungs-Solennität der Kayſerin das Schwerd vorzutragen / worüber ihm auch vom

Kayſer

Kayſer Leopoldo an. 1683. ein neuer offentlicher Brief ausgefertiget worden.

Struv. d. l. §. 13.

§. VIII.

Die **Crönung einer Kayſerin** iſt aus obigen Urſachen vornemlich darin **von der Crönung eines Kayſers unterſchieden**/ daß ſie keinen Eyd leiſtet, daß unter denen Reichs-Inſignien, welche ihr überreichet werden, das Schwerd ausgelaſſen wird, daß denenſelben in denen beygefügten Gebäteren eine andere Bedeutung gegeben wird, als bey der Crönung des Kayſers. Die Churfürſten pflegen zwar, wenn ſie zur Crönung der Kayſerin eingeladen werden, perſönlich oder durch Abgeſandten dabey zu erſcheinen, und die Reichs-Inſignien dem Kayſer wie bey ſeiner eigenen Crönung vorzutragen. Sie beobachten aber nicht bey dieſer Solennität diejenigen Stücke ihrer Erz-Aemter, welche ſie nach der Vorſchrift der Guldenen Bulle tit. 27. zu verrichten haben.

S. Leop. des G. Leben und Thaten.

§. IX.

Die **übrigen Vorrechte einer Kayſerin**/ welche die Publiciſten aus denen Römiſchen Geſezen herholen, übergehe ich hier mit Stillſchweigen, weil ſie ihren Privat-Stand betreffen, und folglich bey Erklärung der Privat-Rechte zu unterſuchen ſind. Ich bemercke nur dieſes mit dem Herrn Titio a), 1) daß die Kayſerin dieſer Vorrechte ſich zu erfreuen habe, ſo weit ſie denen gültigen Teutſchen Gebräuchen und beſonderen Ver-

ordnungen nicht entgegen ſind; 2) Daß die gemeine Privat-Rechts-Regel, daß die Frau mit ihrem Manne unter gleicher Gerichtsbarkeit ſtehe b), wie in Anſehung aller Gemahlinnen Souverainer Herren, alſo auch in Anſehung der Kayſerin nicht ſtatt habe, folglich dieſelbe nicht vor ein ander Gerichte, als vor das Gerichte des Kayſers könne belanget werden, dem ſie mit Unterthänigkeit unterworffen iſt.

a) Spec. J. P. Lib. V. c. 7.

b) Uxor ſequitur forum mariti.

IV. Capitel.

Von dem Römiſchen König.

§. I.

Normals wurde derjenige, den die Teutſchen Stände vor ihr Oberhaupt erwählet hatten, ein Römiſcher König genant, ſo lange er zu Rom nicht war gecrönet worden a), wie ſolches noch in der Guldenen Bulle hin und wieder zu erſehen iſt b). Nachdem man aber aufgehöret die Römiſche Crönung als den Grund des Kayſerlichen Tituls anzuſehen, und der auf dem Thron des Teutſchen Reichs durch die Wahl erhobene und in Teutſchland gecrönte ſich alſo fort einen erwählten Römiſchen Kayſer betitult c); So wird **der Titul eines Römiſchen Königs** nunmehro **dem allein gegeben / welcher noch bey dem Leben eines Kayſers zu deſſen Nachfolger im Kayſerthum erwählet und benennet worden.**

a) Struv.

a) Struv, S. J. P. c. 8. §. 10.
b) Tit. 1. §. 1. & 20. tit. 2. §. 1. allwo er allemal genant wird Rex Romanorum in Imperatorem & in Cæſarem promovendus, ingleichem Rex Romanus, futurus Cæſar.
c) Hierzu hat Carolus V. den Anfang gemacht / und ob er gleich nachhero die Römiſche Crönung empfangen / hat er doch den Titul eines erwählten Römiſchen Kayſers beybehalten. Struv. d. l.

§. II.

Es iſt gleichwol **dieſer Titul** / welcher einem zum Nachfolger in der Kayſer-Würde erwählten Herren gegeben wird, **keine neue Erfindung** / **ſondern** vielmehr **eine Beybehaltung des alten Gebrauchs** / maſen aus vielen Exempeln a) erhellet, daß wann ein zu Rom gecrönter Kayſer vormals ſeinen Sohn mit Bewilligung der Stände zu ſeinem Nachfolger erwählen und crönen laſſen, demſelben der Titul eines Römiſchen Königes beygeleget worden b).

a) vid. Struv. d. l. c. 14. §. 2.
b) Es wird gleichwol von Henrico geſaget / daß er zum Römiſchen König erwählet worden / ungeachtet deſſen Vatter Friederich II. vor erlangter Römiſcher Crönung ihn zu ſeinem Nachfolger benennen laſſen. Spener Lib. IV. c. 10. §. 1. not. b.

§. III.

Weil in der Guldenen Bulle von der Wahl eines Römiſchen Königes in dem lezteren Verſtande nichts abgeredet worden, ſo verlangten die Schmalkaldiſchen Bunds-Verwanten, als der Kayſer Carl der Vte ſeinen Bruder Ferdinand zum Römiſchen König vorſchlug, daß im Fall der Zeit eine ſolche Wahl vor nöhtig gehalten würde,

durch eine Reichs-Sazung zugleich zu beſtimmen wäre, daß forthin bey Leb-Zeiten eines Kayſers kein Nachfolger am Reiche von denen Churfürſten ſolte erwählet werden, es hätten dann dieſelben nebſt ſechs anderen Reichs-Fürſten zuvor einen Raht gehalten, ob es dem Reich heilſam ſeye, einen Römiſchen König zu erwählen, und über dieſen Punct ſich verglichen a). Es wurde aber dieſes Begehren bey der Wahl des Ferdinandi nicht gehöret, und bey dem Cadamiſchen Vergliche, den der Churfürſt von Sachſen mit Ferdinando traffe, wurde nur abgeredet, „daß dieſer ſich bemühen ſolte bey Kayſerlicher Majeſtät „zu erlangen, und bey denen Churfürſten zu ſolliciriren, daß künftig, wann bey Leb-Zeiten eines Römiſchen Kayſers oder Königes ein Römiſcher König ſolte erwählet werden, alle Churfürſten zuvor zuſammen beſchieden werden möchten, davon zu reden, ob Urſachen genug vorhanden, und dem Reiche fürträglich ſeye, einen Römiſchen König bey Leben eines Römiſchen Kayſers oder Königes zu erwählen, und „wenn ſie ſich des vereiniget, alsdann und nicht „eher die Churfürſten vermöge der Guldenen Bulle zur Königlichen Wahl erforderet und zur „Wahl geſchritten, und derſelben Guldenen Bulle unverrücklich in allem nachgegangen werden „ſolle ꝛc. b).

a) Schleidanus ap. Struv. c. 14. §. 3.
b) Pfeffing. d. l. Lib. I. tit. 2. §. 15. p. 268.

§. IV.

Weil Rudolphus II. ſich der Erwählung ſeines

nes Bruders Matthiæ zum Römiſchen Könige wi-derſezet hatte; So wurde der Capitulation des lez-teren a) ausdrücklich einverleibet, daß denen Chur-fürſten freyſtehen ſolle, auch bey Leb-Zeiten eines Römiſchen Kayſers, mit oder ohne deſſen Con-ſens, wenn derſelbe auf angelegte Bitte derer Churfürſten ohne genugſame erhebliche Urſachen verweigeret werden ſolte, einen Römiſchen Kö-nig zu erwählen.

a) Capitulat. Matthiæ §. 35.

§. V.

Gleichwie nun die Fürſten und Stände des Reichs denen Churfürſten das Recht die Wahl eines Römiſchen Königes zu verrichten nicht in Zweifel ziehen: Alſo hat es ihnen billig und de-nen Reichs-Sazungen gemäs gedüncket, daß die Frage, **ob es dem Reiche heilſam ſeye einen Römiſchen König zu erwählen**/ nicht von denen Churfürſten allein abgethan, ſondern mit dem Fürſtlichen Collegio überleget würde.

§. VI.

Auf dem Weſtphäliſchen Friedens-Congreß konte dieſe Sache nicht ausgema-chet werden/ weil die Churfürſten von dem durch verſchiedene Handlungen erlangten Beſiz ihres angegebenen Vorrechts nicht abſtehen wol-ten. **Auf dem Reichs-Tage** aber, wohin die-ſer Streit damals verwieſen wurde, hat man nach langer Bemühung **endlich** dieſes von beyden Seiten **abgeredet**/ daß die Churfürſten nicht " leichtlich zur Wahl eines Römiſchen Königes " vivente Imperatore ſchreiten ſolten, es wäre denn, "

„daß entweder der erwählte und regierende Rö-
„miſche Kayſer ſich aus dem Reiche begeben, und
„beſtändig oder allzulang aufhalten wolte, oder
„derſelbe wegen ſeines hohen Alters oder beharr-
„licher Unpäßlichkeit der Regierung nicht mehr
„vorſtehen könte, oder ſonſten eine anderwärtige
„hohe Nohtdurft, daran des Heiligen Römiſchen
„Reichs Wohlfart und Conſervation gelegen, er-
„forderte einen Römiſchen König zu erwählen.

vid. Capitulat. noviſſ. art. III. add. Pfeffing. Lib. I. tit. 10. §. 1. p. 918.

§. VII.

Was den *Conſens* **eines regierenden Römiſchen Kayſers** betrift: So hat man zwar die bey der Capitulation Matthiæ gebrauchte Clauſul: „Wenn derſelbe (Conſens) auf angelegte „Bitte derer Churfürſten ohne genugſame erheb„liche Urſachen verweigeret werden ſolte, in der Leopoldiniſchen und Joſephiniſchen Capitulation ausgelaſſen, in der neueren Capitulation aber jezt regierender Kayſerlicher Majeſtät iſt dieſelbe nach dem Inhalt des Entwurfs einer beſtändigen Wahl-Capitulation abermals eingerücket worden.

§. VIII.

So leicht es nun denen Churfürſten bishero geweſen des Kayſers Conſens zu erhalten, wenn ſie deſſen nächſten Erben zum Nachfolger im Reiche erwählet, ſo ſchwer würde es ihnen fallen **ohne deſſen Conſens** zu der Wahl eines Römiſchen Königes zu ſchreiten, weil über die Frage, ob die Urſachen der Verweigerung erheblich oder unerheblich ſind, der Kayſer denen Chur-

fürſten

fürſten nicht nachgeben und auſſer denen ausdrück-lich benanten Fällen dem Vorwand **einer hohen Nohtdurft** kein Gehör verleihen würde.

§. IX.

Was von der Wahl und Crönung eines Römiſchen Kayſers im 2ten Capitel dieſes Buchs angeführet worden, wird auch bey der **Wahl und Crönung eines Römiſchen Königes** beobachtet. Dieſes iſt nur in Anſehung der Wahl des lezteren hinzuzuthun, daß eine Geſezliche Einladung zu derſelben nicht ſtatt habe a), und daß nohtwendig ein jeder Churfürſt insbeſondere dazu müſſe beſchrieben werden. Ob es aber nöhtig ſeye, daß vor Anſtellung der Wahl ein Churfürſten-Tag gehalten, und auf demſelben die Frage an? einmühtig ausgemachet werde, ſolches ſtehet nicht zu entſcheiden, weil aus keinem Reichs-Geſeze erhellet, daß dasjenige, was mit Ferdinando durch den Cadamiſchen Vergleich abgeredet worden, zur Richtigkeit gekommen ſey.

a) vid. h. l. c. 2. §. 17.
b) Conf. h. c. §. 3.

§. X.

Es erlanget der Römiſche König durch ſeine Wahl 1) das Recht zur Nachfolge, vermöge deſſen er nach Abgang des Kayſers alſo fort den Kayſerlichen Titul und die Regierung des Reichs übernehmen kan.

R. A. de an. 1559.
Capitulat. Joſephi art. 47.

§. XI.

2) **Den Rang im Reiche** über alle Reichs-

Stände, unmittelbar nach dem Kayſer. Die meiſten Publiciſten ſchreiben ihme zwar auch die Præcedenz zu über alle auswärtigen gecrönten Häupter. Weil aber unter denen, die keinen gemeinen Richter über ſich erkennen, die Irrungen wegen des Vortritts nicht anders als durch ausdrückliche oder heimliche Verträge können ausgemachet werden: So iſt wohl bey dieſer Frage mehr auf die bisherige Obſervanz als auf die Gründe zu ſehen, welche von der Beſchaffenheit der Majeſtät des Römiſchen Königes hergenommen werden.

§. XII.

Indeſſen iſt nicht zu läugnen, daß ungeachtet der erwählte **Römiſche König** zu verſprechen pfleget, ſich keiner Regierung oder Adminiſtration im Heiligen Römiſchen Reiche, ſo lange Ihro Kayſerliche Majeſtät am Leben ſind, zu unterziehen a), derſelbe dennoch in ſolchen Fällen, da er entweder mit des Kayſers Vergönnung, oder kraft des Endzweckes ſeiner Wahl b), deſſelben Stelle vertritt: „Er ſo dann, weil „er zur Ehre und Würde des Römiſchen Königlichen Namens und Gewalts erhoben worden **c), mit vollem Anſehen das Kayſerliche Amt führen könne** d).

a) Capitulat Joſephi art. 47. add. Capit. Math.

b) Wenn er nemlich wie Ferdinandus I. zu einem Reichs-Gehülfen ausdrücklich erwählet worden. Pfeffing. Lib. I. tit. 10. §. 6. p. 924.

c) Capitulat. Joſephi art 1.

d) Es erhellet ſolches aus vielen Exempeln ſo unter Ferdinando I. als Römiſchen König vorgefallen, wenn er bey Abweſenheit ſeines Bruders das Kayſerliche Amt

Amt im Reiche verwaltet. Pfeffing. d. l. p. 922. ſeqq. Weßhalb die Formul / im Namen Kayſerlicher Majeſtät und vor uns ſelbſt/ in vielen R. A. zu finden. Limn. Lib. 2. ſ. 15.

§. XIII.

Es folget hieraus, daß ein groſer **Unterſcheid** zu machen ſeye, **zwiſchen einem Römiſchen Könige der die Reichs-Regierung** obgleich nur zeitig **verwaltet / und** zwiſchen ei**nem Römiſchen Könige der mit der Regierung nichts zu thun hat.** Der erſte kan ſonder Zweifel zu der Zeit ſeiner Reichs-Verwaltung den Rang vor allen Königen forderen, weil er **als das andere oberſte Haupt des Reichs** nebſt dem Kayſer anzuſehen iſt a); dem lezteren werden regierende Könige ſchwerlich weichen, wie dann bekant, daß der ehemalige Römiſche König Joſeph ſelbſt ſeinem jüngeren Bruder, als derſelbe zu Wien den Titul eines Königes in Spanien angenommen, beſtändig die rechte Hand gegeben, ſo lange er zu Wien geblieben.

a) R. A. de an. 1535. prooem. d. an. 1555. §. 66. und im Fall Kayſerliche Majeſtät. & de an. 1564. §. 6.

b) Staats-Canzley Tom. VIII. c. 3.

V. Capitel.

Von der Endſchaft der Kayſerlichen Würde.

§. I.

Die Kayſerliche Würde höret nicht allein auf mit dem **Ableben** eines Kayſers, ſondern auch wann er die Regierung frey-

willig **abdancket**/ oder wegen Reichs-verderblicher Verſäumung und Mißbrauches ſeines höchſten Amtes **abgeſezet** wird.

§. II.

Daß es einem **Kayſer frey ſtehe ſein Kayſerliches Amt niederzulegen**/ iſt wohl kein Zweifel, wann es nur auf eine ſolche Weiſe geſchiehet, daß dem Reiche keine Gefahr daraus erwachſen könne, welche er auf alle Art und Weiſe abzuwenden, vermöge ſeines Eydes und ſeiner Capitulation, verbunden iſt.

§. III.

Weil nun über die Frage, ob etwas dem Reiche heilſam ſeye, ordentlicher Weiſe auf dem Reichs-Tage mit allen Ständen muß gehandelt werden, ſo ſcheinet es auch, daß ein **Kayſer** in beſagten Umſtänden **zu ſeiner vorhabenden Abdanckung den Reichstäglichen Conſenß erfordern** müſſe. Wäre aber bereits ein Römiſcher König erwählet worden, und derſelbe in ſolchem Stande, daß er des Reichs Regierung verwalten könte, welches bey der Abdanckung Kayſers Caroli V. ſich befand, ſo würde es genug ſeyn auf Reichs-übliche Weiſe ſeinen Willen bekant zu machen, der Wohlſtand aber erfordern, denen Churfürſten, von welchen er in ihrem und des Reichs Namen erwählet worden, beſondere Nachricht davon zu geben, welches auch bemelter Kayſer beobachtet.

Pfeffing. Lib. I. tit. 9. §. 1. p. 913.

§. IV.

Ob es einen Kayſer abzuſezen an ſich erlaubt

erlaubt ſeye/ ja in was vor Fällen/ von wem und wie ſolches geſchehen könne/ iſt mit gröſſerer Schwürigkeit zu entſcheiden. Es kommen gleichwol alle unpartheyiſche Publiciſten darin überein, daß es in gewiſſen Fällen an ſich ſelbſt nicht unrecht ſeye einen Kayſer abzuſezen, oder, welches in der That einerley iſt, denſelben vor des Reichs-Oberhaupt nicht ferner zu erkennen, weil die Kayſerliche Würde ihm mit gewiſſen Bedingungen und zu einem gewiſſen Endzweck aufgetragen wird, folglich, wenn ein Kayſer dieſelbe gänzlich aus den Augen ſezet, auch die Pflichten aufhören, zu welchen ſich die Reichs-Stände um des Reichs gemeiner Wohlfart willen gegen ihn verbunden.

S. oben das lezte Cap. des Iten Theils.

§. V.

Die Urſachen der Abſezung ſind wohl überhaupt eine gröſe Verſäumung oder ein ſolcher Mißbrauch des Kayſerlichen Amtes und der damit verknüpften hohen Vorrechte, von welchen das Reich einen groſen Verfall, oder eine Umſtürzung ſeiner gegenwärtigen Fundamental-Verfaſſung zu befürchten hätte. Wie es aber nicht ſchwer fält auch dem ungerechteſten Vornehmen einen Schein zu geben, und das Intereſſe der Churfürſten, Fürſten und Stände in vielen Fällen ſo unterſchieden iſt, daß es einem Kayſer leichte iſt, auch bey offenbarer Verlezung einiger Stücke ſeiner Capitulation allezeit eine Parthey auf ſeiner Seite zu behalten, die mit ſeiner Regierung wohl zufrieden iſt, ſo würde es wohl ſchwer

fallen,

fallen, den Kayſer ſeines vorgeworffenen Verbrechens zu überweiſen, und über deſſen Abſezung ſich zu vereinigen.

§. VI.

Vormals da an der Wahl **eines Römiſchen Kayſers oder Königes** alle Stände Antheil hatten, wurde auch die **Abſezung** derſelben gemeiniglich auf einer Verſammlung der Stände und des Volcks a) vorgenommen. **Seit der** Zeit aber da **die Churfürſten das Wahl-Recht im Namen des Reichs allein verſehen** haben, iſt es von ihnen als **eine Folge dieſes Vorrechts** angeſehen worden, die Kayſer abzuſezen, wie ſolches aus der Abſezung Adolphi und noch mehr aus der Abſezung Wenceslai erhellet. Es kan auch nicht geläugnet werden, daß denen Churfürſten zuforderiſt obliege auf des Kayſers Regierung ein wachſames Auge zu haben, und denſelben benöhtigten Falls ſeiner Pflicht mit Beſcheidenheit zu erinnern. Geſezt aber, daß ſie nicht ſchlechter Dinge nöhtig hätten der Fürſten und Stände Gutachten über die Abſezung eines Kayſers einzuholen, welches ſie gleichwol bey der Abſezung Wenceslai gethan b), und der heutigen Reichs-Verfaſſung noch mehr gemäs iſt; ſo würde es doch die Klugheit erforderen derſelben Beyfall über ihr Vorhaben zu ſuchen, damit die Vollſtreckung deſſelben deſto leichter geſchehen möge.

a) Die Biſchöffe pflegeten dabey gemeiniglich die vornehmſte Perſon zu ſpielen; Nonne officii noſtri eſt, ſagte der Erz-Biſchof von Maynz als von der Abſezung Henrici IV. gehandelt wurde/ Regem conſecrare,

crare, conſecratum inveſtire? quod ergo *Principum Decreto* impendere licet, eorundem authoritate tollere non licet? Quem meritum inveſtivimus immeritum, quare non diveſtiamus. Helmold Chron. Sclavor. c. 32. §. 3. Siehe von der Abſezung Ludovici Pii Hahns R. Hiſt.

b) vid. Struv. d. l. c. 13. §. 15.

§. VII.

Denn es iſt nicht genug, daß von denen **Churfürſten** ein Ausſpruch wider den Kayſer geſchehe und förmlich verkündiget werde, wie zu Wenceslai Zeiten geſchehen, ſondern ſie müſſen **ſich** zugleich **in Verfaſſung ſezen/ ihren Ausſpruch durch die Waffen zu unterſtüzen**/ und wider den Abgeſezten zu behaupten, welcher ſonſt nebſt ſeinen Anhängern ſich wenig daran kehren würde; um ſo viel mehr weil **kein Reichs-Geſeze denen Churfürſten das Recht beyleget den Kayſer zu beurtheilen**/ und was von dem Churfürſten von der Pfalz als dem Richter des Kayſers in der Guldenen Bulle geſaget wird a), nicht von ſolchen Sachen zu verſtehen iſt, da über die Regierung des Kayſers geklaget wird, ſondern von Privat-Streitigkeiten, in welchen kein Potentate ein Bedencken träget ſelbſt mit ſeinen Unterthanen vor die ordentliche Gerichte ſich einzulaſſen, und in welchen man vormals an die Pfalz-Gräfliche Gerichte ſich zu wenden pflegete, wenn man in ſolchen Sachen mit dem Kayſer zu thun hatte.

a) Tit. V. §. 3. conf. Struv. d. l. cap. 24. ſeqq.

VI. Cap.

VI. Capitel.

Von denen Reichs-Verweſern oder Vicarien.

§. I.

Wenn auf beſagte Weiſe der Kayſerliche Thron erlediget worden, ſo wird das Reich durch ſo genante Reichs-Verweſer regieret. Und weil der Kayſer auch berechtiget iſt in denen Fällen, da er das Reich zu regieren ſelbſt gehindert wird, die Verwaltung ſeines Amts einem Reichs-Fürſten auf eine gewiſſe Zeit zu übertragen a), ſo kan man die **Reichs-Verweſer** eintheilen in **ordentliche** / die ihr Vicariats-Recht nach der Vorſchrift der Reichs-Grund-Geſeze, und in **auſſerordentliche** / die daſſelbe aus Kayſerlicher Vollmacht verwalten.

a) h. c. §. 19.

§. II.

Die **ordentliche Reichs-Verweſer** ſind, nach Vorſchrift der Guldenen Bulle a), **der Churfürſt von der Pfalz** / und **der Churfürſt von Sachſen.**

a) A. B. tit. 5. Sie werden daſelbſt wohlbedächtig provisores Imperii genant / um ſie von denen Kayſerl. Vicariis zu unterſcheiden. Conf. Ludewigs Erlaut. d. l. p. 533.

§. III.

Die wahrſcheinlichſte Meinung a) von der Gelegenheit, **wodurch Pfalz und Sachſen zu dem Reichs-Verweſer-Amt gelanget** / iſt wohl

wohl dieſe, daß der Pfalz-Graf am Rhein das Reichs-Ober-Richterliche-Amt am Kayſerlichen Hofe verſehen, und der Reichs-Erz-Marſchall nicht allein in peinlichen Sachen ihm zur Seiten geſtanden, ſondern über dem bey denen Reichs-Zuſammenkünften vor die Sicherheit derſelben geſorget, und eine dahin gehende Gerichtsbarkeit verwaltet, wovon ſich noch eine Spur bey denen Reichs-Tägen findet. Weil nun beyde Aemter mehr in des Reichs als des Kayſers Namen geführet wurden, und folglich bey dem Ableben eines Kayſers nicht aufhöreten, ſo muſten ſie natürlicher Weiſe bey Erledigung des Kayſerlichen Throns von groſer Würckung ſeyn a). Es finden ſich aber von dem allen nur unvollkommene Nachrichten, weil die Interregna von denen Hiſtoricis nicht genau beſchrieben worden, dieſelben auch zu denen älteren Zeiten ſich ſelten zutrugen, weil die Kayſer gemeiniglich bey ihrem Leben es dahin brachten, daß ihre Söhne von denen Reichs-Ständen zu Königen erwählet und geordnet worden. Indeſſen kan es genug ſeyn, daß in der Guldenen Bulle das Reichs-Fürſteher-Amt denen Churfürſten von der Pfalz und Sachſen auf dieſe beyden hohen Aemter gegründet wird b).

a) S. Ludwigs Erläut. der G. B. Tom. I. p. 515. ſeqq. Spener d. l. Lib. II. c. 3.
b) G. B. tit. V. §. 1. 2.

§. IV.

Gleichwie nun **die Guldene Bulle** davor geſorget, daß bey der Kayſerlichen Wahl alle Irrungen

rungen verhinderet würden, alſo hat dieſelbe zugleich **wohl verſehen / wie das Reich bey vorfallendem** *Interregno* auf ſolche Weiſe **zu regieren** wäre, daß das Band der Einigkeit unter denen Ständen erhalten würde. Es erhellet auch nicht allein aus denen ausdrücklichen Worten dieſes Geſezes a), daß bey der darin gemachten Verordnung wegen der Regierung des Reichs bey vorkommender Vacanz auf das alte Herkommen geſehen worden, ſondern es iſt ſolches über dem daraus abzunehmen, weil weder der Churfürſt zu Maynz, der wegen ſeines Erz-Canzler-Amtes bey denen Reichs-Geſchäften viel zu ſagen hat, noch die übrigen Churfürſten ſolcher Einrichtung im geringſten widerſprochen, und dieſelbe als eine neue und ihnen nachtheilige Sache angeſehen.

a) Es wird daſelbſt geſaget / daß der Pfalz-Graf am Rhein des Reichs Verweſer ſeyn ſolle / wegen des ſeinem Amte anklebenden hohen Rechts. Comitatus Palatini Privilegio. A. B. tit. 5. §. 1.

§. V.

Es hat aber **zwiſchen Pfalz und Bayern** bey dem Interregno, welches zwiſchen der Regierung Ferdinandi III. und Leopoldi vorgefallen, **ein groſer Streit wegen des Reichs-Verweſer-Amtes** ſich hervor gethan, weil Bayern, dem die Pfälziſche Chur-Stelle nebſt allen dazu gehörigen Gerechtigkeiten durch den Weſtphäliſchen Frieden eingeräumet worden, vorgegeben, daß das Reichs-Verweſer-Amt darunter mit begriffen ſey a). Ob nun wohl die Umſtände dem Churfürſten

von

von Bayern damals ſo günſtig waren, daß der Churfürſt von Sachſen ihn vor ſeinen Amts-Genoſſen erkante, und die Reichs-Cammer ſich ebenfals vor ihm erklärete: So wante doch der Churfürſt von Pfalz ebenfals allen Fleiß an, ſich ſowol in ſeinem alten Beſiz zu ſchüzen, als durch nachdrückliche Schriften ſein wohl gegründetes Recht auszuführen. Nun wurde zwar durch die Vorſorge derer übrigen Churfürſten glücklich verhindert, daß man von der Feder nicht zum Degen ſchritte, der Streit ſelbſt aber iſt noch nicht abgethan, und wäre vielleicht bey dem leztern Interregno von neuem angegangen, wenn nicht der damalige Churfürſt von Bayern ſich zu der Zeit unter der Reichs-Acht befunden hätte.

a) Siehe den ganzen Verlauf dieſes Streits und denen auf beyden Seiten herausgegebenen Schriften. Pfeffing. ad Vitriar. Lib. I. tit. II. §. 5. add. Ludewig d. l. p. 430. ſeqq. Monzamb. c. 4. §. 8.

§. VI.

Weil die Reichs-Verweſer das Amt eines abgelebten Kayſers vertretten, ſo wird mit gutem Grunde behauptet, **daß ihr Verweſer-Recht a) ſich ſo weit erſtrecke, als die Gewalt des Kayſers**, es wäre dann daß durch geſchriebene oder ungeſchriebene Reichs-Grund-Geſeze etwas ausgenommen b) oder das Kayſerliche Vorrecht ſeiner Natur nach ſo beſchaffen wäre, daß es alleine an der Perſon des Kayſers hafte.

a) Jus proviſionis. G. B. tit. V. §. 2.

b) Europ. Herold. P. I. c. 3. Sect. 3. p. 164. Coccej. J. P. c. 16. §. 13. Spener Lib. IV. c. 9. §. 4. 5.

§. VII.

An ſtatt alſo daß die Guldene Bulle nur einige Exempel **von denen Rechten der Vicarien** anführet, ſo wird in der Wahl-Capitulation bey Erwehnung der Vicariats-Gerechtigkeiten nicht allein der Guldenen Bulle gedacht, ſondern auch deſſen, was alte Rechte und andere „Geſeze oder Freyheiten vermögen, item deſſen, „was dem Vicariat anhängig iſt.

Capitulat. noviſſ. art. 3. §. Wollen auch die Vicarios.

§. VIII.

Auf gleiche Weiſe ſind auch **von denen Kayſerlichen Rechten / welche die Vicarien** nach der Regel **verwalten** / nicht allein diejenigen **auszunehmen** / deren die Guldene Bulle ausdrücklich erwehnet, ſondern auch diejenigen, welche das Herkommen nicht verſtattet, oder beſagter maſen der perſönlichen Hoheit und Würde des Kayſers ankleben.

§. IX.

Aus der lezteren Ausnahme flieſet nicht allein, daß die **Reichs-Vicarien** weder **den Rang eines Kayſers noch die Ehren-Bezeugungen forderen können/ ſo die Stände des Reichs dem Kayſer ſchuldig ſind** / welches ihnen auch nie in Sinn gekommen: Sondern ich halte über dem davor, daß dieſe general Ausnahme der Grund ſeye, warum **das Recht, die ſo genante Fahnen Lehen zu reichen/ denen Reichs-Vicarien** in der Gulden-n Bulle **verſaget** wird, weil dieſelben vor dem Kayſerlichen Thron mit tieffem Reſpect empfangen wer-

den.

den. Von welcher Anmerckung mich nicht abzugehen beweget, daß viele Publiciſten a) unter beſagten Fahnen-Lehen auch die unmittelbaren Graf- und Herrſchaften verſtehen b), derer Inveſtitur der Reichs-Hof-Raht ertheilet; Weil dieſe Meinung theils unausgemachet, theils dem würcklichen Gebrauch zuwider iſt, nach welchem die Reichs-Vicarien annoch bey der Reichs-Vacanz vor der Wahl Leopoldi an Graf- und Herrſchaften Befehle ergehen laſſen, die Belehnung bey ihrer Vicariats-Canzley zu ſuchen c).

a) Quæ vulgariter Fahn-Lehen vocantur. A. B. tit. 5. §. 1.
b) Unter denenſelben hat der Herr von Ludewig ad A. B. d. l. p. 559. ſeqq. die beſten Gründe vor dieſe Meinung angeführet.
c) Thulemar. de Octovir. c. 22. §. 27.

§. X.

Gleichwie nun bey der Reichs-Cammer **das Kayſerliche Amt von beyden ordentlichen Vicarien gemeinſamlich verſehen**/ und daſelbſt unter ihrem Namen alles ausgefertiget wird: Alſo **beſtellen** dieſelbe an ihrem Hofe **ein beſonderes hohes Vicariats-Gerichte**/ welches den heutigen Kayſerlichen Reichs-Hof-Raht repreſentiret, und in dem Diſtrict eines jeden Vicarii unter deſſen beſonderen Namen die Sachen expediret, welche ein regierender Kayſer ohne Zuthun der Stände beſchlieſen und vollſtrecken kan.
Conf. Struv. c. 13. §. 34.

§. XI.

Hingegen iſt kein Zweifel, daß ungeachtet **die Reichs-Verweſer an keine eigentliche Capitulation gebunden** ſind, dieſelbe dennoch

ihre Gewalt nicht weiter erſtrecken können, als dem lezt verſtorbenen Kayſer frey geſtanden, deſſen Capitulation ſo lange als ein Reichs-Grund-Geſeze anzuſehen iſt, bis auf Reichs-übliche Weiſe das darin abgeredete geänderet worden.

Conf. Hornii J. P. c. 21. §. 10. Ludewig d. l. p. 566.

§. XII.

Ich habe geſagt, daß ein jeder Reichs-*Vicarius* die Kayſerliche *Reſervata* in dem Diſtrict *exerci*re, welcher ihme in der Guldenen Bulle angewieſen worden: Die Worte dieſes Geſezes lauten alſo: Daß der Pfalz-„Graf am Rhein des Reichs Verweſer ſeyn ſol-„le, in denen Rheiniſchen Landen und in Schwa-„ben, und ſonſt wo das Fränckiſche Recht gilt „a). Der Churfürſt von Sachſen hingegen an „denen Orten, wo Sachſen-Recht im Gebrauch „iſt b). Ob nun wohl dieſe Eintheilung an ſich ſelbſt ſehr dunckel iſt: So ſcheinet doch, daß dieſelbe auf den alten Zuſtand des Teutſchen Reichs ſich beziehe, da man alle zu deſſen Cörper gehörende Völcker unter dem Namen der Francken und Sachſen pflegete zu begreiffen c). Es bekräftiget ſolches auch die gemeine Meinung der Publiciſten d), welche dem Pfälziſchen Vicariat, den Ober- und Nieder-Rheiniſchen, den Fränckiſchen, den Bayeriſchen, den Oeſterreichiſchen und den Burgundiſchen Creyß zuſchreiben, welche Länder vormals zu Oſt-Franckenland (ad Franciam Orientalem) gerechnet wurden e). Dahinge-

hingegen **das Chur-Sächſiſche Vicariat** nur über den Ober- und Nieder-Sächſiſchen und über den Weſtphäliſchen Creyß ſich erſtrecket, worin die Länder gelegen ſind, welche theils von denen Sachſen ſelbſt beſeſſen, theils durch ihre Hülffe inſonderheit zum Reiche gebracht und zur Sächſiſchen Provinz gezählet worden f).

a) In partibus Rheni & Sueviæ & in Jure Franconico. A. B. tit. 5. §. 1.

b) In illis Locis ubi Saxonica Jura ſervantur, ibid. §. 2.

c) vid. h. Lib. II. c. 4. §. 1. add. Coccej. c. 16. §. 9.

d) Struv. c. 13. §. 31. Vitriar. Lib. I. tit. II. §. 6. & Author. ibi alleg. a Pfeffing.

e) vid. Pfeffing. d. l. Lib. I. tit. 16. p. 362. & p. 366.

f) Coccej. c. 4. §. 3.

§. XIII.

Nach dieſer Einrichtung ſolten zwar die Reichs-Vicarien wegen der Natur ihres Amtes, welches bey der Erledigung des Reichs das Kayſerliche imitiret, an allen Orten ſolches ausüben die zum Teutſchen Cörper gehören. **Es meinen aber viele Reichs-Stände** / und unter denenſelben inſonderheit der Churfürſt von Bayern und der Erz-Herzog von Oeſterreich, **daß in ihren Ländern die ordentliche Reichs-Verweſer nichts zu ſagen haben** a). Gleichwie ich nun an ſeinen Ort geſtellet ſeyn laſſe, mit was Grund ſolches geſchehe; Alſo wundert mich nicht, daß die mächtige Reichs-Stände, welche kaum das Kayſerliche Amt vertragen können b), denen Reichs-Verweſern ſich aller Orten in Wege legen,

gen, welche durch eigene Macht ihrem Rechte keinen Nachdruck geben können.

a) Conf. Ludewig d. l. p. 511. ſeqq.
b) infra VII. B. 2. Cap.

§. XIV.

Da nun über deme die Vacanz des Reichs ſo viel immer möglich verkürzet wird, und deswegen nichts wichtiges von denen Reichs-Verweſern kan ausgeführet werden; So hat man bishero von keiner anderen **Würcklichkeit des Amtes der Reichs-Verweſern** gehöret, als daß dieſelben Gräfliche, Freyherrliche, Adeliche und andere Würden ertheilen, Notarien und Comites Palatinos creiren, ehrlich machen, legitimiren, und andere dergleichen Wohlthaten mit ſolchem Nachdruck ertheilen, daß ſie durchs ganze Reich gelten. Die Ausübung dieſer Rechte wird von ihren Mit-Ständen um ſo viel weniger ihnen gemißgönnet, als dieſelbe ordentlicher Weiſe niemand zum Nachtheil gereichet.

§. XV.

Alles **was die ordentliche Reichs-Verweſere bey währender** Vacanz **des** Reichs kraft ihres Amtes **verrichtet** haben, **muß ein Kayſer beym Antritt** ſeiner **Regierung in der Capitulation genehm halten**/ **und** in der allerbeſten Form *confirmi*ren **und** *ratifici*ren / wie ſich daſſelbe geziemet und gebühret a). Es flieſet aber daraus nicht, daß dasjenige, was die Reichs-Verweſere gethan, allein aus Kayſerlicher

cher Confirmation gelte, maſen ſie ihre Gewalt nicht vom Kayſer, ſondern vom Reiche haben, und dieſer ſeine Bekräftigung ſo wenig verweigeren kan, als die Bekräftigung der Rechte der Churfürſten, Fürſten und Stände, zu welcher er ſich ebenfals verbindet b).

a) Capitulat. noviſſ. art. 3.
b) Ibidem art. I.

§. XVI.

Italien/ welches zu des Reichs-Neben-Territorio gehöret, hat **ſeine beſondere ordentliche Vicarien**/ unter welchen der Herzog von Savoyen der vornehmſte iſt, deſſen Vicariats-Gerechtigkeit und Privilegien in der Kayſerlichen Capitulation ausdrücklich bewahret werden a). Weil aber Italien dem Reiche unſtreitig mit Lehens- und anderen Pflichten verwant iſt, und deſſelben Befehle ſo weit erkennen muß, ſo folget daraus, daß ſelbſt die Reichs-Vicarii in Italien dasjenige reſpectiren müſſen, was von denen Vicariis in des Reichs Territorio von Reichs wegen verordnet wird b). Ja es erhellet aus der Clauſul, unter welcher der Kayſer zu Handhabung des Savoyiſchen Vicariats ſich verbindet, daß es vom Kayſer, folglich auch von denen ordentlichen Reichs-Verweſeren und dem Reiche dependire, dieſe Vicariats-Gerechtigkeit wiederum aufzuheben c).

a) Capitulat. noviſſ. art. 26. §. So thun wir auch ꝛc.
b) Conf. Ludewig ad A. B. tit. 5. §. I. p. 520.
c) Welches alles jedoch (lautet die Clauſul an dem angezogenen Orte) auf die Condition geſtellet wird/ wenn

„ ſich der Herzog von Savoyen denen von Ihro Kay„ſerlichen Majeſtät von Reichs-wegen publicirten Inhi„bitoriis und Avocatoriis gemäs bezeugen und verhalten „wird.

§. XVII.

Das Amt und die Gewalt der ordentlichen Reichs-Verweſere höret auf, wenn der Kayſerliche Thron mit einem neuen Regenten beſezet iſt. Denn ungeachtet der Römiſche König Joſephus durch ſeine Capitulation a) verbunden worden, zu Præjudiz der Reichs-Vicarien, „welchen immittelſt die Reichs-Adminiſtration ob„liegen ſolle, ſich keiner Regierung zu unterzie„hen, bis er das 18te Jahr ſeines Alters errei„chet und angefangen: So ſcheinet doch aus denen hinzugefügten Worten, daß wann ein erwählter Römiſcher Kayſer noch unmündig iſt, die Reichs-Vicarien nicht aus eigener, ſondern aus aufgetragener Macht ihr Amt verwalten, „weil ausdrücklich geſaget wird, daß ſie die Ex„pedition der Reichs-Sachen in des jungen Kay„ſers Namen verfügen ſollen. Ein gleiches hat auch ſtatt, wenn mit des neu erwählten Kayſers Approbation, fals er ſich zur Zeit der Wahl auſſer dem Reiche aufhalten ſolte, denen Reichs-Verweſeren zugelaſſen wird, ſtatt ſeiner die Reichs-Adminiſtration zu continuiren, wie aus der jüngſten Capitulation zu erſehen b).

a) art. 47.
b) art.

§. XVIII.

Wann ein Kayſer durch eine lange Abweſen-

weſenheit auſſer dem Reiche oder aus anderen Urſachen verhinderet wird, ſein höchſtes Amt in denen Reichs-Sachen zu verwalten: So **ſtehet es ihme frey die Adminiſtration** derſelben **einem anderen an ſeiner ſtatt aufzutragen** a); Es wäre dann, daß mit ſeiner Bewilligung ihme ein Römiſcher König zum Reichs-Gehülffen wäre zugeordnet worden b). Die ordentlichen Reichs-Verweſere können des Kayſers Recht, ſich einen Statthalter zu erwählen, nicht einſchräncken, weil ihr Amt alleine bey Vacanz des Kayſerlichen Thrones ſtatt hat c). Solte aber dem Kayſer eine Hindernuß zuſtoſſen das Reich ſelbſt zu regieren, und er hätte die Adminiſtration der Reichs-Geſchäfte niemand aufgetragen, oder wäre nach erfolgtem Unvermögen nicht im Stande einen Statthalter zu benennen: So würde ſolches einer zeitigen Reichs-Vacanz nicht unähnlich ſeyn, und folglich das oberſte Reichs-Regiment denen ordentlichen Reichs-Verweſeren heimfallen.

a) Ludewig ad A. B. d. l. p. 503. ſequ.

b) Wovon wir ein Exempel haben an Ferdinando I. Pfeffing. Lib. I. tit. 10. §. 6. p. 924.

c) Quoties Sacrum vacare continget Imperium. A. B. tit. 5. §. 1. & Ludewig ibid.

§. XIX.

Es folget zum Beſchluß aus dem Anfangs berührten Unterſcheid **zwiſchen denen ordentlichen** und **denen auſſerordentlichen** Reichs-Verweſeren ein **groſer Unterſcheid ihrer Gewalt.** Jene verrichten alles unter ihrem eigenen,

dieſe unter dem Kayſerlichen Namen. Jene erkennen keine andere Einſchränckung ihres Reichs-Verweſer-Amts/ als die geſchriebenen und ungeſchriebenen Reichs-Geſeze, dahingegen dieſen der Wille des Kayſers zur Richtſchnur dienet. Jene können wegen ihrer Amts-Verrichtungen nicht zur Verantwortung gezogen werden, dieſe ſind dazu feſt verbunden. Jene können ſich die Kayſerlichen Gefälle zueignen a), dieſe aber müſſen dieſelbe berechnen. Was jene verordnet, kan wohl durch einen Reichstäglichen Schluß veränderet, aber eigentlich nicht umgeſtoſſen werden, was dieſe verrichtet, kan der Kayſer caſſiren, wenn ſie ſeine Vollmacht überſchritten haben.

a) Ludewig ad A. B. tit. 5. §. 1. p. 552. Spener Lib. IV. c. 9. §. 5. not. I.

* * *

IVtes Buch.

Von der höchſten Gewalt der Reichs-Stände in ihren Landen und Herrſchaften.

I. Capitel.

Von der Natur der höchſten Gewalt der Stände des Reichs und derſelben Mäſigung überhaupt durch die Reichs-Verfaſſung und Grund-Geſeze.

§. I.

Daß ein jeder Stand des Reichs in ſeinem Lande, Territorio und Bezirck vor ſich die Regierung führe, und die dazu nohtwendig erforderten Rechte verwalte, wird von allen Publiciſten zugeſtanden; Gleichwie anderen Theils keiner unter ihnen in Abrede iſt, daß wegen der generalen Vereinigung aller Reichs-Stände unter einem Oberhaupte, kraft welcher ſie mit demſelben einen Cörper ausmachen, welcher den

den Namen des Römiſchen Reichs Teutſcher Nation führet, ein jeder ſeine Regierung ſo einzurichten habe, wie es zu des Reichs gemeinem Beſten, durch die oben angeführte Fundamental-Geſeze, abgeredet und verglichen worden.

§. II.

Dieſe denen Reichs-Ständen zukommende **Landes-Regierung** wird nach dem Reichs-Stylo mit ſo vielen **verſchiedenen Namen** benennet, daß es zu weitläuftig fallen würde dieſelbe anzuführen a). Ich mercke nur an, daß in dem Oßnabrückiſchen Friedens-Inſtrument b) allen Reichs-Ständen ein *Jus Territorii* und *Superioritatis* beygeleget werde, und daß der Name der **Landes-Hoheit**/ oder **hohen Landes-Obrigkeit**/ nunmehro der gewöhnlichſte ſeye. Der Titul der **Majeſtät** iſt zwar bey denen Churfürſten und Ständen nicht ganz auſſer Gebrauch c); Weil aber mehr an der Sache ſelbſt, als an dem Namen gelegen iſt, ſo haben ſie mit beſagtem Titul nicht ohne Noht prangen wollen.

a) Vid. Pfeffing. Lib. III. c. 15. §. 1. p. 1091.

b) Art. 5. §. 30.

c) In vielen bey Chur- und Fürſtlichen Canzleyen ausgefertigten Documenten und Gnaden-Briefen wird des ihnen angehängten Chur- und Fürſtlichen Majeſtäts-Inſigels gedacht. Der Churfürſt von Brandenburg hat ſich an. 1688. dieſes Formulars bedienet in der Vollmacht/ welche ſein Geſanter auf dem Reichs-Tage bey Chur-Maynziſcher Canzley producirt; Und in der Confœderation der Cron Schweden mit denen Evangeliſchen an. 1634. zu Franckfurth getroffen/ wird der Majeſtät und Eminenz der Churfürſten und Stände gedacht. Pfeffing. Lib. I. tit. 4. p. 391. ſeqq.

§. III.

§. III.

Will man mehr auf die Sache ſelbſt als auf derſelben Benennung ſehen; So iſt dieſe **Landes-Hoheit eine in denen Reichs-Fundamental-Geſezen gegründete Gewalt der Reichs-Stände**/ kraft welcher ſie ihr Land vor ſich und aus eigener Macht ſo regieren können, wie es deſſen innerliche und äuſerliche Sicherheit erfordert, und theils denen Verträgen mit ihren Unterthanen, theils ihrer verglichenen Verbindung mit dem ganzen Reiche gemäs iſt.

Der Beweis dieſer Beſchreibung der Landes-Hoheit der Reichs-Stände wird aus denen folgenden Capiteln erhellen.

§. IV.

Wie die **Reichs-Stände** zu ihrer **Landes-herrlichen Gewalt** gelanget, iſt bereits oben mit wenigem angeführet worden; Wäre nun gleich der Urſprung derſelben nicht bey allen der Gerechtigkeit gemäs geweſen: So würde es doch nunmehro genug ſeyn, daß dieſelbe **durch ausdrückliche Reichs-Verträge erkant und beſtätiget** worden. Und da von vielen Seculis her die **Kayſer** alleine durch eine freye Wahl ihr Recht zur Oberhauptlichen Regierung des Reichs erlangen, und in der mit ihnen verglichenen Capitulation die Hoheiten, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt der Churfürſten, Fürſten und Stände ausdrücklich bewahret werden: So **haben** dieſelbe **weder ſich zu beſchweren**/ daß ihnen von denen Reichs-Ständen ein Eingrif in ihre Gewalt geſchehe, noch einiges Recht die alte Reichs-Verfaſſung wieder einzuführen.

§. V.

§. V.

Ja ich weis nicht, ob ein **Kayſer viel gewinnen würde/ wenn das Reich wiederum in den Zuſtand geriehte/ worin es unter** *Conrado I.* **geweſen**; denn es erhellet gewis aus der Regierung dieſes Kayſers, daß die damalige Herzoge in Sachſen, Schwaben und Bayern ihme in ihren Herzogthümer wenig Rechte eingeräumet, und daß ihre Regierung mehr durch den Beytritt ihrer Landes-Stände, als durch des Kayſers oberſte Aufſicht über das ganze Reich eingeſchräncket geweſen. Man findet ferner, daß die folgenden Sächſiſchen Kayſer von der Nachfolge in ihren Erb-Länderen mit groſer Freyheit diſponiret, und ſich als Souveraine Herren derſelben angeſehen; dahingegen bey der Nachfolge der Kayſerlichen Würde, wenn ſie nicht bey dem Leben des Kayſers mit allen verſammleten Reichs-Ständen ausgemachet war, faſt eines jeden Volckes beſondere Approbation geſuchet worden.

§. VI.

Haben **die Kayſer** in denen Länderen der Reichs-Stände einige Rechte verlohren: So haben ſie auch anderen theils **viele neue Vorrechte erworben**/ und **inſonderheit durch** die neue Einrichtung des Kayſerlichen Reichs-Gerichts, ich meine **den Reichs-Hof-Raht**/ ſo herrliche Gelegenheit bekommen, die meiſte Reichs-Stände auf ihrer Seite, und ſogar in ihrer Dependenz zu behalten, daß, wenn der Kayſer kein anderes Vorrecht im Reich hätte, als daß er in vielen wichtigen Dingen der alleinige Richter der Reichs-Stände

de bey ihren Irrungen iſt, dieſes allein ihme mehr Gewalt und Anſehen giebet, als die Kayſer vor der Zeit dieſer Reichs-Verfaſſung ihnen anzumaſen berechtiget geweſen.

§. VII.

Hierzu kommet noch, daß **die Unterthanen der Reichs-Länder** zwar unter einem jeden Reichs-Stande als unter ihrer ordentlichen unmittelbaren Obrigkeit ſtehen, dabey aber zugleich **verbunden ſind des Reichs Ober-Herrſchaft in denen Dingen / ſo das ganze Reich angehen / zu erkennen /** und um deswillen denen Kayſerlichen Befehlen, wenn ſie nach denen Reichs-Sazungen eingerichtet ſind, ſelbſt wider beſagte ihre Landes-Obrigkeit zu gehorchen; Gleichwie ſie hinwiederum kraft dieſer Verbindung mit dem Reiche berechtiget ſind, bey dem Kayſer als dem Haupte des Reichs ihren Schuz zu ſuchen a), wenn ſie wider die Reichs- und Landes-Verträge an ihren wohl hergebrachten Rechten gekräncket werden. Zugeſchweigen, daß ſie in gewiſſen Fällen das Recht haben, von denen Rechts-Sprüchen der Landes-Gerichte an die höchſten Reichs-Gerichte zu appelliren.

a) Conf. Capitulat. art. 15.

§. VIII.

Auſſer dem aber, was die Verbindung des Reichs zu einem Cörper erforderet, oder annoch als ein geringer Reſt des alten Zuſtandes der Reichs-Stände übrig geblieben, oder durch beſondere Verträge ausdrücklich vorbehalten iſt, hat **der Kayſer kein Recht in die Regierung des Landes**

des der Reichs-Stände die Hände einzuſchlagen/ und ihre Unterthanen vor ſeine Gerichte zu ziehen/ noch wider ihre unmittelbare Obrigkeit in Schuz zu nehmen. „Er wird hingegen durch die Capitulation a) verbunden, dieſelbe zum ſchuldigen Gehorſam gegen ihre Landes-Obrigkeit anzuhalten, ſolche „nicht leichtlich zu hören, ſondern a limine Judicii „ab- und zu ſchuldiger Parition an ihre Landes-„Fürſten und Herren anzuweiſen, auch in Sachen der Unterthanen wider die Landes-Fürſten „und Obrigkeiten, ohne deroſelben vorhero ſchriftlich begehrten und vernommenen Bericht, keine „Proceſſus und Mandata zu ertheilen.

a) art. 15.

§. IX.

Gleichwie aber an verſchiedenen Orten bereits iſt erinneret worden, daß ungeachtet allen Staaten, ſie ſeyen ſchwach oder mächtig, gleiche Rechte zukommen, zwiſchen beyden dennoch ein groſer Unterſcheid bey der Ausübung der Staats-Rechte ſich hervor thue: Alſo trift dieſes inſonderheit bey denen **Reichs-Ständen** ein, und iſt dahero nöhtig/ **daß derjenige/ welcher wiſſen will/ ob dieſelben in der That die höchſte Gewalt beſizen**/ oder, welches einerley iſt, Souveraine Herren ſind, **nicht auf die ſchwächeren Reichs-Stände/ ſondern inſonderheit auf die mächtigen Chur- und Fürſten ſehen**; Maſen es auch bey einzelen freyen Staaten nichts ungewöhnliches iſt, daß ſie ungeachtet ihrer unangefochtenen Souveraineté ihre

Rechte oft nach ihrer Macht abmeſſen, und denen Potentaten, welche ihnen hierin überlegen ſind, viel nachgeben müſſen.

II. Capitel.

Von der Natur derer Reichs-Länder.

§. I.

Es iſt eine ausgemachte Sache, **daß alle Reichs-Stände ihre Länder als unmittelbare Reichs-Lehen beſitzen**, oder doch mit denen darinnen auszuübenden Landes-Rechten und Regalien vom Kayſer im Namen des Reichs beliehen werden.

§. II.

Der **Urſprung ſolcher Lehen** iſt vornemlich in der Fränckiſchen Reichs-Verfaſſung zu ſuchen. Denn als die Francken ein neues Reich ſtifteten und nicht allein die Gallier, ſondern auch viele Teutſche Völcker ihrer Herrſchaft unterwarffen, hielten ihre Könige für gut in Teutſchland inſonderheit, welches ſchon zu der Zeit unter viele kleine Herren getheilet war, die meiſten in dem Beſiz ihres Landes zu laſſen, und dieſelben nicht ſowohl zur eigentlichen Unterthänigkeit als zur Treue gegen ſich und zu gewiſſen Krieges- und Friedens-Dienſten zu verbinden.

§. III.

Diejenigen ſo unter der oberſten Gewalt des Königes zur Regierung der Provinzien bey Krie-

ges- und Friedens-Zeiten unter dem Titul der **Herzoge und Grafen** beſtellet wurden, **verwalteten ihr Amt** ebenfals **Lehens-Weiſe**/ und hatten aller Einkünfte des Landes zu genieſſen, auſſer wenigen Gefällen, ſo zum Unterhalt des Königlichen Hofes oder zum gemeinen Nuzen ausgeſezet bleiben.

§. IV.

Anfangs wurde denen Kinderen keine **Erbfolge** in ſolche Herrſchaften und Aemter eingeräumet. Wie es aber die alte Teutſche Gewonheit mit ſich brachte ſelbſt das Königliche Amte bey denen Kinderen zu laſſen, wann ſolches nicht ganz und gar mit der Wohlfart des Reichs ſtritte: Alſo wurde ſolches auch **bey denen Unter-Aemteren des Reichs beobachtet**/ wann ein Vatter daſſelbe wohl geführet hatte, und von dem Sohn ein gleiches zu hoffen war.

§. V.

Gleichwohl hatten die Kinder es mehr vor eine Königliche Gnade als vor ein Recht anzuſehen, wann ſie bey ihrer Elteren Amt und Land gelaſſen wurden, bis die betrübten Zeiten, welche unter Ludovico Pio und denen von ihme abſtammenden Königen einfielen, beſagten Reichs-Unter- und Mit-Regenten **Gelegenheit** gaben, ihre Macht dergeſtalt zu vermehren, **daß es die Könige**/ ohne groſe Gefahr vor ſich ſelbſt und ohne Befürchtung innerlicher Unruhen, **nicht mehr wagen durften die Kinder der väterlichen Aemter und Länder zu entſezen**/ auſſer in ſolchen Fällen, da dieſe mit ihren Land-

Stän-

Ständen nicht wohl ſtunden, oder die benachbarten Stände zu Feinden hatten, folglich der König ſolche Umſtände zur Abſezung eines Herzogs oder zur Vorbeygehung ſeiner Kinder ſich bedienen konte.

§. VI.

Dieſe Veränderung des alten Zuſtandes der Reichs-Lehen hatte vermuhtlich dem Kayſer Ottoni I. **Anlaß** gegeben, **weltliche Reichs-Herrſchaften und Lehen denen Geiſtlichen zuzuwenden**; weil ihr eheloſer Stand die Erblichkeit ſolcher Lehen hinderte, und er wegen des ihme zuſtehenden Rechtes die Biſchöffe einzuſezen, und mit dem Stabe und Ringe zu inveſtiren, öftere Gelegenheit haben konte ſich neue Freunde und Anhänger zu machen. Es hat aber der Nuzen, welchen er und einige von ſeinen Nachfolgeren daraus geſchöpffet, **nicht lange gewähret**: weil die Macht ſo denen Biſchöffen dadurch im Reiche zugewachſen, den Römiſchen Hof deſto mehr angereizet die Einſezung derſelben an ſich zu ziehen, und von der Zeit an, da dieſer Anſchlag ausgeführet worden, die geiſtlichen Fürſten in Teutſchland noch mehr als die weltlichen an der Erniedrigung der Kayſer gearbeitet.

§. VII.

Gleichwie nun vom Anfang an die Lehensbarkeit nicht ſo ſehr zur Unterthänigkeit als zur Treue verbunden und unter denen Fränckiſchen Königen vor ein Mittel angeſehen wurde, wordurch alle Reichs-Stände und Glieder mit dem Reiche und deſſen Haupte in der näheſten Vereinigung

nigung könten erhalten werden: Alſo haben um ſolcher Urſachen willen **die Stände des Reichs** auch nach der Zeit, da ſie die innehabende Reichs-Länder mit völliger Macht beherrſcheten, **kein Bedencken getragen**/ in ſolcher Verbindung mit dem Reiche **unter deſſen Oberhaupte zu verbleiben**/ weil ihrer hohen Landes-Gewalt dadurch nichts wichtiges abgehet, und ihre Pflicht, den Gebrauch derſelben nach der gemeinen Wohlfart des Reichs abzumeſſen, ihnen den Nuzen verſchaffet, daß ſie hinwiederum des ganzen Reiches vereinigte Hülfe zur Erhaltung ihrer Freyheit ſich verſprechen können.

§. VIII.

Es hat zwar nicht viel gefehlet, daß nicht **die Longobardiſchen Lehen-Rechte**/ als ſie in Teutſchland ſich einſchlichen, denen Reichs-Lehen eine andere Geſtalt, und denen Kayſern, welchen dieſe Geſeze günſtig waren, Gelegenheit gegeben hätten, die Reichs-Stände nach der damaligen Art der Italiäniſchen Reichs-Vaſallen zu warhaften Unterthanen zu machen. Gleichwie aber dieſe ſelbſt ein Mittel gefunden, durch Hülfſe der Päbſtlichen Unternehmungen wider die Schwäbiſchen Kayſer/ ſich zu freyen Herren der Reichs-Länder in Italien zu machen: Alſo war es natürlich/ daß **die Teutſchen Reichs-Stände** bey dieſer **Gelegenheit ihre Freyheit** ebenfals **von neuem befeſtigten.**

§. IX.

Ob nun wohl die Chur- und Fürſten anoch verbunden ſind die **Inveſtitur** ihrer **Reichs-**

Länder vor dem Kayſerlichen Thron öffentlich zu empfangen, die Grafen und Herren aber ſolche bey dem Reichs-Hof-Raht ſuchen, und die Reichs-Städte dem Kayſer die Huldigung leiſten müſſen: Obgleich ferner die dabey üblichen Ceremonien nebſt dem abzulegenden **Lehens-Eyde** ſo beſchaffen ſind, daß ſie den Schein einer dem Kayſer ſchuldigen Unterthänigkeit haben: So erhellet doch aus unzähligen anderen Umſtänden, daß dieſer Eyd **nicht ſowol dem Kayſer geleiſtet/ als von demſelben vor das ganze Reich empfangen werde/** deſſen Stelle bey dieſen Fällen, wie in vielen anderen, von Kayſerlicher Majeſtät vertretten wird.

§. X.

Es kan folglich, wann ein Reichs-Lehen durch den Tod des gegenwärtigen Vaſallen eröfnet wird, **der Kayſer ſich nicht entbrechen/ in** denen **geiſtlichen Lehen demjenigen/ welcher rechtmäſig erwählet** worden, und **in denen weltlichen demjenigen/ ſo der nächſte Lehens-Erbe iſt/ die Inveſtitur zu reichen.**

Siehe Wahl-Capitulat. art. II.

§. XI.

Ferner ſtehet es ihme nicht frey, die **gänzlich erledigte Reichs-Lehen** nach Gefallen an ſein Haus, oder an andere zu vergeben, ſondern er iſt kraft ſeiner Capitulation a) verbunden, die Churfürſtenthümer ohne des Churfürſtlichen Collegii, die Fürſtenthümer Graf- und Herrſchaften ohne der Churfürſtlichen und Fürſtlichen Collegiorum

giorum Vorwiſſen und Conſens ferner niemand zu leihen, auch niemand einige Expectanz oder Anwartung darauf zu geben, ſondern zu Unterhaltung des Reichs und deſſelben Könige und Kayſer zu behalten, einzuziehen, und zu incorporiren.

a) art. II.

§. XII.

Solte er auch mit gedachter Genehmhaltung des Churfürſtlichen und Fürſtlichen Collegii ein ſolches Lehen ſeinem eigenen Hauſe zuwenden: So **ſoll er ſelbſt** daſſelbe **ohnweigerlich empfangen / oder**/ wann das nicht bequemlich geſchehen könte, deßwegen **dem Reiche** zu deſſen Verſicherung **gebührenden Revers und Recognition zuſtellen.**

Capitular. art. 10. in fin.

§. XIII.

Wenn endlich **ein Stand des Reichs ſeine Bundes-Pflicht vergiſt / und** durch Feindſeligkeiten wider das Reich ſeine **Reichs-Lehen verwürcket: So wird** zwar **die Acht wider ihn** in des Kayſers Namen *publicirt* / ſolche aber nunmehro nicht eher erkant, bis die „Reichs-Gerichte die wider ihn angeſtellete Kla„gen ſorgfältig unterſuchet, und wenn es dabey „zu einem Schluß gekommen, die ergangene A„cta auf offentlichem Reichs-Tag gebracht, durch „gewiſſe dazu abſonderlich vereydete Stände aus „allen drey Collegiis in gleicher Anzahl der Reli„gionen examiniret und überleget, deren Gutach„ten an geſamte Churfürſten, Fürſten und Stände

„refe-

feriret, von dieſen der endliche Schluß gefaſ-
t, und das alſo verglichene Urtheil vom Kay-
r und deſſen Commiſſario gleichfals approbiret
orden a).

a) Capitulat. art. 20.

§. XIV.

Es erhellet hieraus, daß das Recht des
ayſers, wider einen Bundes-brüchigen Reichs-
Stande mit der Acht zu verfahren, der Landes-
errlichen Gewalt und Hoheit der Reichs-Stän-
e überhaupt ſo wenig entgegen ſtehe, als des
ayſers Oberhauptliche Regierung dadurch auf-
ehoben wird, daß die Churfürſten auf oben ge-
achte a) Weiſe zur Abſezung eines Kayſers ſchrei-
n können, welcher ſeine Regierung wider die
eichs-Geſeze anſtellet, und ſeines Kayſerlichen
mtes und Vorzugs zu deſſelben Nachtheil ſich
ebrauchet.

a) Lib. III. c. 5.

III. Capitel.

Wie die Rechte der höchſten Gewalt, ſo auf die innerliche Ruhe es Staats gerichtet ſind, von denen Reichs-Ständen nach der Reichs-Verfaſſung, und deſſelben Grund-Geſezen müſſen verwaltet werden.

§. I.

Wir haben bey Betrachtung der Rechte
der höchſten Gewalt nach der Vor-
ſchrift der allgemeinen Staats-Geſeze,

 die-

dieſelben **in zwey Claſſen getheilet**/ deren die erſte diejenigen begreiffet, welche **auf die innerliche Ruhe des Staats** gerichtet ſind, die andere aber diejenigen, welche **die äuſerliche Ruhe** erhalten und beförderen. Jezund wollen wir nach beſagter Ordnung kürzlich zeigen, wie die Reichs-Verfaſſung und Grund-Geſeze die Staats-Rechte von der erſten Claſſe zu des ganzen Reiches gemeinem Beſten mäſigen.

§. II.

I) Was **das Recht Geſeze zu geben** betrift, ſo ſind zwar verſchiedene Reichs-Geſeze auf Erhaltung guter Policey in denen Reichs-Länderen, auf Abſtellung der Mißbräuche bey denen Handwerckern, auf Abſchaffung des übermäſigen Trinckens, auf Beſtraffung der Gottes-Läſterung, auf Beſtellung des peinlichen Hals-Gerichts und dergleichen gerichtet. Dahero es ſcheinet, daß ſolche Reichs-Geſeze einem jeden Reichs-Stande in beſagten Stücken eine Regel vorſchreiben, welche er aus eigener Authorität durch beſondere Landes-Geſeze nicht änderen könne. Alleine auſſer deme, daß man ſagen kan, daß dasjenige, was auf einem Reichs-Tage in Anſehung der Unterthanen der Stände beſchloſſen worden, anzuſehen ſeye, als ein Geſeze, welches ein jeder Reichs-Stande durch ſeine Einwilligung ſelbſt erwählet: So haben wir ſchon oben angezeiget a), in was vor Fällen ein Reichs-Stand berechtiget ſeye von dergleichen Reichs-Sazungen abzugehen.

a) II. Th. I. Buch 3. Cap. §. 6. u. f.

§. III.

§. III.

Es ſind auch um deswillen die **Reichs-Gerichte** verbunden ihre **Urtheile** nach ehrbaren Ländiſchen Ordnungen, Statuten und redlichen ehrbaren Gewonheiten der Fürſtenthümer, Herrſchaften und Gerichten abzufaſſen a). Wenn aber eine gewiſſe Gewonheit durch einen Reichs-Abſchied abrogiret worden, und ein Reichs-Stand ſich dabey ſeine beſondere Landes-Statuten und Gewonheiten nicht verwahret: So pfleget die Reichs-Cammer darauf nicht acht zu geben b).

a) Cammer-Gerichts-Ordnung. P. I. tit. 13. & 57.
b) Hugo Juriſpr. part. Germ. Lib. I. c. 3. §. 21.

§. IV.

II) Weil **das Recht zu ſtraffen** zur Befeſtigung der Geſeze dienet, und auf die Erhaltung der innerlichen Ruhe eines Staats gerichtet iſt, die Strafen ferner geringer und ſchwerer ſeyn können, nachdem das Verbrechen, welches man damit belegen will, wenig oder mehr im Schwange gehet: So iſt ſonder Zweifel ſolches Recht einem Reichs-Stande in ſeinem Lande heimzuſtellen. Da nun Caroli V. peinliche Hals-Gerichts-Ordnung, ungeachtet ſie der Sammlung der Reichs-Abſchiede einverleibet iſt, denen Ständen mehr zum Muſter als zur Obſervanz vorgeleget worden, und dieſelbe noch viele abergläubiſche und nach dem Pabſtthum ſchmeckende Dinge in ſich hält: So muß man ſich nicht wunderen, daß dieſelbe von vielen Reichs-Ständen durch beſondere Verordnungen reformiret, und faſt nirgend weiter als in Subſidium angenommen worden. Es

„wird über dem im Eingang dieſer Ordnung er„inneret, daß der Kayſer durch dieſe gnädige Er„innerung, Churfürſten, Fürſten und Stände „an ihren alten wohlhergebrachten rechtmäſigen „und billigen Gebrauchen nichts wolle benommen „haben.

§. V.

III) **Die Beſtellung der Obrigkeiten und der Gerichte** gehöret denen Reichs-Ständen in ihren Länderen unſtreitig, und iſt durch nichts als durch die Verträge mit ihren Land-Ständen und Unterthanen eingeſchräncket. Wann ein Reichs-Stand denenſelben zuwider handelt, ſtehet freylich denen Landes-Ständen und Unterthanen der Weg zur Klage bey dem Kayſerlichen Hof offen a). Wenn aber auſſer dem ein Reichs-Stand nach ſeiner Landes-herrlichen Gewalt und Freyheit b) in Anſehung der Gerichte etwas veränderet, ſo weder den Rechten ſeiner Unterthanen noch der Wohlfart des Reichs und denen Reichs-Sazungen entgegen iſt, ingleichem wann er die von ihme beſtellte Obrigkeiten, Richter und andere Bedienten abſezet: So muß ihnen billig der Kayſerliche Schuz wider ihren Herren abgeſchlagen werden c), es wäre dann, daß ſie zugleich an ihren Ehren und Güteren widerrechtlich und mit offenbarer Gewalt angegriffen würden.

a) Conf. h. Lib. cap. I. §. 7.
b) Lib. I. c. §.
c) Conf. Hugo d. l. §. 34.

§. VI.

§. VI.

IV) **Das Recht die Unterthanen** ſowol zu ordentlichen als auſſerordentlichen Koſten, welche die Regierung des Staats erforderet, **mit Steuren zu belegen**/ hat ebenfals in Anſehung der Reichs-Stände keine andere Maſe als die Verträge mit ihren Unterthanen, ſo daß ihnen allein in ſolchen Fällen, da dieſen Verträgen zuwider gehandelt, und das Land ohne Noht zu ſehr beſchweret wird, die Anruffung der Kayſerlichen Hülffe frey ſtehet.

§. VII.

Was aber unter denen Arten der Aufbringung der zur Landes-Regierung und Defenſion benöhtigten Koſten **die Zölle insbeſondere** betrift: So iſt in Anſehung derſelben wegen der damit verknüpften Auf- und Abnahme der Commercien und der dabey folglich waltenden Wohlfart des Reichs nunmehro heilſamlich verſehen a), daß kein Reichs-Stand, den Kayſer wegen ſeiner Reichs-Länder mit begriffen, einen neuen Zoll" anlegen, noch einige alte erhöhen oder prorogiren" ſolle, es ſeye dann nicht allein mit aller und" jeder Churfürſten Wiſſen und Willen, Zulaſſen" und Collegial-Raht, auch einhelligem Schluß" (maſen die Majora nicht zu attendiren), ſondern" auch nach eingeholtem Bedencken der intereſſirten" Benachbarten und derjenigen Creyſe, in welche" der neue Zoll aufgerichtet, oder ein alter erhöhet," prorogiret und perpetuiret werden ſolle; deren" darwider habende Beſchwerden gebührend"

„ſollen

„ſollen erwogen und nach befundener Billigkeit
„beobachtet werden.

a) Capitulat. art. VIII.

§. VIII.

Ja es **wird** nicht allein alle eigenmächtige und beſagter Verordnung zuwider lauffende **Anlegung neuer Zölle**/ mit was Namen dieſelben möchten beſchöniget werden, bey Strafe des Verluſts der Zoll-Gerechtigkeit verbotten, ſondern darneben einem jeden Churfürſten, Fürſten und „Stande, die freye Reichs-Ritterſchaft mit be-„griffen, die Erlaubnus ertheilet, ſich und die „ſeinigen ſolcher Beſchwerden ſelbſt, ſo gut er „kan, zu erledigen und zu befreyen.

d. art. VIII.

§. IX.

V) In Anſehung der Staats-Rechte, ſo aus dem **Handel und Wandel** in- und auſſer Landes gerichtet ſind, iſt zum beſten des ganzen Reichs oft viel heilſames auf Reichs- und Creyß-Tägen verordnet worden, und es wäre nichts billiger, als daß die beſonderen Geſeze der Reichs-Stände nach der gemeinen Reichs-Wolfart in dieſem Stücke eingerichtet und gemäſiget würden; Es fehlet aber jezund im Reiche an nichts ſo ſehr, als an einer heilſamen allgemeinen Ordnung zu Beförderung der Reichs-Commerzien; Und weil dabey ein jeder inſonderheit mächtiger Reichs-Stand auf ſeinen eigenen Nuzen ſiehet, ſo ſind alle darüber von Zeit zu Zeit auf Reichs-Tägen angeſtellete Berahtſchlagungen zu keinem Effect gekommen.

§. X.

§. X.

Wegen der **Münz-Gerechtigkeit** allein iſt in der Capitulation verſehen a), daß der Kayſer wider diejenigen, ſo das ihnen zukommen-„de Münz-Regale gegen die Reichs-Conſtitutio-„nen mißbrauchen, oder auch durch andere miß-„brauchen laſſen, nebſt der Privation ihres Re-„galis, auch mit der Suſpenſion a Seſſione & „Voto jedoch auf Geſez-mäſige Weiſe ſolle verfah-„ren, und ſolchen ſuſpendirten Stand gleichfals „anderſt nicht als aus einem gemeinen Reichs-„Tag vaſtituiren laſſen ſolle. Ja es iſt über dem in denen Reichs Sazungen denen Creyſen aufgetragen, zur Unterſuchung der Münze und des dabey vorfallenden Unterſchleifs jährliche Münz-Probations-Täge anzuſtellen b).

a) art. IX.
b) vid. infra.

§. XI.

Das Recht **Meſſen** oder ſolenne Jahr-Märckte im Lande anzuſtellen, iſt denen Ständen des Reichs nicht ſowohl benommen, als vielmehr um deswillen dem Kayſer überlaſſen, weil ſolche Meſſen von ſchlechtem Flor ſeyn würden, wenn nicht die Kauf-Leute aus dem ganzen Reiche ſicher mit ihren Wahren dahin zu und abreiſſen könten, welche Sicherheit auſſer ſeinem Lande kein Reichs-Stand, ſondern der Kayſer allein als das Haupt des Reichs ihnen mittheilen kan.

vid. Infra Lib. VII. c. 2. §. 6.

§. XII.

Poſten in ſeinem Lande **anzuordnen**, iſt

unſ trei-

unſtreitig ein Recht ſo mit der Landes-herrlichen Gewalt verknüpfet iſt, dahero bereits viele Reichs-Stände ſolches Recht zu exerciren angefangen haben *), nachdeme der Kayſer als Erz-Herzog von Oeſterreich ihnen darin in ſeinen Erb-Ländern mit ſeinem Exempel vorgegangen: Es wird auch deswegen in der Capitulation die generale Reichs-Poſt, welche ad Reſervata Imperatoris gehöret a), auf ſolche Orte reſtringiret, wo ſie vorhanden und hergebracht iſt b).

*) vid. Reichs-Staat P. II. c. 6. §. 11.

a) vid. infra.

b) Capitulatio noviſſ. art. 29.

§. XIII.

VI) **Das Recht in geiſtlichen Sachen** iſt denen Catholiſchen Ständen durch die Eingriffe des Päbſtlichen Hofes faſt gänzlich benommen, denen Evangeliſchen aber durch den Paßauiſchen Vertrag, durch den Religions-Frieden und durch den Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß wiederum völlig eingeräumet worden.

§. XIV.

Damit aber kein Reichs-Stand zum Nachtheil der im heiligen Römiſchen Reiche geduldeten und durch die Reichs-Geſeze beſchüzeten Religionen, nemlich der Catholiſchen, und derjenigen zu welcher die Augſpurgiſche Confeſſions-Verwanten von beyden Theilen ſich bekennen, das *Jus reformandi* gebrauchen möge, welches in denen Reichs-Sazungen ihnen zugeſtanden, und in dem Oßnabrückiſchen Friedens-Inſtrument art. V. auf die Landes-Herrliche Gewalt, und auf

die

die Reichs-Obſervanz gebauet wird: ſo ſind zwiſchen denen **Catholiſchen und Evangeliſchen** a) **folgende Articul ausgemachet.**

a) Was zwiſchen denen Proteſtanten abgeredet worden / zeiget beſagter Friedens-Schluß art. VII. Conf. h. §. 19.

§. XV.

1) Wann Römiſch-Catholiſcher oder Proteſtantiſcher Reichs-Stände Vaſallen und Unterthanen zu einiger Zeit des 1624. Jahres die öffentliche oder Privat-Ubung ihres Gottesdienſtes auf einige Weiſe gehabt, ſollen ſie bey demſelben und bey allem, was davon abhanget, ſo gelaſſen werden, wie ſie zu beſagter Zeit ſolches exerciret und beſeſſen.

I. P. O. art. V. §. 31. 32. Von dem Inhalt dieſes Articuls ſind die Unterthanen der Oeſterreichiſchen Reichs-Lande alleine ausgeſchloſſen. Denen Schleſiern aber ſind beſondere Rechte eingeräumet worden. d. art. §. 38. 39. 40. 41.

§. XVI.

2) Diejenige Catholiſche oder Proteſtantiſche Unterthanen ſo zu keiner Zeit des beſagten Jahres weder die öffentliche noch Privat-Ubung ihres Gottesdienſtes an einem gewiſſen Orte gehabt, oder nach beſagtem Friedens-Schluß zu einer anderen Religion ſich bekennen möchten, als der ihr Landes-Herr zugethan iſt, dieſelben ſollen, wann ſie ſich ſonſt friedlich und gehorſam aufführen, ohne Anfechtung geduldet werden, und die Freyheit haben in ihren Häuſern einen Privat-Gottesdienſt anzuſtellen, in der Nachbarſchaft, wo und ſo oft ſie wollen, dem öffentlichen Gottes-

dienſt beyzuwohnen, ihre Kinder auf auswärtige Schulen von ihrer Religion zu ſchicken, oder auch zu derſelben Unterricht Privat-Lehr-Meiſter in ihren Häuſeren zu halten a). Ja ſie ſollen, ſo lange ſie im Lande geduldet werden, gleicher Rechte, gleiches Schuzes und gleicher Gerechtigkeit mit denen übrigen Unterthanen genieſen b).

a) ibid. art. 34.
b) d. l. art. 35.

§. XVII.

Im Fall aber 3) ein ſolcher Catholiſcher oder Proteſtantiſcher Unterthan freywillig aus dem Lande ziehen wolte a), oder auf Befehl ſeines Landes-Herren daſſelbe räumen müſte, ſo ſolle ihme frey ſtehen ſeine Güter entweder zurücke zu laſſen, oder zu verhandeln, auch im erſten Fall erlaubt ſeyn ſelbige durch andere verwalten zu laſſen, und ſo oft es die Nohtdurft erheiſchet derſelben wegen, auch ohne Suchung eines ſicheren Geleites, ab- und zu zu reiſſen b).

a) Hieran ſolle er weder durch den Vorwant der Dienſtbarkeit noch auf andere Weiſe gehinderet werden. I. P. O. d. l. §. 37. Conf. Relig. Friede. art. 11.
b) I. P. O. d. l. §. 36.

§. XVIII.

Es ſolle auch ſolchen Unterthanen, wenn ſie der Landes-Herr aus dem Lande ziehen heiſſet, wenigſtens eine Zeit von drey Jahren zum Abzug frey gelaſſen, und keinem unter ihnen, er möge freywillig oder auf Befehle aus dem Lange gehen, durch Abforderung ungewöhnlicher Reverſalien, oder ungebührlicher und unmäſiger Ab-

Abſchoß-Gelder der Abzug ſchweer gemacht werden.

d. l. §. 37.

§. XIX

Was **die Reichs-Stände** ſelbſt betrift, **ſo ihre Religion veränderen** ſolten, ſo iſt **in Anſehung der Geiſtlichen** ausgemachet, daß wann ein Catholiſcher, oder ein der Augſpurgiſchen Confeßion zugethaner Erz-Biſchof und Prälate, der entweder alleine, oder zugleich mit allen oder einigen Stifts-Herren ſeine Religion veränderen möchte, derſelbe alſobald, doch ſeiner Ehre ohngeſchadet, alles ſein Recht zur beſeſſenen Prälatur verliehren, dem Capitel hingegen, oder dem ſo ſolches von Rechts wegen gebühret, freyſtehen ſolle, eine andere Perſon von der Religion, welche im Stifte nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens ſtatt haben ſolte, zu erwählen. Doch ſollen dem abziehenden Erz-Biſchof ꝛc. alle von ihme bis dahin ſchon eingenommene und verzehrte Früchte und Einkünfte gelaſſen werden.

I. P. O. art. V. §. 15.

§. XX.

In Anſehung derer weltlichen Fürſten iſt zwiſchen denen Augſpurgiſchen Confeſſions-Verwanten zu beyden Theilen abgeredet worden, daß wann forthin a) ein Fürſte oder anderer weltlicher Herr von der Lutheriſchen Religion zur Reformirten & vice verſa übergehen, oder ein Lande, wo des anderen Theils Religion **gegenwärtig** (verſtehe zur Zeit des Weſtphäli-

ſchen Friedens, im Schwange iſt, durch die Erbfolge, oder Kraft beſagten Friedens-Schluſſes, oder auf andere Weiſe erlangen würde, ihme zwar frey ſtehen ſolle Hof-Prediger von ſeiner Religion, doch ohne Nachtheil und Beſchwerung ſeiner Unterthanen, in ſeiner Reſidenz zu halten, keinesweges aber die in ſolchem Lande bis dahin öffentlich exercirte Religion und übliche Kirchen-Rechte zu veränderen, noch Kirchen, Schulen und Hoſpitäler, oder die dazu gehörigen Einkünfte und Beſoldungen denen vorigen Beſitzern derſelben zu entziehen, und dieſelben ſeinen Glaubens-Genoſſen zuzuwenden, noch unter dem Vorwand der Landes-herrlichen oder Biſchöflichen Gewalt 2c. denen Unterthanen Prediger von einer anderen Confeßion aufzudringen b), noch ihrem Gottesdienſt directe oder indirecte einige andere Hindernis oder Abbruch zu verurſachen. Solte ferner nach einer ſolchen Veränderung eine oder die andere Gemeine zu der Religion ihres Landes-Herren ſich bekennen, und ſolche Religion auf ihre eigene Koſten zu exerciren begehren: So ſolle dem Fürſten frey ſtehen ihr ſolches ohne Nachtheil der anderen Glaubens-Verwanten zu vergönnen, ſolche Freyheit auch von dem Nachfolger in der Regierung ihnen nicht benommen werden c). Zu Conſiſtorial-Rähten, Kirchen-Viſitatoren und Profeſſoribus Theologiæ & Philoſophiæ auf höhern und niedrigen Schulen ſollen allein Perſonen von der Religion angenommen werden, welche gegenwärtig an jedem Orte öffentlich eingeführet iſt.

a) I. P. O. art. VII. §. I.

b) Auf

b) Auf was Art in der Beſezung der Prediger zu verfahren ſey / welche einer anderen Religion als der Regente zugethan ſind. vid. ibid.
c) d. l. §. 2.

§. XXI.

Zwiſchen denen Proteſtanten zu beyden Theilen ſolte die Frage billig niemals vorfallen / wie weit das Recht zu reformiren einem Lutheriſchen Fürſten gegen ſeine Reformirte Unterthanen, oder einem Reformirten Fürſten gegen ſeine Lutheriſche Unterthanen frey ſtehe: Weil man ihnen ſonſt mit gutem Grunde vorwerffen könte, daß ſie ſelbſt den Gewiſſens-Zwang gebrauchen, welchen ſie an denen Catholiſchen mit Recht verdammen; Wann man aber betrachtet, wie hart die Proteſtirenden ſelbſt an vielen Orten ſich gegeneinander bezeuget und leyder! noch bezeugen; Ja wie viele Mühe es gekoſtet den VII. art. des I. P. O. zum Stande zu bringen, in welchem von dem Jure reformandi der Evangeliſchen untereinander gehandelt wird: So iſt die alhier berührte Frage nicht von geringer Erheblichkeit.

vid. Meditat. ad I. P. O. art. VII. §. 1. not. t.

§. XXII.

Da nun eines theils das *Jus reformandi* **allen Reichs-Ständen** ohne Unterſcheid gebühret / anderen theils aber dasjenige, was art. V. I. P. O. abgeredet und oben angeführet worden, allein die Catholiſche von der einen Seiten, und die Augſpurgiſche Confeßions-Verwanten von der anderen Seite angehet, ſo ſcheinet es, daß bey anzuſtellender Reformation des einen Theils der Proteſtanten gegen die anderen das

Jahr 1624. nicht *pro anno decretorio* anzuſehen / ſondern vielmehr auſſer denen Faͤllen, wovon der VII. art. des I. P. O. handelt a), denen Proteſtanten gegen einander in dieſem Friedens-Schluß kein Ziel geſezt ſeye.

a) Es ſcheinen dieſelben alleine auf den Umſtand gerichtet zu ſeyn / da nach dem Friedens-Schluß ein Evangeliſcher Fuͤrſt von einem Theil zum anderen uͤbertretten / oder ein von ſeiner Religion unterſchiedenes Evangeliſches Land an ſich bringen ſolte. Meditat. ad I. P. d. l. Weßhalb auch in Anſehung der Lutheraner in der Pfalz ein anderes ausdruͤcklich abgeredet wird.

§. XXIII.

Gleichwie dasjenige, was in dem *V. art.* des **Oßnabruͤckiſchen Friedens** in Anſehung des Rechts zu reformiren zwiſchen denen Catholiſchen von der einen und denen Augſpurgiſchen Confeſſions-Verwanten von der anderen Seite abgeredet worden, die Proteſtanten gegen einander nicht zu verbinden ſcheinet: Alſo iſt es ebenfals **groſſem Zweifel unterworffen** / ob der **Inhalt des** *VII. art.* auch auf dem Fall zu ziehen ſey, da ein Evangeliſcher Fuͤrſt zur Catholiſchen Kirche uͤbertritt, oder ein Catholiſcher Herr ein Evangeliſches Land an ſich bringet, weil dieſer Articul allein zwiſchen denen Proteſtanten abgeredet worden. Aus dieſem Grunde wuͤrde vielleicht ein ſolcher Fuͤrſte gegen ſeine Evangeliſche Unterthanen nichts anders zu beobachten ſchuldig ſeyn, als was im Vten Articul allen Catholiſchen Reichs-Staͤnden uͤberhaupt bey dem Gebrauch ihres Juris reformandi in dieſem Fall vorgeſchrieben wird;

es wäre dann, daß durch beſondere mit ſeinen Land-Ständen abgeredete Verträge daſſelbe noch mehr wäre eingeſchräncket worden.

Meditat. ad I. P. O. art. VII. p. 859.

§. XXIV.

Ob nun wohl ſolchergeſtalt einem Catholiſchen Fürſten, welcher ein Evangeliſches Land erwirbet, mehr Freyheit in Anſehung der Religion vor ſich und ſeine Glaubens-Genoſſen zukommen möchte, als ein reformirter Fürſt in einem Lutheriſchen Lande & vice verſa ſich hierin zuſchreiben kan: So iſt es doch unſtreitig als ein **offenbarer Mißbrauch des** *Juris reformandi* anzuſehen, wann ein Catholiſcher Reichs-Stand ſeine Evangeliſche Unterthanen zu ſolchen Dingen zwingen will, welche ſie mit gutem Gewiſſen nicht thun können a), oder doch ihrem Gottesdienſte hinderlich b), und ihren hergebrachten Rechten entgegen ſind c).

a) Dahin gehöret die Feyerung der Catholiſchen Feſt-Täge / die Verehrung der umgetragenen Monſtranz / der Zwang die Kinder in Catholiſche Schulen zu ſchicken ꝛc.

b) Solches geſchiehet durch Einführung des ſo genanten Simultanei, das iſt / des gemeinſamen Gebrauches der Kirchen.

c) Zum Exempel durch Einziehung ihrer Kirchen-Einkünfte / durch Ausſchlieſung der Evangeliſchen von öffentlichen Aemtern ꝛc. Conf. ad h. §. Hofmans gründliche Vorſtellung der Religions-Beſchwerden / cap. 2. Sect. 1.

§. XXV.

Sonſten iſt zwar in denen Reichs-Geſezen mit klaren Worten enthalten, daß auſſer obgedach-

dachten Religionen keine andere im Reiche ſolle aufgenommen noch gedultet werden a). Gleichwie aber aus denen Umſtänden, ſo zu dieſer Ausnahme Anlaß gegeben, deutlich erhellet, daß ſolches eines theils von ſolchen Religionen zu verſtehen ſeye, welche zu Unruhen im Reiche Anlaß geben können, anderen theils nur diejenigen darauf beſtanden, welchen die Verfolgung der Kezer von der Geiſtlichkeit als eine zur Ehre Gottes abzielende Sache angerahten wird: Alſo iſt wohl kein Zweifel, daß diejenigen alleine dem Sinn der Reichs-Geſeze entgegen handlen, welche eine zum Aufruhr verführende Religion dulten wolten, auſſer deme aber einem jeden frey ſtehe, auch **andere ſich ruhig verhaltende Religions-Genoſſen in ſeinem Lande zu dulten.**

§. XXVI.

Es kan aber keine Parthey von beſagten Religionen ſich alleine anmaſen zu entſcheiden / ob ihre Unterthanen / die ſich zu einer anderen Religion bekennen / derſelben warhaftig zugehören oder nicht / ſondern ſie muß ſich damit begnügen, daß ſolche Unterthanen von der Parthey, welche ſie erwählen, vor Glaubens-Brüder angenommen werden. Die Augſpurgiſche Confeßions-Verwanten erkläreten ſich dahero ſchon auf dem Reichs-Tag zu Augſpurg gegen dem Kayſer Maximiliano II. ausdrücklich, daß ungeachtet ſie geſtänden, daß der Churfürſt von der Pfalz in dem Articul von dem heiligen Abendmahl mit der Augſpurgiſchen Confeſſion es nicht gleichförmig hielte, ihr Gemühte nicht

nicht wäre den Churfürſten oder andere, ſo in etlichen Articuln mit ihnen ſtreitig wären, in einige Gefahr viel weniger aus dem Religions-Frieden zu ſezen: Es wolle ihnen auch nicht gebühren anderen, ſo in der Religion mit ihnen nicht gleich ſtimmeten (verſtehe denen Catholiſchen) jezt oder künftig das Urtheil heimzuſezen, wenn ſie dafür halten und achten, der dem wahren Verſtand der Augſpurgiſchen Confeßion ſeiner Meinung gemäs ſeye. Denn unter dieſem Schein möchte vielen Leuten, und inſonderheit denen Schwach-Glaubigen, welche Chriſtus mit ſeinem Blute erworben, Gewalt und Unrecht geſchehen.

Siehe dieſe Erklärung der Evangeliſchen Stände beym Hoſpiniano Hiſtoria Sacrament. P. II. p. 512. ſeqq.

IV. Capitel.

Wie die Rechte der höchſten Gewalt, ſo auf die äuſerliche Ruhe des Staats ihre Abſicht haben, von denen Reichs-Ständen nach der Reichs-Verfaſſung und deſſelben Grund-Geſezen müſſen verwaltet werden.

§. I.

Zur Erhaltung der äuſerlichen Ruhe eines Staats kommet einem Regenten zu **das Recht Bündnüſſe aufzurichten / Krieg zu führen / Frieden zu ſchlieſen und Geſanten zu ſchicken.** Dieſe Rechte werden denen Reichs-Ständen nicht abgeſprochen, ſie

 müſſen

müſſen aber von ihnen ſonder Zweifel ſo ausgeübet werden, als es mit der Wohlfart des ganzen Reichs-Cörpers beſtehen kan; welches wir nach der Vorſchrift derer Reichs-Geſeze, und nach der Natur aller Bundes-vereinigten Staaten, in dieſem Capitel betrachten wollen.

§. II.

1) **Von dem Rechte** der Reichs-Stände **Bündnüſſe zu ſchlieſen**, lauten die Worte des Weſtphäliſchen Friedens art. VIII. §. 2. alſo: „Es ſolle allen und jeden Reichs-Ständen zu ewigen Zeiten frey ſtehen, ſowohl untereinander, „als mit auswärtigen, zu ihrer eigenen Erhaltung und Sicherheit Bündnüſſe zu ſchlieſen, „doch ſo, daß dieſelben dem Kayſer und dem Reiche, dem Land-Frieden, und inſonderheit dem „gegenwärtigen Vergleich (verſtehe den Weſtphäliſchen Frieden) nicht mögen entgegen ſeyn, „und in keinem Stücke anſtoſen wider den Eyd, „womit ein jeder dem Kayſer und dem Reiche „verbunden iſt. In dem VIten Articul der neueſten Capitulation, wo beſagter Articul wiederholet worden, wird hinzugeſezet, daß die von fremden Potentaten begehrende Hülffe alſo und nicht „anders begehret werde, noch gethan ſeye, denn „daß dadurch dem Reiche keine Gefahr zuwachſen möge.

§. III.

Es ſcheinet zwar dieſes Recht derer Reichs-Stände, unter ſich und mit auswärtigen zu ihrer eigenen Erhaltung und Sicherheit Bündnüſſe zu ſchlieſen, mit der Verbindung des Reichs zu einem

einem Cörper, und mit denen Oberhauptlichen Regierungs-Rechten des Kayſers zu ſtreiten, weil vereinigte Staaten ſich alleine mit gemeinſamer Hülffe beſchüzen, und bey dem Oberſten des Creyſes, worin ſie gelegen ſind, um den Beyſtand des Creyſes, bey dem Kayſer aber um den Schuz des ganzen Reiches anhalten ſolten. Weil aber die wenigſten Creyſe in der gehörigen Verfaſſung ſtehen, und mit der Hülffe derſelben es ſehr langſam, mit des ganzen Reiches Beytritt aber noch langſamer hergehet, und nicht allein ein jeder Reichs-Stand, ſondern der Kayſer ſelbſt dabey mehr auf ſeinen eigenen Nuzen, als auf die Noht des Bedrengten ſiehet: So wär es wohl allerdings nöhtig, daß die Reichs-Stände das Recht, durch beſondere Bündnüſſe in- und auſſerhalb des Reichs ihre Sicherheit zu bewahren, ihnen ausdrücklich vorbehielten.

§. IV.

Bey Gelegenheit der ſo genanten Hannöveriſchen Allianz a), worin Franckreich, Engelland und Preuſſen ihnen einander eine reciproque Garantie der von ihnen der Zeit würcklich beſeſſenen Länder ꝛc. verſprachen, hat man in einer von dem Kayſer publicirten Schrift vorgegeben, daß die Reichs-Stände nur bey ſolchen Rechten durch Bündnüſſe ſich beſchüzen könten, welche ſie entweder ohne Anſpruch beſäſſen, oder doch durch ein Gerichtliches End Urtheil ihnen wären zugeſprochen worden, nicht aber bey ſolchen Rechten die noch angefochten würden und im Proceß ſchwebeten, weil dadurch der Lauf deſſelben aufgehalten,

und der Kayſer in ſeinem Ober-Richterlichen Amte gehinderet würde. Es iſt aber darauf, meines Erachtens mit gutem Grunde, geantwortet worden, 1) daß dieſes Unterſcheids in denen Reichs-Geſezen mit keinem Worte gedacht werde, und wenn derſelbe ſtatt haben ſolte, 2) das Recht Bündnüſſe zu ſchlieſen denen Ständen wenig dienen würde, weil faſt kein Land im Reiche wäre, worauf nicht ein- oder der andere einigen Anſpruch mache könte. Es ſtehe vielmehr 3) natürlicher Weiſe einem jeden Reichs-Stand frey, bey dem Rechte, welches er ausübet, oder zu haben vermeinet, ſich ſo lange zu ſchüzen, bis daſſelbe vor dem ordentlichen Richter ihm aberkant worden. Zulezt erhelle auch der Grund dieſer Wahrheit aus unſäglichen Allianzen, wordurch die Reichs-Stände, und unter denenſelben das Haus Oeſterreich ſelbſt, in dem Beſiz ſeiner Rechte ſich zu beſchüzen geſuchet. Welchem allem noch hinzu zu ſezen iſt, daß die Reichs-Gerichte ſo beſchaffen ſind, daß man durch dieſelbe ſehr langſam und bisweilen gar nicht zu ſeinem gerechten Zweck gelängen kan, und es dahero die Klugheit erforderet den Beſiz einer ſtreitigen Sache in Zeiten zu ergreiffen b).

a) Siehe die darüber geführte Schriften im Recueil d' actes &c. depuis la Paix d' Utrecht par Monſ. Rouſſet Tom. II. p. 301. ſeqq.

b) Meditat. ad I. P. p. 895. & 900.

§. V.

Daß die Bündnüſſe der Reichs-Stände nicht wider den Kayſer und das Reich müſſen gerichtet ſeyn, flieſet aus der Natur der Bundes-Verwandſchaft,

ſchaft, worin die Stände des Reichs untereinander als Glieder eines Cörpers, und mit dem Kayſer als dem Haupte deſſelben ſich befinden. Es werden aber der Kayſer und das Reich wohlbedächtig mit einander verknüpffet, damit man daraus erſehen könne, daß nicht alle dem Kayſer überhaupt unanſtändige Bündnüſſe, ſondern diejenigen allein verworffen werden, in welchen er als das Haupt des Reichs angefochten und folglich dem ganzen Reiche geſchadet wird.

§. VI.

Gleichwie nun die Verbindung, worin der Kayſer wegen ſeines Kayſerlichen Amtes ſtehet, ſeiner höchſten Gewalt in Anſehung der Länder, die er auſſer dem Reiche auf independente Weiſe beſizet, keine Schrancken ſezet a), Er hätte denn auch dazu in ſeiner Capitulation ſich verbinden wollen b); Alſo kan noch weniger von denen Reichs-Ständen, welche zugleich auswärtige Cronen tragen, geforderet werden, daß ſie in ſolchen Königreichen ihre Regierung nach des Reichs Nuzen einrichten und mäſigen ſolten.

a) Aus dieſer Urſache lies ſich an. 1642. der Kayſer Leopoldus als Erz-Herzog von Oeſterreich in ein Bündnüß mit Brandenburg wider Franckreich ein / welches Er nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens und ſeiner Wahl-Capitulation art. 13. als Kayſer nicht thun konte. Puffend. Vita Frid. Wilhel. Lib. II. §. 57.

b) Ein Exempel hievon befindet ſich in der Leopoldiniſchen Capitulation art. 14. wo der Kayſer verſpricht ſich in den Krieg / welcher damals zwiſchen Franckreich und Spanien geführet wurde / auch nicht einmal ſeines Hauſes wegen / zu miſchen.

§. VII.

§. VII.

Ob nun wohl nach der Regel zu vermuhten iſt, daß ein Reichs-Stand kein Bündnüß ſchlieſen werde, welches mit ſeiner Pflicht, womit er dem Kayſer und dem Reiche verwant iſt, nicht beſtehen könte, er deswegen auch nicht verbunden wird, daſſelbe dem Kayſer und dem Reiche bekant zu machen und derſelben Approbation darüber einzuholen. Obgleich ferner Ihro Kayſerliche Majeſtät von der Beſchaffenheit eines Bündnüſſes, ſo ein Reichs-Stande geſchloſſen, allein nicht urtheilen können: So hinderet doch ſolches nicht, daß im Fall dieſelben Urſachen hätten einen Argwohn darüber zu ſchöpffen, dieſelben nicht zulängliche Nachricht davon einziehen, und mit Raht und Hülffe der Creyſe aller dem Reiche bevorſtehenden Gefahr vorzubeugen ſich bemühen könten.

Vid. Meditat. ad I. P. p. 904. ſeqq.

§. VIII.

Es ſcheinet ferner nicht mit der Pflicht eines Reichs-Standes zu ſtreiten, wenn er bey einer Allianz mit einem auswärtigen Potentaten ſich verbindet a), im Fall der Kayſer und das Reich **aus ungerechtem Haß ihrer bloſen** *Defenſiv-* **Allianz** ſolchem Potentaten den Krieg ankündigen ſolte, er, der Reichs-Stand, in ſolchem Fall von dem Kayſer und dem Reiche ſich abſonderen, und mit ſeinem Bunds-Genoſſen gemeine Sache machen wolle: weil der Kayſer und das Reich in dieſem Fall zuerſt ihrer Bunds-Pflicht vergeſſen, und durch ungerechten Angrif des Alliirten

wider

wider den Reichs-Stände ſelbſt feindlich verfahren würden.

a) Siehe Alliance d' Hannovre art. ſeparé 2. in beſagtem Recueil und die darüber gemachte Anmerckungen d. l. p. 385.

§. IX.

Was II) das Recht des Krieges betrift; So iſt 1) ein Unterſcheid zu machen zwiſchen einem offenſiven und defenſiven Krieg, und 2) bey der erſten Gattung des Krieges wiederum zu ſehen, ob derſelben wider auswärtige Potentaten, oder wider Mit-Stände geführet werde.

§. X.

In Anſehung des offenſiven Krieges, ſo wider einen auswärtigen Potentaten geführet wird, ſcheinet es allerdings die Pflicht eines Reichs-Standes zu erforderen, daß, da der Kayſer ſelbſt in der Capitulation verbunden wird, gegen die" benachbarten Chriſtliche Gewälte ſich friedlich zu" halten, ihnen allerſeits zur Widerwärtigkeit ge-" gen das Reich keine Urſache zu geben, weniger" das Reich in fremde Kriege zu verwickeln a), ein" Reichs-Stand gleicher maſen keinen offenſiven Krieg auswärtig vornehme, wodurch das Reich könte beſchweret und in Gefahr geſezet werden.

a) Capitulat. noviſſ. art. 4.

§. XI.

Gegen ſeine Mit-Stände einen offenſiven Krieg zu führen, lauft nicht allein wider die Reichs-Verfaſſung, ſondern auch wider die ausdrücklichen Reichs-Geſeze a). Weil es aber, wie bereits erinneret worden, mit denen höchſten Gerichten im

Reiche

Reiche die Beſchaffenheit hat, daß Sachen dabey ſehr langſam geendiget, und die Urtheile ofte ſchwerlich vollſtrecket werden: So kan wohl in ſolchen Umſtänden einem Reichs-Stande, der ſich k ine Hofnung machen kan zu ſeinem gerechten Zweck anders als durch die Waffen zu gelangen, nicht verdacht werden, wann er dieſelben gebrauchet, und wegen erwehnter Beſchaffenheit der Gerichte dieſelben als geſchloſſen, oder die Richter als unvermögend anſiehet, ihm zu ſeinem Rechte zu verhelffen. Es wird über deme dem Cammer-Gerichte nur in dem Fall aufgegeben wider einen Reichs-Stande, der einen anderen gewaltſam überfällt, als wider einen Fried-Brecher zu verfahren / wann der Angegriffene ſich gebührlichen Rechtens erboten b).

a) I. P. O. art. 17. §. 7.

b) Land-Friede zu Augſpurg an. 1548. tit. VIII. §. 1. Cammer-Gerichts-Ordnung. P. II. tit. 9. §. 3.

§. XII.

Der **defenſive Krieg**, wodurch man ſich wider einen gewaltſamen Angrif zu beſchüzen und bey ſeinen Rechten zu erhalten ſuchet, iſt in der natürlichen Billigkeit gegründet, und denen Reichs-Ständen durch ausdrückliche Reichs-Geſeze zugelaſſen a), weil ſie ſonſt wegen Langſamkeit der höchſten Gerichte, und wegen der Beſchwerlichkeiten, welche bey der Reichs-Hülffe ſich finden, ofte zu kurz kommen, und ihrem Feinde allzugroſen Vortheil einräumen würden b), wenn ſie alleine mit der Feder ſich vertheidigen wolten.

a) Siehe Land-Frieden zu Augſpurg an. 1548. Tit. III. §. 2. dem Beſchädigten (lauten daſelbſt die Worte) ſoll vor Vergleichung mit dem Beleidiger ſeine Gegenwehr

wehr und Verfolgung zu thun/ zu friſcher That/ oder wenn er ſeine Freunde und Helffer haben mag/ nicht verboten/ ſondern gänzlich vorbehalten ſeyn. Es ſollen darneben dieſelben Beſchädigten ihre Verwanten und Helffer durch ſolche ihre beſchehene Gegenwehr/ Verfolgung und Handhabung/ wo die Beſchädigung und Friedebruch kund und offenbar/ oder ſich nachmals erfindet/ in keine Pön gefallen/nicht gefrevelt/ noch alsdann nichts verwürcket haben. add. Cammer-Gerichts-Ordnung P. II. §. 2. So jemand ꝛc.

b) In dieſen Fällen heiſſet es inſonderheit beati poſſidentes. vid. Diſſ. de Jure Belli & Pacis Stat. Imp. §. 16. welche zu finden iſt Obſerv. Hallenſ. Tom. IV. obſ. 8.

§. XIII.

Gleichwie aber derjenige ſchon als ein Beleidiger anzuſehen iſt, der ſich zum Angrif wider uns rüſtet, und zum defenſiven Krieg nicht erforderet wird, daß man den erſten Angrif abwarte; weil derjenige ferner als ein Vertheidiger ſeiner Rechte anzuſehen iſt, der auch über lang, **wenn er ſeine Freunde und Helffer haben mag**/ das Seinige mit Gewalt wieder forderet: So iſt es gar leicht einem offenſiven Krieg die Geſtalt eines defenſiven Krieges zu geben, und wenigſtens das Verbrechen des Land-Friede-Bruchs von ſich abzuwenden.

a) vid. §. præc. lit. a.

§. XIV.

In Anſehung der Soldaten/ welche ein Reichs-Stand auf denen Beinen halten will, iſt in denen Reichs-Sazungen nichts beſtimmet, und daferne die Land-Stände mit denen Werbungen ihres Fürſten zufrieden ſind, von dem Kayſerlichen Hofe darwider nichts einzuwenden, auſſer in denen

nen

nen Fällen, da ſolche Werbungen mit gefährlichen Abſichten angeſtellet würden; da es billig iſt / auch an Exempeln nicht fehlet, daß ſolche Werbungen verhinderet und ein Reichs-Stand genöhtiget worden einen Theil der geworbenen Truppen abzudancken, und dieſelbe über eine gewiſſe Anzahl nicht zu vermehren.

§. XV.

Sein Land **durch angelegte Veſtungen** wider feindliche Anfälle zu bedecken, iſt zwar einem jeden Potentaten natürlich erlaubet: Weil aber Umſtände ſich finden können, da durch Anlegung einer Veſtung dem Reiche gegenwärtig, oder in folgenden Zeiten, eine Gefahr erwachſen könte: So würde in ſolchem Fall der Veſtungs-Bau einem Reichs-Stande von dem Kayſer und dem Reiche mit Grund unterſaget werden.

Conf. d. Diſſ. §. 19. ſequ. & Limn. Lib. IV. c. 8. n. 235.

§. XVI.

Repreſſalien / welche eigentlich darin beſtehen, daß man wegen verſagter Juſtiz über gewiſſe Anſprüche an einen Staat, oder an einen Burger deſſelben, die Güter eines anderen unſchuldigen Unterthanen eines ſolchen Staats angreiffet, um dadurch wegen ſeiner Anforderungen ſich bezahlt zu machen: Solche Repreſſalien, ſage ich, weil ſie eine obgleich gelinde Art des Krieges ſind, können allein in ſolchen Fällen ſtatt haben, da einem Reichs-Stand das Recht zukommet den Staat zu bekriegen, über welchen er ſich beſchweret.

S. albier I. Th. 13. Cap. 16. §. u. f.

§. XVII.

Ich habe zwar bereits oben erinneret a), daß es mit der natürlichen Billigkeit der Repreſſalien nicht könne beſchönet werden, wann ein Evangeliſcher Fürſt ſeinen Catholiſchen Unterthanen ihre Rechte und Güter um deswillen entzieshet, damit er einen Catholiſchen Fürſten bewegen möge, die Evangeliſchen in ſeinem Lande bey ihren Rechten ungekräncket zu laſſen. Wenn aber gefraget wird, **ob die Reichs-Geſeze ſolche Repreſſalien verdammen**, ſo könte ſolches vielleicht verneinet werden, weil 1) der Weſtphäliſche Friede denen Evangeliſchen Fürſten die Freyheit giebet ſich ihrer bedrängten Glaubens-Genoſſen auch mit Gewalt anzunehmen b); 2) die Catholiſchen ſich nicht beſchweren können, daß in denen Fällen, da ſie die Wohlthaten des Weſtphäliſchen Friedens ihren Evangeliſchen Unterthanen nicht wollen angedeyhen laſſen, die Evangeliſchen auf gleiche Weiſe mit denen Catholiſchen in ihrem Lande umgehen, denen ſie, unter der Bedingung eines gleichen Tractaments vor ihre eigene Glaubens-Genoſſen c), die Religions-Freyheit in ihren Ländern eingeräumet. Um ſo viel mehr, da ſonſt 3) ihre Parthey den Kürzeren dabey ziehen würde, und es bey denen erſten ſtehet durch Abſtellung ihrer eigenen Ungerechtigkeit die Drangſalen ihrer Glaubens-Genoſſen abzuwenden. Noch weniger würden dieſe Repreſſalien anzufechten ſeyn, wenn alle Evangeliſche Reichs-Stände über die Ungerechtigkeit der Catholiſchen Fürſten ſich beſchweren, und den Weg der Repreſſa-

preſſalien zur Rettung ihrer Glaubens-Brüder erwählen ſolten.

a) P. l. c. §.
b) I. P. O. art. 17.
c) Auf gleiche Weiſe / wie die Potentaten ſolches untereinander in Anſehung der öffentlichen Religions-Ubung derer Bottſchafter beobachten.

§. XVIII.

Der Friedens-Schluß eines Reichs-Standes bey einem beſonders geführten Kriege kan nur in ſolchen Stücken von Reichs wegen angefochten werden, wenn er darin etwas eingeräumet hätte, wovon ihme nicht frey ſtünde nach ſeinem Willen zu diſponiren, oder wovon das Reich einen Schaden zu befürchten hätte: Zum Exempel, durch Abtrettung eines Theils ſeiner Länder an einen auswärtigen Potentaten, oder durch Einräumung einer wichtigen Gränz-Veſtung ꝛc.

§. XIX.

Das Recht Geſanten zu ſchicken können die Reichs-Stände ſowohl in- als auſſerhalb Reiches mit aller Freyheit ausüben. Da aber unter denen Geſandſchafts-Rechten verſchiedene ſich auf den freyen Willen der Völcker gründen, und allein durch ausdrückliche oder heimliche Verträge können erhalten werden, und bishero denen Reichs-Fürſtlichen Geſanten **die Vorrechte der** ſo genanten *Ambaſſadeurs* oder Bottſchafter von auswärtigen Potentaten noch nicht zugeſtanden worden: So haben dieſe und andere politiſche Urſachen den Kayſer und die Churfür-

ſten bewogen, ſolche Rechte denen Fürſtlichen Geſanten ebenfals nicht einzuräumen.

§. XX.

Die **Churfürſten** haben das Recht *Ambaſſadeurs* zu ſchicken ſchon vor langer Zeit mit Beyſtimmung der Völcker erhalten und vielfältig exerciret. Weil ſie aber denen freyen Republicken nicht nachgehen und dieſe hinwiederum jenen nicht weichen wollen, ſo haben ſie wegen dieſes **Precedenz-Streites**, der unter freyen Völckeren nicht anders als durch Verträge kan ausgemachet werden, von dem Kayſer in der Capitulation a) bedungen, daß ihre Geſanten allen anderen auswärtiger Republicken Geſanten ohne Unterſcheid vorgehen ſollen.

a) art. 3.

§. XXI.

Wann demnach am Kayſerlichen Hofe, allwo zu Vermeidung dieſes Rang-Streites allemal ein Venetianiſcher Ambaſſadeur reſidiret, bey gewiſſen Gelegenheiten a) auch ein Churfürſtlicher Groß-Bottſchafter ſich einfindet: So pfleget der Venetianiſche ſich des Hofes ſo lange zu enthalten, als der Churfürſtliche dabey erſcheinet.

a) Zum Exempel kan hierin dienen, was mit dem Chur-Sächſiſchen und Chur-Bayeriſchen Ambaſſadeur ſich zu Wien zugetragen, als ſie um die Heyrath der jetztregierenden Churfürſten mit einer Joſephiniſchen Ertz-Herzogin ſich beworben und die Heyraths-Puncta unterzeichnet.

Vtes Buch.

Von des Kayſers und der Stände gemeinſamen Regierung des ganzen Reichs.

I. Capitel.

Von denen Reichs-täglichen Berahtſchlagungen.

§. I.

Daß die Kayſer in der Haupt-Regierung des Reichs zu allen Zeiten verbunden geweſen die Stände deſſelben zu beruffen, und ohne derſelben Raht und Bewilligung nichts vorzunehmen, iſt eine aus denen Reichs-Geſchichten bekante und ſchon oben a) berührte Sache.

a) II. Buchs 6. Cap. Conf. Spener II. B. II. Cap.

§. II.

Und wiewohl zum Beweis des gegenwärtigen Rechts der Mit-Regierung der **Reichs-Stände** in allgemeinen Reichs-Geſchäften nicht nöhtig iſt zu erweiſen, daß man vor alters nicht blos ihren Raht, ſondern ihre Bewilligung und Genehmhaltung erforderet: So kan doch dieſes mit zulänglichem Grunde behauptet werden, weil ſie

ſie eines theils nicht allein *Conſiliarii Regis*, worauf man die gegenſeitige Meinung gründen will a), ſondern *Reipublicæ*, nicht Regis *Miniſtri*, *Coadjutores* und *Cooperatores* genennet werden b), und die Kayſer ſich faſt allezeit auf derſelben Beyſtimmung beruffen, über deme auch viele Exempel vorhanden ſind, da die Kayſer ihr Vorhaben, wegen verweigerten Beyfalls der Reichs-Stände, einſtellen müſſen c).

a) Struv. Synt. J. P. cap. 22. §. 4.

b) Siehe die von dem Herrn Spener d. l. §. 4. angeführte Stellen/ und was von uns oben angezeiget worden IV. B. I. Cap.

c) Spener an beſagtem Orte not. e. Pfeffing. ad Vitriar. Lib. I. Tit. 2. §. 10. p. 73. ſeqq. wo er die vornehmſten Reichs-Täge von ihrem Urſprung an bis auf den Anfang des 14ten Seculi beſchreibet; die zu unſerem Zweck gehörige Reichs-Täge werden von ihme p. 226. angeführet.

§. III.

Heutiges Tages iſt es eine in denen Reichs-Geſezen a) klar ausgemachte Sache, **daß die „Stände des Reichs** ohne allen Widerſpruch „**bey allen die Reichs-Geſchäfte betreffenden „Sachen ihre Stimme geben ſollen** *), inſonderheit wann Geſeze aufzurichten **), oder zu erklären, wenn ein Krieg zu beſchlieſen ***), Anlagen zu machen ****), Werbungen anzuſtellen, „Quartiere vor die Reichs-Truppen auszutheilen „*****), neue Veſtungen in eines Reichs-Standes „Lande von Reichs-wegen anzulegen, oder die „bereits angelegten mit Volck zu beſezen, nicht „weniger wenn ein Friede zu ſchlieſſen ****** und „

„Allianzen aufzurichten *******), oder andere der-„gleichen Geſchäfte abzuhandlen, mit dem Zuſaz, „daß dieſe und andere Sachen von gleicher Art nicht „anders als mit Reichs-täglicher freyer Stimme „und Bewilligung jemals ſollen vorgenommen „und beſchloſſen werden.

a) Im I. P. O. art. VIII. §. 4. ſind die alhier angezogene Worte enthalten / welche in der neueſten Capitulation in denen hier beygefügten Parallel-Stellen wiederholet und mit mehrerm erkläret worden.

*) Capitulat. Caroli VI. art. 4. **) Ibid. art. 3. ***) art. 4. ****) art. 5. *****) art. 4. ******) art. 4. *******) ibid. & art. 6.

§. IV.

Die Berufung der Reichs-Stände verrichtet der **Kayſer** durch ſchriftliche, oder nach Gelegenheit gedruckte, von Kayſerlicher Majeſtät eigenhändig unterſchriebene, wie auch vom Reichs-Canzler unterzeichnete verſchloſſene, und mit behöriger Titulatur auswendig verſehene **Miſſiven** / in welchen nebſt der Zeit und dem Ort der Zuſammenkunft auch die Urſachen anzuzeigen ſind, warum dieſelbe ſolle gehalten werden, damit ein jeder ſich darauf gefaſt machen, oder ſeine Geſandſchaft genugſam inſtruiren möge.

Herdens Grundfeſte des Reichs P. I. c. 2. p. 15.

§. V.

Vor der Ausſchreibung eines Reichs-Tages muß ſich der Kayſer mit denen Churfürſten ſowohl der eigentlichen Zeit als der Mahlſtatt vergleichen / welche aber innerhalb des Reichs Teutſcher Nation anzuſtellen. Solte der gegenwärtige von an. 1663. dau-

rende

rende Reichs-Tag ein Ende nehmen a), ſo iſt der Kayſer verbunden, wenigſtens alle zehen Jahr und ſo oft es die Sicherheit und Zuſtand des Reichs, oder einiger Creyſen Nohtdurft erforderet, mit Conſens der Churfürſten, oder da dieſe ihn darum anlangen und erinneren möchten, einen allgemeinen Reichs-Tag zu halten.

Capitulat. noviſſ. art. 13.

§. VI.

Es iſt aber nicht wahrſcheinlich/ daß der gegenwärtige Reichs-Tag aufhören könne/ nachdeme aus denen alhier §. 3. angeführten Stellen der Reichs-Geſeze erhellet, daß die Reichs-Geſchäfte nunmehro nicht anders als auf Reichs-Tägige Weiſe mit Beytritt aller und jeder Reichs-Stände können abgethan werden, anſtatt daß vorhero der Kayſer viel Dinge mit alleiniger Zuziehung derer Churfürſten abthun konte.

§. VII.

Es muß der Kayſer alle und jede Stände des Reichs einladen/ und kan ohne der Churfürſten, Fürſten und Stände vorhergehende Bewilligung keinen Reichs-Stande, der Stimme und Siz in denen Reichs-Collegiis hergebracht/ davon ſuſpendiren und ausſchlieſſen a).

a) d. Capitulat. art. 1.

§. VIII.

Wann gleich ein geiſtlicher Fürſte noch nicht durch eine Päbſtliche Bulle in ſeiner **geiſtlichen Würde beſtättiget/** oder ein **Reichs-Stand/** er ſeye geiſt- oder weltlich, **wegen ſeiner Reichs-Länder noch nicht belehnet**

worden / ſo muß er dennoch eingeladen werden. **Wo in einem Fürſtlichen Hauſe das Primogenitur-Recht eingeführet iſt**, da wird nur der regierende Landes-Fürſt alleine, **wo aber die Landes-Theilung herkommen** / ein jeder wegen ſeiner Portion, die er vor ſich vom Kayſer zu Lehen empfangen, beſchrieben. **Werden die Länder von vielen ungetheilet beſeſſen und regieret** / ſo ergehet zwar das Ausſchreiben an alle insgeſamt, jedoch vertrit in derſelben Namen nur einer Stand und Stimme im Reichs-Raht.

Grundfeſte Lib. I. c. 5.

§. IX.

Wann der Kayſer ſich perſönlich bey einem Reichs-Tage einfindet / ſo pflegen auch die Reichs-Fürſten, inſonderheit die jenigen, um deren Gegenwart der Kayſer beſonders angehalten, ſich daſelbſt vor ſeiner Ankunft einzufinden, und denſelben auſſer der Stadt einzuholen a).

a) Grundfeſte Lib. I. c. 6. allwo auch angeführet wird, daß der Kayſer Friederich III. denen nach ihm zu Regenſpurg an. 1471. angekommenen Herzogen von Sachſen entgegen gezogen.

§. X.

Wann ein Reichs-Stand durch einen Geſanten erſcheinet / ſo muß dieſer bey der Chur-Maynziſchen Reichs-Canzley oder Directorio durch Vorzeigung der von ſeinem Principalen habenden Vollmacht zu denen Reichs-Berahtſchlagungen ſich legitimiren a). Der Chur-Maynziſche Geſante will ſich zwar zur Führung des Directorii auf dem Reichs-Tage allein bey dem Kayſerlichen Principal-Commiſſario legitimiren, welcher durch ein

ein Commißions-Decret ſolches dem Reichs-Tage bekant machet. Es haben aber die Churfürſten ſich damit nicht begnügen wollen und an. 1690. den Maynziſchen Geſanten in ihren Raht nicht eher einlaſſen wollen, bis er ſein Creditiv und Vollmacht ihnen einſehen laſſen b).

a) d. l. p. 51.
b) Pfeffing. Lib. III. tit. 10. p. 729. ſeqq. Meditat. ad I. P. p. 1278.

§. XI.

Nachdeme mit Ablegung der Viſiten und Gegen-Viſiten eine Zeit zugebracht worden, bey welchen es wegen des Ceremoniels nicht geringe Irrungen giebet a), und endlich **die Kayſerliche Propoſition** (welche man oftmals lange verſchoben, nunmehro aber nicht über 14. Tage nach dem zur Eröfnung des Reichs-Tages angeſetzten Termin aufgehalten werden ſoll b),) denen verſamleten Ständen mit gewöhnlichen Ceremonien eröfnet, und von dem Churfürſten von Maynz ſchriftlich eingehändiget worden, welcher dieſelbe durch öffentliche Dictatur dem Reichs-Tage communiciret, ſo nehmen endlich die Berahtſchlagungen ihren Anfang.

a) Sowohl zwiſchen denen Churfürſtlichen und Fürſtlichen Geſanten. Siehe Grundfeſte d. l. p. 52. als zwiſchen denen alt-weltlichen und neuen Fürſtlichen / wie auch Fürſtlichen und Gräflichen Geſanten. Staats-Canzley Tom. XXIII. c. 17.
b) Capitulat. art. 13.

§. XII.

Es ſind aber die Reichs-Stände nicht verbunden, die vom Kayſer vorgeſchlagene Materien in der Ordnung abzuhandlen, wie ſie in der Kayſerli-

ſerlichen Propoſition geſtellet ſind, ſondern man pfleget gleich in dem erſteren Rahtgang ſich darüber zu vergleichen.

Grundveſte III. B. 2. Cap.

§. XIII.

Die Anſage zu denen Rahts-Gängen, welche in drey beſonderen Collegiis, dem Churfürſtlichen, Fürſtlichen und Städtiſchen vorgenommen werden, verrichtet das Maynziſche Directorium **durch einen Zettel,** welcher von daraus dem Erb-Marſchall zugeſchicket, und von dieſem denen Geſandſchaften **bekant gemachet** wird. Nun ſolte zwar auf dieſem Anſage-Zettel nicht allein die Zeit der Zuſammenkunft, ſondern auch die Materie, worüber die Berahtſchlagungen anzuſtellen, denen Ständen angezeiget werden, damit ſie nicht unbereitet erſcheinen möchten, ſie haben ſich aber oft beſchwehren müſſen, daß dieſes unterlaſſen worden, und über deme die Anſage zu ſpäth, und ſo zu reden in der lezten Stunde geſchehen.

ibid. II. Buch 3. Cap. p. 80. Meditat. ad I. P. p. 1273.

§. XIV.

Auſſer deme daß **der Churfürſt von Maynz das General-*Directorium* des ganzen Reichs-Tages führet,** kraft deſſen, wie ſchon geſaget worden, alle auf dem Reichs-Tage ankommende Geſanten bey ſeiner Directorial-Canzley ſich legitimiren müſſen, und die Anſage zu denen Rahts-Gängen von ihme geſchiehet, auch alles, was an die Stände gelangen ſoll, zu erſt an beſagte Canzley muß gebracht, und durch dieſelbe denen Ständen per Dictaturam communiciret werden,

den, wobey der Churfürſt ſowohl ſeinen beſonderen Nuzen; als das Intereſſe des Catholiſchen Theils nicht zu vergeſſen pfleget a); **So führet** derſelbe **auch das beſondere** *Directorium* **in dem Churfürſtlichen** *Collegio*, welches darin beſtehet, daß er die in Raht zu ſtellende Sache vorträget, das Protocoll über die Berahtſchlagungen führet b), und den Schluß des Churfürſtlichen Collegii nach denen meiſten Stimmen formiret, welches ihme wiederum herrliche Gelegenheit giebet, ſein und ſeiner Parthey Beſtes dabey inacht zu nehmen c), auch mit deſto gröſſerer Dreyſtigkeit geſchehen kan, weil die Churfürſten ſich nicht vereinigen können, wer unter ihnen das Directorium führen ſolle, wenn man Maynz davon ausſchlieſen wolte, und darüber an. 1690. Sachſen, Trier und Cöln heftig geſtritten d).

a) Meditat. ad I. P. O. p. 1275. ſeqq.

b) Denen übrigen Churfürſten iſt zwar erlaubet durch ihre Secretarien ebenfals ein Protocoll zu halten: Es wird aber das Maynziſche allein vor bewährt und von ſicherer Glaubhaftigkeit gehalten. Grundfeſte p. 88.

c) Wie gröblich das Directorium in dieſen Stücken mißbrauchet werde / wird aus denen Actis publicis gezeiget in Meditat. ad I. P. p. 1280. ſeqq.

d) Pfeffing. Lib. III. tit. 10. p. 730. ſeqq.

§. XV.

Der Fürſten-Raht theilet ſich in zwey Bäncke. Auf der zur Rechten ſizen die Erz-Biſchöffe, Biſchöffe, Aepte und andere Prälaten, ingleichem der Erz-Herzog von Oeſterreich und Herzog von Burgund, entweder um ſonderbaren Vorzugs willen, oder aus Noht, indeme ihnen

die

die älteren weltlichen Häuſer auf ihrer Seite den Vorſiz nicht einräumen wollen. Auf der zur Lincken ſizen die übrigen weltlichen Fürſten, ingleichem die Grafen und Herren. Zu der erſten Banck muß auch mitgerechnet werden die Quer-Banck, auf welcher die der Augſpurgiſchen Confeßion zugethanen geiſtlichen Fürſten ihren Plaz nehmen, weil die Catholiſchen in ihrer Reihe ſie nicht leiden wollen; durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß aber das Recht, auf dem Reichs-Tage zu erſcheinen, ihnen ausdrücklich zugeſtanden worden.

Grundfeſte p. 89. Pfeffing. L. IV. tit. 1. p. 296.

§. XVI.

An ſtatt aber, daß die **geiſt- und weltlichen Fürſten** ein jeder perſönlich ihre **Stimmen** geben, ſo haben **die ungefürſteten Prälaten**/ ingleichem **die Grafen und Herren**, nur **in** allem ſo viel Stimmen als Bäncke ſind, **in** welche ſie ſich vertheilen, nemlich jene in zwey Bäncke, die Rheiniſche und Schwäbiſche, dieſe in vier Bäncke, die Wetterauiſche, Schwäbiſche, Fränckiſche und Weſtphäliſche. Es wird **das** *Votum* der Prälaten, Grafen und Herren, nachdeme eine jede Banck ſich darüber verglichen, von ihren Gevollmächtigten geführet, welcher ſeinen Siz auf der Fürſtlichen Banck nimmet. Denen übrigen Grafen oder derſelben Abgeordneten ſtehet es zwar frey in den Fürſten-Raht zu gehen, und denen Berahtſchlagungen beyzuwohnen, ſie müſſen aber ihren Plaz unter denen Miniſtris Secundariis und Protocolliſten nehmen.

Grundfeſte p. 91. 92.

§. XVII.

§. XVII.

Das *Directorium* **und den Vorſiz** führen **im Fürſten-Raht der Erz-Herzog von Oeſterreich** / und **der Erz-Biſchof von Salzburg** / Wechſels-Weiſe von einer Materie zur anderen, jedoch dergeſtalt, daß Oeſterreich bey jedem Reichs-Tag damit den Anfang machet a). **Die Stimmen ſammlet der Erb-Marſchall des Reichs** mit bloſer Aufruffung und Benennung der Fürſtlichen Häuſer, und zwar Wechſels-Weiſe von einer Banck zur anderen. Weil aber auf der weltlichen Banck mehr Fürſtliche Vota ſind, als auf der geiſtlichen, ſo wird die Aufruffung der gemeinen Prälaten ſo lange verſparet, bis die übrigen weltlichen Fürſten nach einander ihre Stimmen abgeleget, und ſodann erſt **das** *Votum Curiatum* der Prälaten und Grafen gleichfals alternatim aufgeforderet b).

a) Grundfeſte p. 106. Pfeffing. d. l. p. 364.
b) Grundfeſte d. l.

§. XVIII.

Der Städte Raht theilet ſich ebenfals in zwey Bäncke, namentlich die Rheiniſche und Schwäbiſche. **Das** *Directorium* **in dieſem** *Collegio* **führet** allemal der Magiſtrat des Orts, da der Reichs-Tag gehalten wird. Im Fall es aber keine Reichs-Stadt, vertritt ſolches durch etliche Rahts-Herren, Syndicos und Conſulenten ihres Mittels die vorſizende Stadt derſelben Banck, und wird ebenfals Wechſels-Weiſe von gedachten beyden Bäncken eine Stadt um die andere durch das Directorium gefraget und aufgerufen; das Proto-

coll

ſoll aber mit Zuziehung derer zwey gemeinen Archivarien von Speyer und Ulm geführet.
Grundfeſte p. 116.

§. XIX

So bald eines von denen beyden höheren Collegiis zu einem **Schluß** gekommen, wird dem anderen, und zwar von Seiten der Churfürſtlichen durch den Maynziſchen Secretarium, von Fürſtlicher Seite durch den Reichs-Quartiermeiſter, bekant gemachet, daß man bereit ſeye mit demſelben über das von beyden Seiten Beſchloſſene ſich zu beſprechen, und im Fall die Schlüſſe nicht überein kommen ſolten, ſich darüber zu vereinigen, woran auch ſo lange gearbeitet wird, bis ſolches entweder zum Stande gekommen, oder alle Hofnung zum einhelligen Vergleich aufgehöret.

§. XX.

Ob nun wohl nicht nöhtig iſt, daß dieſer Verſuch zum **einmühtigen Vergleich**, welchem der Nahme der *Re-* und *Correlation* gegeben wird, allemal in Beyſeyn aller Glieder von beyden Collegiis geſchehe: So wird doch anderen Theils mit Recht unter die Beſchwerden über das Verfahren der Directorum gezählet, daß dieſelben bey denen zu beſagtem Endzweck angeſtellten Zuſammenkünften und Conferenzien ſich niemand aus ihren reſpective Collegiis wollen adjungiren laſſen, um ſo viel mehr, da man mehr dann einmal wahrgenommen, daß dieſelben bey denen einſeitig angeſtelleten Unterrredungen wider die Meinung des Collegii gehandelt.

Meditat. ad I. P. O. p. 1274. & 1294.

§. XXI.

Wenn beyde Theile ſich eines gleichförmigen Gutachtens verglichen, oder es ſich anläſſet, daß man zu gar keinem Vergleiche werde gelangen können: So werden **die Städte auch erforderet**, und beyder hohen Collegien geſamter Schluß, oder allenfals verbliebene Differenzien von dem Chur-Maynziſchen Directorio eröfnet, mit Begehren, daß ſie ſich ihres Theils gleichfals **mit ihrem** *Concluſo* vernehmen laſſen möchten, worüber alsdann mit ihnen Handlung gepflogen wird.

Grundfeſte p. 151.

§. XXII.

Wenn alle drey Collegien in ihren Schlüſſen einig ſind, oder keine Hofnung zum Vergleich mehr übrig iſt. So **wird alles**, es ſeye verglichen oder nicht, (doch in dem lezteren Fall mit Einverleibung des von denen anderen abgehenden Collegial-Schluſſes) von dem Maynziſchen Reichs-Directorio **in ein geſamtes Reichs-Bedencken gebracht**, der Auſſaz vorhero in Pleno verleſen, und darauf Kayſerlichen Majeſtät dem Herkommen gemäs überreichet.

§. XXIII.

Wann bey der Uneinigkeit derer Meinungen in denen Reichs-*Collegien* der Kayſer dem einen Theil beytritt, ſo tractiret er ſo lange mit denen Diſcrepanten Theilen, bis er mit ihnen richtig iſt. Sind aber die drey Collegia einig, und der Kayſer iſt mit ihrem Gutachten nicht zufrieden, ſo muß zwiſchen ihm und denen Ständen ſo lange Handlung gepflogen werden, bis man endlich zu einer-

einerley Meinung gelanget. Sind aber Jhro Kayſerliche Majeſtät mit dem Gutachten der Stände zufrieden, ſo wird daraus ein allgemeiner Reichs-Schluß.

§. XXIV.

Zu Ende des Reichs-Tages wird aus denen von allen Seiten verglichenen Puncten **ein Reichs-Abſchied** auf Reichs-herkommliche Weiſe **formiret/** das übrige aber auf einen anderen Reichs-Tage verſchoben. Der verglichene und von einigen nach dem Reichs-Herkommen beſiegelte, von allen Ständen aber, wenn ſie wollen, unterſchriebene Reichs-Abſchied wird in des Kayſers Namen publiciret; Von denen zwey Original-Auſſäzen des Reichs-Abſchiedes, ſo in der Chur-Maynziſchen Canzley ausgefertiget werden, wird der eine in dem Reichs-Archiv verwahret, der andere der Reichs-Hof-Canzley zugeſtellet. Die Reichs-Cammer bekomt nur eine vidimirte Copey.
Grundfeſte Lib. II. c. 10.

§. XXV.

Die wichtigſte **Frage** ſo bey **denen Reichstäglichen Handlungen vorfället/** iſt dieſe, ob 1) in einem jeden Reichs-Collegio und 2) unter denen drey Collegiis die Pluralität der Stimmen in denen differenten Meinungen den Ausſchlag mache. Was nun den erſten Punct betrift, ſo iſt in dem Weſtphäliſchen Frieden a) klärlich aus„gemacht, daß in Religions-Sachen, desglei„chen in allen anderen Geſchäften / wo die Stän„de nicht als ein Cörper können angeſehen werden, „wie auch wenn die Catholiſchen, und die zur Aug„ſpur-

ſpurgiſchen Confeßion ſich bekennende Stände" in zwey Theile ſich trennen ſolten, der Streit" unter ihnen allein durch freundlichen Vergleich" ſolle beygeleget, und auf die Mehrheit der Stim-" men damit nicht geſehen werden. Ob aber die-" ſelbe bey der Materie von denen Reichs-Aufla-" gen und Collecten zu beobachten ſeye, wolle man" auf dem nächſten Reichs-Tag überlegen, weil" man die Sache gegenwärtig nicht habe entſchei-" den können."

a) Art. V. §. 52.

§. XXVI.

Ungeachtet nun die Catholiſchen dieſes *Jus eundi in Partes*, welches nach der Meinung der Proteſtirenden und nach denen Regeln einer vernünftigen Auslegung der 5te Fall iſt, da die Pluralität der Stimmen keinen Plaz haben ſoll, mit groſſem Eyffer angefochten, und dieſen Fall mit dem erſten zu vermiſchen geſuchet, ſo haben doch die Proteſtirenden von ihrem wohlgegründeten Rechte ſich nicht abdringen laſſen, ſondern vielmehr deſſelben ſich zum öfteren bedienet, und in ihren von Corporis Evangelici wegen angeſtelleten beſonderen Zuſammenkünften über ein Votum Commune ſich verglichen, daſſelbe in jedem Collegio durch den vorſizenden Stande ihrer Religion ablegen laſſen, und dadurch glücklich verhinderet, daß die Catholiſchen ſie nicht überſtimmen können.

Meditat. ad I. P. O. art. V. §. 52. Hofmann d. l. cap. 2. Sect. 4. der Author einer an. 1719. auf dem Reichs-Tag publicirten Schrift unter dem Titul Sacra Libertatis anchora.

§. XXVII.

Uber den 2ten Punct: Ob unter denen drey Reichs-Rähten **die Pluralität der Stimmen** ſtatt haben ſolle, ſind die Stände des Reichs ſehr uneins geweſen, und haben dieſe Frage bald bejahet, bald verneinet, nachdeme die Churfürſten oder Fürſten gewünſchet mit Beytritt des Städtiſchen Collegii die Majora auszumachen. Weil aber weder die Churfürſten, noch Fürſten ihre Rechnung dabey finden würden/ wann dieſe Frage durch einen Reichs-täglichen Schluß ſolte affirmiret und zur beſtändigen Regel gemachet werden, indeme ſie nicht allemal einen gleichen Vortheil dabey finden würden; ferner dem Kayſer ſelbſt ſolches eher zuwider als gefällig ſeyn möchte: So iſt dieſe Frage bishero unentſchieden geblieben.

Grundfeſte P. II. c. 8. Tirii Vitriar. Caſtigat. §. 299. Furſtener. de Suprematu c. 40. 41.

II. Capitel.

Von denen Sachen ſo auf Reichs-Tägen abgehandelt werden.

§. I.

Daß alle Geſchäfte, die das ganze Reich angehen, nicht anders als mit Reichs-täglicher Berahtſchlagung und Bewilligung der Stände jemals ſollen vorgenommen und beſchloſſen werden, iſt in denen oben angeführten Reichs-Geſezen a) klärlich ausgemachet. Es wird aber der Mühe wohl belohnen, diejenigen Stücke insbeſondere zu betrachten, welche in dem Oßnabrückiſchen

ſchen Friedens-Inſtrument art. VIII. §. 2. mit ausdrücklichen Worten benennet worden.

a) In dem vorhergehenden Cap. §. 3.

§. II.

Dahin gehöret alſo 1) **das Recht Geſeze zu geben** / es ſeye daß man die alten erneueren, beſſeren und änderen, oder neue Ordnungen und Geſeze im Reiche machen, oder dieſelbe erläuteren und auslegen wolle.

Conſ. Capitulat. noviſſ. art. 2. §. desgleichen auch andere.

§. III.

Es iſt zwar nicht ohne, daß **der Kayſerliche Reichs-Hof-Raht ſich bisweilen unternommen den ſtreitigen Sinn eines Geſezes** / wider den ausdrücklichen Verbot des Weſtphäliſchen Friedens a), **eigenmächtig zu entſcheiden** b). Es haben aber **die Stände nicht unterlaſſen ſich darüber zu beſchweren** c)/ und Kayſerliche Majeſtät zu erſuchen den Spruch des Reichs-Hof-Rahts in ſolchen Fällen bis zu der vom Kayſer und dem Reiche erfolgender Interpretation nicht zu vollziehen d).

a) I. P. O. art. V. §. 55.
b) Zum Exempel den Verſtand der Worte gänzlich und endlich in der Cammer-Gerichts-Ordnung P. II. tit. 7. Siehe Staats-Canzley Tom. XV. c. 6.
c) Meditat. ad I. P. O. ad art. 5. p. 107.
d) Staats-Canzley d. l.

§. IV.

Ob nun wohl **zu wünſchen** wäre, **daß dergleichen ſtreitige Stellen der Reichs-Geſeze auf dem Reichs-Tage** beſagter maſſen **erläuteret und ausgeleget wurden:** So iſt doch

 ſolches

ſolches **nicht zu vermuhten**/ weil in denenſelben meiſtentheils von ſolchen Rechten gehandelt wird, die entweder die Stände dem Kayſer/ oder die Catholiſche denen Evangeliſchen ſtreitig machen, folglich in ſolchen Fällen nach der oben erwehnten Regel die Pluralität der Stimmen nicht ſtatt hat, ein gütlicher Vergleich aber wegen des entgegen ſtehenden Nuzens der Parthey nicht zu hoffen iſt.

§. V.

Was 2) den **Krieg und** die **Bündnüſſe** betrift; ſo ſolle der Kayſer weder in- noch auſſerhalb des Reichs, von deſſelben wegen, unter keinerley Vorwant, wie der auch ſeye, einen Krieg vornehmen, oder ein Bündnüß machen, es geſchehe dann ſolches mit der Churfürſten, Fürſten und Stände Conſens auf offenem Reichs-Tage, oder wenigſtens der ſämtlichen Churfürſten Vorwiſſen, Raht und Einwilligung.

Capitulat. art. IV.

§. VI.

Dieſe *Limitation* iſt zwar von Caroli V. Zeiten an in allen Capitulationen zu finden. Gleichwie aber dieſelbe in dem Entwurf der immerwährenden Capitulation ausgelaſſen worden, und nur von dem Fall zu verſtehen iſt, da aus dem Verzuge Gefahr entſtünde, bis man zu einer Reichs-Verſammlung gelangen kan a); alſo kan ſie gegenwärtig nicht wohl ſtatt haben, da der Reichs-Tag die Natur eines beſtändigen Staats-Rahts bekommen.

a) Capitulat. Ferdinandi IV. art. II.

§. VII.

§. VII.

Es ſtehet auch dem nicht entgegen, daß **dem Kayſer frey geſtellet** wird, da er des Reichs wegen angegriffen würde, ſich **aller dem Reiche ohn nachtheiliger Hülffe zu gebrauchen** a). Weil eine ſolche Defenſion einem jeden Statthalter einer Provinz eingeräumet wird. Hingegen verſpricht der Kayſer ausdrücklich: daß er Zeit" ſeiner Regierung gegen die benachbarte Chriſtli-" che Gewälte ſich friedlich halten, ihnen allerſeits" zur Widerwärtigkeit gegen das Reich keine Ur-" ſache geben, weniger das Reich in fremde Krie-" ge verwickeln, ſondern aller Aßiſtenz, daraus dem" Reiche Gefahr und Schaden entſtehet, ſich gänz-" lich enthalten wolle b)."

a) Capitulat. noviſſ. d. l.

b) ibidem.

§. VIII.

Wann ein Krieg vom Reiche beſchloſſen worden, ſo muß ſolcher Reichs-Krieg nach" Inhalt der Reichs-Conſtitutionen geführet, auch" die Generalität, ſamt denen von dem Kayſer und" dem Reiche in gleicher Anzahl beyder Religionen" beſtelleten Kriegs-Rahts-Directoren und Räh-" ten, ſowohl als das ganze Krieges-Heer in des" Kayſers und Reiches Pflicht genommen werden."

Capitulat. d. l.

§. IX.

Bey offenſiven Reichs-Kriegen ſtehet es einem Reichs-Stande frey ſich neutral zu halten a), weil die Wohlfart des ganzen Reiches dergleichen Kriege nicht unvermeidlich erforderet, folg-

lich ein Stand hierbey ſeinen beſonderen Nuzen ohne des Reichs Gefahr beobachten kan; Ein merckwürdiges Exempel hievon hat gegeben der Churfürſt von Bayern Ferdinandus Maria b), als er an. 1672. da der Krieg wider Franckreich beſchloſſen wurde, gegen den allgemeinen Schluß des Reichs, die Neutralität behauptet.

a) Es wird dieſes als eine ausgemachte Sache angegeben in dem Hannoveriſchen Tractat. art. ſeparat. 5.

b) Siehe Leopolds des Groſen Leben p. 817.

§. X.

Wann von Reichs wegen ein Friede ſolle geſchloſſen werden / ſo wird dazu ebenfals des ganzen Reiches Conſens und Beytritt erforderet. Dieſes *Jus adlegandi*, wie es nach dem Reichs-Stylo genant wird, haben ſich die Stände um deſto mehr zu verſicheren geſuchet, je mehr Mühe es der Cron Franckreich und Schweden gekoſtet, zur Zeit des Weſtphäliſchen Friedens-Congreſſes von dem Kayſer zu erhalten, daß denen Ständen insgeſamt frey gelaſſen wurde, ſich daſelbſt einzufinden, und bey denen Friedens-Handlungen zu concurriren.

§. XI.

Es haben zwar Ihro Kayſerliche Majeſtät damals mit denen Franzoſen und Schweden allein tractiret, aber doch nichts mit dieſen Cronen in Anſehung der Reichs-Sachen beſchloſſen, welches nicht vorhero von denen zu Oßnabrück gegenwärtigen Ständen auf Reichs-tägliche Weiſe abgehandelt und verglichen worden. Es hat aber anderer Seits denen Ständen auch frey geſtanden, mit

mit beſagten beyden Cronen beſonders zu conferiren. Und es iſt zuletzt das Friedens-Inſtrument von ihnen mit unterzeichnet, auch davon vor das ganze Reich dem Churfürſten von Mayntz, und vor die proteſtirende Stände insbeſondere dem Churfürſten von Sachſen ein Original Aufſaz zur Verwahrung gegeben worden.

Puffendorf de Reb. Suec. Lib XX. XXI. Ludevvig de Jure ablegandi Ordinum S. R. I.

§. XII.

Weil eines Theils die Art der Concurrenz der Stände bey dem Weſtphäliſchen Frieden, wo der gröſte Theil eine Parthey wider den Kayſer ſelbſt formirete, nicht zur Regel des zukünftigen Beytrits derſelben bey Reichs-Friedens-Schlüſſen konte angeſehen werden, anderen Theils allein der Reichs-tägliche Conſens der Stände aufs künftige war erforderet worden; Uber deme die Churfürſten zur Zeit der Nimwegiſchen Friedens-Zuſammenkunft über die vorgeſchlagene Reichs-Deputation mit denen übrigen Ständen ſich nicht vereinigen konten, ſo wurde damals der Kayſerlichen Geſandſchaft des Reichs Intereſſe aufgetragen, dieſelbe aber mit einer beſonderen Vollmacht ausgerüſtet und verpflichtet, über dieſe Friedens-Handlungen mit dem Reichs-Tage fleiſig zu communiciren, und deſſelben Raht und Beyfall einzuholen, auch ſonſt denen Geſanten der Reichs-Stände, welche zu Nimwegen ſich beſonders einfinden würden, in ihrer Herren Angelegenheiten allen Beyſtand zu leiſten.

Puffendorff de Reb. Brandenb. Lib. XV. §. 37. & XVII. §. 26.

§. XIII.

Der Kayſerliche Hof hätte auf dieſe Weiſe gar leicht das Friedens-Werck in ſeine Hände ſpielen können, wann deſſen Geſandſchaft nicht durch Unterlaſſung der verſprochenen Correſpondenz mit der Reichs-Verſammlung die Stände zum Mißvergnügen und Unwillen bewogen hätte. Dann dieſes gab ihnen Anlaß, daß ſie bey denen Irrungen des Reichs mit Franckreich wegen der beſchriebenen Reunionen und der darüber veranlaſſen Zuſammenkunft zu Franckfurth eine Deputation dahin abſchicketen, und derſelben eine beſondere Inſtruction und Vollmacht mit gaben, auch darauf beſtunden, daß dieſelbe denen mit der Franzöſiſchen Geſandſchaft anzuſtellenden Conferenzien beywohnen möchten. Es hätte dahero nicht viel gefehlet, daß ſie nicht durch die Gunſt des Königs in Franckreich und durch die Gefahr, worin der Kayſer wegen des inſtehenden Türcken-Krieges ſich befand, ihr völliges Anſuchen erlanget hätten, weil der Kayſerliche Hof ſchon gewilliget hatte, daß die Reichs-Deputirten bey der erſten und lezten Conferenz gegenwärtig ſeyn möchten, wenn nicht beyde Höfe aus geheimen Abſichten die Verſammlung abgebrochen hätten.

Ludewig d. l. §. 33.

§. XIV.

Der 20. jährige Stilleſtand zwiſchen dem Reich und Franckreich wurde an. 1684. auf dem Reichs-Tage ſelbſt zu Regenſpurg geſchloſſen, und auf der Friedens-Zuſammenkunft zu Ryßwick abermals eine Reichs-Deputation abgeſchicket. Nun

wurde

wurde zwar dieſelbe zu denen gemeinſamen Friedens-Unterredungen nicht gelaſſen; Es muſten aber die Kayſerlichen Geſanten über jede Reichs-Sache mit ihnen beſondere Reichs-Tags-mäſige Handlung pflegen, und es würden auch alle und jede Deputirte das Friedens-Inſtrument unterſchrieben haben, wann nicht wegen der im 4ten Articul vor Franckreich eingerückten nachtheiligen Clauſul die Proteſtirenden bis auf wenige ſolches verweigeret hätten.

Ludevvig d. l. §. 36. Staats-Canzley Tom. III. c. 2.

§. XV.

Zum Utrechtiſchen Friedens-Congreß war abermals bereits eine Reichs-Deputation benennet, weil aber der Kayſer ſich damals zum Frieden noch nicht verſtehen wolte, und nachher zu Raſtatt ein Präliminar-Friede zwiſchen dem Reiche und Franckreich in der Stille abgeredet wurde, auf welchen zu Baden der völlige Friede erfolgen ſolte: So lieſſen die Proteſtirenden, ſo ohne deme wenig Nuzen von dieſem Frieden ſich verſprachen, ſich deſto eher gefallen, der Kayſerlichen Geſandſchaft hinwiederum des Reichs Beſtes anzuvertrauen. Es wurde aber dabey von Reichs wegen wieder bedungen, daß ſolcher Schluß denen Ständen nicht zum Nachtheil ihrer Rechte gereichen ſolte.

Struv. Synt. J. P.

§. XVI.

Es würde im übrigen dieſes Recht der Stände, bey dem Friedens-Geſchäfte mit dem Kayſer zu concurriren, viel heftiger und nachdrücklicher getrieben werden, wenn nicht die Chur- und andere

mächtige Fürſten, welche ihre beſondere Geſanten zu ſolchen Friedens-Zuſammenkünften zu ſchicken pflegen, ſich um deswillen in der Behauptung des Rechts der ſämtlichen Reichs-Stände ſchläfrig wären.

§. XVII.

Wenn 5) **eine Geſandſchaft von Reichs wegen an auswärtige Potentaten ſolle geſchicket/ oder eine auswärtige auf dem Reichs-Tage aufgenommen werden: So wird dazu** ebenfals **der Reichs-tägliche Conſens erfordert.** In lezterem Fall haben ſolche fremde Geſanten ehemals ihre Audienz beym Kayſer in Beyſeyn aller Stände, oder, wann ihr Anbringen die Stände beſonders angehet, bey dieſen alleine genommen.

Lampad. in volum. der politiſchen Reichs-Händel art. 48. p. 192. Ludevvig d. l. c. 11. §. 6. Lehmann. Sp. Cron. Lib. VII. c. 124. p. 1022.

§. XVIII.

Es ſolte dahero auch **die Abweiſung eines Geſanten von dem Reichs-Tage** ebenfals **nicht** von dem Kayſer allein **ohne der Stände Genehmhaltung** geſchehen. Man hat ſich aber zu bewunderen, daß die lezteren nicht allein nachgeſehen, daß der Kayſer ſolchen Geſanten den Reichs-Tage zu räumen anbefohlen, deren Principaln entweder in ihrer Würde noch nicht erkant a), oder vor Reichs-Feinde erkläret worden b), ſondern auch ſolchen, mit denen er allein wegen Privat-Irrungen zerfallen.

a) Dieſes wiederfuhre Monſ. de Neuveforge, als er nach dem

dem Tode des Königes in Spanien Caroli II. das Burgundiſche Votum in Philippi Namen führen wolte.

b) Um deswillen muſte Monſ. de Chamois Franzöſiſcher Geſanter zu Regenſpurg die Stadt räumen.

§. XIX

Denn obwohl der Churfürſt von Bayern wegen der Wegſchaffung des beſagten Spaniſchen Geſanten nachdrückliche Vorſtellungen an den Reichs-Convent und die Stadt Regenſpurg abgehen lies a), ſo fanden doch dieſelben deswegen wenig Gehör, weil man ſchon verſicheret war, daß er heimlich auf Spaniſcher und Franzöſiſcher Seite hienge. Es würde aber vielleicht der Kayſerliche Hof ein Bedencken getragen haben, wider den Engliſchen Geſanten Le Heup der ihm angedreueten Gewalt ſich würcklich zu gebrauchen, wann er ſich nicht zu leicht hätte ſchrecken laſſen.

a) Fabri Staats-Canzley Tom. VI. p. 748.

§. XX.

Die Reichs-Steuren und *Collecten* **müſſen** *b*) ſonder Zweifel **auf dem Reichs-Tage bewilliget werden.** Sie werden aber eingetheilet in **ordentliche** und **auſſerordentliche.** Jene ſind Steuren, welche nach der Vorſchrift derer Reichs-Geſeze jährlich, oder wann ſich der Fall dazu hervor thut, müſſen entrichtet werden, zum Exempel, die Cammer-Zihler, das iſt, zum Unterhalt des Cammer-Gerichts bewilligte Gelder; dieſe ſind Steuren ſo bey vorfallender Nohtdurft des Reichs oder zu deſſen Ehre und Nuzen in beſonderen noch nicht ausgemachten Fällen bewilliget werden.

§. XXI.

§. XXI.

Die lezteren ſind bey Gelegenheit des Streits, ob die Majora in der Materie von Reichs-Collecten gelten ſollen, von denen, welche ſich darwider geſezet, wiederum abgetheilet worden, in **nohtwendige** und **freywillige**. Zu jenen will man alleine rechnen ſolche Steuren, welche die unvermeidliche Nohtdurft des ganzen Reichs erforderet: ſo daß das Römiſche Reich ohne ſolche Collecten in Friede und Ruheſtand nicht leben könne. Zu dieſen gehören alle andere, welche nicht von gleicher Natur ſind. In Anſehung der erſten wollen die Stände und inſonderheit die Proteſtanten a) die Majora alleine gelten laſſen.

a) Pfeffing. ad Vitriar. Lib. III. tit. 3. §. 19. p. 388. 390. ſeqq. Die Urſache warum ſie hart darauf beſtehen, entdecket der Author Meditat. ad I. P. art. V. §. 52. p. 758.

§. XXII.

Unter denen Arten die Collecten anzulegen, hat der gemeine Pfennig oder Kopf- und Vermögen-Steuer denen Städten inſonderheit nicht angeſtanden, auch deswegen nicht lange ſich im Gebrauch erhalten. **Die Anlage hingegen nach denen ehemaligen Römer-Zügen iſt annoch beliebet**, und werden nach dem Fus derſelben, wie er in der Reichs-Matricul ſich befindet, gewiſſe Monathe gemeiniglich bewilliget; Es ſuchen aber ſehr viele Stände eine Moderation ihres Anſchlags, und wäre zu wünſchen, daß man einmal eine ſichere Matricul zum Stande bringen könte.

Pfeffing. ad Vitriar. d. l. p. 386. & Lib. I. tit. 12. §. 7. & ſeqq. p. 1004. &c.

III. Capitel.

Von Reichs-Deputations-Tägen.

§. I.

Wenn die Umſtände es nicht leiden, daß das ganze Reich in allen ſeinen Ständen ſich verſammle oder mit einer gewiſſen Reichs-Sache ſich belade, ſo wird dieſelbe gewiſſen Deputirten aus denen drey Reichs-Rähten aufgetragen, deren Zuſammenkunft man einen Reichs-Deputations-Tag nennet.

§. II.

Es werden aber dieſe *Deputations*-Täge abgetheilet in **ordentliche** und **auſſerordentliche**. Jene werden formiret aus ſolchen Ständen, welche in denen Reichs Geſezen dazu benennet ſind, daß ſie das ganze Reich in gewiſſen Fällen und auf beſtimmete Maſe vertreten ſollen; dieſe werden in denen drey Reichs-Collegiis auf ſolche Weiſe und mit ſolcher Maſe erwählet, wie es ihnen gefällig iſt.

§. III.

Die **ordentliche Reichs**-*Deputationen* haben **ihren Urſprung** genommen auf dem Reichs-Tag zu Augſpurg an. 1555. und ſind anfänglich zu keinem anderen Ende verordnet worden, als zu beſtändiger Vollführung der Reichs-Defenſion durch die Creyſe a), wenn jeder Creyß zu Erhaltung des innerlichen Reichs-Ruheſtandes nicht zulangend iſt. Hernach hat man denenſelben noch andere Reichs-Angelegenheiten anvertrauet, die

man

man auf einem Reichs-Tag nicht vornehmen oder endigen können b).

a) Grundfeſte P. III. c. 6. p. 248. ſequ. & d. Rec. §. 65.
b) Pfeffing. Lib. IV. tit. 2. §. 4 p. 421.

§. IV.

Was die Anzahl derer *ordinari Deputirten* betrift, ſo wurden in beſagtem Abſchiede de an. 1555. benannt, nebſt dem ganzen Churfürſtlichen Collegio, ſechs Fürſten, namentlich der Erz-Herzog von Oeſterreich, der Biſchof zu Würzburg, der Biſchof zu Münſter, der Herzog von Bayern, der Herzog zu Jülich und der Landgrafe zu Heſſen, ein Prälate, nemlich der Abt von Weingarten, ein Graf, nemlich der von Fürſtenberg, und zwey Reichs-Städte, verſtehe die Stadt Cöln und Nürenberg. Durch den Reichs-Abſchied zu Augſpurg an. 1559. *) wurde das Amt der Deputirten dieſen Ständen erblich verliehen, und denenſelben ferner beygefüget, Coſtniz, Burgund, Braunſchweig Wolffenbüttel und Pommern.

*) §. auf daß wann diſsfals 50. Conf. Meditat. ad I. P. art. 5. §. 51. p. 740.

§. V.

Auf der Weſtphäliſchen Friedens-Zuſammenkunft beſchwehreten ſich die Evangeliſchen, daß ſie auf ordinari Deputations-Tägen von denen Catholiſchen weit überſtimmet wären, und forderten eine Abſtellung dieſer Ungleichheit, worauf in beſagtem Friedens-Schluß a) verglichen wurde, daß bey ſolchen *Deputations*-Tägen **forthin die Zahl der Stände von beyden Religionen gleich gemachet**, und auf dem nächſten Reichs-Tag ausgemachet werden ſolle, was vor Stände

denen

denen bereits beſtelleten ordentlichen Deputirten bey-zufügen ſtünden. Dem zu Folge hat man auf dem Reichs-Tage ſich verglichen, daß im Churfürſtlichen Collegio, wo damals die Catholiſchen viere, die Proteſtanten nur drey Stimmen hatten, dieſe noch ein Votum Supernumerarium Wechſels-Weiſe haben ſolten b); Bey denen übrigen Catholiſchen und Proteſtantiſchen Stånden iſt gleichfals eine Gleichheit eingeführet worden, da man von Seiten der lezteren, Sachſen-Altenburg, Brandenburg, Culmbach, Mecklenburg, Würtemberg, und einen von denen Wetterauiſchen Grafen denen vorigen ordinari Deputirten beygefüget. Es ſind zu gleicher Zeit von neuem vier Stådte, nahmentlich Aachen, Uberlingen, Straßburg, und Regenſpurg in derſelben Anzahl mit aufgenommen worden c).

a) I. P. O. art. V. §. 51.
b) Reichs-Abſchied 1654. §. 191. Meditat. ad I. P. d. l. p. 742.
c) d. Rec. §. 194.

§. VI.

Die Beruffung zum ordentlichen *Deputation*s-Tag verrichtet der Churfürſt von Maynz/ kraft ſeines Erz-Canzler-Amtes, in des Kayſers Namen, wann er von Kayſerlicher Majeſtåt darum erſuchet worden, oder von einigen bedrengten Creyſen ſolches begehret würde a). Er muß dazu nicht nur die beſtimmten Stånde beruffen, ſondern auch dem Kayſer davon Nachricht geben, damit er ſeine Commiſſion dahin abſchicken könne b). Der Ort, wo ſie nach der Regel angeſe-

zet

zet werden ſollen, iſt ordentlich die Stadt Franckfurth am Mayn, ſo ferne nicht nach denen Umſtänden des Reichs eine andere Stadt zu der abzuhandlenden Sache gelegener wäre c).

a) Pfeffing. d. l. §. 5.
b) ibidem §. 6.
c) d. l. §. 6.

§. VII.

Die erſcheinenden Stände theilen ſich in zwey Claſſen; die eine formiren die Churfürſten, und die andere die übrigen Fürſten und niedrigeren Stände. Ob nun wohl die lezteren mit dieſer Trennung der Churfürſten übel zufrieden ſind, ſo haben doch dieſe auf die Poſſeſſion und auf das Herkommen ſich beruffen, und davon nicht abſtehen wollen.

§. VIII.

Bey denen Deputations-Handlungen ſtehet **der Vortrag** beym Kayſerlichen Commiſſario, und werden hernach in einer jeden Claſſe **die Berahtſchlagungen** beſonders vorgenommen a), und wenn die Herren Deputirten durch *Re-* und *Correlationes* unter ſich, wie auch nachmals mit dem Kayſerlichen Groß-Bevollmächtigten ſich verglichen haben, wird alles in einen *Deputations*-Schluß / und endlich in einen gehörigen *Deputations*-Abſchiede gebracht b).

a) Im Fürſtlichen Collegio geben die niedrigen Stände ihre Stimmen ebenfals virium.
b) Conf. Pfeffing. d. l. §. 11. & Meditat. ad I. P. d. l. p. 744.

§. IX.

Ob nun wohl vormals gar oft ordentliche *Depu-*

Deputations-Täge gehalten worden: So iſt doch **ſchwerlich zu vermuhten/ daß ſolches künftig ſo leichte ſtatt haben werde.** 1) Weil der Reichs-Tag allem Anſehen nach beſtändig dauren wird a), und aufs höchſte außerordentliche Deputationen der Zeit dienlich ſeyn können; 2) Weil es nunmehro ſehr ſchwer fallen würde ein Mittel zur Gleichheit der Religionen im Churfürſtlichen Collegio auszufinden, nachdeme die Anzahl der Catholiſchen darin mercklich zugenommen; Zu geſchweigen, daß auch wegen Pfalz Lautern und der Stadt Straßburg eine Veränderung vorgefallen, und die dadurch eingeführte Ungleichheit der Anzahl der Deputirten von beyden Religionen noch nicht gehoben worden; 3) Weil die Erſcheinung aller Churfürſten und derſelben Trennung von denen übrigen Ständen denen Fürſten unanſtändig und entgegen iſt.

a) Meditat. d. l. p. 742.

§. X.

Daß der Reichs-*Deputations*-Tag auch auf erfolgten Todes-Fall des Kayſers könne fortgeſezet werden/ iſt wohl auſſer Zweifel, weil die Deputirten nicht aus Käyſerlicher, ſondern aus des Reichs Vollmacht dabey erſcheinen, und die Reichs-Verweſere das Kayſerliche Amt dabey verwalten können a). Es iſt auch der zu Franckfurth gehaltene Deputations-Convent anno 1658. nach dem Ableben des Käyſers Ferdinandi III. nicht ſowohl getrennet worden, als deswegen von Churfürſtlicher Seite auſſer dem Gange gekommen, weil ſie die Deputirten derer Fürſten

und Stände dadurch hinderen wolten, bey dem Wahl-Geſchäfte keine Irrungen anzuſpinnen b).

a) Pfeffing. d. l. §. 15.
b) Puffend. de Reb. Brandenb. Lib. VII. §. 30.

§. XI.

Auſſerordentliche *Deputation*en **werden entweder auf dem Reichs-Tage oder auſſer demſelben angeſtellet**; Auf dem Reichs-Tage geſchiehet ſolches, wenn wegen Menge beydes der hauptſächlichen als Incident-Puncten alles in pleno abzuhandlen, zu ſchwer und langweilig fallen würde, und dahero die Nothdurft erforderet, daß eine oder die andere Materie einigen Ständen aus bemelten drey Reichs-Rähten beſonders auszuarbeiten aufgetragen werde. Dieſe Deputirten verfügen ſich ſodann bey müſigen Neben-Stunden zuſammen, und wenn ſie mit denen aufgegebenen Puncten fertig, überreichen ſie ihr Gutachten dem Mayntziſchen Directorio, welches daſſelbe fürters denen geſamten drey Reichs-Rähten zur Approbation und ferneren Uberlegung vortragen läſt: Grundfeſte P. II. c. 7.

§. XII.

Auſſer dem Reichs-Tage pflegen bey verſchiedenen Fällen, da es nöthig iſt, daß eine Reichs-Angelegenheit an einem gewiſſen Ort tractiret werde, **beſondere** *Deput*irte **von Reichs wegen dazu benant** zu werden, zum Exempel, zu einem Friedens-Congreſs a), zur Viſitation der Reichs-Cammer b).

a) vid. Cap. præced. §. 13. 14. 15.
b) vid. infra Lib. VI. c. 2. §. 12.

§. XIII.

§. XIII.

Bey Benennung ſolcher Deputirten / welche aus allen drey Reichs-Rähten in gleicher Anzahl der beyden Religionen müſſen genommen werden a), iſt oft geſtritten worden b), **ob die Wahl derſelben vom ganzen *Collegio* nach denen meiſten Stimmen geſchehen / oder der Catholiſche Theil allein die Catholiſchen / und der Evangeliſche Theil allein die Evangeliſchen *Deputi*rten benennen ſolle.** Je mehr nun jene darauf beſtanden, daß die Wahl nach der erſten Weiſe anzuſtellen ſeye, je mehr haben dieſe ſich angelegen ſeyn laſſen, die leztere zu vertheidigen, auch alles Gegenſpruches ungeachtet ſolches endlich erhalten

a) Quacunque occaſione aut ad quæcunque negotia deputandi veniant, I. P. O art. V §. 51.

b) Am heftigſten wurde hierüber geſtritten bey Benennung der Reichs-Deputation zur Viſitation des Cammer-Gerichts anno 1704. Die dabey pro & contra angeführte Urſachen erzehlet der Author Meditat. ad I. P. Spec. V.

§. XIV.

Gleichwie es nun in der That der Billigkeit gemäs zu ſeyn ſcheinet, daß ein jeder Theil die Seinen benenne, weil um der Gleichheit willen, ſo unter denen Catholiſchen und Evangeliſchen durchgehends herrſchen ſolle, ſolche Deputirten von beyden Religionen in gleicher Anzahl genommen werden: Alſo befürchten die Evangeliſchen mit Recht, daß, wann ſie ihren Catholiſchen Mit-Ständen hierin nachgeben ſolten, dieſe dadurch ein dienliches Mittel erlangen würden, jene um alle Frucht die-

ſer heilſamen Verordnung zu bringen, maſen es alsdann in ihrer Gewalt ſtünde, durch ihren Theil, folglich durch die meiſten Stimmen, aus der Zahl der Evangeliſchen Stände diejenigen zu erwählen, welchen es entweder an Eyffer vor die Evangeliſche Sache oder an Kräften fehlet, vor dieſelbe mit Dreyſtigkeit zu ſprechen.

Meditat. ad I. P. d. l. in præm.

IV. Capitel.

Von der Creyß-Verfaſſung und denen Creyß-Tägen.

§. I.

Von der Eintheilung des Reichs in gewiſſe Creyſſe und derſelben Veranlaſſung iſt bereits oben gehandelt worden. Zum Verſtande der Creyß-Täge, welche als enge Reichs-Verſammlungen können angeſehen werden, iſt nöhtig, daß wir **die Einrichtung der Creyſſe** vorgängig beſchreiben.

§. II.

Ein jeder Creyß hat einen oder mehr **Creyß-ausſchreibende Fürſten und** *Directores*, deren Amte darin beſtehet, daß ſie die Creyß-Stände zum Creyß-Tage beruffen, die daſelbſt abzuhandlende Materien denenſelben vortragen und aus ihren Schluſſen den Creyß-Abſchied formiren a), wiewohl auch einige allein das Creyß-Ausſchreib-Amt geſämtlich verwalten, bey dem Directorio aber wenig oder gar nichts zu ſagen haben.

a) vid. Pfeffing. Lib. II. c. 6. p. 1094.

b) Conf. h. §. 5.

§. III.

§. III.

Vormals ſtund es bey dem Kayſer, dieſes Amt einem oder mehreren Fürſten des Creyſes aufzutragen, wie es aber natürlich war, daß die vornehmſten dazu erſehen würden, alſo gab ſolches bald Gelegenheit, daß gewiſſe Fürſten, denen man das Creyß-Directorial-Amt einige mahl aufgetragen, ſolches mit ihren Ländern erblich verknüpfeten.

Meditat. ad I. P. Spec. VII.

§. IV.

Die geiſtliche Fürſten wurden **zu dieſem Amte mit gezogen**, nicht nur weil ſie an allen Reichs-Geſchäften Theil nahmen, ſondern über dem weil die Einrichtung der Creyſe die Handhabung des Land-Friedens zur vornehmſten Abſicht hatte, und wider die muhtwilligen Stöhrer deſſelben nicht nur die Reichs-Acht, ſondern auch bedürffenden Falls der geiſtliche Bann ſolte vorgekehret werden. Weshalb im Reichs-Abſchied de anno 1507. art. 16. §. 1. geſaget wird, daß ein Schwert dem anderen zu Hülffe kommen ſolle.

Conf. Medit. d. l.

§. V.

Der **Creyß-*Director*** iſt **im Oeſterreichiſchen Creyſſe** der Ertz-Hertzoge von Oeſterreich gantz alleine. **Im Bayeriſchen** der Churfürſt von Bayern und der Ertz-Biſchof von Saltzburg. **Im Fränckiſchen** verrichtet die Ausſchreibung zu einem Creyß-Tag der Biſchof von Bamberg und der Marck-Graf von Bayreuth *), ſo oft einer von ihnen es gut und nohtwendig erachtet, das

Directorium aber wird alleine von Bamberg geführet a). **Im Ober-Sächſiſchen Creyſſe** iſt Chur-Sachſen der einzige Creyß-Director. **Im Nieder-Sächſiſchen** hingegen führet nicht nur die Cron Schweden wegen des Herzogthums Bremen, und Chur-Brandenburg wegen des Herzogthums Magdeburg Wechſels-Weiſe das Directorium von einem Creyß-Tage zum anderen b), ſondern es wird auch dabey das Condirectorium von dem Braunſchweig-Lüneburgiſchen Hauſe verwaltet. **Im Weſtphäliſchen Creyſſe** ſind Directores, der Biſchof von Münſter und Chur-Pfalz und Brandenburg Wechſels-Weiſe wegen der Jülichiſchen Länder c) **Im Burgundiſchen** der Kayſer als Herzog von Burgund; **Im Nieder-Rheiniſchen** der Churfürſt von Maynz alleine **Im Ober-Rheiniſchen** der Biſchof von Worms, doch ſo, daß Pfalz-Simmern das Mit-Ausſchreib-Amt verrichtet. **Im Schwäbiſchen** verrichten die Ausſchreibung des Creyſſes der Herzog von Würtenberg, und der Biſchof von Coſtniz mit einander, das Directorium aber führet der erſte alleine, doch auf ſolche Weiſe, daß mit dem lezteren alles in Raht geführet wird d).

*) Kraft eines beſonderen Vergleichs von anno 1702. alterniren dabey Bayreuth und Anſpach alle drey Jahr.

a) vid. Pfeffing. ad Vitriar. Lib. II. tit. 6. p. 1092.

b) Ibidem p. 1091.

c) Ibid. p. 1086.

d) Struv. Synt. Jur. pub. cap. 8. §. 18.

§. VI.

Nachdeme Simmern zugleich mit Chur-Pfalz an einen Catholiſchen Herren gerahten: So haben

haben die Evangeliſchen Stände des Ober-Rheiniſchen Creyſſes begehret/ daß aus ihren Mitteln denen *Directoribus* deſſelben Creyſſes ein *Con-Director adjung*iret würde. Die Urſachen, worauf dieſelben ſich gründen, ſind 1) die Gleichheit, welche nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens zwiſchen denen Catholiſchen und Proteſtanten ſeyn ſolle 2); die Natur der aus beyderley Religionen vermiſchten Creyſſe; denn da um beſagter Gleichheit willen bey der ordinari Deputation die Anzahl der Stände von beyden Religionen gleich gemachet worden, und in denen Circulis mixtis, ſowohl von der Evangeliſchen als der Catholiſchen Stände Seiten, zwey Cammer-Gerichts-Beyſitzer præſentiret werden: So iſt es der Billigkeit gemäs, daß man die Evangeliſchen Stände im Ober-Rheiniſchen Creyß von dem Directorio nicht gänzlich ausſchlieſſe. Es ſcheinet auch der leztere Reichs-Abſchied de anno 1654. §. 185. denen Evangeliſchen in der Sache, worüber die Frage iſt, zu favoriſiren, indem darin geſaget wird, daß ein jeder Creyß, ſo bald möglich, ſich abſonderlich zuſammen thun und die Nohtdurft überlegen ſolle, wie es in denen mit ungleicher Religion vermengten Creyſſen wegen der an Seiten der Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten bey denen Defenſions-Verfaſſungen begehrten Parität zu halten.

Conf. in Meditat. ad I. P. Spec. 8. mantiſſ. 2.

§. VII.

Ferner hat auch ein jeder Creyß ſeinen Creyß-Obriſten/ oder ehemals ſo genanten Creyß-

Hauptmann, deſſen Amt darin beſtehet, daß er vor die Erhaltung und Handhabung des Land-Frieders ſorge, und von jedem Creyß-Stande die Hülffe dazu erfordere / auch gegen die Land-Fried-Brecher und andere die Kayſerliche geſprochene Acht, Urtheil und andere Pöen und Straffen vollſtrecke, Reichs Abſchied de an. 1555. §. 58. 69. ſeqq. §. Und nachdem zu ſehen. Weil nun die Eintheilung des Reichs in gewiſſe Creyſe auf die Erhaltung des Land-Friedens vornemlich gerichtet geweſen, ſo iſt ſehr wahrſcheinlich, daß ein jeder Creyß mit einem Obriſten ſich bald anfangs verſehen, wie dann aus dem Reichs-Abſchied de anno 1512. erhellet, daß dieſelben ſich damals ſchon in denen Creyſſen befunden.

§. VIII.

Es wird in einem jeden Creyſe der Obriſte durch die Stände erwählet / heutiges Tages aber ſelten ein anderer als der Creyß-ausſchreibende Fürſte dazu genommen. Ob nun wohl in dem Reichs-Abſchied zu Nürenberg von anno 1522. gedacht wird: daß ein ſolcher Hauptmann ein Fürſte, Freyherr, oder ſonſt in treflichem und **weltlichem** Stande ſeyn ſolle, ſo wird doch in dem Reichs-Abſchied von an. 1555. §. 57. von dem weltlichen Stande des Creyß-Obriſten nicht weiter geſprochen, ſondern geſaget, daß es in eines jeden Creyſes Gefallen ſtehen ſolle, entweder „einen Fürſten, der den Creyß zu beſchreiben hat, „oder einen andern fürnehmen Stand aus dem-„ſelben Creyſe, oder ſonſt eine tüchtige Perſon 2c. „zu erwählen. Da nun über dem im abgewiche-

nen

nen Seculo der martialiſche Biſchof von Münſter Bernhard von Gohlen die Creyß-Obriſten-Stelle anzutretten kein Bedencken getragen, und dieſelbe ihme nicht geſtritten worden: So kan wohl die Frage: Ob ein geiſtlicher Reichs-Stand das Creyß-Obriſten-Amt führen könne, nunmehro mit gutem Grunde bejahet werden.

§. IX.

In dem lezt angezogenen Reichs-Abſchied §. 59. wird geſaget, **daß ein Creyß-Obriſter/** ehe er ſein Amt übernimmet, **von aller anderen Pflicht/ Eyden/ Verbündnüſſen/ Verſprechnüſſen** ꝛc. gegen wen das wäre, **den Kayſer und das Reich ausgenommen/ frey und ledig** ſeyn ſolle; Es iſt aber **kein Zweifel/ daß ſolches nicht von ſolchen Pflichten und Verbindlichkeiten zu verſtehen** ſeye, **welche ihn/ ſein Creyß-Obriſten-Amt der Gebühr nach zu verrichten/ hinderen würden/** weil am Ende des berührten §phi hinzugethan wird: „Aber auſſerhalb dieſer Creyß-Sache, darauf ſie (die Creyß-Obriſten) ſonſt verpflichtet, oder jemands in Verwantniß zugethan, mögen ſie wohl in denenſelben ſtehen und bleiben. Wie dann ſolches auch daraus erhellet, daß die Churfürſten von Brandenburg das Creyß-Obriſten-Amt verwaltet/ als ſie noch wegen Preuſſen in der Lehens-Pflicht gegen Pohlen ſtunden, ferner die Stände des Nieder-Sächſiſchen Creyſes kein Bedencken geführet, das Creyß-Obriſten-Amt dem Könige in Dännemarck Chriſtiano IV. aufzutragen a).

a) Was der Kayſer Ferdinandus II. hierwider aus poli-

 tiſchen

tiſchen Urſachen eingewant / und damals über gegenwärtige Frage pro und contra angebracht worden / ſiehe ap. Pfeffing. Lib. I. tit. 6. §. 14.

§. X.

Wann der erwählte **Creyß-Obriſte** Fürſtlichen Standes und Weſens iſt, ſo wird es nur **bey Fürſtlichen Würden und wahren Worten** / ſonſt aber **durch einen leiblichen Eyd verbunden** / daß er ſein Amt nach beſtem Verſtändnüß und Raht führen, und darin keinen „Stand geiſtlich oder weltlich vor dem anderen „anſehen, ſondern ſich gegen alle gleichmäſig halten, auch ſeines Creyſes Hülffe nicht in eigenen, „ſondern des Creyſes und deſſelbigen Ständen gemeinen Sachen, dazu ſie vom Creyß bewilliget „worden, gebrauchen wolle.

Reichs-Abſchied de an. 1555. §. 58.

§. XI.

Und gleichwie der Erwählte, welcher, wann er ein fürnehmer Stand iſt, ohne Belohnung ſein Amt vertretten ſolle, nicht verbunden iſt, ſein Amt länger denn ein Jahr zu führen: Alſo **ſtehet es zu der Creyß-Stände Willen und Gefallen** / **einen Obriſten** ſeines Amtes **zu erlaſſen** / **und einen anderen an ſeine Statt zu ſezen.**

d. Rec. §. 58. & 74.

§. XII.

Ein jeder **Creyß-Obriſter hat** ſeine **Zugeordnete und einen Nachgeordneten aus denen Creyß-Ständen** ſowohl geiſt- als weltlichen, welche zum Theil als ſeine Rähte anzuſehen ſind, theils auch Acht haben müſſen, daß ſie bey

ver-

verſpührter Nachläſſigkeit des Creyß-Obriſten ſelbſt Hand anlegen, und deſſen Stelle vertretten.

d. l. §. 77.

§. XIII.

Da nun über deme ein jeder **Creyß in guter Verfaſſung und Bereitſchaft ſtehen** / und folglich ſein Geſchüz, Artillerey, Munition und was dazu gehörig, auch eine Creyß-Caſſe halten ſolle: So würde ſolches zum groſſen Nuzen nicht nur eines jeden Creyſes, ſondern auch des ganzen Reiches gedeyen, wann daran kein Mangel wäre, und nicht das Mißtrauen derer Stände untereinander alle Früchte der heilſamen Reichs-Sazungen hinderete.

§. XIV.

Ein jeder **Creyß hat das Recht** auch **ohne erfordereten Kayſerlichen Conſens** *) **und ohne Beyſeyn eines Kayſerlichen** *Commiſſarii* **ſich zu verſammlen** / welche Verſammlung **ein Creyß-Tag** genennet wird. Die Beruffung der Stände zu ſolchem Creyß-Tage verrichten beſagter maſen die Creyß-ausſchreibende Fürſten; Das Directorium aber bey ſolchen Creyß-Tägen wird bisweilen von einem allein geführet a). Auſſer deme was bereits von dieſem Directorial-Amt überhaupt geſaget worden b), ſo gehöret dahin noch ferner c), daß der Creyß-Stände Geſanten bey demſelben ſich legitimiren müſſen, daß der Creyß-Abſchied von ihm aufgeſezet wird, daß die Kayſerliche Decreta in Creyß-Sachen, und was andere Creyſſe, oder auch auswärtige Potentaten dem Creyſſe bekant machen wollen, dem

Creyß-

Creyß-Directori zugeſchicket und von demſelben denen Creyß-Ständen communiciret werden, Ingleichem daß er die Antwort darauf und was ſonſt in des Creyſes Namen auszufertigen iſt, unterſchreibet, auch das Creyß-Archiv in ſeiner Verwahrung hat.

*) Reichs-Staat P. I. c. 3. §. 20. Pfeffing. Lib. IV. tit. 2. §. 23.

a) vid. h. c. §.

b) ibidem §.

c) Conf. Pfeffing. Lib. II. tit. 6. p. 1094.

§. XV.

Gleichwie es engere Reichs-Täge giebet, bey welchen nur einige Deputirten von Reichs wegen erſcheinen, alſo werden auch öfters **engere Creyß-Täge** gehalten, bey welchen ſich nur der Creyß-Ausſchuß einfindet, bisweilen kommen auch verſchiedene Creyſſe zuſammen, zum Exempel zur Probation der Münze, welche Verſammlungen **Münz-Probations-Täge** genant werden, ingleichem wegen einer von vielen Creyſſen zugleich vorzunehmenden Execution, oder auch um gemeinſamer Sicherheit willen und zur Aufrichtung gewiſſer Aſſociationen a). Ja man hat auch ein Exempel von einer Zuſammenkunft aller Creyſe b): Es werden aber bey ſolcher Verſammlung aller Creyſſe nicht alle darin gelegene Stände, ſondern allein die Directores, Creyß-Obriſten, wenn dieſelbe zugleich Creyß-Stände ſind, und derſelben Zugeordnete beruffen c). Die Ausſchreibung zu einem allgemeinen Creyß-Tage verrichtet der Churfürſt von Maynz d).

a) Struv. Synt. Jur. pub.

b) Eine ſolche Zuſammenkunft aller Creyſe wurde gehalten zu Erfurt an. 1567. wegen der Execution wider den Herzog von Sachſen-Gotha wegen des Grumbachiſchen Aufruhrs vid. Pfeffing. Lib. IV, tit. 2. §. 17.

c) id. d. l. p. 439.

d) Reichs-Staat d. l. §. 18.

§. XVI.

Die Creyſſe, welchen in denen Reichs-Geſezen aufgegeben wird, wegen der Münze jährlich zuſammen zu kommen, oder doch wegen der Nachbarſchaft hierüber eine Correſpondenz zu führen, werden *correſpondi*rende Creyſſe genant, und in drey Claſſen getheilet, nemlich es ſollen hierüber correſpondiren 1) der Chur-Rheiniſche auch Rheiniſche und Weſtphäliſche Creyß, 2) der Ober- und Nieder-Sächſiſche, 3) der Fränckiſche, Schwäbiſche, Bayeriſche und Oeſterreichiſche. Es ſind aber ſolche Zuſammenkünfte ſeit einiger Zeit ſehr ins Stecken gerahten.

Reichs-Deputations-Abſchied zu Franckfurt de an. 1571. §. 28. Conf. Pfeffing. d. l. p. 441.

V. Capitel.

Von beſonderen Zuſammenkünften der Stände und inſonderheit des Corporis Evangelici.

§. I.

Gleichwie die Stände des Reichs auf dem Reichs-Tage in beſonderen Collegiis deliberiren, alſo haben ſie auch das Recht und pfle-

pflegen zuweilen auſſer dem Reichs-Tage beſondere Zuſammenkünfte anzuſtellen, welche man **Churfürſten-Fürſten-Grafen- und Städte-Täge** nennet.

§. II.

Dieweilen aber die Churfürſten als des Reichs Grund-Säulen, als deſſen vorderſte Glieder, und als die innerſten Rähte des Kayſers betrachtet werden a); So kan ſich der Kayſer nicht nur vorläuffig mit ihnen wegen ſolcher Sachen beſprechen, die des Reichs Wohlfart betreffen, ſondern es können auch die Churfürſten um dieſer Urſachen willen aus eigener Bewegnüs ſich verſammlen.

a) Capitulat. noviſſ. art. I. & II.

§. III.

Es werden alſo die **Churfürſtliche** *Collegial*-**Tage** entweder auf des Kayſers Veranlaſſung, oder auf Begehren einiger Churfürſten, und in dem lezten Fall wiederum entweder um des Reichs oder um ihres eigenen Nuzens willen angeſtellet. Zu denen Exempeln der Churfürſten-Täge, ſo auf des Kayſers Verlangen angeſtellet werden, gehören vornemlich; wann der Kayſer mit ihnen wegen einer vorhabenden Römiſchen Königs-Wahl ſich beſprechen will, oder wann eine Sache ſo beſchaffen iſt, daß ſie keinen Verzug leidet a), oder in anderen Fällen, da der Churfürſten Conſens wo nicht genug, doch vornemlich nöhtig iſt: Zum Exempel, wenn ein Reichs-Stand einen neuen Zoll anlegen will b). Aus eigener Bewegungs

wegnus und um des Reichs Beſten willen verſam- len ſich die Churfürſten nicht nur zur Wahl eines Kayſers, welche als ein Churfürſten-Tag kan be- trachtet werden, ſondern auch wann man über die Regierung eines Kayſers Klage zu führen hat, und darwider gewiſſe Mittel ſollen ergriffen werden. Um ihres eigenen Nuzens willen pflegen ſie ſich zu verſammlen, wann zur Behauptung ihrer Vor- rechte Anſchläge zu faſſen ſind, um welcher willen verſchiedene Bündnüſſe oder ſogenante Vereinen von ihnen vormals aufgerichtet worden b). Die Beruffung zu ſolchen Churfürſten-Tägen geſchie- het allemal von dem Churfürſten von Maynz.

a) vid. h. Lib. cap. 2. §. 5.

b) vid. ſupr. Lib. III. cap. 3. §. 7.

c) vid. Struv. d. l. c. 16. §. 18. In der neueſten Capitu- lation art. 3. werden dieſe gemeine und ſonderbare Verein der Churfürſten und was ſie noch weiter darü- ber gut befinden und vergleichen möchten/ ausdrück- lich confirmiret.

§. IV.

Denen Fürſten und anderen Reichs- Ständen ſtehet es frey/ ſo ofte ſich zu ver- ſammlen/ als ihr beſonderes Intereſſe und die Beſchüzung ihrer hergebrachten Rech- te ſolches erforderen. Alſo ſind zum Exempel wegen der neunten Chur-Sache verſchiedene Für- ſten-Täge gehalten worden.

§. V.

Unter allen beſonderen Verbindnüſſen und Zuſammenkünften der Reichs-Stände iſt keine an- ſehn-

ſehnlicher und wichtiger als **die Verbindung der Augſpurgiſchen Confeßions⸗Verwanten zu beyden Theilen**/ welche nunmehro einen be⸗ſonderen vom Reiche, wo nicht öffentlich doch heim⸗lich approbirten Cörper ausmachen. Es iſt ſolche Verbinduug veranlaſſet worden, durch den Haß welchen die Catholiſche Parthey auf ſie warf, als ſie in ihren Länderen die Kirchen zu reformiren an⸗fiengen, und alle Hofnung verſchwunden war, daß ſie der Authorität des Römiſchen Stuhls ſich wie⸗der unterwerffen würden. Denn als dieſer um des⸗willen den Kayſer und die Catholiſchen Stände wider ſie verhezte, und die Sache ſich zum öffent⸗lichen Kriege anlies, ſo wurden die Evangeliſche genöhtiget durch den Schmalkaldiſchen Bund in eine nähere Vereinigung zu tretten. Die Häupter dieſes Bundes und folglich aller Evangeliſchen wa⸗ren bekanter maſen der Churfürſt von Sachſen Jo⸗hann Friederich/ und der Landgraf von Heſſen Philippus Magnanimus, welche verſchiedene Zuſam⸗menkünfte unter denen Proteſtanten veranlaſſeten.

§. VI.

Ob nun wohl der Churfürſt von Sachſen ſich hauptſächlich hatte angelegen ſeyn laſſen, ver⸗fallene Sachen der Proteſtanten nach Trennung dieſes Bundes wieder aufzurichten, und durch ſei⸗ne Anſchläge und Hülffe inſonderheit der Reli⸗gions⸗Friede war erworben worden: So wolte doch der Churfürſt von der Pfalz, wegen ſeines Vorſizes, als das Haupt der Evangeliſchen ange⸗ſehen ſeyn, als er zu ihrer Religion ſich bekant hat⸗

te. Er hat auch bey vielen Zuſammenkünften der Evangeliſchen und inſonderheit bey ihrer bekanten Union die Direction geführet a). Es iſt zwar nicht ohne, daß Chur-Sachſen ſich über das Pfälziſche Directorium oftmals mißgünſtig bezeuget, und deßwegen zu groſſem Nachtheil der gemeinen Evangeliſchen Sache ſeine Anſchläge oftmals von denen Chur-Pfälziſchen getrennet b); Es findet ſich aber nicht, daß er dem Chur-Pfälziſchen Directorio öffentlich widerſprochen, noch weniger mit ſeinem Widerſpruch Gehör gefunden hätte.

a) Lehmann act. Pub. Rel. Lib. II. paſſim. conf. Struv. Synt. Jur. Pub. cap. 22. §. 50. ſequ.

b) Puffend. de Reb. Suc. Lib. I. §. 18.

§. VII.

Das Unglück des Churfürſten von der Pfalz in dem Böhmiſchen Kriege und deſſelben Achts-Erklärung gaben dem Churfürſten von Sachſen George I. eine neue Gelegenheit ſich zum Haupte derer Proteſtirenden aufzuwerffen, und ein Bündnüß unter ihnen auf dem Leipziger Convent anno 1631. zu ſtiften. Er konte es auch nicht verſchmerzen, als ſich die Proteſtanten an die Cron Schweden hiengen, und nach Guſtavi Adolphi Tode der Reichs-Canzler Ochſenſtirn das Directorium des an. 1633. zu Heilbrun von denen Proteſtirenden der vier oberen Creyſen aufgerichteten Bundes an ſich brachte a). Er legte aber mit ſeinem Pragiſchen Frieden, worzu er ſich durch dieſe Eyfferſucht wider Schweden verleiten lies, ſchlechte Ehre ein, und machete ſich vielmehr bey denen Evangeliſchen Stän-

den dadurch ſo verdächtig, daß ſie ihr Intereſſe auf dem Weſtphäliſchen Friedens-Congreß ihme nicht anvertrauen wolten, ſondern dem Herzog von Altenburg ſolches auftrugen b). Der Churfürſt von Brandenburg fand zwar vor rahtſam auf Zureden der Cron Schweden ſolches geſchehen zu laſſen, damit er nicht die Lutheriſchen Stände wider ſich erbitteren möchte, es enthielten ſich aber ſeine Geſanten der beſonderen Zuſammenkünfte der Evangeliſchen c).

a) Puffend. d. l. Lib. V. §. 28.
b) ibid. Lib. XVIII. §. 150. Es ſchrie dieſer heftig über Chur-Sachſen und behauptete, daß es bey dem Directorio auf der Stände Wahl ankäme. vid. Struv. d. l.
c) Puffend. d. l. Lib. XVIII. §. 85.

§. VIII.

Nach dem Weſtphäliſchen Frieden wurde **Chur-Sachſen** auf dem Reichs-Tage zu Regenſpurg an. 1653. von denen geſammten Evangeliſchen Ständen inſtändig erſuchet das *Directorium* zu übernehmen, und nachdeme er ſich dazu bereden laſſen, iſt daſſelbe von der Zeit an beſtändig von dieſem Hauſe geführet worden. Nun finden ſich zwar Exempel, da in Abweſenheit des Chur-Sächſiſchen Geſanten der Chur-Brandenburgiſche einige Stücke des Directorial-Amtes verwaltet, ob aber ſolches 1) Jure proprio wegen des nächſten Sizes nach Sachſen, oder Kraft habender Vollmacht Jure delegato, 2) mit oder ohne Widerſpruch geſchehen ſeye, darüber iſt ohnlängſt auf dem Reichs-Tage ſehr geſtritten worden.

vid. Meditat. ad I. P. Specim. 8. mantiſſ. 4. & 5.

§. IX.

§. IX.

Nachdeme die Evangeliſchen ſolcher geſtalt die Führung des Directorii, in Sachen das Corpus Evangelicorum betreffend, mit einmühtigem Raht und Willen dem Churfürſten von Sachſen aufgetragen, und auf dem Reichs-Tage in deſſen Wohnung ihre beſondere Zuſammenkünfte und Berahtſchlagungen angeſtellet, ſo hat **ihre Verbindung eine viel beſſere Geſtalt bekommen.** Denn 1) können ſie ſich nunmehro in der Stille und ohne Anſtoß verſammlen, an ſtatt, daß vorhero ihre auſſerordentliche und auſſer dem Reichs-Tag angeſezte Verſammlungen dem Kayſer und denen Catholiſchen zum groſſen Mißfallen gereicheten, und um deswillen oftmals einige ſchwächere proteſtirende Stände dabey zu erſcheinen ſich abſchrecken lieſſen. 2) Iſt auch nunmehro die Eyfferſucht und Mißgunſt gehoben, welche unter denen ſich hervor thaten, ſo das Haupt des Evangeliſchen Cörpers gerne ſeyn wolten, und darüber zum Schaden der gemeinen Sache Zanck und Trennungen anrichteten.

§. X.

Die Furcht zu dergleichen Trennungen einen neuen Anlaß zu geben, iſt wohl die Haupt-Urſache, warum man Chur-Sachſen annoch bey dem Directorio Corporis Evangelici gelaſſen, ungeachtet die Chur-Linie nunmehro zur Catholiſchen Religion ſich bekennet. Denn man hat ſchon aus verſchiedenen auf dem Reichs-Tage zum Vorſchein gebrachten Schriften a) abnehmen können, daß

R 2 zwey

zwey mächtige Häuſer daſſelbe an ſich zu bringen mit allen Kräften ſich bemühen, und darüber wahrſcheinlich in offenbare Trennung gerahten würden, ſo bald Chur-Sachſen daſſelbe abgenommen worden.

a) Staats-Canzley Tom. 31. Cap. 5.

§. XI.

Man hat ferner zu befürchten, daß in dem lezteren Fall die Chur-Sächſiſchen Länder von dem Evangeliſchen Cörper ſich völlig abſonderen, und dadurch die Catholiche Parthey im Reiche ſtärcken möchten, zu geſchweigen, daß auch die Chur-Sächſiſchen Unterthanen dadurch in ihrer Religions-Freyheit Gefahr leiden könten. Denn obwohl die lezteren durch den Weſtphäliſchen Frieden und durch beſondere ihnen ausgeſtellete Verheiſſungen und Verträge ſicher zu ſeyn ſcheinen, und die Evangeliſchen Stände die Uberſtimmung der Catholiſchen nicht zu fürchten haben: So weiß man doch wohl, daß, wie an allen Orten, alſo auch im Reiche, oftmals Gewalt für Recht gehe. Dahingegen wann das Directorium der Evangeliſchen Sachen dem Sächſiſchen Chur-Hauſe gelaſſen wird, daſſelbe theils um ſich bey denen Proteſtanten nicht in Verdacht zu ſezen, theils zu Vermeidung der Verwirrung, worin es bey einer Ruptur zwiſchen beyden Partheyen gerahten könte, dahin zu ſehen hat, daß es ſein Directorial-Amt wohl verwalte und allen Irrungen zwiſchen denen Catholiſchen und Proteſtanten vorbeuge.

Siehe die über dieſe Materie ausgeſtellete Bedencken und Anmer-

Anmerckungen in Fabri Staats-Cantzley Tom. 31. cap. 5. & 35. cap. 5.

§. XII.

Die Materien / worüber der Evangeliſchen Stände Geſanten gegenwärtig auf dem Reichs-Tage beſonders berahtſchlagen / ſind alle diejenigen Sachen, welche das Evangeliſche Religions-Weſen, es ſeye unmittelbar oder mittelbar, betreffen, und entweder von denen, welche des Beyſtandes aller Evangeliſchen Stände bedürffen, an dieſelben gebracht oder ſo beſchaffen ſind, daß es dieſen dienlich ſcheinet, darin aus eigener Bewegung zu agiren.

§. XIII.

In beyden Fällen hält ſich das Corpus Evangelicum berechtiget, nicht nur bey Kayſerlicher Majeſtät auf Reichs-tägliche Weiſe eine gemeinſame Vorſtellung zu thun, ſondern auch gehörigen Orts durch beſondere Geſandſchaften ſolches Werck zu treiben. Es haben auch die Stände, an welche ein Geſanter von des Evangeliſchen Cörpers wegen geſchicket worden, kein Bedencken getragen, denſelben in ſolcher Qualität an ihrem Hofe aufzunehmen.

§. XIV.

Und gleichwie es einzelnen Ständen frey ſtehet, um ihrer Sicherheit willen auch mit auswärtigen Potenzen **Bündniſſe zu ſchlieſſen:** ſo kan dieſes **denen ſämtlichen Evangeliſchen /** ſo

 weit

weit ſie einen Cörper ausmachen, noch weniger verſaget ſeyn.

§. XV.

Es gereichet auch dieſe engere Vereinigung derer Evangeliſchen, und was ſie zur Erhaltung ihres gemeinſamen Beſtens auf beſagte Weiſe vornehmen, keines weges zur Verkleinerung der Kayſerlichen Authorität, weil ihr erſtes Werck iſt, daß ſie bey dem Kayſer um Schuz und Hülffe anhalten, und nur alsdann auf eigenthätige Mittel bedacht ſind, wenn der erſte Verſuch ganz und gar vergeblich zu ſeyn ſcheinet, und alle Hofnung verſchwunden iſt von denen Beleydigern ihrer Rechte durch gütliche Handlungen eine Satisfaction zu erhalten; welches der Weſtphäliſche Friede ausdrücklich verſtattet.

§. XVI.

Es wäre aber zu wünſchen, daß die Catholiſchen Stände ablaſſen möchten die Evangeliſchen in ihren theuer erworbenen Religions-Rechten zu ſtören, oder, wenn dieſes nicht zu hoffen wäre, daß die lezteren ihr Haupt-Intereſſe ſo wohl verſtünden, daß keine zeitliche Vortheile und Abſichten ſie bewegen könten, zu ihrem gemeinſamen Schaden ſich zu trennen.

VI. Buch

VItes Buch.

Von der Verwaltung der Juſtiz im Heil. Römiſchen Reich in Anſehung der Reichs-Stände.

I. Capitel.

Von der Verwaltung der Juſtiz im Reiche vor der Zeit des Cammer-Gerichts.

§. I.

Daß die **Kayſer und Könige** der Teutſchen **die oberſten Richter des Reichs**, und die Beobachtung der gemeinen Gerichtsbarkeit ihr Haupt-Regal geweſen, wordurch die Reichs-Stände und Glieder unter einander und mit ihrem Haupte in genauer Verbindung erhalten worden, iſt aus denen alten Reichs-Geſezen und Geſchichten ſchon von vielen nach der Länge erwieſen worden.

vid. Lehm. Sp. Cron. II. B. Conring. de Judic. Reipub. Germ. Speners Jus Publicum L. II. c. 10.

§. II.

Es war nemlich eine jede Reichs-Provinz in gewiſſe **Gauen** a), und eine jede Gau wiederum

in gewiſſe Centen vertheilet. **Einer jeden Gau und einer jeden Cent war ein Graf vorgeſe=zet** b) / **deſſen Amt** vornemlich darin beſtand, daß er in des Königes Namen in ſolchem Revier die Gerichtsbarkeit bey offentlicher Zuſammenkunſt c) verwaltete.

a) Eine Gau war / nach beſagten Lehmanns Beſchreibung / ein Revier einer Landſchaft / darin eine Haupt=Stadt ſamt anderen geringen Städten / Flecken und Dorfſchaften gelegen. In ſolcher Haupt=Stadt reſidirte nebſt dem Grafen auch ein Biſchof. Lehmann d. l. cap. 18. p. 74.

b) Sie wurden dahero Gau=Grafen und Cent=Grafen genennet

c) Der Ort / wo ſolche Gerichte gehalten wurden / heiſt in denen alten Geſetzen Mallus publicus, von dem alten Wort Mahl welches eine Verſammlung bedeutet.

§. III.

Demnach ſichs ofte begeben, daß **die Grafen** dem Hofe beygewohnet, oder in den Krieg gezogen, ſo haben ſie ſtets, ſowohl in ihrer An= als Abweſenheit, **in Verwaltung der Juſtiz ihre Statthalter gehabt** / die man insgemein Schultheiſen und *Præpoſitos*- **Vögte** genennet, daneben auch einige **Beyſitzer** / welchen der Nahme als **Schöffen** gegeben wurde.

Lehmann d. l. cap. 22. p. 87.

§. IV.

Auſſer dieſen in allen Provinzien beſtelleten Richteren fand ſich **ein oberſtes Gerichte an dem Kayſerlichen Hof** / welches **von dem Pfalz=Grafen oder Ober=Hof=Richter verwaltet** wurde, und zu welchem ſich diejeni=

gen

gen wenden konten, welche ſich über den Anſpruch der Unter-Gerichte zu beſchweren hatten.

§. V.

Es pflegeten über dem die Kayſer und Könige jährlich gewiſſe *Commiſſarien*, *Miſſi Regis* genant, durch alle Provinzien zu ſchicken, um zu ſehen ob die Gerichte wohl beſtellet wären, und in des Königes Namen einige Sachen zu ſchlichten, welche ſonſt vor deſſelben Hof-Richter würden ſeyn gebracht worden.

§. VI.

Waren unter denen Grafen ſelbſt oder mit denen Herzogen **leichte und Privat-Sachen** obhanden, ſo wurden dieſelben gleich **in der erſten Inſtanz von dem Pfalz-Grafen** in des Kayſers Gegenwart, **oder** auch **durch die** *Miſſos Regis* **abgethan.** Ereigneten ſich aber Sachen, **da über der Herzoge und Grafen Leib und Ehre oder derſelben Amt und Lehen-Güter ſolte geurtheilet werden**, ſo muſte darin nach der Regel nirgends als **auf denen Reichs-** oder allenfals **auf denen Fürſten-Tägen vor dem Könige verfahren** werden.

Spener d. l. Lib. II. c. 10. §. 2. not. 9.

§. VII.

Gleicher maſen war es bewant **mit Sachen die den König ſelbſt angiengen.** Zum Exempel, in Irrungen bey der Königlichen Regierung oder in der Königlichen Familie a). Es konte auch nach alter Gewonheit, wie die Guldene Bulle redet, der Kayſer vor dem Pfalz-Grafen am

Rhein belanget werden, doch nur an dem Ort, wo der Kayſer ein offentliches Hof-Lager hielt b).

a) Spener d. l. not. d.
b) A. B. art. V. §. 3.

§. VIII.

Dieſe gute Verfaſſung des Reichs in Anſehung der Juſtiz wurde ſehr verrücket/ als darin die Kayſerliche Authorität durch die innerliche Unruhen zerfiel und die Stände dabey gute Gelegenheit bekamen die Landes-Herrlichkeit zu erlangen. Ihre Unterthanen die bey dem Kayſerlichen Hof nicht mehr die ehemalige Hülffe finden, und denſelben nunmehro nicht ohne Gefahr und Beſchwerlichkeit beſuchen konten, lieſſen es ſich wohl gefallen, daß ihre Landes-Herren **neue Ober-Gerichte** in ihren Landen anlegeten, um ſo viel mehr, da die Beſtellung derſelben und die Gerichts-Ordnungen mit ihnen abgeredet wurden.

§. IX.

In einigen Reichs-Provinzien, ſo vormals dem Kayſer unmittelbar unterworffen geweſen, wurden auch **Kayſerliche Hof-Gerichte** angeleget, welche die Gerichtsbarkeit in ſolchen Fällen verwalteten, um deren Willen vormals von denen Grafen an den Kayſerlichen Hof appelliret wurde. Unter denenſelben war das vornehmſte **das Rothweiliſche** a), welches Kayſer Conradus III. anno 1146. angeleget und vormals über ganz Schwaben ſich erſtrecket, nunmehro aber durch Exemtions-Privilegia, ſo wider deſſen ehemalige Authorität denen darunter begriffenen Ständen ertheilet worden, ſehr geſchwächet iſt. Zu geſchweigen daß von dem-

ſelben

ſelben an die Kayſerliche Reichs-Cammer und an den Kayſerlichen Reichs-Hof-Raht kan appelliret werden.

a) Conf. Reichs-Staat P. IX. cap. 5.

§. X.

Das gröſte **Unheil** ſo der **Verfall des Kayſerlichen Reſpects bey dem Juſtiz-Weſen anrichtete**/ beſtund darin, daß die Stände ſich angewöhneten, die Anſprüche und Irrungen, ſo ſie untereinander hatten, mit der Fauſt auszumachen, und ſich nach Gefallen einander zu befehden und zu bekriegen.

§. XI.

Weil ſie nun auf ſolche Weiſe, inſonderheit zur Zeit des langen Interregni, einander würden aufgerieben haben, wenn ſie kein Mittel erfunden hätten durch glimpfliche Wege ihre Streitigkeiten beyzulegen: So fielen ſie endlich auf **die Beſtellung der Austräge**/ das iſt, ſie erwählten einige von ihren Mit-Ständen zu Richtern in ihren obwaltenden Sachen, deren Ausſpruch ſie ſich völlig unterwarffen. Ja es wurde nicht nur unter einigen Familien, ſondern auch unter denen des Land-Friedens halben verbundenen ausgemachet, wer bey ihren Irrungen ſolch Schieds-Richterliche Amt verwalten ſolle. Den Nahmen der Austräge empfiengen dieſe Schieds-Richter um deswillen, weil ſie die ſtreitenden Partheyen aus einander ſetzen und mit einander vertragen ſolten.

Conf. Datt. de Pace publica Lib. 1. c. 27.

II. Cap.

II. Capitel.
Von dem Kayſerlichen Reichs-Cammer-Gerichte.

§. I.

Nachdeme alle Verkündigung des Land-Friedens vor und nach dem Interregno um deswillen vergeblich geweſen war, weil das Kayſerliche Hof-Gerichte faſt ganz darnieder lag, und daſſelbe zu beſuchen denen Ständen viele Beſchwerung aber wenig Hülffe gab: So káme es endlich auf derſelben heftiges Anſuchen und Andringen dahin, daß unter der Regierung Kayſers Maximiliani I. an. 1495. die Anlegung eines ſolchen Reichs-Gerichtes beſchloſſen wurde, welches von dem Kayſer und denen Ständen zugleich beſtellet, mit guter Ordnung und Rechten verſehen, und auf ihre gemeinſame Koſten unterhalten wurde.

Datt. d. l. Lib. 4. c. 1.

§. II.

Es ſolte dieſes hohe Gerichte, welches die **Reichs-Cammer** genant wird, nach der Vorſchrift des Weſtphäliſchen Friedens a), aus dem Cammer-Richter, aus vier Präſidenten und 50. Beyſitzern beſtehen. Der **Cammer-Richter**, welcher gleichſam des Kayſers Perſon bey dieſem Gerichte vorſtellet, ſolle hoher Teutſcher Herkunft, der Rechte wohl kündig und geſchickt ſeyn die rechtliche Proceſſe zu dirigiren, die Partheyen zu Austrag und Erörterung treulich zu förderen, und bey allen Cammer-Gerichts-Perſonen ſich gebühr-

liche

liche Furcht und Gehorſam zu erwerben. Er wird allein von Kayſerlicher Majeſtät beſtellet.

Cammer-Gerichts-Ordnung P. I. tit. 3. §. 1.

§. III.

Die vier **Präſidenten** / deren zwey der Augſpurgiſchen Confeßion zugethan ſeyn ſollen / werden ebenfals vom Kayſer alleine eingeſezet. Ihr Amt beſtehet darin, daß ſie in denen Neben-Rähten, welche zur Beſchleunigung der Proceſſe formiret werden, die Sachen dirigiren, auch das Amt des Cammer-Richters vertretten, wann derſelbe abweſend oder kranck wäre. Ob dazu nohtwendig eine Perſon aus Reichs-Gräflichem oder Herrlichem Stande müſſe genommen werden, oder überhaupt eine gute adeliche Herkunft dazu genug ſeye, darüber hat man an. 1666. geſtritten a).

a) vid. Pfeffing. Lib. 4. tit. 6. §. 11.

§. IV.

Die fünfzig *Aſſeſſores* ſollen ebenfals von beyden Religionen genommen werden, nemlich 26. von der Catholiſchen und 24. von der Evangeliſchen Religion. Sie werden von dem Kayſer und denen Ständen auf folgende Weiſe beſtellet: Zur Anzahl der Catholiſchen präſentiret zwey der Kayſer als Kayſer, zwey ein jeglicher Catholiſcher Churfürſt, nemlich Maynz, Trier, Cölln und Bayern. Zwey der Oeſterreichiſche Creyß. Zwey der Burgundiſche, vier der Bayeriſche und zwey ein jeder aus der Catholiſchen und Proteſtantiſchen Religion vermiſchter Creyß, als der Fränckiſche, Schwäbiſche, Ober-Rheiniſche und Weſtphäliſche: Zur Anzahl der Evangeliſchen Aſſeſſoren präſentiren

nach

nach Anleitung des Weſtphäliſchen Friedens-Schluſſes, zwey ein jeder von denen damaligen drey Proteſtantiſchen Churfürſten, als Sachſen, Brandenburg und Pfalz; der Ober- und Nieder-Sächſiſche Creyß zuſammen neun, ein jeder vier nach der Ordnung, und der neunte Wechſels-Weiſe; die aus beyden Religionen vermiſchte und oben benante Creyſſe geben ein jeder zwey dazu her *). Es ſolte wohl die eine Helſte derſelben aus Adelichen und die andere aus Gelehrten beſtehen, es wird aber auf dieſe Gleichheit nicht ſo ſehr geſehen, als auf die Eigenſchaften die zu einem tüchtigen Richter erforderet werden.

Conf. Reichs-Staat P. IX. c. 4. §. 5. & Pfeffing. d. l. §. 15.

*) Der Nieder-Rheiniſche Creyß präſentiret keinen Aſſeſſorem, weil die darin gelegene vier Churfürſten bereits acht Perſonen benennen.

§. V.

Es fehlet ſo viel, daß die **Anzahl der Cammer-Gerichts-Beyſitzer** jemals voll geweſen, daß es vielmehr an. 1720. da man auf dem Reichs-Tage auf die Verbeſſerung des Cammer-Weſens ſehr eyfrig bedacht war, denen Ständen genug geſchienen, wann nur eine Helſte davon könte verſamlet werden, worunter die mit begriffen ſind, welche der König von Böhmen und der Churfürſt von Hannover nach dem jüngſten Reichs-Schluß zu präſentiren haben a); Gleichwie man auch bishero ſich begnüget, wann von jeder Religion ein Präſidente bey der Cammer ſich befunden. Und weil der geringe Gehalt und die ſchlechte Bezahlung dieſer Cammer-Gerichts-Perſonen an dieſem

übelen

übelen Zuſtand gröſten Theils Schuld geweſen: So haben auch darin die Stände mehr Eyffer bezeuget und denenſelben einen doppelten Gehalt bewilliget.

a) Ludolph. Hiſt. Suſtentat. Cameræ p. 142.
b) vid. Pfeffing. d. l. §. 17. p. 576.

§. VI.

Die Präſentation muß von denen, welche dazu ein Recht haben, geſchehen innerhalb sechs Monath nach der Zeit da ihnen der Abgang eines Cammer-Gerichts-*Aſſeſſoris* von dem Cammer-Richter verkündet, und dieſelben um Beſezung ſolcher Stelle erſuchet worden, widrigen Falls ſollen Cammer-Richter und Beyſizer einen aus deſſelben Standes oder Creyſes Bezirck anzunehmen Macht haben. Vormals muſten zwey oder mehr im Vorſchlag gebracht werden, aus welchen der Cammer-Richter und Beyſizer den geſchickteſten erwählen konten a). Nunmehro aber iſt das Collegium Camerale verbunden, wann ein Præſentatus qualificiret genug befunden wird, denſelben anzunehmen b).

a) Cammer-Gerichts-Ordnung tit. 4.
b) R. d. noviſſ. §. 27 Die von einem Cammer-Gerichts-Beyſizer erforderte Eigenſchafften / und wie bey derſelben Unterſuchung zu verfahren ſey / zeiget die Cammer-Gerichts-Ordnung tit. 3. add. Viſitat. Rec. zu Wezlar de an. 1713. §. 22.

§. VII.

Nebſt beſagten Principal-Perſonen der Reichs-Cammer ſind noch viel andere zu ſelbiger gehörige Perſonen / welche theils vom Kayſer ſelbſt, theils von dem Churfürſten in Maynz

Maynz als Reichs-Canzler, theils von dem Cammer-Gerichte eingeſezet werden.

Blumius in Proceſſu Cam. tit. II. & ſeqq.

§. VIII.

Die Gerichtsbarkeit der Reichs-Cammer erſtrecket ſich unmittelbarer Weiſe nicht allein über alle Perſonen ſo zum Cammer-Gerichte a), ſondern auch (doch ohne Prejudiz der erſten Inſtanz, oder der ſo genanten Austräge) über alle Reichs-Stände und über die Reichs-Ritterſchaft. Auf mittelbare Weiſe und durch den Weg der Appellation werden auch an das Cammer-Gerichte gebracht die Sachen der Unterthanen der Reichs-Stände; woferne ſie nicht durch die Privilegia de non appellando a) ihrer Landes-Herren davon ausgeſchloſſen werden, von denen einige z. E. die Churfürſten, die Crone Schweden und die Erz-Herzoge von Oeſterreich daſſelbe ohne Einſchränckung, andere aber mit Reſtriction auf eine gewiſſe Summa oder auf gewiſſe Sachen b) beſitzen.

a) vid. Blum. d. l. tit. 26.
b) vid. h. Lib. c. 5.

§. IX.

Ob nun wohl die Reichs-Cammer mit dem Kayſerlichen Reichs-Hof-Raht / von welchem wir in folgendem Capitel handeln werden, nach der Regel *concurrentem Juriſdictionem* a) hat, und es bey dem Kläger ſtehet, den Beklagten, wo er will, zu belangen, es wäre dann daß dem lezteren das Privilegium Electionis Fori b) zuſtünde: So ſind doch **Kayſerlicher Majeſtät alleiniger Jurisdiction einige Sachen ausgeſe-**

geſezet / welche dieſelbe durch dero Reichs⸗Hof⸗Raht *exerciren* c).

a) Wann demnach eine Sache an die Reichs⸗Cammer gebracht und dero Jurisdiction vermittelſt ausgegangener Ladung fundiret worden / ſo kan dieſelbe von Kayſerlicher Majeſtät von dar nicht abgerufen werden. I. P. O. art. V. §. 56. Capitulat. noviſſ. art. 16. u. f. Reichs⸗Hof⸗Rahts⸗Ordnung tit. 2. §. 7.

b) Kraſt dieſes Privilegii ſtehet es dem Beklagten frey innerhalb einer geſezten Zeit ſich zu erklären / vor welches von beyden Reichs⸗Gerichten er ſich einlaſſen wolle. Ein ſolches Privilegium hat die Cron Schweden wegen ſeiner Teutſchen Reichs⸗Länder / ingleichem die Herzoge von Braunſchweig⸗Lüneburg. Blum. d. l. tit. 46. §. 28.

c) vid. cap. ſequ. §. 9. 10.

§. X.

Wann eine Sache, worin **des Cammer⸗Gerichts** Jurisdiction fundiret iſt, vor demſelben ausgemachet, und darin ein **End⸗Urtheil** geſprochen worden, ſo **kan der** *ſuccumbi*rende **Theil weiter nicht appelliren / aber wohl um eine** *Reviſion* a) **anhalten.** Weil aber die jährlichen Cammer⸗Gerichts⸗Viſitationen ſeit 1582. nicht mehr im Gange ſind b), und dahero die Reviſores auſſerordentlich müſſen benennet und berufen werden, über dem auch das Remedium Reviſionis nicht mehr die Execution ſuſpendiret c), ſo bald der obſiegende Theil Caution geſtellet hat d), daß er ſeinen Gegner, im Fall das Reviſions⸗Urtheil vor denſelben ausfallen ſolte, ſchadlos halten wolle, ſo fället es ſchwer ſich deſſelben zu gebrauchen.

a) I. P. O. art. 5. §. 55. Worin dieſe Reviſion beſtehe / und wie ſie zu ſuchen und anzuſtellen ſey / be-

ſchreibet die Cammer-Gerichts-Ordnung P. III. tit. 53. add. Blum. d. l. tit. 79.

b) Struv. Synt. Jur. pub. cap. 24. § 77.

c) R. I. d. an. 1654. §. 124. Capitular. noviſſ. art 17. auſſer in Religions-Sachen d. l. und wo jemand durch die Execution einen unerſetzlichen Schaden zu beſürchten hätte Blum d. l. §. 22.

d) Blum. d. l. §. 19.

§. XI.

Von denen Cammer-Gerichts-Ausſprüchen kan zwar an den Reichs-Tag nicht appelliret werden, es iſt aber einem Reichs-Stande nicht verwehret auf demſelben ſowohl wider dieſes Gerichte, als wider den Reichs-Hof-Raht Hülffe zu ſuchen, wann er mit Hindanſetzung aller vorgeſchriebenen Ordnungen in ſeinen Rechten bedränget wird.

Siehe die über dieſe Materie ausgefertigte Deduction in der Grundfeſte Europäiſcher Potenzien Gerechtſame p. 228. ſeqq.

§. XII.

Vormals wurde **die Reichs-Cammer** jährlich unter Chur-Maynziſcher Direction *viſitiret*; Jezund aber geſchiehet ſolches **nur ſo oft es vor nöhtig gehalten wird.** Es wird dazu eine gleiche Anzahl der Stände von beyden Religionen aus allen drey Collegiis erwählet. Die leztere hat von an. 1706. bis. 1713. gewähret, da ſie durch einen Reichs-Viſitations-Abſchied beſchloſſen worden.

Struv. d. l. §. 78. Pfeffing. Lib. III. tit. 10. §. 12. Reichs-Staat P. 9. c. 4. §. 12.

§. XIII.

Die Art und Weiſe, wie bey dem Cammer-

mer-Gerichte zu *procediren* und die Juſtiz zu verwalten ſeye, iſt in der Cammer-Gerichts-Ordnung enthalten, welche vom Kayſer und von denen Ständen Reichs-täglich abgeredet und verglichen worden. Die erſte wurde gleich bey Anlegung dieſes Gerichtes an. 1495. abgefaſſet, nach der Hand iſt ſie in vielen Stücken verbeſſeret worden. Die lezte vom Kayſer und denen Ständen bewilligte Ordnung iſt vom Jahr 1555. Ob nun wohl Kayſer Rudolphus II. nach Anleitung des Reichs-Abſchieds von an. 1598. §. 69. begehret, daß von denen Herren Cameralibus eine neue Ordnung nach denen jüngeren Reichs-Abſchieden, nach denen gemeinen Beſcheiden des Cammer-Gerichtes nach deſſen Conſiliis entworffen, und dem Reiche zur Approbation übergeben würde, dieſelbe auch an. 1613. unter dem Namen eines Concepts der Kayſerlichen Cammer-Gerichts-Ordnung zum Vorſchein gekommen: So iſt doch des Reichs öffentliche Genehmhaltung darüber nicht erfolget. Indeſſen wird bey der Cammer auf dieſelbe ſehr geachtet.

Conf. Pfeffing. Lib. 4. tit. 6. §. 50.

§. XIV.

Die Geſeze, nach welchen die Herren *Camerales* **zu ſprechen haben**, ſind, auſſer der bishero obſervirten Reichs-Cammer-Gerichts-Ordnung, des Reichs gemeine Rechte, Abſchiede, ehrbare Ländiſche Ordnungen, Statuten ꝛc. die für ſie gebracht werden.

Cammer-Gerichts-Ordnung P. I. tit. 13. §. 1.

III. Capitel.

Von dem Kayſerlichen Reichs-Hof-Raht.

§. I.

Was maſen vormals an dem Königlichen und Kayſerlichen Hofe der Pfalz-Graf das Ober-Richterliche Amt in des Kayſers Namen geführet, ſolches Gerichte aber zugleich mit der Authorität der Kayſer verfallen, und deswegen an die Formirung des Cammer-Gerichts gedacht worden: ſolches iſt in dem vorhergehenden erſten Capitel erzehlet worden.

§. II.

Die Kayſer thaten ihr äuſſerſtes die Aufrichtung dieſes neuen Gerichtes abzuwenden und bemüheten ſich hingegen ihr verfallenes Hof-Gerichte in einen beſſeren Stand zu ſezen und deſſen Authorität dadurch zu erneueren a), weil aber die Stände dazu keine groſſe Luſt bezeugeten und vielmehr auf die Anlegung der Reichs-Cammer beſtunden, muſte endlich Kayſer Maximilianus I. nachgeben, und ſich damit begnügen, daß einige Sachen der Kayſerlichen Jurisdiction allein überlaſſen wurden b).

a) Conf. Datt. de pace publica Lib. IV. cap. I. n. 58. ſequ. Struv. d. l.

b) Struv. d. l. §. 58. R. O. de an. 1521. §. 7. C. G. O. P. II. tit. 7.

§. III.

Es fand aber dieſer Kayſer bald Gelegenheit ſich des Schadens, ſo er von dem Cammer-Gerich-

Gerichte zu befürchten hatte, zu erholen, indeme er von der Nachläſigkeit der Reichs-Stände bey der Beſezung und Unterhaltung der Reichs-Cammer, wodurch deſſen würckliche Gerichtsbarkeit oft ins Stecken gerieht, erwünſchte **Gelegenheit** nahm, ſein **Hof-Gerichte** wiederum **in Gang zu bringen.** Und damit es das Anſehen eines vom Reiche beſtelleten Gerichtes haben möchte: So brachte er es bey denen Ständen dahin, daß ſie ſich gefallen lieſſen dazu ihrer Seits acht Rähte zu benennen, nicht zweiflende ſie würden ſich dieſes Rechts mit gleicher Schläfrigkeit als bey der Beſezung der Reichs-Cammer bedienen, indeſſen aber ſein neues Hof-Gerichte ein groſſes Anſehen gewinnen, und deſſen Beſtellung endlich nach wie vor in ſeinen Händen bleiben.

a) vid. Reichs-Abſchied zu Cölln de an. 1512. Struv. d. l. §. 54.

§. IV.

Es hat auch dieſes erneuerte Kayſerliche Hof-Gerichte bald viel Zulauf und Anſehen dadurch bekommen, weil 1) die Kayſer demſelben viel Freyheit zur Verkürzung der Proceſſe eingeräumet, und 2) vor die Vollſtreckung der Urtheile, ſo an ihrem Hofe ausgeſprochen worden, mit beſonderem Eyfer geſorget. Zum wenigſten iſt dieſes ausgemachet, daß **der Reichs-Hof-Raht**, wie er gegenwärtig am gebräuchlichſten genant wird, in kurzer Zeit *concurrentem Juriſdictionem* **mit der Reichs-Cammer bekommen**, und daß die Klagen der Stände über die Hof-Proceſſe, und ihre Bemühung, dem Reichs-Hof-Raht engere

Schrancken zu ſezen a), zu ſpäth und vergeblich geweſen.

a) vid. Struv. Jur. Pub. prud. cap. 24. §. 41.

§. V.

Ob nun wohl der Kayſerliche **Reichs-Hof-Raht** um deswillen vor ein Reichs-Gerichte zu halten a), weil die Richter mit welchen er beſezet iſt, auf die Beobachtung der Reichs-Geſeze beeydiget werden, auch in Anſehung deſſelben in dem Weſtphäliſchen Frieden und in denen Capitulationen verſchiedene Dinge verordnet ſind a): So wird er doch mit Recht als **ein beſonderes Kayſerliches Gerichte** angeſehen, weil Jhro Kayſerliche Majeſtät denſelben allein beſezen und auf ihre Koſten unterhalten a).

a) I. P. O. art. V. §. 20.
Capitulat. noviſſ. art. 24. ſequ.

§. VI.

Der Kayſer iſt zwar als der oberſte Richter im Reichs-Hof-Raht anzuſehen; Es vertritt aber ſeine Stelle ein **Reichs-Hof-Rahts-Präſidente** als deſſen nachgeſetztes Haupt. Dieſer hat wiederum ſeinen **Vice-Präſidenten** / und wenn beyde abweſend ſind, ſo hat **der älteſte Reichs-Hof-Raht** / vom Herrn-Stand anfahend, **die Direction.**

R. H. O. tit. I.

§. VII.

Die **Anzahl der** Beyſizer dieſes Gerichts, welche **Reichs-Hof-Rähte** genant werden, und gleich nach denen Kayſerlichen geheimen Rähten **ihren Rang** haben, iſt in der Reichs-Hof-Rahts-

Rahts-Ordnung Ferdinandi III. tit. 1. auf 17. Perſonen reſtringiret, ſo halb Standes-Perſonen, und halb Rechts-Gelehrte a) ſeyn ſollen. Vormals wurden keine andere als Catholiſche dazu genommen, nachdeme aber auf dem Weſtphäliſchen Friedens-Congreß die Evangeliſchen ſich beſchwereten, daß ſie aus Widerwärtigkeit gegen ihre Religion in denen Urtheilen oft graviret würden, ſo wurde in dem Oßnabrückiſchen Friedens-Inſtrument art. V. §. 53 abgeredet, daß der Kayſer aus denen der Augſpurgiſchen Confeßion allein zugethanen, oder aus denen vermiſchten Creyſſen; ſo viel Proteſtantiſche Rähte b) in den Reichs-Hof-Raht aufnehmen ſolle, daß bedürffenden Falls eine **Gleichheit der Catholiſchen und Proteſtantiſchen Urtheiler** könte beobachtet werden.

a) Jene ſizen zur Rechten auf der Ritter-Banck diese zur Lincken auf der Gelehrten-Banck ſie werden einer um den anderen von beyden Bäncken befraget. In Sachen die Juſtiz betreffend wird bey der Gelehrten- in Staats-Sachen aber bey der Ritter-Banck der Anfang zur Umfrage gemachet.

b) Weil die Reformirten unter die Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten kraft beſagten Friedens-Schluſſes mit begriffen werden; So haben Jhro Kayſerliche Majeſtät Leopoldus der Groſſe / kraft ſeines beſonderen Vergleichs mit dem Churfürſten von Brandenburg / den Freyherrn Friederich Carl von Danckelmann in den Reichs-Hof-Raht aufgenommen.

§. VIII.

Ob nun wohl zu einiger Erfüllung dieſer Abrede der Kayſer Ferdinandus III. in der R. H. O. de an. 1654. verſprochen den Reichs-Hof-

Raht mit ſechs Evangeliſchen Rähten zu beſezen, auch über dem ausgemachten Rechtens iſt a), daß wann dieſe alle einer Meinung und die Catholiſche Rähte alle einer anderen zugethan ſind, ſolches als eine **Parität der Stimmen** müſſe angeſehen werden: So halten doch die Evangeliſchen Stände ſolches Mittel zu ihrem abgezielten Endzweck noch nicht zulänglich b), weil die Catholiſchen gar leichte verhinderen können, daß es nicht zu einer ſolchen Trennung komme. Wie dann kein Exempel vorhanden iſt, daß um ſolcher Trennung willen eine Sache nach Inhalt des beſagten Friedens an den Reichs-Tag zur Schlieſung überwieſen worden.

a) I. P. O. art. V. §. 53.

b) Siehe Vorſtellung an Seine Kayſerliche Majeſtät vom Corpore Evangelico an. 1668. abgelaſſen in Meditat. ad I. P. Spec. II. mantiſſ. 2. p. 86.

§. IX.

Es hat der **Reichs-Hof-Raht** nunmehro nicht allein Concurrentem Juriſdictionem mit der Reichs-Cammer, ſondern es müſſen auch **vor denſelben allein gebracht werden alle Sachen/ welche die Kayſerlichen** *Reſervata* a), **ingleichem die Italiäniſchen Stände betreffen**/ den Herzog von Savoyen ausgenommen, welcher auch vor der Reichs-Cammer kan belanget werden b).

a) R. H. O. Tit. 2. §. 1.

b) Struv. Synt. Jur. pub. cap. 24. §. 56.

§. X.

Einige ſchreiben auch des Reichs-Hof-Rahts alleiniger Erkäntnüs zu **die Zoll-Sa-**

chen.

chen. Ob nun wohl die Leopoldiniſche Capitulation art. 24. dieſelben der Erkäntnuß der Reichs-Cammer entziehet, ſo haben doch die Fürſten in ihren darüber gemacheten Monitis ſolches geſtritten. Nachdeme nun dieſer Punct ſowohl in dem Entwurf der beſtändigen Wahl-Capitulation als in der neueren Carolingiſchen ausgelaſſen worden, über deme die Zölle nicht mehr als Kayſerliche Privilegien anzuſehen ſind, ſondern vielmehr als Rechte der höchſten Gewalt, welche die Stände des Reichs mit gewiſſer Masgebung zu gebrauchen haben a), ſo würde wohl nunmehro der Reichs-Cammer die Erkantnuß auch in Zoll-Sachen gebühren.

a) vid. Supr. Lib. IV. cap. 3. §. 7. Conf. Struv. d. l.

§. XI.

Daß Kayſerliche Majeſtät allein Richter ſind a), in **Sachen ſo Fürſtenthümer / Herzogthümer / Grafſchaften ꝛc. belangen /** „ ſo vom Reiche zu Lehen rühren, und einem Theil „ endlich und gänzlich abgeſprochen werden ſollen, „ iſt eine ausgemachte Sache; **ob aber dieſelben vor dem Reichs-Hof-Raht abzuhandlen** ſind, **oder der Kayſer** noch **verbunden** ſey, **mit Zuziehung einiger Reichs-Fürſten darüber** nach alter Gewonheit b) **zu erkennen/** iſt eine beſondere Frage. Dann obwohl nicht zu leugnen ſtehet, daß ſeit Maximiliani I. Regierung ſolche Sachen meiſtentheils vor dem Reichs-Hof-Raht tractiret worden c), ſo kan doch daraus kein Reichs-Herkommen gemachet werden, weil es ohne Widerſpruch einer Parthey und allein nach

derſelben freyen Willen geſchehen, welcher anderen an ihren Rechten und an ihren Exceptionen wider dieſes Gerichte nichts benehmen kan d), noch weniger kan man aus dem, was wegen der Jülchiſchen Succeſſions-Sache im Weſtphäliſchen Frieden e) beſonders verordnet worden, eine general Regel machen.

a) C. G. O. II Th. 7. tit.
b) Struv. d. l. §. 22. & Pfeffing. Lib. III. tit. 2. p. 341.
c) Struv. d. l. §. 23.
d) vid. Ludovici Einleitung zum Lehens-Proceß cap. 1. §. 46. Thomaſ. in not. ad Monzamb. cap. 5. §. 15.
e) I. P. O. art. 4. §. 57.

§. XII.

Es geben auch die Cameraliſten vor, daß **wann nur über einen Theil eines Lehens geſtritten** würde/ die Gerichtsbarkeit der Reichs-Cammer darin fundiret wäre. Nun ſcheinen zwar die oben angezogene Worte der Cammer Gerichts-Ordnung, welche der gänzlichen Abſprechung eines Lehens gedencken, nicht von dem ganzen Lehen, ſondern von dem gänzlichen Verluſt des Lehens zu reden a); weil aber dem Reichs-Hof-Raht nicht gebüret die dunckelen Stellen der Reichs-Geſezen mit Authorität auszulegen: So haben die Stände in der Sache der Gräfin von Pöttingen wider den Burggrafen von Kirchberg, über den dritten Theil der Grafſchaft Hochburg, als dieſelbe bey der Reichs-Cammer anhängig gemachet, aber von dem Reichs-Hof-Raht avociret worden, die hierüber auf den Reichs-Tag gebrachte Beſchwerden angenommen, und den Kayſer erſuchet, die vom Reichs-Hof-Raht demandirte Execution bis zu der

der von Kayſerlicher Majeſtät und dem Reiche auf "
erſtattendes Gutachten der zu Wezlar anweſenden "
Viſitations-Deputation erfolgender Interpretation "
der C. G. O. P. II. tit. 7. zu ſiſtiren b).

a) Ludovici d. l. §. 31.

b) Fabri Staats-Canzley Tom. 15. cap. 6. add. Struv. d. l. §. 24.

§. XIII.

Sonſten ſtehet zwar ſeiner Kayſerlichen Majeſtät frey a), **in wichtigen Juſtiz-Sachen** das vom Reichs-Hof Raht abgefaſſete Votum und Gutachten ſich vortragen zu laſſen, und darüber in Gegenwart des Reichs-Hof-Rahts-Præſidenten, und des Reichs-Vize-Canzlers, auch mit Zuziehung der Re- und Correferenten und anderer Reichs-Hof-Rähte beyder Religionen zu berahtſchlagen. Weil aber dabey nicht der beſondere Nuzen des Kayſerlichen Hofes, ſondern des ganzen Reichs Wohlſart zu überlegen iſt, ſo **muß der Kayſerliche geheime Raht dem Reichs-Hof-Raht keinen Abbruch thun** b), und bey gedachten Fällen vielmehr mit Chur- und Fürſten des Reichs die Sache in Raht geſtellet werden c).

a) Capitulat. noviſſ. art. 6. §. wo auch im Reichs-Hof-Raht.

b) d. l. & art. 16. §. auch wollen wir nicht geſtatten.

c) I. P. O. art. 8. §. 54. & d. Capitulat. art. 3. & 11.

§. XIV.

Die **Cammer-Gerichts-Ordnung** dienet denen **Reichs-Hof-Rähten** nur ſo weit **zur Regel**/ als dieſelbe der beſonderen vom Kayſer Ferdinando III. an. 1654. publicirten Reichs-Hof-Rahts-Ordnung nicht entgegen iſt. Denn unge-

ungeachtet dieſelbe von denen Ständen noch nicht ausdrücklich approbiret worden: So verſpricht doch der Kayſer in der Capitulation a), daß er darüber wolle feſt halten, und die darwider vorgegangenen Contraventiones unterſuchen laſſen.

a) art. 16.

§. XV.

Nun haben zwar Ihro Kayſerliche Majeſtät auf der Stände lezteres Anhalten einige bey dem **Reichs-Hof-Raht** eingeriſſene **Gebrechen** durch dero löbliche Verordnung zu heilen ſich bemühet a), es werden aber die gröbſten und vor die Evangeliſchen Stände inſonderheit beſchwerlichſten nicht ehe gehoben werden, bis man eine genaue *Viſitation* **dieſes Gerichtes** unternommen.

a) Pfeffing. Lib. 4. tit. 7. p. 652.

§. XVI.

Dieſelbe ſolte vom Churfürſten von Mayntz alle drey Jahr vorgenommen werden. Weil aber derſelbe dabey zu beobachten ſchuldig iſt, was die Stände vor gut befinden werden a), und deswegen ſich mit ihnen auf Reichsübliche Weiſe vergleichen muß, ſo hat der Churfürſt von Mayntz ſein Vorhaben dieſe Viſitation an. 1664. allein vorzunehmen nicht können ausführen. Es iſt auch nicht zu vermuhten, daß dieſes heilſame Werck ſo leicht werde können unternommen werden, weil die Mißbräuche des Reichs-Hof-Rahts inſonderheit die Evangeliſchen drücken, und die Catholiſchen lieber ſelbſt etwas leiden, als denen Evangeliſchen groſſen Nutzen ſchaffen wollen.

a) I. P. O. art. V. §. 55. & Capitulat. art. 24 Conf. Meditat. ad I. P. Specim. 5. Mantiſſ. 2. & Pfeffing. Lib. 3. tit. 10. §. 12.

§. XVII.

§. XVII.

Von dem Reichs-Hof-Raht kan ſo wenig als von der Reichs-Cammer an ein höheres Gerichte appelliret werden. An ſtatt aber daß bey dem lezteren um eine Reviſion der Acten angehalten wird; Alſo **kan man** bey dem erſteren, wenn man durch eine Sentenz graviret zu ſeyn meinet, **das** *Remedium Supplicationis ad Cæſarem* **ergreiffen** / und Ihro Kayſerliche Majeſtät anflehen, daß die Acta einigen Hof-Rähten aus beyderley Religionen mögen übergeben werden, die an Abfaſſung der erſten Sentenz keinen Antheil gehabt, oder wenigſtens weder Referenten noch Correferenten darin geweſen, I. P. O. art. V. §. 55. da dann dieſe ſtracks anfänglich, und nicht erſt wann der Proceſſus Reviſionis geſchloſſen iſt, aus dem Raht abtretten ſollen a).

a) vid. die von Kayſerlicher Majeſtät an. 1713 herausgegebene Verbeſſerung des Reichs-Hof-Rahts §. 9. ap. Pfeffing. d. l. p. 652.

§. XVIII.

Gleichwie nun der *Effectus Suſpenſivus* der Reviſion bey der Reichs-Cammer aufgehoben worden: Alſo ſolte auch ein gleiches ſtatt haben in Anſehung des *Remedii Supplicationis*, weil es an ſtatt der Reviſion bey dem Reichs-Hof-Raht eingeführet worden a), und dieſer nach der Cammer-Gerichts-Ordnung zu richten gleichfals verbunden iſt, h. §. 13. Es wird zwar in der neueren Capitulation von dieſem Puncte etwas dunckel und zweifelhaft geſprochen, doch iſt die gemeineſte Meinung, daß es mit dieſem Remedio eben ſo wie mit der Reviſion gehalten werde b).

a) I. P. O. art. V. §. 55. Ne partes ibidem (verſtehe im Reichs-Hof-Raht) litigantes omni remedio ſuſpenſivo deſtituantur, loco Reviſionis in Camera uſitatæ licitum eſto &c.

b) Uffenbach de Judicio Aulico cap. 23. p. 269. Meditat. ad I. P. art. IV. §. 49. p. 115. & Pfeffing. d. l. p. 660.

§. XIX.

Der Reichs-Hof-Raht hat nicht ſeinen beſtändigen Siz an einem gewiſſen Orte, ſondern er muß dem Kayſerlichen Hof-Lager folgen. Dahero in denen von dieſem Gerichte ausgehenden Citationen die Parthehen geladen werden: **An unſerem Kayſerlichen Hof / was Enden derſelbe alsdann ſeye.** Daß es aber vor keine unvermeidliche Nohtwendigkeit müſſe angeſehen werden, daß der Reichs-Hof-Raht dem Kayſer jedes mahl folge, erhellet aus verſchiedenen Exempeln, da der Kayſer denſelben zurück gelaſſen.

vid Staats-Canzley p. 868. & Pfeffing. d. l. §. 27. p. 645.

IV. Capitel.

Von der erſten Inſtanz der Stände und von der Vollſtreckung der bey denen höchſten Reichs-Gerichten ergangenen Urtheile.

§. I.

Wir haben oben gedacht, daß vor Einführung des Cammer-Gerichts die Stände des Reichs gewohnt geweſen durch Auſ-

Austräge oder Schieds-Richter ihre Spåne abzuthun. Dieſe Freyheit iſt ihnen durch die Anlegung der Reichs-Cammer nicht benommen, ſondern vielmehr darin verſehen worden, auf was Weiſe **das Austräge-Gerichte als die erſte Inſtanz** a) **der Stände** b) zu beſtellen ſeye. Es kan auch der Reichs-Hof-Raht ihnen hierin keinen Abbruch thun. Denen Reichs-Stådten kommet dieſe erſte Inſtanz nach der Regel nicht zu. Es haben es aber die meiſten durch Privilegia und andere Weiſe an ſich gebracht.

Pfeffing. d. l. p. 527. ſeqq.

a) vid. Pfeffing. Lib. 4. tit. 5. §. 2.

b) I. P. O. art. 5. §. 20.

§. II.

Man theilet alſo die **Austräge** nunmehro ein in **gewillkührte und** in geſezliche; Jene werden auch **Stamm-Austräge** genennet, wenn gewiſſe Håuſer und Familien kraft deswegen aufgerichteter Tractaten zu Richtern in ſolcher erſten Inſtanz geſezet ſind a). Die gewillkührten werden denen geſezlichen natürlich vorgezogen b).

a) Exempla vid. ap. Pfeffing. d. l. §. 3. p. 505. ſeqq.

b) ibid. p. 504.

§. III.

Von denen **Geſezlichen Austrägen**, welche nemlich in der Cammer-Gerichts-Ordnung beſtimmet ſind, **finden ſich neun verſchiedene Arten** a), unter welchen die zwey folgenden die gebråuchlichſte ſind. Die erſte beſtehet darin, daß der Beklagte einige Fürſten vorſchlage, aus welchen der Klåger einen zum Richter erwähle; die zweyte Art iſt dieſe, daß die klagende Parth y einen

einen unpartheyiſchen Commiſſarie von der Kayſerlichen Majeſtät erlange, vor welchem die Sache gehandelt werde.

a) Siehe Cammer-Gerichts-Ordnung P. II. tit. 2.

§. IV.

Wenn nun **in einer ſtreitigen Sache Commiſſarien** von Kayſerlicher Majeſtät benennet werden: So müſſen dazu, wenn beyde Partheyen Evangeliſcher Religion ſind, allein Evangeliſche, und wenn ſie beyde Catholiſcher Religion ſind allein Catholiſche genommen werden. Wird aber zwiſchen einem Catholiſchen und Evangeliſchen geſtritten, ſo müſſen die Commiſſarien von beyden Religionen in gleicher Anzahl ſeyn a). Es erfordert auch die Abſicht dieſer Verordnung, daß man in dem lezteren Fall einem mächtigen Catholiſchen Stande nicht einen ſchwachen Evangeliſchen Stand zugeſelle b).

a) I. P. O. art. 5. §. 51.
b) Meditat. ad I. P. ad d. art. p. 750.

§. V.

Weil **bey** denen **geſezlichen Austrägen** ſich **viele delicate Umſtände** befinden, und von denenſelben an die höhere Gerichte kan appelliret werden, ſo ſcheinen dieſelbe von keinem groſſen Nuzen zu ſeyn, ob man gleich zur Verzögerung eines Proceſſes ſich bisweilen auf dieſelben per modum Exceptionis pfleget zu beruffen. Es wird über dem geſtritten, wer den Ausſpruch der Austräge exequiren ſolle.

§. VI.

Die **gewillkührten** eigentlich ſo genanten

Aus-

Austräge; ſo nemlich von denen ſtreitenden Partheyen mit gemeinſamer Genehmhaltung erwählet werden, ſind wohl **am gebräuchlichſten / weil** ſie die Natur einer Schieds-Richterlichen Schlichtung an ſich haben, welche Art die Streitigkeiten beyzulegen mit der heutigen Beſchaffenheit der Reichs-Stände am beſten übereinkommet a). Es wird aber hiebey wiederum gefraget, **ob von dieſen Austrägen an die hohe Reichs-Gerichte könne appelliret werden** b)?

a) Dahero auch viele Exempel von ſolchen Compromiſſional-Gerichten vorhanden ſind. vid. Struv. Synt. Jur. Pub. cap. 24.

b) Es affirmiret ſolches Rhet. Inſt. Jur. pub. Lib. 4. tit. 2. §. 32. Vitriarius hingegen Lib. 4. tit. 5. §. 14. und Titius d. l. Lib. 7. cap. 3. §. 32. ſind anderer Meinung.

§. VII.

Die *Execution* **der Urtheile /** ſo bey denen höchſten Gerichten ausgeſprochen werden, muß durch den Obriſten des Creyſſes geſchehen, in welchem der durch ein Urtheil condemnirte Stand gelegen a); Denn obgleich Seiner Kayſerlichen Majeſtät inſonderheit oblieget vor die Vollziehung ſolcher Ausſprüche zu ſorgen, dieſelbe auch in Dero Namen geſchiehet: ſo ſtehet doch Deroſelben nicht frey, den Obriſten des Creyſſes ohne Noht vorbey zu gehen, und die Execution einem anderen aufzutragen, oder ſelbſt zu übernehmen b): Sie können aber wohl nach Gutbefinden einige andere Creyſſe demſelben an die Seite ſezen.

a) Erklärung des Land-Friedens zu Nürenberg an. 1522. tit. 14. Cammer-Gerichts-Ordnung. P. III. tit. 48. §. 8. & 49. §. 1. R. I. noviſſ. §. 160. 178. 179. I. P. O. art. 17. §. 7. Capit. art. 2.

b) Als an. 1697. der Kayſerliche Commiſſarius Graf von Eck ein Kayſerliches Reichs-Hof-Rahts Urtheil exequiren und mit Vorbeygehung des Nieder-Sächſiſchen Directorii den Herzog von Schwerin zu Güſtrow einſezen wolte / wurde derſelbe mit Gewalt deſſediret und über obige Frage von beyden Theilen heftig geſtritten und geſchrieben. vid. Struv. Synt. Jur. pub. c. 5. § 22. p. 178. wo auch der Donauwerthiſchen Sache gedacht wird. add. Reichs-Staat P. I. cap. 3. §. 23. & 24.

V. Capitel.

Von Sachen in welchen die Reichs-Stände der höchſten Reichs-Gerichte Authorität nicht erkennen.

§. I.

Daß ein Stand des Reichs der wider ſeine Treue und Pflicht handelt, womit er dem Kayſer und dem Reiche zugethan und verbunden iſt, durch **die Reichs-Acht** aller Staats-Burger-Rechte auch aller Ehren und Würden im Reiche könne beraubet, und ſein Leib, daferne er nicht geiſtlichen Standes iſt a), jederman erlaubet werden, iſt eine ausgemachte Sache und noch leztens an dem Exempel der Churfürſten von Cölln und Bayern zu erſehen geweſen. Wir haben aber auch bereits erinneret, daß ſolche Reichs-Acht **nicht der alleinigen Erkäntnüß und dem** Aus-

Ausſpruch der höchſten Reichs-Gerichte überlaſſen ſeye, ſondern nach reifer Unterſuchung auf dem Reichs-Tage beſchloſſen werde b); ja daß es allemal der Gebrauch geweſen, daß der Kayſer über ſolche Verbrechen der Stände, welche des Reichs Ruhe gerades Weges ſtöhren, und der Stände Leib und Ehre betreffen, auf öffentlicher Reichs-Verſammlung oder wenigſtens mit Rahe und Beyfall der vornehmſten Fürſten Gerichte gehalten c).

a) Weil derſelbe perſönlich unter des Pabſtes Juriſdiction ſtehet.

b) v. Lib. 4. c. 2. §. 13.

c) v. Lib. 6. cap. 1. §. 6. Struv. d. l. cap. 24. §. 6. & 7.

§. 11.

Da nun eine ſo groſſe Behutſamkeit beobachtet worden, daß ſelbſt in ſolchen Fällen, da ein Stand des Reichs ſich wider das Reich verrähteriſch aufführet, derſelbe nicht möge in der Beurtheilung übereylet werden, und ein Kayſer nicht mehr, wie ehemals, Gewalt für Recht gebrauchen: da ferner dieſe Beurtheilung eines Reichs-Standes nicht aus einer Herrſchaft über denſelben flieſſet / ſondern als eine Krieges-Declaration wider einen untreuen Bundes-Genoſſen eines vereinigten Staats anzuſehen iſt, und man wider ihn als einen Reichs-Feind zu Felde ziehen muß a): ſo erhellet daraus genugſam, **daß ein Reichs-Stand** nicht als ein Unterthan zu betrachten ſeye, und daß er **in ſolchen Verbrechen / welche nicht wider ſeine Bundes-Pflicht lauffen / keinen eigentlichen Richter habe** b).

 a) Conf.

a) Conf. Furſtenerius de Supremaru c. 29.

b) Diejenigen/ſo das Gegentheil behaupten / können ſich über die Frage / wer hierin des Competenten Richter ſeye/nicht vereinigen.

§. III.

Weil aber **die höchſte Gewalt keinem Regenten das Recht einräumet mit ſeinen Unterthanen tyranniſch zu handlen**/ und dieſelben nach der natürlichen Gerechtigkeit befuget ſind, wider eine ungerechte Gewalt ſich mit Gegen-Gewalt zu beſchüzen, ferner Ihro Kayſerliche Majeſtät auch die Unterthanen der Reichs-Stände als Glieder des Reichs anzuſehen/ und deswegen zu beſchüzen haben a): So hat man ſich nicht zu verwunderen, wenn dieſelben in Fällen, da ſie wider einen ſolchen Tyrannen zur Hülffe angeruffen werden, **des Reichs Schuz denen Bedrängten angedeyhen** laſſen, und ſolcher Ungerechtigkeit zu ſteuren **alle benöhtigte Mittel gebrauchen.**

a) vid. Supr. Lib. IV. cap. I. §. 7.

§. IV.

An ſtatt aber daß es dem Kayſer und dem Reiche nicht ſowohl freyſtehet ein peinliches Hals-Gerichte über einen Reichs-Stand anzuſtellen, als denſelben vor einen Reichs-Feind zu erklären, und ſeines Staats-Burger-Rechtes zu berauben: Alſo lauft es nach der gegenwärtigen Bewantſchaft der Landes-herrlichen Gewalt mehr wider die Höflichkeit und die allgemeine Ehre der Potentaten, als

als wider die Regeln der Gerechtigkeit a), **wann ein Reichs-Stand über einen anderen wegen eines in ſeinem Lande begangenen Verbrechens Gerichte halten und denſelben mit einer Strafe belegen will** b).

a) vid Supr. Lib. I.

b) Siehe was in der Ranzauiſchen Sache über dieſe Frage zwiſchen dem Kayſerlichen und Preußiſchen Hof vorgefallen. Fabri Staats-Canzley Tom. 28. p. 389. ſeqq. Pfeffing. Lib. III. c. 2. p. 314. 317. & 318.

§. V.

Dieſes kan wohl einem **Reichs-Stande** am wenigſten geſtritten werden, **daß er nicht über ſeine Gemahlin, Kinder und Gebrüder der Richter ſeye, wenn ſie etwas in ſeinem Lande verbrechen** a). Wäre er aber dadurch perſönlich beleidiget worden, ſo würde er um ſo viel mehr zu ſorgen haben, daß das Gerichte unpartheyiſch geheget werde. Ihro Kayſerliche Majeſtät können ſich des Beklagten ſo weit annehmen, als ſie verſicheret ſind, daß wider ihn ungerecht und hart verfahren werde, inſonderheit wenn derſelbe Dero Hülffe hierin begehret.

a) Siehe viele Exempel hiervon in not. Pfeffing. ad Vitriar. d. l. p. 317. ſeqq. add. ibid. p. 1152. Eines der merckwürdigſten iſt, daß der Pfalz-Graf von Veldenz Guſtav Philipp ſeinen Sohn Leopold Ludwig an. 1679. zum Tode verdammen und hinrichten laſſen.

§. VI.

Die Ehe-Sachen der Reichs-Stände, wenn nemlich dabey Gewiſſens-Fragen vorkommen,

men, zum Exempel, ob dieſelbe zuläßig ſeye, ob ſie wieder könne aufgelöſet werden ꝛc. gehören weder vor die Reichs-Cammer, noch vor den Reichs-Hof Raht. Und weil die Catholiſchen dem geiſtlichen Gerichte die Erkäntnüß hierin eingeräumet, die Evangeliſchen aber von dieſer geiſtlichen Gerichtsbarkeit frey erkläret worden a), ſo iſt kein Zweifel, daß dieſelben in Ehe-Sachen über beſagte Puncte keinen Richter erkennen.

a) I. P. O. art. 5. §. 48.

§. VII.

Es hat ſich zwar der Babſt zuweilen herausgenommen die Ehe eines Catholiſchen Fürſten mit einer Evangeliſchen Gemahlin auf Verlangen der erſten Parthey zu trennen a), und der Kayſerliche Hof bisweilen ſeine Confirmation hierüber ertheilet b); Es haben aber die Evangeliſche Stände darwider groſſe Klagen geführet, und nicht nur des Babſtes Eingriffe beſtraffet, ſondern auch wider die erſchlichene Kayſerliche Confirmation proteſtiret c).

a) Zum Exempel kan hierin dienen die vom Pabſte Alexandro VI geſchehene Eheſcheidung Herzog Chriſtian Ludwigs von Mecklenburg und ſeiner Gemahlin wegen zu naher Bluts-Verwandſchaft. Pfeffing. d. l. p. 292

b) Siehe hievon das Kayſerliche Diploma in beſagter Sache d. l. p. 293.

c) Siehe die Proteſtation gedachter Herzogin d. l. p. 299.

§. VIII.

Wann demnach in beſagten Puncten ein Streit zwiſchen einem Proteſtirenden Reichs-

Stand

Stand und ſeiner Gemahlin entſtehet: So kan von demſelben nicht mehr geforderet werden, als daß er ſich ſeines Gewiſſens wegen durch unpartheyiſche der geiſtlichen und weltlichen Rechte wohlerfahrne Perſonen belehren laſſe, und derſelben Raht und Ausſpruch hierin folge a). Aus politiſchen Urſachen würde auch nöhtig ſeyn die Kayſerliche Genehmhaltung hierüber zu ſuchen b), inſonderheit wann der geſchiedene Reichs-Stand ſich wieder verheyrahten wolte, damit ſeiner aus der neuen Ehe erzeugten Kinder Nachfolge-Recht nicht möge angefochten werden.

a) Es finden ſich hievon verſchiedene Exempel in dem Sächſiſchen, Lüneburgiſchen und Mecklenburgiſchen Hauſe. vid. Struv. Synt. Jur. pub. c. 24. §. 13. 14

b) Ein Exempel hievon ſiehe an dem gedachten Herzog von Mecklenburg beym Pfeffing. d. l. p. 293.

VII. Buch

VIItes Buch.

Von denen Kayſerlichen und Churfürſtlichen Vorrechten.

I. Capitel.

Von denen Rechten ſo dem Kayſer allein zukommen in Anſehung des ganzen Reichs und der Stände deſſelben.

§. I.

Nachdeme ich meine Meinung, daß das Heilige Römiſche Reich Teutſcher Nation als ein Cörper vieler vereinigter freyer Staaten zu betrachten ſey, daraus zulänglich erwieſen, daß eines theils denen Reichs-Ständen in ihren Länderen die höchſte Gewalt in allen Stücken zuſtehet, anderen theils in Sachen, ſo das ganze Reich angehen, ohne derſelben Raht und Beyſtimmung nichts beſchloſſen wird: ſo bleibet nunmehro nichts mehr übrig, als daß ich zeige, wie beſagte ihre Gewalt und Hoheit gar wohl mit denen Kayſerlichen Vorrechten beſtehen können, und daß dieſe theils auf die Erhaltung des ganzen Cörpers und auf deſſen äuſerlichen Glanz gerichtet,

richtet, theils ſo beſchaffen ſind, daß der Kayſer in der Ausübung derſelben das ganze Reich vorſtelle a). Damit aber unſere Betrachtungen der Kayſerlichen Vorrechte mit einiger Ordnung geſchehen mögen, ſo wollen wir erſtlich diejenigen betrachten, welche in der Haupt-Regierung des ganzen Reichs ihm zukommen, zweytens diejenigen, ſo er über der Reichs-Stände Perſon ausübet, und drittens diejenigen, ſo ihm in Anſehung der Länder und der Unterthanen der Reichs-Stände gebüren.

a) Die Urſachen / warum man gewiſſe aus der höchſten Gewalt im Reiche herflieſſende Rechte dem Kayſer allein überlaſſen / ſind geweſen 1) weil dem ganzen Reiche daran wenig gelegen war / und es der Mühe nicht belohnete / die Stände um deswillen zu beruffen. 2) Weil bey derſelben Ausübung nichts zu bedencken war. Zum Exempel, bey der Erneuerung der Inveſtitur / Confirmation eines Teſtaments ꝛc. Coccej. J. P. pr. c. 24. §. 3.

§. II.

Was die Kayſerlichen Vorrechte in der Haupt-Regierung des Reichs betrift: ſo habe ſchon erwehnet, daß dem Kayſer beſonders anvertrauet ſeye und obliege vor die Obſervantz der Reichs-Grund-Geſeze, vor die Verwaltung der Juſtiz, und vor des Reichs Ruhe-Stand zu ſorgen; daß alles, was auf dem Reichs-Tage in denen drey Collegiis beſchloſſen wird, ſeiner Approbation bedürffe und in Form eines eigentlichen Geſezes unter ſeinem Namen verkündiget werde; daß er die höchſte Reichs-Gerichte theils allein, theils mit denen Haupt-Perſonen beſeze, und daß alle

davon ausgehende Befehle, Urtheile und Straffen ſeine Authorität und ſeinen Namen führen: Ja daß auch die Unterthanen der Stände ihn zur Hülffe wider die Bedrängungen ihrer Landes-Herren anruffen können; Es ſtreitet aber dieſes alles nicht mit der freyen Landes-Regierung der Stände, wenn ſie anders mit denen Rechten ſich begnügen wollen, welche zur Wohlfart eines Staats dem Regenten zukommen müſſen, ſondern es wird vielmehr dadurch eines jeden Standes Sicherheit befeſtiget, die Ausfertigung der Reichs-Geſchäfte beſchleuniget, und die Uneinigkeit und Trennung der Stände ſoviel möglich vermieden, und der Reichs-Cörper bey ſeiner Conſiſtenz und Kraft erhalten.

§. III.

In Anſehung der Reichs-Stände gehöret unter die Kayſerlichen Vorrechte r) das Recht die Stände mit ihren Länderen zu belehnen, und in ſeiner und des Reichs Eyd und Pflicht zu nehmen: Gleichwie aber die Lehens-Verbindlichkeit überhaupt der höchſten Gewalt nicht entgegen lauft a): alſo iſt dieſelbe denen Reichs-Ständen inſonderheit darin nicht nachtheilig, weil ihre Belehnung, ungeachtet ſie mit groſſer Submiſſion vor dem Kayſerlichen Thron empfangen wird, heutiges Tages in der That nicht anders anzuſehen iſt, als eine Ceremonie, wordurch ſie mit dem Reiche in einen Cörper tretten, und deſſen Wohlfart zu beförderen ſich verbinden b). Dem Kayſer, welcher dieſes Verſprechen empfänget, und das ganze Reich bey dieſer Ceremonie vorſtellet, wird zwar

zu

zu gleicher Zeit die Treue und der Gehorſam von denen Ständen verſprochen, es verſtehet ſich aber von ſelbſten, daß ſolches allein auf ſolche Fälle zu deuten ſeye, da er nach ſeinem Kayſerlichen Amte dieſelben zu ihrer Pflicht gegen das Reich anhält.

a) S. oben I. Th. V Cap. 4. §.

b) Siehe oben II. Th. 4. B. 7. u. 9. §.

§. IV.

Die Belehnung der Reichs-Stände iſt Kayſerlicher Majeſtät um deswillen allein überlaſſen worden, weil dieſelbe nicht mit mehrerem Anſehen als vor dem Kayſerlichen Thron, welcher in ſolchen Fällen bisweilen mit denen hohen Erz-Beamten umringet war, geſchehen konte, und weil in der Renovation der Lehen, wie ſchon erinneret worden, nichts zu überlegen iſt, auch um deswillen der Kayſer in der Capitulation verbunden wird, denen Churfürſten, Fürſten und Ständen des Reichs, die unmittelbare Reichs-Ritterſchaft mit begriffen, und andere Reichs-Vaſallen, die Lehen und Lehen-Briefe jedes mahl nach dem vorigen Tenor unweigerlich und ohne alle Contradiction, als welche an rechtlichen Austrag zu weiſen, ohngehinderet zu reichen.

Capitulat. noviſſ. art. II.

§. V.

Es kommet ferner dem Kayſer allein zu **das Recht die unehlichen Kinder der Reichs-Stände zu** *legitimiren* **a)/ denenſelben** *Veniam ætatis* **zu ertheilen** b) / ihnen *Privilegia primæ Inſtantiæ* (oder ſonderbare Austräge) *de non appellando & evocando &c.* doch mit Maſe und ohne

ohne des Reichs Schaden, zu verleyhen c)/ wie dann überhaupt alle von Kayſerlicher Majeſtät ertheilte Gnaden-Briefe ſo müſſen verſtanden werden, und in ſo weit allein ihre Kraft haben, als niemand an ſeinen wohl erworbenen und hergebrachten Rechten dadurch geſchadet wird.

a) Dem zu folge wurde des lezteren Grafen von Oldenburg natürlicher Sohn vom Kayſer Ferdinando III. legitimiret und auf dem Reichs-Tag zu Regensburg an. 1654. in die Zahl der Reichs-Grafen aufgenommen. Geringere Perſonen können auch die Hof-Pfalz-Grafen legitimiren/ aber in Anſehung der Reichs-Stände natürlicher Kinder pflegen die Kayſer Ihnen ſolches Recht ausdrücklich in denen Comitivis vorzubehalten. Pfeffing. Lib. III. tit. 2. §. 13.

b) vid. Exemplum d. l. §. 20.

c) Capitulat. noviſſ. art. 18.

§. VI.

Den Stand und die Würde eines Reichs-Standes zu erhöhen/ iſt auch ein Kayſerliches Reſervatum. Es muß aber ſolches nicht zum Prejudiz oder zur Schmälerung einiges alten Hauſes oder Geſchlechts a) geſchehen, auch dem Juri Territoriali eines anderen Reichs-Standes nicht nachtheilig ſeyn.

a) Capitulat. noviſſ. art. 22. Es wolten dahero die Churfürſten/ als Maximilianus II. dem Mediceiſchen Hauſe den Titul eines Gros-Herzogs geben wolte/ nicht anders darin willigen/ als unter ausdrücklicher Bedingung daß es ihnen nicht zum Präjudiz gereiche. Meditat. ad Capitulat. Joſephi p. 345. ſeqq.

§. VII.

Weil nun 1) dieſes bey Erhebung eines Fürſten

ſten in die Anzahl des Churfürſtlichen Collegii nicht wohl kan vermieden werden. 2) Dem ganzen Fürſtlichen Collegio daran gelegen iſt, daß durch ſolche Erhöhung eines Fürſten ihr Cörper nicht möge geſchwächet, und nach und nach auſſer dem Stande geſezet werden, ſeine Mit-Regierungs-Rechte zu behaupten. 3) Nicht ſowohl aus der Guldenen Bulle, als aus dem was bey Aufrichtung der achten Chur im Weſtphäliſchen Frieden abgeredet worden a), zu erhellen ſcheinet, daß man der Vermehrung des Churfürſtlichen Collegii habe vorbeugen wollen: ſo iſt aus allem dem zu ſchlieſſen, **daß es Kayſerlicher Majeſtät nicht frey ſtehe / ohne Conſens des ganzen Reichs einen Stand zur Chur-Würde zu erheben.**

a) I. P. O. art. IV. §. 9.

§. VIII.

Zulezt wird auch unter die Kayſerliche Reſervata gerechnet **der Reichs-Stände Rang-Streitigkeiten zu ſchlichten** a). Weil aber ſchon in dem Reichs-Abſchiede von an. 1545. §. 15. verſehen worden, daß ſolche Erledigung gütlich und mit Beytritt der Churfürſten, Fürſten und gemeiner Stände geſchehen ſolle a), über dem auch der Kayſer durch ſolche Erledigung ſich nur Feinde machen, und dieſelbe wohl gar vergeblich ſeyn würde: So haben die Stände des Reichs auf andere Weiſe wegen ihrer Precedenz-Streitigkeiten ſich bisher verglichen.

a) R. I. de an. 1567. §. 68. & an. 1654. §. 196.

II. Cap.

II. Capitel.

Von denen Rechten / welche der Kayſer in der Stände Territorio und in Anſehung ihrer Unterthanen ausüben kan.

§. I.

Die Rechte, welche Ihro Kayſerliche Majeſtät in der Reichs-Stände Länder und in Anſehung ihrer Unterthanen ausüben können, ſcheinen am meiſten mit der Landes-herrlichen Gewalt zu ſtreiten, oder doch ihre Unvollkommenheit anzuzeigen. Weil wir aber bereits oben erinneret haben a), daß die Würckungen der höchſten Gewalt ihrer Natur nach über die Gräntzen des Landes ſich nicht erſtrecken, das Reich über deme in ſo viel kleine Staaten getheilet iſt, welche wegen ihrer Schwäche ſich innerhalb Reiches, geſchweige auſſer demſelben, kein ſolches Anſehen erwerben können, wodurch ein freyer Staat gegen dem anderen zur Verehrung ſeiner Schlüſſe bewogen wird: ſo muß man ſich nicht bewunderen, daß der Reichs-Stände Unterthanen, wenn ſie etwas ſuchen wollen, ſo im gantzen Reiche von Rechtswegen, auſſer demſelben aber wegen ſeines hohen Anſehens aus Höflichkeit gelten ſoll, bey Ihro Kayſerlichen Majeſtät darum anhalten. Und gleichwie eines Theils aus dem, daß man in gewiſſen Fällen bey dem Kayſer ſuchen muß, was in und auſſer dem Reiche beſagter maſen eine Kraft haben ſoll, ohne Grund geſchloſſen wird, daß ein

Stand

Stand des Reichs in ſeinem Lande dieſelbigen Rechte nicht ausüben könne, wann er mit ihrer natürlichen Würckung ſich begnügen will: Alſo iſt anderen Theils ausgemachet, daß der Kayſer ſeine Reſervata nicht zum Nachtheil der Landesherrlichen Gewalt der Stände ausdähnen müſſe, und wenn ſolches dahin gedeyen ſolte, dieſen frey ſtehe wider ſolchen Mißbrauch ſich gebührlich zu beſchüzen. Aus der nachfolgenden Betrachtung dieſer Kayſerlichen Reſervaten wird meine Meinung am beſten erhellen.

§. II.

Es gehöret dahin das *Jus primariarum Precum*, worunter verſtanden wird das Recht welches dem Kayſer a) zukommet, nicht allein bey allen unmittelbaren Stiftern ohne Ausnahme, ſondern auch bey denen mittelbaren, wenn er den 1. Januarii 1624. im Beſiz dieſes Rechtes geweſen, einmal Zeit ſeiner Regierung eine tüchtige Perſon zu einem vacanten Canonicat und Beneficio, es ſeye in denen Päbſtlichen oder in denen Stifts-Monathen, zu präſentiren b), welcher ſo genante Preciſte allen anderen Competenten vorgezogen wird.

a) Vom Römiſchen Könige und von der Kayſerin kan ſolches Recht nicht anders als mit des Kayſers Vergünſtigung ausgeübet werden. Struv. d. l. cap. 10. §. 21.

b) I. P. O. art. V. §. 18. 26.

§. III.

Ob ſolches noch als ein Reſt des ehemaligen Rechtes der Kayſer, die Biſchöfliche und andere geiſtliche Beneficia zu vergeben, oder als ein nachhero von denen Päbſten dem Kayſer wieder eingeraumtes Recht zu betrachten ſeye, iſt unausgemachet;

chet; dieſes aber hingegen gewis, daß ſeit dem Weſtphäliſchen Frieden, da daſſelbe dem Kayſer ausdrücklich zugeſchrieben wird, nicht mehr vor nöhtig erachtet worden, daß der Pabſt eine beſondere Conceſſion hierüber ertheile.

vid. Pfeffing. ad Vitriar. Lib. 3. tit. II. §. 9.

§. IV.

Univerſitäten **anzulegen** / wird zu denen Kayſerlichen Reſervatis gerechnet, weil die Academiſchen Dignitäten auſſer des Reichs-Standes Länderen wenig würden geachtet werden, wenn nicht durch des Kayſers Perſon das ganze Reich dieſelben approbirete.

§. V.

Einem Ort **das Stadt-Recht zu ertheilen** / iſt ordentlicher Weiſe denen Reichs-Ständen als eine natürliche Würckung ihrer Landes-herrlichen Gewalt zuzuſchreiben a): Es iſt auch dieſelbe zulänglich genug, weil zum Weſen einer Stadt nicht erforderet wird, daß ihre Freyheiten auſſer dem Lande, worin ſie gelegen ſind, ſich erſtrecken. Wolte man aber einer neuen Stadt dergleichen Vorzüge gerne zuwenden, ſo würde allerdings des **Kayſers** Authorität und Bekräftigung hierzu vonnöhten ſeyn.

a) Es ſind dahero in Teutſchland eine groſſe Menge neuer Städte ohne Kayſerliche Authorität von denen Ständen angeleget worden. Siehe Pfeffing. d. l. §. 36.

§. VI.

Einer Stadt **die Maas-Gerechtigkeit zu geben** / iſt Kayſerlicher Majeſtät vorbehalten, weil ein Reichs-Stand denen ab- und zu-reiſenden Kaufleuten nicht durchs ganze Reich die Sicherheit verleyhen

lenhen kan, welche ihnen wegen ihrer Perſon und Waaren nöhtig iſt. Zur Verleyhung der Stappel- und Krahn-Gerechtigkeit muß der Kayſer nicht nur aller Churfürſten Collegial-Conſens, ſondern auch der dabey intereſſirten Creyſe Bedencken erforderen a).

a) Capitulat. art. 8.

§. VII.

Es kan auch der Kayſer allein denen Unterthanen der Stände ſolche **Privilegien ertheilen**/ die im gantzen Reiche gelten; wann nur dadurch niemand an ſeinen vorher erlangten Rechten gekräncket, noch dem beſonderen Landes-Intereſſe der Stände geſchadet wird. Um deswillen aber können auch ſolche Privilegien von keiner groſſen Wichtigkeit ſeyn.

§. VIII.

Dem Kayſer kommet ferner zu, **die oberſte** *Direction* **des Poſt-Weſens**/ ſo im Reiche zu deſſen beſonderen Nutzen angeleget, und als ein erblich Lehen denen Grafen und nunmehro Fürſten von Taxis aufgetragen worden. Wie aber daſſelbe in der Stände Landen, wo Kayſerliche Poſt-Aemter vorhanden und hergebracht a), ſo zu verſehen iſt, daß es zu derſelben Nachtheil nicht gereichen möge: Alſo kan ein jeder in ſeinem Lande zu ſeiner beſonderen Bequemlichkeit und ohne Abbruch der eingeführten Reichs-Poſt beſondere Neben-Poſten anlegen b).

a) Capitulat. noviſſ. art. 29.
b) vid. Supra Lib. IV. c. 3. §. 12.

§. IX.

Die Unterthanen der Stände in den Adelichen Stand und zu anderen Würden zu erheben/ ihre Kinder zu *legitimiren*/ **ihnen den verlohrnen ehrlichen Namen wieder zu**

geben 2c. ſind nur ſo weit Kayſerliche Vorrechte, als dieſe Handlungen von Reichs wegen geſchehen, und überall nicht aus Höflichkeit/ ſondern von Rechts wegen gelten ſollen.

§. X.

Es pflegen aber die Stände nicht nur denen Kayſerlichen Hof-Grafen, wenn ſie kraft der vom Kayſer ihnen hierzu verliehenen Gewalt in deſſen Namen einige Kayſerliche Vorrechte ausüben: Zum Exempel, legitimiren, Notarien creiren 2c. darin gewiſſe Schrancken zu ſezen, und ihnen wohl gar den Gebrauch der erlangten Palatinaten zu verwehren, ſondern auch ſolchen Kayſerlichen Reſervatis, wenn ſie durch die Kayſerliche Reichs-Canzley unmittelbar verwaltet werden, nicht eher eine völlige Kraft in ihren Landen zu ertheilen, bis ſolche Kayſerliche Gnaden-Briefe bey ihrer Canzley intimiret und bekräftiget worden.

Conf. Reichs-Staat P. II. c. 9. p. 144.

§. XI.

Der Kayſer iſt über dem kraft ſeiner Capitulation a) verbunden, bey Collation aller Dignitäten „dahin zu ſehen, daß er dieſelbe allein denen ertheile, „die es vor anderen meritiret, im Reich geſeſſen ſind, „und die Mittel haben, den geſuchten Stand pro Dignitate auszuführen. Es ſollen auch ſolche Titul ſamt anderen Freyheiten und Privilegien bey keiner anderen als der Reichs-Canzley ausgefertiget/ und auſſer des Churfürſten von Mayntz als des Reichs Ertz-Canzlers Conſens und Willen in denen Reichs-Canzley-Juribus nichts nachgelaſſen werden.

a) Conf. Capitulat. noviſſ. art. 22.

§. XII.

§. XII.

Ungeachtet nun beſagte Kayſerliche Vorrechte durch die Landes-herrliche Gewalt der Stände, doch nach Unterſcheid ihrer Macht, mehr oder weniger eingeſchräncket werden: So iſt doch das einzige Vorrecht des Kayſers, nemlich das Recht der Stände und ihrer Unterthanen Würde zu erhöhen, ſo beſchaffen, daß der Kayſer mit groſſem Nuzen, und mit groſſer Vermehrung ſeiner Macht ſich deſſelben gebrauchen kan, weil die Stände des Reichs, wo nicht vor ſich ſelbſt, doch vor ihre Günſtlinge dergleichen Ehre ofte am Kayſerlichen Hofe ſuchen, und dieſer die vornehmſten in- und auswärtigen Miniſter eines Standes durch Ertheilung höherer Würden ofte gewinnen kan.

§. XIII.

Der gröſte Nuzen aber dieſer Standes-Erhöhungen zeiget ſich bey ſolchen Fällen, da ein Reichs-Stand mit einer ihme ſehr ungleichen Perſon ſich in eine Ehe eingelaſſen. Denn weil in ſolchem Fall denen daraus gezeugeten Kinderen wegen der Nachfolge in denen Reichs-Lehen eine Schwürigkeit könte gemachet werden, und bey ſolchen Streitigkeiten des Kayſers Gunſt inſonderheit nöhtig iſt: So iſt dieſes Kayſerliche Vorrecht, den Stand der Perſonen zu erhöhen, ein gelegenes Mittel die Verehlichten einander gleich, den Kayſer aber zum Meiſter des Glücks ſolcher Kinder und ihrer Nachfolge zu machen.

III. Capitel.

Von denen Churfürſtl. Vorrechten.

§. I.

Es iſt ſchon bey verſchiedenen Gelegenheiten vorhero gedacht worden, was denen Chur-

 fürſten

Fürſten vor anſehnliche Rechte im Reiche vor allen anderen Ständen zukommen; Damit aber mit der gröſten Klarheit erhellen möge, daß die Reichs-Standſchaft an ſich ſelbſt der Souveraineté nicht entgegen ſtehe, und die Landes-herrliche Gewalt alle Rechte der Majeſtät begreiffe: So wollen wir dieſelbe kürtzlich betrachten, wie ſie in der Perſon eines Churfürſten mit vollkommenem Glantze hervor leuchtet.

§. II.

Es müſſen ſich zwar dieſelben, wie andere Reichs-Fürſten, vor dem Kayſerlichen Thron durch ihre Abgeſanten beugen, wenn ſie die Inveſtitur ihrer Länder ſuchen, oder nach hergebrachter Gewonheit bey der Kayſerlichen Crönung gewiſſe Ehren-Dienſte verrichten. **Sie erſcheinen aber bey dieſem Feſte ſelbſt mit Königlichem Anſehen/ und laſſen ſich von ihren Hof-Beamten Königlich bedienen.**

§. III.

Begeben ſie ſich zu einer anderen Zeit an den Kayſerlichen Hof: **So ziehet ihnen der Kayſer** nicht anders als anderen ihme gleichen Potentaten **entgegen/ und empfänget dieſelben mit ſolchen Ehren-Bezeugungen/ welche niemand als einem *Souverainen* Herren geleiſtet werden** a). Und obwohl die Churfürſten ihrer Seits den Reſpect nicht vergeſſen, welcher dem Kayſer als ihrem Oberhaupte, in ſo weit ſie Reichs-Glieder ſind, gebühret: So kan doch daraus ſo wenig, als aus der Demuht, womit der Kayſer und die Catholiſchen Könige den Pabſt verehren, eine wahre Unterwürfigkeit erzwungen werden.

a) S. Kayſers Leopoldi M. Leben und Thaten p. 1289. ſeq.

§. IV.

§. IV.

Ihr Hof iſt in allen Stücken Königlich eingerichtet. Es werden auch bey Friedens- und anderen Zuſammenkünften in- und auſſer dem Reiche die Churfürſtlichen Groß-Bottſchafter auf gleiche Weiſe wie die Königlichen tractiret und geehret.

§. V.

Von denen höchſten Gerichten der Churfürſten kan allein in dem Fall der verſagten Juſtiz an die Reichs-Cammer und an den Reichs-Hof-Raht appelliret werden/ und wenn Kayſerliche Majeſtät ſelbſt über einen Unterthanen und Vaſallen eines Churfürſten zu klagen haben, können ſie denſelben nirgend anders als vor die Gerichte ſeines Landes-Herren belangen.

§. VI.

Es ſtehet ihnen ferner nicht nur völlig frey ſich zum Beſten ihres Landes, doch ohne Schaden des Reichs, in Bündnüſſe mit auswärtigen Potentaten einzulaſſen; ſondern es wird auch wegen der Macht, worin ſie ſtehen, ihre Hülffe und Freundſchaft von ſolchen Potentaten geſuchet.

§. VII.

Alle andere Rechte der höchſten Gewalt werden von denen Churfürſten in aller Vollkommenheit ausgeübet/ ſo weit es des Reichs gemeinſame Wohlfart leidet, welche Masgebung nicht mehr mit der Natur der Souveraineté ſtreitet, als die freywilligen Verbindlichkeiten, wozu die Potentaten gegen einander durch gewiſſe Tractaten ſich verbinden.

§. VIII.

Auf ſolche Weiſe hat ein Churfürſte nicht zu befürchten, daß der Kayſer ſeiner Vorrechte ſich zu deſſen Verkleinerung gebrauche. Dahingegen dieſelbe freylich ihm Gelegenheit geben können, einen ſchwachen Reichs-Stand in ſeinen Landes-herrlichen Rechten, worin er denen Churfürſten an ſich ſelbſt nicht ungleich, zu kräncken.

Beſchluß.

Von der zwiſchen dem Kayſer und denen Ständen zur Wohlfart des Reichs nöthigen Harmonie.

§. I.

Daß das Heil. Röm. Reich, ungeachtet kein Staat in Europa ihm an Macht und Reichthum zu vergleichen iſt, und eine unſägliche Menge regulirter Truppen ſich darin befinden, dennoch, wenn es mit geſamter Hand agiren ſoll, nichts kräftiges ausrichten kan, ſondern von Franckreich allein weit übertroffen wird, iſt auſſer Zweifel eine traurige Würckung der geringen Einigkeit, worin die Stände des Reichs, theils unter einander, theils mit ihrem gemeinſamen Haupte dem Kayſer ſtehen; weshalb nicht nur alle Berahtſchlagungen auf dem Reichs-Tage ſehr langſam ſind, ſondern auch das Beſchloſſene mit groſſer Schläfrigkeit vollſtrecket wird, und oftmals unvollzogen bleibet.

§. II.

Das lezte aus der Natur aller vereinigten Staaten herrührende Gebrechen iſt deſto gröſſer in Teutſch-

Teutſchland, je gröſſer die Anzahl derer jenigen iſt, welche zuſammen deſſen Cörper formiren, und je ſchwerer es hält ſo viele Köpffe unter einen Hut zu bringen.

§. III.

Das erſte Gebrechen, welches von dem Mangel der Harmonie der Stände theils unter einander, theils mit ihrem Oberhaupte herrühret, hat ſeine beſondere Urſachen. Die Uneinigkeit der Stände entſtehet 1) aus der Ungleichheit ihres Standes und ihrer Macht, denn daraus entſpringet, daß die mächtigen die ſchwächern ſehr geringe achten, und dieſelben oft in ihrer Freyheit und in ihren Rechten kräncken, wodurch dieſe zur Mißgunſt und zum Haß der Mächtigern bewogen werden, und wider dieſelben es mit dem Kayſer halten. 2) Aus denen Vorrechten einiger Reichs-Stände vor denen andern, welche diejenigen, ſo damit prangen, ofte zum Nachtheil ihrer Mit-Stände anwenden, welches die, ſo dabey leiden, zur Widerſezlichkeit beweget, und ofte alles Vertrauen und gute Correſpondenz aufhebet. 3) Auch dem Unterſcheid der Religion, welcher nicht allein die Catholiſchen wider die Augſpurgiſchen Confeßions-Verwanten verbittert, ſondern auch unter dieſen zu beyden Theilen, wo nicht eine offentliche Trennung, doch ein Mißtrauen und eine Laulichkeit verurſachet.

§. IV.

Die Mißhelligkeiten des Kayſers und der Stände flieſſen faſt aus einer gleichen Quelle. Jener wolte gerne nach der Weiſe ſeiner mächtigſten Vorfahren im Reiche regieren, ungeachtet der Zuſtand des Reichs ſich ſehr geänderet hat, und ſeine

Erhebung auf den Kayſerlichen Thron von einer freyen Wahl herrühret, folglich ihm nicht gebüret, ſich mehr anzumaſen, als ihm eingeräumet worden. Die Stände hingegen ſind oftmals noch nicht zufrieden, daß ſie ihre Länder ruhig regieren können, ſondern ſie mißgönnen oft Kayſerlicher Majeſtät ihre Vorrechte, und wollen ihre Länder mit gänzlicher Independenz beherrſchen.

§. V.

Je mehr nun ſolche Gebrechen können gehoben / oder wenigſtens verringeret werden / je mehr wird ſonder Zweiffel des ganzen Reiches Wohlfart beförderet. Es iſt aber leichter die Fehler des Reichs zu ſehen / als dieſelben zu verbeſſeren / und die meiſten Publiciſten geben zur Heilung dieſer Gebrechen ſolche Mittel an die Hand / welche zwar ein ſchönes Anſehen haben, aber nicht ins Wercke zu ſezen ſind.

§. VI.

Ich beſchlieſſe dahero meine Erklärung der Rechte des Kayſers und der Stände bey der Reichs-Regierung / und dieſer in ihren eigenen Ländern mit dieſen beyden aus den Reichs-Geſchichten gezogenen Anmerckungen: 1) daß kein Kayſer es weit gebracht / welcher ſich mehr einer ſtrengen Authorität und Gewalt als der Klugheit und Gelindigkeit gegen die Stände bedienen wollen; Ja daß vielmehr dieſe unter einem jeden Kayſer / welche den erſten Weg erwählet / eine neue Stuffe zu ihrer Hoheit ſich erbauet. 2) Daß die Reichs-Stände / welche dem Kayſer mit Reſpect begegnet / und deſſen Anſehen äuſſerlich nicht gekräncket / allezeit groſſen Nuzen daraus geſchöpfet / und ſelbſt in ſolchen Umſtänden / da ihre Aufführung mit denen Reichs-Geſezen nicht beſtehen können / ein langes Nachſehen und viel Beyſtand gefunden. Dahingegen die / ſo dem Kayſerlichen Hofe mit Truz begegnet / nicht nur deſſen Widerſezlichkeit zu ihrem groſſen Schaden empfunden / ſondern denſelben zu groſſem Geſchrey bewogen / wenn ſie auch nichts anders gethan / als was in vorigen Zeiten ihre Eltern und Vorfahren ohne des Kayſers Widerſpruch und Unwillen verrichtet.

ENDE.

005664376

Digitized by Google